



Freie
Hansestadt
Bremen

Doppischer Jahresabschluss,
Haushaltsrechnung, Abschlussbericht
Produktgruppenhaushalt
des Landes Bremen 2024



Der Senator für Finanzen

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

der Geschäftsbericht 2024 dokumentiert ein Jahr, das von anhaltenden und miteinander verwobenen Herausforderungen geprägt war. Globale Krisen wie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die Energie- und Klimakrise sowie die fortwirkenden Folgen der Corona-Pandemie haben die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen in Bremen weiterhin maßgeblich beeinflusst. Diese Entwicklungen spiegeln sich nicht nur in den öffentlichen Haushalten wider, sondern auch im Alltag der Menschen und Unternehmen in unserem Land.

Um unter diesen Bedingungen handlungsfähig zu bleiben, müssen wir eine kritische Überprüfung der laufenden Ausgaben mit gezielten Investitionen in die Zukunft verbinden. So gelingt es, Belastungen abzufedern und zugleich die Grundlagen für nachhaltiges Wachstum zu legen.

Die Bevölkerung im Land Bremen ist 2024 weiter gewachsen und hat den höchsten Stand seit über 40 Jahren erreicht. Diese Entwicklung ist ein Zeichen für die Attraktivität unseres Stadtstaates und stärkt unsere Position in der bundesstaatlichen Finanzverteilung. Gleichzeitig sind damit Herausforderungen verbunden, die wir aktiv angehen müssen.

Die wirtschaftliche Entwicklung bleibt herausfordernd. Bremen verzeichnet einen leichten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts und eine höhere Arbeitslosenquote. Dennoch zeigt sich, dass die Wirtschaftskraft je Einwohner im bundesweiten Vergleich weiterhin hoch ist und Bremen seine Position behaupten kann.



Björn Fecker, Senator für Finanzen

Die haushaltspolitische Strategie des Jahres 2024 war darauf ausgerichtet, die Zukunftsfähigkeit des Landes zu stärken und zentrale Aufgaben zu sichern. Mit gezielten Investitionen unter anderem in Infrastruktur und Digitalisierung bei gleichzeitiger Entbürokratisierung schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass Bremen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten handlungsfähig bleibt.

Unser Kurs bleibt dabei klar: Wir handeln verantwortungsvoll im Rahmen der Schuldenbremse, nutzen aber gezielt Spielräume, um die Zukunft unseres Landes aktiv zu gestalten. Solide Finanzen, wirtschaftliche Stärke, ökologische Verantwortung und sozialer Zusammenhalt gehören für uns untrennbar zusammen.

Mein Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit ihrer Arbeit zur Umsetzung des Haushalts und zur Erstellung dieses Berichts beigetragen haben. Bremen bleibt gefordert, die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen mit Weitsicht und Verantwortungsbewusstsein zu gestalten.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Björn Fecker'.

Björn Fecker
Senator für Finanzen

Aufbau des Berichts

Der vorliegende Bericht ist in folgende drei Bereiche gegliedert:

Teil A führt mit dem doppelischen Jahresabschluss die kontinuierliche Berichterstattung der letzten Jahre fort. Als Kernstück schafft der Geschäftsbericht des Landes bzw. der Stadtgemeinde Bremen einen Überblick über die vorhandenen Vermögenswerte, die eingegangenen Schulden und Verpflichtungen sowie den Ressourcenverbrauch und die Leistungserstellung des Geschäftsjahres 2024. Während die kamerale Sichtweise eine Momentaufnahme eines Jahres abbildet, erlaubt die betriebswirtschaftlich orientierte Doppik eine sowohl zeitliche als auch wertmäßige Gesamtbetrachtung, einschließlich der für die Zukunft eingegangenen Verpflichtungen. Dadurch leistet sie einen Beitrag zur generationengerechten Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die den tatsächlichen Verhältnissen entspricht.

In **Teil B** dieses Berichtes wird die kamerale Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024 jeweils des Landes Bremen bzw. der Stadtgemeinde Bremen vorgelegt. Der Senat hat der Bürgerschaft nach Artikel 133 der Landesverfassung die kameralen Haushaltsrechnungen als Nachweis der Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsjahres im Folgejahr vorzulegen. Erst dann können der Landtag bzw. die Stadtbürgerschaft dem Senat die Entlastung nach § 114 Absatz 1 Satz 1 Landshaushaltsordnung erteilen.

Teil C beinhaltet im Sinne einer umfassenden Rechnungslegung den Abschlussbericht zum Produktgruppencontrolling 2024 des Landes bzw. der Stadtgemeinde Bremen auf Basis der Ergebnisse für den Zeitraum Januar bis Dezember 2024 einschließlich des 14. Abrechnungsmonats. Analog zu der Haushaltsrechnung gemäß § 80 Abs. 2 der Landshaushaltsordnung, bei der die Einnahmen und Ausgaben auf Einzelplan- und Kapitelebene gegenübergestellt werden, werden im Abschlussbericht Produktgruppencontrolling bei den kameralen Finanzdaten die Einnahmen und Ausgaben in den einzelnen Produktplänen dem jeweiligen Haushalts-Soll gegenübergestellt. Wie bereits in den Vorjahren, werden im Produktgruppencontrolling die Aggregate Entnahme aus der Rücklage und Zuführung zur Rücklage ausgewiesen. Unter „Personaldaten“ werden Personalkosten und -menge mit vorher festgelegten Planwerten abgeglichen. Im Abschnitt „strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste“ werden Ist-Werte mit den zu erreichenden Zielzahlen verglichen. Im Abschnitt „Leistungskennzahlen“ werden Ist-Werte mit den zu erreichenden Zielzahlen verglichen. Zudem wurden auch die Kapazitätsdaten ausgewertet. Den einzelnen Produktplanberichten geht jeweils eine Analyse und Bewertung des Senators für Finanzen voran.

Inhalt

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen.....	5
--	---

Jahresabschluss	19
-----------------	----

Vermögensrechnung 31.12.2024	20
------------------------------------	----

Erfolgsrechnung 31.12.2024	22
----------------------------------	----

Anlagengitter 31.12.2024	24
--------------------------------	----

Erläuterung der Geschäftslage 2024	27
--	----

Organisation und Struktur



Die Mitglieder des Bremer Senats der 21. Legislaturperiode (v.l.n.r.): Senatorin Özlem Ünsal, Senatorin Sascha Karolin Aulepp, Senatorin Kristina Vogt, Bürgermeister und Senator Dr. Andreas Bovenschulte, Bürgermeister und Senator Björn Fecker, Senatorin Kathrin Moosdorf, Senatorin Dr. Claudia Schilling, Senatorin Claudia Bernhard und Senator Ulrich Mäurer

Senatsmitglieder im Geschäftsjahr 2024

Dr. Andreas Bovenschulte (SPD)

Präsident des Senats, Bürgermeister, Senator für Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften und Senator für Kultur

Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)

Stellvertretender Präsident des Senats, Bürgermeister, Senator für Finanzen und Senatskommissar für den Datenschutz

Kristina Vogt (Die Linke)

Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation

Sascha Karolin Aulepp (SPD)

Senatorin für Kinder und Bildung

Claudia Bernhard (Die Linke)

Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Senatskommissarin für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

Ulrich Mäurer (SPD)

Senator für Inneres und Sport

Kathrin Moosdorf (Bündnis 90/Die Grünen)

Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Dr. Claudia Schilling (SPD)

Senatorin für Arbeit und Soziales, Jugend und Integration, Senatorin für Justiz und Verfassung

Özlem Ünsal (SPD)

Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

Der Senat führt die Verwaltung nach den Gesetzen und den von der Bürgerschaft gegebenen Richtlinien. Die Senatorinnen und Senatoren tragen nach der vom Senat beschlossenen Geschäftsverteilung die Verantwortung für die einzelnen Verwaltungsbehörden und Ämter.

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2024

Die Freie Hansestadt Bremen steht seit einigen Jahren vor anhaltenden finanz- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen. Nach den Jahren der Corona-Pandemie belasten nach wie vor der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sowie andere internationale Krisen den Welthandel und damit die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Bremens. Angesichts sinkender Steuereinnahmen und steigender Kosten verfolgt Bremen einen ambitionierten Sanierungskurs.

Die Maßnahmen setzen zum einen bei den Personal-, Sozial- sowie konsumtiven Ausgaben des Haushaltes an und zum anderen gilt es, die Einnahmeseite durch Investitionen in die Infrastruktur, Digitalisierung und Entbürokratisierung zu stärken, um die Unternehmen im Land Bremen aber auch die staatlichen Institutionen zu entlasten. Diese großen und übergreifenden Aufgaben werden in Bremen gemeinsam und ressortübergreifend bewältigt.

1. Sozioökonomische Entwicklung 2024

Die jeweilige Lage der Staatsfinanzen steht immer auch in Abhängigkeit von der sozioökonomischen Lage des Staates: Steuereinnahmen hängen eng mit der konjunkturellen Lage zusammen, Ansprüche Bremens aus den Bundesländer-Finanzbeziehungen mit der Bevölkerungszahl, bedeutsame Pflichtausgaben mit der Arbeitslosigkeit und der demographischen Entwicklung.

Neben Bundesgesetzen, die Bremen zu Ausgaben verpflichten oder Einnahmen festlegen, beeinflussen sozioökonomische Verbesserungen und Verschlechterungen als externe Rahmenbedingungen die finanzwirtschaftliche Entwicklung Bremens.

An erster Stelle ist die Bevölkerungsentwicklung des Stadtstaates entscheidend für Einnahmen aus der bundesstaatlichen Finanzverteilung. Diese wirkt auch nach der seit 2020 gültigen Reform vor allem über den Faktor Einwohner:innen. Besonders für die Stadtstaaten als „Hauptstädte ohne Umland“ ist das Halten und Gewinnen von Einwohner:innen innerhalb der Landesgrenzen von grundlegender Bedeutung. Gleichzeitig bewirken Bevölkerungsentwicklungen auch ausgabenseitige Bedarfsveränderungen, die insbesondere von der jeweiligen Altersgruppe abhängig sind.

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung im Stadtstaat Bremen

	Bremen	Bremerhaven	Stadtstaat Bremen
Stand 2024	586.271	118.610	704.881
Stand 2023 (Basis Zensus 2022)	584.332	118.323	702.655
Stand 2023 (Basis Zensus 2011)	577.026	114.677	691.703
Stand 2023 Korrektur nach Zensus 2022	7.306	3.646	10.952
Zuwachs 2024	1.939	287	2.226
in %	0,33	0,24	0,32

Datenquelle: Statistisches Landesamt Bremen

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2024

Ab dem Jahr 2022 wurden die Bevölkerungszahlen basierend auf den Ergebnissen des Zensus 2022 ermittelt und in den Folgejahren auf neuer Basis fortgeschrieben. Der Vergleich der Werte 2023 vor und nach dem Zensus zeigt, dass allein dieser Effekt zu einem Korrektur-Zuwachs um 10.952 Personen für den Stadtstaat Bremen geführt hat.

Darauf aufbauend wuchs im Jahr 2024 die Bevölkerung im Zwei-Städte-Staat um weitere 0,32 % bzw. 2.226 Personen moderat an. Davon entfallen 0,33 % (1.939 Personen) auf die Stadtgemeinde Bremen und 0,24 % (287 Personen) auf die Stadtgemeinde Bremerhaven. Die Gesamtbevölkerung des Landes Bremen beläuft sich zum Jahresende demnach auf 704.881 Menschen (vgl. Tabelle 1). Dies ist der höchste Bevölkerungsstand seit 1977.

Bundesweit wuchs die Bevölkerungszahl im Jahr 2024 um 0,15 % an. Da der Zuwachs im Stadtstaat Bremen etwas dynamischer ausfällt, erhöht sich der Bevölkerungsanteil Bremens an der Gesamtbevölkerung des Bundesgebiets leicht von 0,842 % auf 0,843 %. Der Wert ist

ausschlaggebend für Bremens Einnahmen aus der bundesstaatlichen Finanzverteilung. Je aus dem übrigen Bundesgebiet gewonnenen bzw. verlorenen Einwohner entstehen dem Stadtstaat rund 7.000 Euro jährliche Mehr- bzw. Mindereinnahmen aus der Steuerverteilung.

Wie im Vorjahr ist 2024 der Bevölkerungsanstieg sowohl bundesweit als auch in Bremen und Bremerhaven vor allem auf Zuwanderung - insbesondere aus dem Ausland - zurückzuführen. Die zukünftige globale Entwicklung ist schwer absehbar, so dass eine Prognose auf Basis der letzten beiden Jahre nur schwer möglich ist.

Nach Altersgruppen betrachtet ist 2024 ein deutlicher Rückgang der Unter-Drei-Jährigen zu verzeichnen (- 5,2 %). Die stärksten Zuwächse entfallen wie in den Vorjahren vor allem auf die schulpflichtigen Altersgruppen (+ 2,1 % und + 2,2 %) und junge Erwachsene (+ 1,8 %). Der Umfang der Bremer Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die zur Generierung öffentlicher Einnahmen beitragen kann, bleibt dagegen stabil (+ 0,3 %).

Tab. 2: Bevölkerungsentwicklung nach Stadtgemeinden und Altersgruppen

Bevölkerung von ... bis < ... Jahre	Land		Stadt HB		Stadt Bhv		Maßstab der Bedarfe für...
	2024	Zuwachs in %	2024	Zuwachs in %	2024	Zuwachs in %	
insgesamt	704.881	0,3%	586.271	0,3%	118.610	0,2%	
< 3	19.017	-5,2%	15.622	-5,7%	3.395	-2,9%	Betreuung U3
3 - 6	21.661	-1,2%	17.946	-1,6%	3.715	0,4%	Kindergärten
6 - 10	28.736	2,1%	23.738	2,6%	4.998	0,0%	Grundschulen
10 - 16	39.111	2,2%	32.041	2,3%	7.070	2,0%	Sekundarstufe I
16 - 19	20.750	1,8%	17.014	2,0%	3.736	1,1%	Sekundarstufe II
19 - 25	50.870	-0,9%	42.285	-0,7%	8.585	-1,5%	Tertiäre Bildung
25 - 65	378.045	0,3%	316.742	0,3%	61.303	0,2%	Erwerbsaktive
65 - 80	99.304	1,3%	81.213	1,2%	18.091	1,4%	Rentner:innen
> 80	47.387	-0,5%	39.670	-0,5%	7.717	-0,7%	Hochbetagte

Datenquelle: Statistisches Landesamt Bremen

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2024

Von herausgehobener Bedeutung für die staatliche Finanzlage ist die Wirtschaftslage. Das Wirtschaftswachstum korreliert eng mit der Zunahme sozialversicherungs- und steuerpflichtiger Erwerbstätigkeit. Die Entwicklung der Beschäftigungslage trägt wiederum zur Verringerung bzw. zum Anstieg von Ausgaben für Sozialleistungen bei, die insbesondere auf Arbeitslosigkeit zurückzuführen sind.

Der zentrale Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP). Bundesweit ist der wirtschaftliche Aufholprozess, der auf den pandemiebedingten Wirtschaftseinbruch 2020 folgte, sehr früh zum Erliegen gekommen.

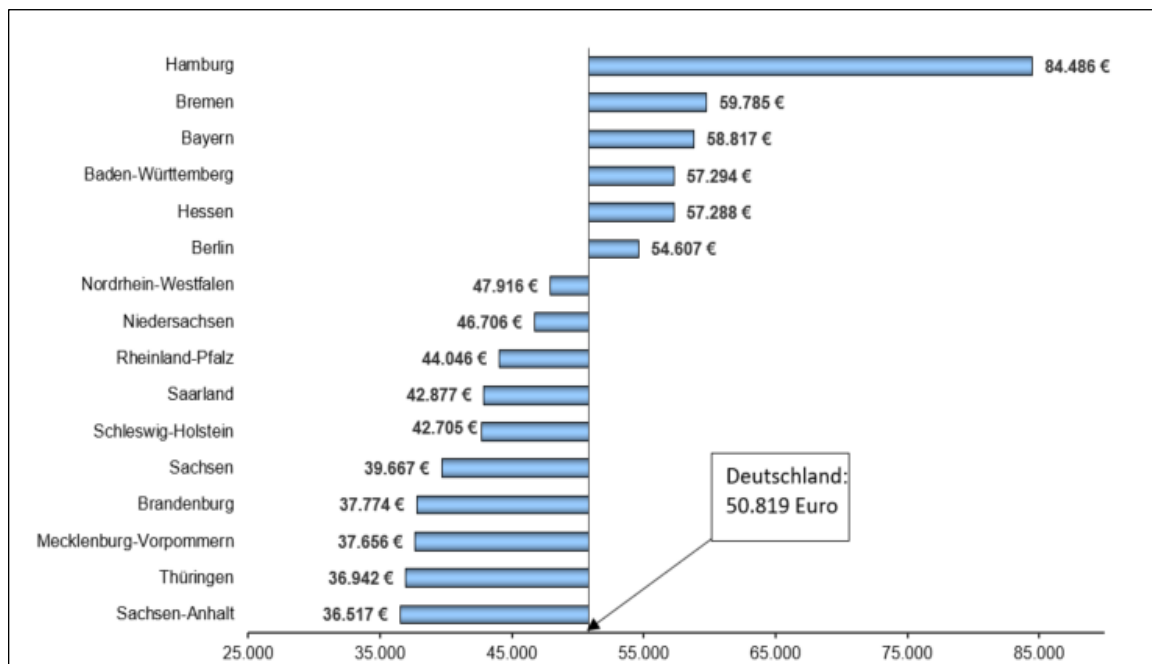
Nach einem kräftigen Wachstum im Jahr 2021 (+ 3,7 %) fiel das Wirtschaftswachstum bundes-

weit bereits 2022 (+ 1,4 %) geringer aus und war 2023 (- 0,3 %) und 2024 (- 0,2 %) zwei Jahre in Folge leicht rückläufig.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den bremischen Wirtschaftsdaten. Während Bremen 2021 mit + 5,5 % eine überdurchschnittlich starke Entwicklung und 2022 mit + 3,8 % noch ein gutes Wirtschaftswachstum verbuchen konnte, folgte in den Jahren 2023 und 2024 mit - 1,1 % bzw. mit - 1,0 % ebenfalls ein Rückgang in zwei aufeinanderfolgenden Jahren.

Obwohl das preisbereinigte BIP in Bremen stärker gesunken ist als im Bundesdurchschnitt, liegt Bremen beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner nach Hamburg wieder auf dem zweiten Platz und konnte sich gegenüber dem Vorjahr um einen Platz verbessern.

Abb. 1 Wirtschaftskraft je Einwohner



Datenquelle: Statista: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner nach Bundesländern

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2024

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verzeichnet im Jahr 2024 einen leichten Anstieg um + 437 auf 345.317 Personen. Damit konnte der Höchststand des Vorjahres gehalten werden.

Verglichen mit den Zuwächsen der Vorjahre scheinen die Zeiten stetig steigender Zahlen mit immer neuen Rekordständen vorerst vorbei zu sein. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosenquote auf 11,1 %.

Tab. 3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Stadtstaat bis 2024

	2024	2023	2022	2021	2020
Beschäftigte gesamt*	345.317	344.880	342.178	336.656	332.520
Arbeitslose gesamt**	41.116	39.050	37.214	39.292	40.822
Arbeitslosenquote in %**	11,1	10,6	10,2	10,7	11,2
Gemeldete Stellen **	7.897	9.028	8.858	6.510	5.844

Datenquelle: Statistisches Landesamt Bremen/Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

* Stand 30.06.

** im Jahresdurchschnitt

Weiterhin haben die bremischen Unternehmen gegenüber dem Vorjahr der Bundesagentur für Arbeit insgesamt 1.131 weniger Stellen gemeldet (vgl. Tabelle 3). Zusammen betrachtet spiegeln diese Trends wider, dass die anhaltende wirtschaftliche Schwäche auch am Arbeitsmarkt angekommen ist. Allerdings bleibt der Arbeitskräfte- und vor allem der Fachkräftebedarf nach wie vor hoch.

Für die kommunalen Finanzen ist im Hinblick auf die Arbeitsmarktdaten die Entwicklung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II von besonderer Bedeutung, also der Empfängerinnen und Empfänger von Bürgergeld. Denn anders als beim Arbeitslosengeld (SGB III) zahlen die Stadtgemeinden die Kosten der Unterkunft mit. Zum Jahresende 2024 meldet die Bundesagentur für Arbeit für die Stadt Bremen rd. 53.300 und für Bremerhaven rd. 13.900 Personen.

Schließlich sind zwei weitere volkswirtschaftliche Größen zu nennen, die regelmäßig die Ausgabensteigerungen des Stadtstaates Bremen beeinflussen.

Dies ist zum einen die allgemeine Rate der Preissteigerung. Eine moderate Inflationsrate bewirkt für Unternehmen und Verbraucher:innen, dass sich nominale Umsatz- und Einkommenszuwächse tendenziell zügig auch in realen Zuwächsen niederschlagen. Für den Staat ergibt sich aus einer niedrigen Inflationsrate vor allem ein gebremster nominaler Ausgabenanstieg etwa für Güter aus Lieferung und Leistung, mittelbar auch für Löhne und Gehälter. Als gängiges standardisiertes Maß wird im Folgenden der harmonisierte Verbraucherpreisindex herangezogen.

Nachdem die Verbraucherpreise im Land Bremen infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine 2022 und 2023 außerordentlich stark gestiegen waren, sank die Inflation im Jahr 2024 auf durchschnittlich 2,5 % ab. Damit verläuft die wirtschaftliche Entwicklung wieder vor dem Hintergrund einer moderaten Inflation.

Für Länder wie Bremen mit hoher Altschuldenbelastung ist außerdem die Zinsentwicklung eine maßgebliche Größe.

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2024

Noch bis Ende des Jahres 2021 lagen die Zinssätze sowohl am Kapitalmarkt als auch an dem mit kürzeren Fristen handelnden Geldmarkt bei null bzw. im negativen Bereich. Diese historisch günstige Konstellation wirkte seit Jahren entlastend auf die bremischen Ausgaben. Im Verlauf der Jahre 2022 und 2023 zogen die Zinsen wieder an. Im Jahr 2024 setzte sich die Dynamik des Zinsanstieges nicht mehr fort. Die Kapitalmarktzinsen stabilisierten sich bei Werten um 2,5 %. An den mit kürzeren Fristen handelnden

Geldmärkten gingen die Zinsen, ausgelöst durch entsprechende Leitzinssenkungen der EZB, ebenfalls zurück. Lagen sie am Jahresanfang noch bei knapp unter 4 %, fielen sie im Jahresverlauf 2024 auf 2,8 % zurück.

Trotz der gegenüber früheren Jahren weiterhin erhöhten Zinssätze ist aufgrund umfangreicher Zinssicherungen aktuell kein Anstieg der zukünftigen bremischen Zinsausgaben zu erwarten.

2. Einhaltung der Schuldenbremse

Seit 2020 unterliegt der bremische Haushalt gemäß Art. 109 Abs. 3 Grundgesetz und den Normen der Landesverfassung und -haushaltsordnung den Regelungen der Schuldenbremse. Hiernach ist der Haushalt grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Allerdings sind exakt mit Beginn des verschärften Haushaltsregimes neue Herausforderungen wie die Pandemiebekämpfung und im weiteren Verlauf zusätzlich die Klima- und Energiekrise sowie die spürbaren Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Bremen zugekommen, die dazu führten, dass die geforderte schwarze Null nur im „Normalhaushalt“ zu erbringen ist. Für begründete Ausnahmetatbestände ist eine Kreditaufnahme erlaubt.

So hat die Bremische Bürgerschaft mit dem Haushaltsgesetz 2024 festgestellt, dass wegen der multiplen Krise (Ukraine/ Energie/ Klima) gemäß Artikel 131 a Absatz 3 Satz 1 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen - wie bereits 2023 - beim Land Bremen eine außergewöhnliche Notsituation besteht, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen wird. Zum

Ausgleich der finanziellen Auswirkungen aus dieser multiplen Krise wurde im Landeshaushalt Bremens eine Kreditermächtigung in Höhe von insgesamt 600 Mio. Euro eingestellt.

Darüber hinaus wurde erneut die Corona-Pandemie als Tatbestand für die Ausnahmeregelung der Schuldenbremse deklariert. Mehrausgaben und Mindereinnahmen, die im Zusammenhang mit der Pandemie stehen, können somit ebenfalls nach den Regularien der Schuldenbremse kreditfinanziert werden und wurden in Höhe von 87 Mio. Euro im Haushalt des Stadtstaates Bremen veranschlagt. Für die Stadt Bremen wurde keine weitere außergewöhnliche Notsituation festgestellt. In diesem Haushalt endete die Notlagenfinanzierung 2023.

Die Kreditermächtigung für die Finanzierung der multiplen Krisen ist, beginnend im Jahr 2028, über den Zeitraum von dreißig Jahren in jährlichen Raten zu tilgen.

Insgesamt wurden folgende Werte für die bremischen Haushalte 2024 veranschlagt:

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2024

Tab. 4: Struktureller Haushalt, Anschlag 2024

	Land HB	Stadt HB	Bremer- haven	Stadtstaat
	in Mio. Euro			
Kernhaushalt				
Bereinigte Einnahmen	5.628	3.768	846	7.327
Bereinigte Ausgaben	6.300	4.450	896	8.731
Finanzierungssaldo	-672	-683	-49	-1.404
Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen	0	0	0	0
Rücklagen (Entnahme abzgl. Zuführung)	93	94	14	201
Netto-Kredittilgung	-579	-588	-36	-1.203
Bereinigungen				
Finanzielle Transaktionen	23	667	19	710
Konjunkturbereinigung	-80	-78	-14	-173
Struktureller Abschluss	-636	0	-30	-667
zulässiger struktureller Abschluss	0	0	0	0
Über-/Unterschreitung	-636	0	-30	-667
Ausnahmetatbestand				
Belastungen des Haushaltes für Klima, Ukraine und Energie	660	0	0	660
Belastungen des Haushaltes für Corona-Pandemie	56	0	31	87
Ergebnis nach Ausnahme	80	0	1	81

Für den Kernhaushalt des Stadtstaates Bremen wurde 2024 eine Netto-Kreditaufnahme von 1.203 Mio. Euro veranschlagt (vgl. Tabelle 4). Nach der Bereinigung um finanzielle Transaktionen, die aufgrund der Eigenkapitalzuführungen an die 2024 neu gegründeten Gesellschaften, die Pilot-Gesellschaft Bildungsbau (300 Mio. Euro) und die Stadtentwicklungsgesellschaft (300 Mio. Euro), besonders hoch ausfallen (insgesamt 710 Mio. Euro), und der Bereinigung um Konjunkturauswirkungen auf die Steuereinnahmen ergibt sich ein struktureller Abschluss von -667 Mio. Euro.

Erst unter Berücksichtigung des bereits beschriebenen Ausnahmetatbestandes wird die Schuldenbremse eingehalten.

Der mit der Veranschlagung geplante Sicherheitsabstand des Stadtstaates Bremen zum zulässigen strukturellen Abschluss, gemäß der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse inklusive Ausnahmetatbestand, beträgt demnach 81 Mio. Euro. In der Betrachtung der bremischen Einzelhaushalte entfällt dieser Sicherheitsabstand fast vollumfänglich auf den Kernhaushalt des Landes Bremen, der mit diesen Mitteln die durchschnittliche Tilgungsverpflichtung nach dem Sanierungshilfengesetz sicherstellt. Die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven planen einen nahezu ausgeglichenen strukturellen Haushalt.

Für die Einhaltung der Schuldenbremse und der zusätzlichen Tilgung nach Sanierungshilfenvereinbarung bestand somit für den Vollzug kein veranschlagter Sicherheitsabstand.

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2024

Zur letztendlichen Beurteilung der Einhaltung der Schuldenbremse ist der strukturelle Abschluss nach dem 14. Monat entscheidend (vgl. Tabelle 5). Im 14. Monat erfolgen die sich auf die Netto-Kredittilgung auswirkenden abschließenden Rücklagenbewegungen, die zudem das

letzte essenzielle Steuerungselement darstellen. Durch entsprechende Entnahmen und Zuführungen kann der gegebenenfalls erforderliche Ausgleich der Haushalte und damit die Sicherstellung eines verfassungs- bzw. sanierungskonformen Haushaltsabschlusses erfolgen.

Tab. 5: Jahresabschluss 2024 (14. Monat inkl. Rücklagen)

	Land HB	Stadt HB	Bremerhaven	Stadtstaat
	in Mio. Euro			
Kernhaushalt				
Bereinigte Einnahmen	5.929	4.158	926	7.814
Bereinigte Ausgaben	6.473	4.733	1.024	9.031
Finanzierungssaldo	-543	-575	-98	-1.217
Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen	0	0	0	0
Rücklagen (Entnahme abzgl. Zuführung)	37	66	31	135
Netto-Kredittilgung*	-506	-509	-37	-1.052
Bereinigungen				
Finanzielle Transaktionen	20	668	20	707
Konjunkturbereinigung	-69	-158	-13	-240
Struktureller Abschluss	-555	0	-30	-585
zulässiger struktureller Abschluss	0	0	0	0
Über-/Unterschreitung	-555	0	-30	-585
Ausnahmetatbestand				
Belastungen des Haushaltes für Klima, Ukraine und Energie	591	0	0	591
Belastungen des Haushaltes für Corona-Pandemie	44	0	30	75
Ergebnis nach Ausnahme	80	0	0	80

* Netto-Kredittilgung 2024: Ohne Fehlbetrag von 30 Mio. Euro in Bremerhaven

Der Kernhaushalt des Stadtstaates Bremen schloss das Berichtsjahr statt des mit der Sanierungshilfenvereinbarung festgelegten Überschusses von rd. 80 Mio. Euro mit einer strukturellen Netto-Kreditaufnahme von 585 Mio. Euro ab. In den (Konjunktur-)Bereinigungen zur Ermittlung dieses strukturellen Abschlusses sind die Zensus-Ergebnisse 2022 als strukturelle Effekte in Analogie zu den Steuerrechtsänderungen bereits berücksichtigt. Für den Stadtstaat Bremen wurde ein Effekt in Höhe von insgesamt 149,2 Mio. Euro quantifiziert (Land Bremen

88,3 Mio. Euro, Stadt Bremen 51,2 Mio. Euro, Stadt Bremerhaven 9,6 Mio. Euro).

Ein verfassungskonformes Ergebnis im Rahmen der Schuldenbremse konnte, nach vorherigem Abzug der finanziellen und strukturellen Bereinigungen, nur durch die Inanspruchnahme eines Ausnahmetatbestandes im Zusammenhang mit der Klima-/Energiekrise, dem Ukraine-Krieg sowie der Corona-Pandemie erreicht werden. Insgesamt wurde der Haushalt des Stadtstaates aufgrund der Ausgaben für diese Notla-

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2024

gensituation nachweisbar von mindestens 694 Mio. Euro negativ beeinflusst, wovon ein Volumen von 28 Mio. Euro nicht als Ausnahmetatbestand in Anspruch genommen werden muss, da dieser Teil der benötigten Mittel im regulären Haushalt aufgefangen werden konnte. Die in Tabelle 5 ausgewiesene Höhe der Ausnahmemittel summiert sich daher auf 666 Mio. Euro.

Unter Berücksichtigung der dem Ausnahmetatbestand zugeordneten Belastungen, die nach den Regularien der Schuldenbremse kreditfinanziert werden dürfen, hielten alle bremischen Gebietskörperschaften die Schuldenbremse ein. Das Land Bremen wies dabei einen Überschuss von 80 Mio. Euro aus und die Stadtge-

meinde Bremen schloss das Haushaltsjahr strukturell ausgeglichen ab.

Die Stadtgemeinde Bremerhaven wies ebenfalls ein strukturelles Ergebnis von Null auf.

Insgesamt verzeichnete der Stadtstaat damit eine strukturelle Tilgung von 80 Mio. Euro. Da die Kriterien der Sanierungshilfenvereinbarung eine durchschnittliche Tilgungsleistung von 80 Mio. Euro p. a. innerhalb eines Fünfjahreszeitraumes vorsehen und in den vergangenen Jahren ebenfalls eine mindestens 80 Mio. Euro hohe Tilgung erfolgt ist, werden die Regularien der Schuldenbremse und des Sanierungshilfengesetzes für 2024 sowie für den ersten Fünfjahreszeitraum 2020-2024 eingehalten.

3. Die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie 2024

Das Land Bremen und seine beiden Städte haben seit 2020 umfangreiche Maßnahmen initiiert, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie abzufangen. Diese haben entsprechende finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf die Haushalte. Gleichzeitig hatte der Bund die Länder und Kommunen bei der Bewältigung der Corona-Pandemie in der Vergangenheit finanziell unterstützt.

Im Jahr 2024 müssen die bremischen Gebietskörperschaften aufgrund der fortgeschrittenen Pandemieentwicklung die noch verbleibenden gesetzlich und durch eine Nachsorgenotwendigkeit bedingten Ausgaben eigenständig tragen. Ursprünglich wurden die nach 2022 verbliebenen Finanzierungsbedarfe über Rücklagen abgedeckt, die aus bereits veranschlagten Notlagenkrediten gebildet worden waren, so

dass kein weiterer Notlagenbeschluss für die Pandemiefolgenbekämpfung notwendig sein sollte. Diese Vorgehensweise wurde jedoch nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes vom 15. November 2023 als unzulässig erachtet. Am 21. Mai 2024 hat der Senat nach entsprechender Prüfung im Rahmen der Ergänzungen zu den Haushaltsentwürfen das Fortbestehen einer außergewöhnlichen Notsituation gemäß Art. 131a Abs. 3 Satz 1 der Bremischen Landesverfassung festgestellt und entsprechende Maßnahmen sowie deren Bedarfe konkretisiert.

Nachfolgend wird über die Einnahmen und Ausgaben innerhalb der Bremen-/ Bremerhaven-Fonds berichtet, die zur Bekämpfung der Corona-Pandemie empfangen und getätigt wurden.

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2024

Tab. 6: Coronabedingte Einnahmen und Ausgaben des Stadtstaates

Coronabedingte Einnahmen/Ausgaben	Ist 2024	Anschlag	Ist ggü. Planwert	Vorjahr	Ist ggü. Vorjahr
Steuerabhängige Einnahmen	0	0	0	0	0
Sozialleistungseinnahmen	0	0	0	0	0
Konsumtive Einnahmen	10	0	10	7	3
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Sonstige Einnahmen	0	0	0	-5	5
Bereinigte Einnahmen	10	0	10	2	8
Personalausgaben	0	0	0	8	-8
Personalkostenzuschüsse	0	1	-1	0	0
Sozialleistungen	0	0	0	1	-1
Sonstige konsumtive Ausgaben	23	25	-1	116	-93
Investitionen	62	62	0	122	-61
Globale Ausgaben	0	0	0	0	0
Bereinigte Ausgaben	85	87	-2	247	-162
Saldo	-75	-87	12	-245	170

Bei den in Tabelle 6 abgebildeten Gesamteinnahmen des Stadtstaates in Höhe von rd. 10 Mio. Euro handelt es sich um Rückzahlungen von Projekt- und Fördermitteln, die in den Haushalten auf Landes- und städtischer Ebene erzielt wurden, darunter rd. 9 Mio. Euro im Kontext von ÖPNV-Hilfen des Landes. Auch bei den Einnahmen des Vorjahres von 7 Mio. Euro handelte es sich vor allem um derart gelagerte Rückzahlungen. Weiterhin waren noch Zuflüsse vom Bund in Höhe von 2,6 Mio. Euro für den Betrieb von Impfzentren und für das Förderprogramm für Corona-Überbrückungshilfen zu verzeichnen. Im Jahr 2024 erfolgten keine Einnahmen von Seiten des Bundes mehr.



Blick über die Wallanlagen auf das Haus des Reichs
Quelle: Freie Hansestadt Bremen

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2024

Tab. 7: Coronabedingte Effekte im Stadtstaat Bremen

Einnahmen des Bremen-Fonds/ Bremerhaven-Fonds	in Mio. Euro	Ausgaben des Bremen-Fonds/ Bremerhaven-Fonds	in Mio. Euro
Sonstige Einnahmen insb. Rückzahlungen	10,4	Maßnahmen Land und Stadt Bremen	54,4
		Investitionen Zukunftsprogramm Krankenhäuser	28,0
		Umsetzungskosten der Corona- Hilfsprogramme (BAB - Bremer Aufbaubank und BIS - Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung)	14,0
		Sonderinvestitionsprogramm zur Stärkung der Pandemieresilienz	11,0
		Entschädigungen nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG)	1,0
		Umsetzungskosten Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen	0,4
		Sonstige Ausgaben innerhalb des Bremen- Fonds	0,0
		Maßnahmen Bremerhaven	30,5
		Ausgaben Bremerhaven (Bremen- und Bremerhaven-Fonds, Bundesmittel)	30,5
Summe Einnahmen	10,4	Summe Ausgaben	84,9
Saldo			-74,5

Der Stadtstaat hat nach Abschluss des 14. Monats innerhalb des Bremen-/Bremerhaven-Fonds rd. 85 Mio. Euro Ausgaben aufgrund der Corona-Pandemie getätigt. Die größte Ausgabeposition bilden die Investitionsausgaben im Zusammenhang mit dem Zukunftsprogramm der Krankenhäuser von insgesamt 28 Mio. Euro, die anteilig - da es sich um ursprüngliche Bundesmittel handelte - auf ein Verwahrkonto überführt wurden.

Weitere nennenswerte Posten bilden die Zuweisungen an das Sondervermögen Seestadt Immobilien für Zukunftsinvestitionen in der Bremerhavener Innenstadt (16,4 Mio. Euro), die Umsetzungskosten der Corona-Hilfsprogramme (BAB und BIS; 14 Mio. Euro) sowie die Ausgaben im Rahmen des Programms zur Stärkung der Pandemie-Resilienz der Krankenhäuser (11 Mio. Euro).

Die Finanzierung der coronabedingten Belastungen erfolgt durch eine Kreditfinanzierung und Tilgung ab 2028 über die nächsten 30 Jahre.



Die Bremer Stadtmusikanten
Quelle: Freie Hansestadt Bremen

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2024

4. Umgang mit den Folgen des Ukraine-Krieges/Energiekrise/Klimastrategie Nachtragshaushalt 2024

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat bisher ungezählte Menschenleben gekostet und schwerwiegende Folgen weltweit ausgelöst. Die Preise für Energie und Lebensmittel sind sprunghaft gestiegen. Ernährungssicherheit, Beschäftigung sowie die Klimatransformation sind global gefährdet. Ausgehend von der Energiekrise kam es zu Produktionseinschränkungen, Versorgungsrisiken und allgemeinen Preis- und Kostensteigerungen.

Die Folge war eine sich verschlechternde Einnahmen-Ausgaben-Schere, insbesondere bei privaten Haushalten mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Unter Druck gerieten aber auch energieintensive Unternehmen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge, wie z.B. Krankenhäuser.

Die Krisenauswirkungen ziehen erhebliche Ausgabenanstiege in den Sozialhaushalten nach sich, insbesondere für Sozialleistungen wie das Wohngeld sowie für die Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Geflüchteten. In diesem Zusammenhang entsteht auch ein erhöhter Bedarf an KiTa-Betreuungsplätzen, Vorkursen und Integration in das Schulsystem für minderjährige geflüchtete Personen.

Aufgrund dieser komplexen Krisenentwicklung hat der Senat am 21. Mai 2024 nach entsprechender Prüfung im Rahmen der Ergänzungen zu den Haushaltsentwürfen das Fortbestehen einer außergewöhnlichen Notsituation gemäß Art. 131a Abs. 3 Satz 1 der Bremischen Landesverfassung festgestellt.

Tab. 8: Einnahmen und Ausgaben des Landes Bremen im Zusammenhang mit der Klima-, Energie- und Ukraine Krise

	Ist 2024	Anschlag	Ist ggü. Planwert	Vorjahr	Ist ggü. Vorjahr
Steuerabhängige Einnahmen	0	0	0	16	-16
Sozialleistungseinnahmen	0	0	0	0	0
Sonstige Einnahmen	1	0	1	0	1
Bereinigte Einnahmen	1	0	1	16	-15
Personalausgaben	0	0	0	0	0
Sozialleistungen	92	100	-8	94	-2
sonstige konsumtive Ausgaben	165	193	-28	121	44
Investitionen	363	367	-4	101	263
globale Ausgaben	0	0	0	0	0
Bereinigte Ausgaben	620	660	-40	316	305
Saldo	-619	-660	41	-300	-319

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2024

Um diesen Krisenentwicklungen entgegenzutreten wurden entsprechende Maßnahmen inhaltlich und budgetär im Haushalt 2024 konkretisiert. Insgesamt wurden für das Haushaltsjahr 2024 notlagenkreditfinanzierte Mittel im Umfang von rd. 660,4 Mio. Euro veranschlagt.

Die finanzielle Beeinträchtigung - resultierend aus dieser Notlage - erfolgt ausschließlich im Haushalt des Landes Bremen. Die Kosten der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zur Abmilderung und Überwindung der multiplen Krise werden durch Verrechnungen und Erstattungen über den Landeshaushalt abgedeckt.

Bei den der Tabelle 8 zu entnehmenden Gesamteinnahmen des Stadtstaates in Höhe von rd. 1 Mio. Euro handelt es sich um Rückzahlungen von Projekt- und Fördermitteln, die im Haushalt des Landes erzielt wurden. Weitere krisenbedingte Einnahmen konnten im Berichtsjahr nicht generiert werden.

Obwohl der Ausnahmetatbestand nur für das Land Bremen geltend gemacht wurde, werden in Tabelle 9 alle Maßnahmen der bremischen Gebietskörperschaften aufgelistet, die vom Landeshaushalt finanziert worden sind.

Tab. 9: Effekte der Klima- / Energie- / Ukraine-Krise im Stadtstaat

Einnahmen innerhalb des Produktplans 99 (Klimastrategie, Ukraine- / Energiekrise)	in Mio. Euro	Ausgaben innerhalb des Produktplans 99 (Klimastrategie, Ukraine- / Energiekrise)	in Mio. Euro
Erstattungen/ Rückzahlungen von Projektmitteln	0,9	Maßnahmen Land und Stadt Bremen	590,6
		Finanzierung Sondervermögen "Klimaneutrale Transformation der Wirtschaft"	308,4
		Absicherung krisenbedingter Sozialleistungsbedarfe	83,7
		ÖPNV/ BSAG Stabilisierungsprogramm	54,9
		Absicherung der krisenbedingten Liquiditätsbedarfe der Gesundheit Nord	45,0
		Beschulung und Betreuung von Kindern/ Jugendlichen aus der Ukraine	23,0
		Mehrbedarfe Wohngeld Plus	17,1
		Energ. Sanierung Sondervermögen Immobilien und Technik, Wärmeversorgung	16,2
		Mehrbedarfe Energiekosten Zuwendungsempfangende und Kernverwaltung	15,0
		Energetische Sanierung Uni und Hochschulen	15,0
		Energetische Sanierung Kliniken	9,3
		Elektrifizierung Fahrzeuge der Justizvollzugsanstalt	1,6
		Personalbedarfe Migrationsamt Bremen	0,8
		Energetische Sanierung Eigenbetriebe	0,4
		Umsetzungskosten Kulturfonds Energie	0,2
		Maßnahmen Bremerhaven	29,7
		Absicherung krisenbedingter Sozialleistungsbedarfe	8,2
		Energetische Sanierung Seestadt Immobilien	7,5
		Krisenbedingte (Energie-) Mehrbedarfe	6,1
		Beschulung und Betreuung von Kindern/ Jugendlichen aus der Ukraine	6,0
		Abdeckung zwingender Verpflichtungen Mobilität	1,2
		Mehrbedarfe Wohngeld Plus (Umsetzung)	0,7
Summe Einnahmen	0,9	Summe Ausgaben	620,3
Saldo			-619,4

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2024

Nach Abschluss des 14. Monats hat das Land insgesamt 620,3 Mio. Euro im Zusammenhang mit der Klima- und Energiekrise sowie zur Abmilderung der finanziellen und wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine verausgabt. Hierunter fallen konsumtive und investive Verrechnungen und Erstattungen in Höhe von 184 Mio. Euro, durch die das Land die Ausgaben der beiden Stadtgemeinden ausgeglichen hat, so dass diese keine Notlage feststellen mussten.

Die größte Ausgabeposition stellt die Finanzierung des 2024 neu errichteten Sondervermögens „Klimaneutrale Transformation der Wirtschaft“ in Höhe von 308,4 Mio. Euro dar. Das Sondervermögen bildet die besondere Bedeutung der klimaneutralen Transformation der bremischen Wirtschaft zur Erreichung der Klimaschutzziele und die damit verbundenen Mittelbedarfe ab.

Das Sondervermögen unterteilt sich in fünf Maßnahmen, wobei die Maßnahme im Rahmen der "Important Projekt of Common European Interest" - kurz: „IPCEI Projekte Bremen“, mit einem Anteil von 296,43 Mio. Euro den mit Abstand größten Posten ausmacht.

Die nächstgrößeren Ausgaben stellen die Sozialleistungsmehrbedarfe in Höhe von 91,9 Mio. Euro dar, die insbesondere aus der notwendigen Unterbringung, Versorgung und Integration der vor dem Krieg aus der Ukraine Geflüchteten resultieren.

Weitere nennenswerte Positionen sind die Ausgaben im Rahmen des Stabilisierungsprogramms ÖPNV/BSAG von knapp 55 Mio. Euro, die Absicherung der krisenbedingten Liquiditätsbedarfe der Gesundheit Nord in Höhe von

45 Mio. Euro sowie Bedarfe zur Beschulung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine (29 Mio. Euro).

Die Finanzierung dieser von der Klima-, Energie- und Ukraine Krise geprägten Belastungen ist im Umfang von 591 Mio. Euro durch eine Kreditfinanzierung erfolgt. Die Tilgung aller im Rahmen der multiplen Krise aufgenommenen Kredite wird ab 2028 über die nächsten 30 Jahre erfolgen.

Zum Urteil des Staatsgerichtshofs vom 23.10.2025 (St 3/24):

Der Staatsgerichtshof hat in seiner Entscheidung zu den Notlagenfinanzierungen im Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2024 vom 19. Juni 2024 (Brem.GBl. S. 227) einstimmig festgestellt, dass die Klimakrise eine außergewöhnliche Notsituation darstellt. Ferner hat er die senatsseitige Geltendmachung einer außergewöhnlichen Notsituation für das Haushaltsjahr 2024 wegen der Auswirkungen und Nachsorge der Corona-Pandemie, des Ukraine-Krieges sowie der Energie- und Klimakrise vollständig anerkannt. Zugleich hat der Staatsgerichtshof § 1 Abs. 1, § 2 Abs. 1 und § 15 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes mit Art. 131a Abs. 1 und 3 BremLV für unvereinbar erklärt. Sowohl die erhebliche Beeinträchtigung der staatlichen Finanzlage als auch der sachliche Veranlassungszusammenhang zwischen den Krisen und durch die Kreditaufnahme finanzierten Maßnahmen sind aus Sicht des Staatsgerichtshofs nicht hinreichend dargelegt worden. Zu einer Rückabwicklung der Notlagen-Kredite hat der Staatsgerichtshof den Senat und die Bürgerschaft aber ausdrücklich nicht verpflichtet.

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2024



Bremer Stadtwage

Quelle: Freie Hansestadt Bremen



Freie
Hansestadt
Bremen

TEIL A

DOPPISCHER JAHRESABSCHLUSS DES LANDES BREMEN 2024



Der Senator für Finanzen

Vermögensrechnung 2024

Aktiva

	31.12.2024 Euro	31.12.2023 Euro
A. ANLAGEVERMÖGEN	2.846.807.140,34	2.439.629.254,84
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	997.526.073,31	1.036.284.617,83
1. Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	989.933.583,73	1.030.220.733,39
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	7.592.489,58	6.063.884,44
II. Sachanlagen	47.908.970,16	38.956.614,87
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	6.356.941,89	68.507,89
2. Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	36.551.131,35	34.076.504,85
3. Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen und Anlagen im Bau	5.000.896,92	4.811.602,13
III. Finanzanlagen	1.801.372.096,87	1.364.388.022,14
1. Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	445.743.027,38	445.743.027,38
2. Beteiligungen	2.397.711,69	2.397.711,69
3. Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	80.130.992,30	81.111.597,39
5. Sonstige Ausleihungen	1.273.100.365,50	835.135.685,68
B. UMLAUFVERMÖGEN	3.186.977.657,91	3.932.139.928,25
I. Vorräte	73.867,25	73.867,25
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	565.390.097,10	868.857.001,10
1. Forderungen aus Steuern	251.505.000,00	256.332.000,00
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	61.916.606,98	103.668.970,18
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Einrichtungen	105.143.805,36	52.033.266,05
4. Forderungen gegen Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	150.032,58	150.872,58
5. Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	0,00	39.250.329,43
6. Sonstige Vermögensgegenstände	146.674.652,18	417.421.562,86
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks	2.621.513.693,56	3.063.209.059,90
C. AKTIVE RECHNUNG SABGRENZUNG	411.379.137,12	206.199.356,73
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	37.297.479.960,28	36.407.860.434,29
BILANZSUMME	43.742.643.895,65	42.985.828.974,11

Passiva

	31.12.2024 Euro	31.12.2023 Euro
A. EIGENKAPITAL	0,00	0,00
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONEN	588.087.546,90	569.915.146,65
C. RÜCKSTELLUNGEN	17.904.571.660,82	17.610.941.900,75
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	17.828.846.000,00	17.540.844.000,00
II. Sonstige Rückstellungen	75.725.660,82	70.097.900,75
III. Steuerrückstellungen	0,00	0,00
D. VERBINDLICHKEITEN	25.198.929.652,99	24.748.311.141,57
I. Anleihen und Obligationen	18.201.500.000,00	17.276.500.000,00
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.151.335.956,92	2.400.402.039,91
III. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	692.993,05	62.133,96
IV. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	590.290.939,93	563.683.757,50
V. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
VI. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	859.215.734,49	832.659.918,39
VII. Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	26.732.304,03	0,00
VIII. Sonstige Verbindlichkeiten	3.369.161.724,57	3.675.003.291,81
E. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	51.055.034,94	56.660.785,14
BILANZSUMME	43.742.643.895,65	42.985.828.974,11

Erfolgsrechnung 2024

	2024 Euro	2023 Euro
1. Steuern und steuerähnliche Erträge	2.845.405.058,18	2.971.910.650,20
2. Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen	1.809.437.847,53	1.583.393.478,08
3. Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	784.016.347,51	818.592.109,27
4. Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	287.956.804,62	245.890.769,75
a) Erträge aus Gebühren	72.767.120,06	73.734.154,22
b) Erträge aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern	10.738.396,61	10.336.366,67
c) Umsatzerlöse	204.451.287,95	161.820.248,86
5. Sonstige Erträge	94.555.275,87	53.515.893,13
6. Summe Erträge	5.821.371.333,71	5.673.302.900,43
7. Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	-2.667.386.447,49	-2.419.982.969,61
a) Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren	-23.415.174,83	-21.294.958,74
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.643.971.272,66	-2.398.688.010,87
8. Personalaufwand	-1.233.404.119,85	-6.400.265.275,27
a) Entgelte	-209.912.484,39	-193.430.929,83
b) Bezüge	-365.994.234,57	-330.906.069,77
c) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-657.497.400,89	-5.875.928.275,67
9. Abschreibungen	-112.556.549,80	-108.142.262,26
10. Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	-2.190.917.423,62	-1.943.724.705,46
11. Sonstige Aufwendungen	-147.686.416,44	-121.641.161,44
a) Sonstige Personalaufwendungen	-23.249.592,11	-23.233.884,75
b) Verluste aus Wertminderungen des Umlaufvermögens, Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	-23.625.570,60	-12.547.793,98
c) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	-77.258.884,74	-63.181.649,54
d) Aufwendungen für Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Reisen sowie Wertkorrekturen und Sonstiges	-23.552.368,99	-22.677.833,17
12. Summe Aufwendungen	-6.351.950.957,20	-10.993.756.374,04
13. Verwaltungsergebnis	-530.579.623,49	-5.320.453.473,61

	2024 Euro	2023 Euro
14. Erträge aus Beteiligungen	1.195.237,75	427.068,73
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen	8.537.087,65	1.905.481,60
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	298.816.463,04	256.118.566,53
17. Abschreibung auf Finanzanlagen	-980.605,09	-1.156.507,80
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-679.083.214,95	-679.013.952,15
19. Finanzergebnis	-371.515.031,60	-421.719.343,09
20. Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit	-902.094.655,09	-5.742.172.816,70
21. Steuern	-9.378,43	-7.357,96
22. Jahresfehlbetrag	-902.104.033,52	-5.742.180.174,66

Anlagengitter

Alle Angaben in Euro	Anschaffungs- oder Herstellungskosten 01.01.2024	Kumulierte Absetzung für Abnutzung (AfA) 01.01.2024
Anlagevermögen (gesamt)	3.822.603.700,30	-1.381.715.640,32
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.246.193.442,88	-1.209.908.825,05
Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	2.228.532.650,65	-1.198.311.917,26
Konzessionen, Rechte und Lizenzen	17.660.792,23	-11.596.907,79
Sachanlagevermögen	100.605.962,60	-60.390.542,59
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich	170.756,96	-102.249,07
Bauten	170.756,96	-102.249,07
Technische Anlagen und Maschinen,	95.623.603,51	-60.288.293,52
Technische Anlagen und Maschinen	21.482.782,83	-12.398.177,53
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	74.140.820,68	-47.890.115,99
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.811.602,13	0,00
Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen	4.811.602,13	0,00
Finanzanlagen	1.475.804.294,82	-111.416.272,68
Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	503.592.320,10	-57.849.292,72
Beteiligungen	6.880.841,48	-4.483.129,79
Sondervermögen ohne	128.682.229,03	-47.570.631,64
Ausleihungen an Sondervermögen ohne eigenverantwortliche	0,00	0,00
Ausleihungen an verbundene Unternehmen und Einrichtungen	0,00	0,00
Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	836.648.904,21	-1.513.218,53

Buchwert 01.01.2024	Wertveränderungen 2024			Buchwert 31.12.2024
A+ / A- Anpassung der Werte aus der Eröffnungsbilanz U+ / U- Umbuchungen	+ Zugänge - Abgänge U+ / U- Umbuchungen	Absetzungen für Abnutzung + Zuschreibungen		
2.440.888.059,98	528.095.246,41	-113.537.154,89		2.846.807.140,34
	-8.639.011,16	0,00		
U	0,00			
1.036.284.617,83	66.084.724,50	-104.823.823,88		997.526.073,31
	-19.445,14	0,00		
U	0,00			
1.030.220.733,39	62.432.709,34	-102.719.859,00		989.933.583,73
	0,00	0,00		
U	0,00	0,00		
6.063.884,44	3.652.015,16	-2.103.964,88		7.592.489,58
	-19.445,14	0,00		
U	0,00			
40.215.420,01	16.270.842,09	-7.732.725,92		47.908.970,16
	-844.566,02	0,00		
U	0,00			
68.507,89	6.527.976,53	-239.542,53		6.356.941,89
	0,00	0,00		
U	0,00	0,00		
68.507,89	6.527.976,53	-239.542,53		6.356.941,89
	0,00	0,00		
U	0,00	0,00		
35.335.309,99	9.002.458,12	-7.493.183,39		36.551.131,35
	-293.453,37	0,00		
U	0,00	0,00		
9.084.605,30	872.945,37	-1.696.977,61		8.049.888,42
	-210.684,64	0,00		
U	0,00	0,00		
26.250.704,69	8.129.512,75	-5.796.205,78		28.501.242,93
	-82.768,73	0,00		
U	0,00	0,00		
4.811.602,13	740.407,44	0,00		5.000.896,92
	-551.112,65	0,00		
U	0,00	0,00		
4.811.602,13	740.407,44	0,00		5.000.896,92
	-551.112,65	0,00		
U	0,00	0,00		
1.364.388.022,14	445.739.679,82	-980.605,09		1.801.372.096,87
	-7.775.000,00	0,00		
U	0,00	0,00		
445.743.027,38	0,00	0,00		445.743.027,38
	0,00	0,00		
U	0,00	0,00		
2.397.711,69	0,00	0,00		2.397.711,69
	0,00	0,00		
U	0,00	0,00		
81.111.597,39	0,00	-980.605,09		80.130.992,30
	0,00	0,00		
U	0,00	0,00		
0,00	0,00	0,00		0,00
	0,00	0,00		
U	0,00	0,00		
0,00	0,00	0,00		0,00
	0,00	0,00		
U	0,00	0,00		
835.135.685,68	445.739.679,82	0,00		1.273.100.365,50
	-7.775.000,00	0,00		
U	0,00	0,00		



Kleiner Roland in der Bremer Neustadt
Quelle: Freie Hansestadt Bremen

Lagebericht – Erläuterung zur Geschäftslage des Landes Bremen 2024

Die Erstellung des doppelischen Jahresabschlusses und damit des Lageberichtes nach den Standards staatlicher Doppik ist seit Jahren fester Bestandteil des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens in Bremen. Da die Berichterstattung des doppelischen Jahresabschlusses ab 2021 und bis zur Umstellung auf das neue SAP-System S/4HANA in einer verkürzten Form

erfolgt, wird auch der Lagebericht auf das Kernstück, die Darstellung und Interpretation der Erfolgs- und Vermögensrechnung, reduziert.

Für die Erläuterung der Geschäftslage werden die Erfolgsrechnung und die Vermögensrechnung in verkürzter Form dargestellt.

Erfolgsrechnung der Freien Hansestadt Bremen 2024

	2024	2023	Veränderung ggü. Vorjahr	Veränderung ggü. Vorjahr
	Euro	Euro	Euro	%
Steuern und steuerähnliche Erträge	2.845.405.058,18	2.971.910.650,20	-126.505.592,02	-4,26
Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen	1.809.437.847,53	1.583.393.478,08	226.044.369,45	14,28
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	784.016.347,51	818.592.109,27	-34.575.761,76	-4,22
Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	287.956.804,62	245.890.769,75	42.066.034,87	17,11
Sonstige Erträge	94.555.275,87	53.515.893,13	41.039.382,74	76,69
Summe Erträge	5.821.371.333,71	5.673.302.900,43	148.068.433,28	2,61
Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	-2.667.386.447,49	-2.419.982.969,61	-247.403.477,88	10,22
Personalaufwand	-1.233.404.119,85	-6.400.265.275,27	5.166.861.155,42	-80,73
Abschreibungen	-112.556.549,80	-108.142.262,26	-4.414.287,54	4,08
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	-2.190.917.423,62	-1.943.724.705,46	-247.192.718,16	12,72
Sonstige Aufwendungen	-147.686.416,44	-121.641.161,44	-26.045.255,00	21,41
Summe Aufwendungen	-6.351.950.957,20	-10.993.756.374,04	4.641.805.416,84	-42,22
Verwaltungsergebnis	-530.579.623,49	-5.320.453.473,61	4.789.873.850,12	-90,03
Erträge aus Beteiligungen	1.195.237,75	427.068,73	768.169,02	179,87
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen	8.537.087,65	1.905.481,60	6.631.606,05	348,03
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	298.816.463,04	256.118.566,53	42.697.896,51	16,67
Abschreibung auf Finanzanlagen	-980.605,09	-1.156.507,80	175.902,71	-15,21
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-679.083.214,95	-679.013.952,15	-69.262,80	0,01
Finanzergebnis	-371.515.031,60	-421.719.343,09	50.204.311,49	-11,90
Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit	-902.094.655,09	-5.742.172.816,70	4.840.078.161,61	-84,29
Steuern	-9.378,43	-7.357,96	-2.020,47	27,46
Jahresfehlbetrag	-902.104.033,52	-5.742.180.174,66	4.840.076.141,14	-84,29

Erfolgsrechnung

In der Erfolgsrechnung wird das Gesamtergebnis auf einzelne Teilergebnisse aufgeteilt. Damit wird sichtbar, wie die einzelnen Teilergebnisse den Gesamterfolg beeinflussen. Außerdem können im Zeitreihenvergleich zu den Vorperioden

Trends und Entwicklungen abgeleitet werden. Die Erfolgsrechnungen wurden 2021 für die Gebietskörperschaften Land Bremen und Stadtgemeinde Bremen erstmals getrennt ermittelt.

Lagebericht

Verwaltungsergebnis

Das Verwaltungsergebnis stellt die rechnerischen Auswirkungen des Verwaltungshandelns aus den Kernaufgaben auf den doppelischen Jahresabschluss dar. Es fokussiert sich dabei auf die Ressourcenverbräuche und die Erträge, die im Zusammenhang mit der originären Aufgabenerfüllung des Landes Bremen stehen. Die Aufwendungen und Erträge aus dem Finanzierungsgeschäft werden daher an dieser Stelle nicht ausgewiesen, obwohl bei der permanenten finanziellen Unterausstattung vieler Gebietskörperschaften die Finanzierungsgeschäfte einen hohen Stellenwert einnehmen.

Das Verwaltungsergebnis beläuft sich im Geschäftsjahr 2024 auf - 530,58 Mio. Euro und hat sich gegenüber dem Vorjahr um - 4.789,87 Mio. Euro deutlich verbessert. Diese erhebliche Veränderung geht hauptsächlich auf niedrigere zahlungsunwirksame Zuführungen in die Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen zurück, denn 2023 war zusätzlich die Berücksichtigung der aktuell verhandelten Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst erforderlich - ein Tatbestand der 2024 nicht erneut wirksam wurde. Verglichen mit dem Vorjahr fielen die Zuführungen in die Pensionsrückstellungen um 5.244,03 Mio. Euro niedriger aus.

Die Summe der Erträge betrug 2024 5.821,37 Mio. Euro und erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 148,07 Mio. Euro bzw. 2,61 %.

Die steuerabhängigen Erträge stellen mit 48,88 % und 2.845,41 Mio. Euro den größten Anteil an den Gesamterträgen dar. Zu dem Rückgang um 126,51 Mio. Euro haben im Wesentlichen die Ergebnisse der Gemeinschaftssteuern bzw. der Gewerbesteuerumlage (- 60,06 Mio. Euro), der Landessteuern (- 46,73 Mio. Euro) sowie der Gemeindesteuern (- 27,19 Mio. Euro) beigetragen. Bei den Ge-

meinschaftssteuern haben sich die nicht veranlagten Steuern (- 144,89 Mio. Euro) und die Körperschaftssteuer (- 42,85 Mio. Euro) deutlich reduziert. In beiden Fällen erklärt sich der Rückgang durch Einzelfälle, die 2023 besonders hoch ausgefallen waren. Dieses Minus wird teilweise durch gestiegene Lohn-, Umsatz- und Abgeltungssteuererträge (zusammen + 133,13 Mio. Euro) kompensiert, u.a. weil bei gleichbleibendem Beschäftigungsstand die Nominallohne gestiegen sind und weil die sich langsam eintrübenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sich nicht direkt niederschlagen. Bei den Landessteuern fielen vor allem weniger Erbschaft- und Grunderwerbsteuern an (- 49,37 Mio. Euro). Die Position der Gemeindesteuern wird stets negativ ausgewiesen. Sie repräsentiert die Vielzahl der Gemeindesteueranteile, die das Land Bremen an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven weitergibt.

Lediglich die steuerähnlichen Erträge (+ 4,87 Mio. Euro) und die Erträge aus Zwangsgeldern, Verspätungs- und Versäumniszuschlägen (+ 2,61 Mio. Euro) weisen ein Plus auf, fallen allerdings mit ihren Anteilen von 0,25 bzw. 0,41 % an den steuerabhängigen Erträgen kaum ins Gewicht.

Mit 1.809,44 Mio. Euro bzw. 31,08 % bilden die Finanzausgleichsbeziehungen den zweitgrößten Ertragsposten. Der Zuwachs von + 226,04 Mio. Euro resultiert vorrangig aus dem Finanzkraftausgleich (FKA) durch die Umsatzsteuer-Umverteilung (+ 153,89 Mio. Euro). Hier schlug sich u.a. die positive Steuerzuwachsrate der Ländergesamtheit (3,6 % im Dezember 2024) nieder, die Bremen wiederum über den FKA zugutekam. Auch die Bundesergänzungszuweisungen schließen mit einem Plus ab (+ 72,15 Mio. Euro). Bestandteil der Ergänzungszuweisungen sind die Sanierungshilfen

Lagebericht

gemäß Art. 143d Abs. 4 Grundgesetz in Verbindung mit dem Sanierungshilfengesetz, die Bremen seit 2020 jährlich in Höhe von 400 Mio. Euro erhält. Im Gegenzug verpflichtet sich Bremen, die Schuldenbremse einzuhalten und seine hohe Verschuldung abzubauen.

Mit einem Anteil von 13,47 % gehören die Zuweisungen und Zuschüsse ebenfalls zu den größeren Ertragspositionen. Sie erreichen 2024 784,02 Mio. Euro und sanken gegenüber dem Vorjahr um 34,58 Mio. Euro. Der Rückgang saldiert sich in erster Linie aus gestiegenen Sozialleistungszahlungen für Renten, Unterstützungen und Geldleistungen gegenüber natürlichen Personen (+ 39,95 Mio. Euro) sowie gesunkenen nicht investiven Zuweisungen und Zuschüssen (- 79,40 Mio. Euro), insbesondere aus dem inländischen Bereich (Bund) aber auch aus der Europäischen Union.

Die Erträge der Verwaltungstätigkeit bzw. Umsatzerlöse schließen im Jahr 2024 mit 287,96 Mio. Euro und einem Plus in Höhe von 42,07 Mio. Euro ab, welches vor allem bei den Umsatzerlösen (+ 42,63 Mio. Euro) realisiert wurde. Die Erträge aus Gebühren bleiben um 967,03 TEuro etwas unter dem Vorjahresergebnis zurück, während die Erträge aus Geldbußen um 402,03 TEuro moderat zunehmen. Bei den Umsatzerlösen von insgesamt 204,45 Mio. Euro kommt zum Tragen, dass davon 134,97 Mio. Euro aus Einnahmen von der Stadtgemeinde Bremen stammen. Die Leistungsbeziehungen der Gebietskörperschaften werden seit 2021 in getrennten Erfolgsrechnungen abgebildet. Die Einnahmen des Landes von der Stadtgemeinde fallen allerdings gegenüber dem Vorjahr (150,46 Mio. Euro) um 15,48 Mio. Euro niedriger aus. Der Zuwachs bei den Umsatzerlösen geht daher u.a. auf gestiegene Einnahmen im Zusammenhang mit der Unterbringung, Versorgung von Geflüchteten sowie Rückerstattungen von Coronahilfen zurück.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verbuchen 2024 mit insgesamt 94,56 Mio. Euro einen Zuwachs von 41,04 Mio. Euro. Dazu hat vor allem beigetragen, dass nach einer hohen Zuführung in die Rückstellungen für Beihilfe im Vorjahr nun 35,19 Mio. Euro aufgelöst werden konnten. Daneben fallen die moderaten Zuwächse durch die Auflösung von Sonderposten (+ 2,58 Mio. Euro) und bei den übrigen sonstigen Erträgen (+ 3,14 Mio. Euro) weniger ins Gewicht. Die Werterhöhungen von Gegenständen des Anlagevermögens, Mieten und Abgänge von Vermögensgegenständen machen zusammen eine Veränderung von lediglich - 627,14 TEuro aus.

Die Summe der Aufwendungen verzeichnet 2024 gegenüber dem Vorjahr einen sehr deutlichen Rückgang um 4.641,81 Mio. Euro auf 6.351,95 Mio. Euro. Enthalten sind die weiter rückläufigen Folgeaufwendungen aus der Corona-Pandemie von insgesamt 54,57 Mio. Euro (- 65,95 Mio. Euro) sowie steigende Aufwendungen im Zusammenhang mit den multiplen Klima/Ukraine/Energie-Krisen in Höhe von 620,31 Mio. Euro (+ 319,62 Mio. Euro).

Mit 41,99 % Anteil an den Gesamtaufwendungen stellen die Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit den größten Aufwandsposten dar. Sie sind 2024 um 247,40 Mio. Euro auf 2.667,39 Mio. Euro gestiegen. Entscheidend für die Veränderung sowie für die Gesamthöhe sind die bezogenen Leistungen (Erhöhung um 245,28 Mio. Euro auf 2.643,97 Mio. Euro), die vorrangig auf die Leistungen des Landes Bremen gegenüber der Stadtgemeinde Bremen (Erhöhung um 227,36 Mio. Euro auf 2.391,99 Mio. Euro) zurückzuführen sind. Die coronabedingten Aufwendungen sanken hier um 22,96 Mio. Euro auf 362,42 TEuro. Demgegenüber verzeichnen die Aufwendungen aus dem Klima/Ukraine/Energie-Fonds eine gegenläufige Entwicklung von + 74,10 Mio. Euro auf 155,87 Mio. Euro.

Lagebericht

Mit 19,42 % und 1.233,40 Mio. Euro stellen die Personalkosten erstmals seit Jahren nicht mehr den größten Aufwandsposten dar. Der erhebliche Rückgang um 5.166,86 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr resultiert weitgehend aus deutlich niedrigeren Zuführungen in die Pensionsrückstellungen (- 5.244,03 Mio. Euro). Während 2023 die Berücksichtigung der Tarifabschlüsse zu sehr hohen Zuführungen geführt haben (5.567,22 Mio. Euro), entfällt 2024 dieser Effekt, so dass deutlich niedrigere Zuführungen in die Pensionsrückstellungen (323,19 Mio. Euro) notwendig waren. Infolgedessen fallen 2024 die Aufwendungen für Sozialabgaben und Altersversorgung um 5.218,43 Mio. Euro geringer aus. Bezüge und Entgelte verzeichnen zusammen einen Anstieg von 51,57 Mio. Euro.

Bei der Berechnung der Pensionen sind der angewandte Zinssatz sowie die zugrundeliegenden Annahmen der Prognoseerstellung ausschlaggebend. Zum einen sind Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen mit dem Zinssatz zu diskontieren, der sich aus den Umlaufrenditen für börsennotierte Bundeswertpapiere mit einer Restlaufzeit von über 15 bis einschließlich 30 Jahre ergibt. Dieser errechnet sich als Durchschnitt aus den Monatsendständen der vergangenen zehn Kalenderjahre und wird vom Bundesministerium der Finanzen jährlich veröffentlicht. Sinkende Zinssätze führen bei unveränderten zukünftigen Erfüllungsbeträgen dazu, dass die Zuführung erhöht werden muss. Die Erhöhung des Zinssatzes 2024 von 0,95 % auf 1,00 % p.a. hatte dementsprechend einen leicht senkenden Effekt. Die Fallzahlen haben sich kaum verändert. Den entscheidenden Einfluss auf so deutlich gesunkene Pensionsrückstellungen haben die im Vorjahr berücksichtigten Tarifsteigerungen und die daraus abgeleiteten Tarifprognosen, die 2024 nicht erneut wirksam wurden.

Die Abschreibungen sind mit insgesamt

112,56 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr um 4,41 Mio. Euro gestiegen, insbesondere wegen höherer Abschreibungen auf immaterielle Sachanlagen (+ 2,83 Mio. Euro).

Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse machen 34,49 % an den Gesamtaufwendungen aus und sind um 247,19 Mio. Euro auf 2.190,92 Mio. Euro gestiegen. Der Hauptgrund für die Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist bei den nicht aktivierten Zuweisungen und Zuschüssen zu sehen, deren Anstieg von + 249,71 Mio. Euro den Gesamtanstieg nahezu vollständig erklärt. Enthalten sind die Folgeaufwendungen aus der Corona-Pandemie in Höhe von 54,21 Mio. Euro. Mit einem Rückgang um 39,49 Mio. Euro verlieren diese jedoch, verglichen mit den Pandemie Jahren, langsam an Bedeutung. Vielmehr werden sie durch die Belastungen im Zusammenhang mit der multiplen Ukraine/Energie/Klima-Krise abgelöst. Diese betragen 2024 462,70 Mio. Euro und sind um 231,23 Mio. Euro gestiegen. Nennenswert ist an dieser Stelle der Zuschuss an das Sondervermögen für klimaneutrale Transformation in Höhe von rd. 309 Mio. Euro.

Die Veränderungen der anderen Positionen in der Gruppe der Zuweisungen und Zuschüsse betragen zusammen nur - 2,51 Mio. Euro. Hier stellen die übrigen nicht investiven Zuweisungen und Zuschüsse mit 1.541,17 Mio. Euro zwar den mit Abstand größten Posten dar, der jedoch mit einem Plus von 1,9 Mio. Euro relativ stabil bleibt. Wie im Vorjahr dominieren hier die Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände mit 662,97 Mio. Euro (+ 28,16 Mio. Euro) sowie die Zuschüsse an den sonstigen inländischen Bereich mit 733,56 Mio. Euro (+ 31,14 Mio. Euro). Weiterhin waren die Renten, Unterstützungen und sonstigen Geldleistungen mit einem Minus von 4,36 Mio. Euro rückläufig. Das gleiche gilt für die nicht investiven Vermögensübertragungen (- 52,75 TEuro), die 2024 nicht mehr anfielen.

Lagebericht

Die sonstigen Aufwendungen erreichen 2024 147,69 Mio. Euro und verzeichnen einen Anstieg von 26,05 Mio. Euro, hauptsächlich bei den Verlusten aus Wertminderungen des Umlaufvermögens bzw. den Abgängen des Anlagevermögens (+ 11,08 Mio. Euro) sowie bei den Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Dienstleistungen (+ 14,08 Mio. Euro).

Die sonstigen Personalaufwendungen sowie die Aufwendungen für Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Reisen, Wertkorrekturen und Sonstiges (zusammen + 16,58 TEuro) bleiben auf dem Vorjahresniveau. Bei den Sonstigen Aufwendungen fielen 2024 keine coronabedingten Belastungen mehr an. Im Vorjahr schlugen noch 2,44 Mio. Euro zu Buche. Auch die Beträge aus dem Ukraine/Energie/Klima-Fonds fallen mit 145,9 TEuro und + 113,83 TEuro moderat aus.

Finanzergebnis

Im Finanzergebnis werden die Erträge und Aufwendungen aus Finanzgeschäften ausgewiesen. Die kreditwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die bremischen Schulden gestalteten sich auch 2024 weiterhin positiv. Der Durchschnittszinssatz für das bremische Schuldenportfolio beträgt 2,2 %. Die durchschnittliche Zinsbindung (vor Derivateeinsatz) liegt bei 9,8 Jahren und der variable Anteil der fundierten Schulden des Portfolios beläuft sich, ebenfalls vor Derivateeinsatz, auf 6 %.

Das Finanzergebnis ergibt sich aus 308,55 Mio. Euro Erträgen und 680,06 Mio. Euro Aufwendungen aus Finanzgeschäften. Diese Position weist daher mit einem Betrag in Höhe von 371,52 Mio. Euro weiterhin ein Defizit aus, welches allerdings um 50,20 Mio. Euro reduziert und somit im Vergleich zum Vorjahr leicht verbessert werden konnte.

Wie in den Vorjahren ist hier eine hohe Zinslast in Höhe von 679,08 Mio. Euro prägend, die aufgrund

der vollständigen Schuldübernahme zum 01.01.2020 aus der Stadtgemeinde Bremen im Land Bremen mehrheitlich ausgewiesen wird. Obwohl die Zinsen tendenziell steigen, bleiben die Zinsaufwendungen aufgrund umfangreicher Zinsicherungen in etwa auf dem Vorjahresniveau (+ 69 TEuro), während die Zinserträge ein Plus von 42,5 Mio. Euro aufweisen. Damit nehmen die Zinserträge einen wesentlichen Einfluss auf die Verbesserung des Finanzergebnisses.

Ausgehend von einem sehr niedrigen Vorjahresniveau (427,01 TEuro) sind die Gewinnausschüttungen beteiligter Unternehmen im Land Bremen 2024 auf 1,20 Mio. Euro gestiegen. Dazu hat maßgeblich eine Einzelausschüttung in Höhe von 1,12 Mio. Euro beigetragen. Auch bei den Erträgen aus Wertpapieren und Ausleihungen aufgrund von Kreditvergaben durch das Land an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sowie an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen ist eine deutliche Erhöhung um 6,63 Mio. Euro auf insgesamt 8,54 Mio. Euro sichtbar.

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge erreichen 2024 298,82 Mio. Euro (+ 42,7 Mio. Euro). Alle Positionen aus dieser Gruppe verzeichnen einen Anstieg: + 5,75 Mio. Euro aus Agio auf Wertpapiere, + 1,19 Mio. Euro Zinserträge von verbundenen Unternehmen und + 35,76 Mio. Euro von nicht verbundenen Unternehmen und Einrichtungen. Insbesondere im Bereich der sonstigen Zinsen von nicht verbundenen Unternehmen wird mit 287,50 Mio. Euro der Großteil der Zinserträge erzielt, an denen die Swap-Geschäfte mit 175,84 Mio. Euro und die sonstigen Zinsen vor allem aus dem inländischen Bereich mit 111,17 Mio. Euro einen maßgeblichen Anteil haben.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen belaufen sich 2024 auf 980,61 TEuro und reduzieren sich im Vergleich zum Vorjahr um 175,90 TEuro.

Lagebericht

Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit

Das Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit ergibt sich aus der Summe des Verwaltungs- sowie des Finanzergebnisses und weist mit 902,09 Mio. Euro ein im Vergleich zum Vorjahr um 4.840,08 Mio. Euro besseres Ergebnis aus.

Jahresergebnis 2024

Das Jahresergebnis wird ermittelt, indem vom Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit die Steuerschuld abgezogen wird. Der so ermittelte Jahresfehlbetrag beträgt 2024 902,10 Mio. Euro und verbessert sich im Vergleich zum Vorjahr um 4.840,08 Mio. Euro.

Durch die seit 2021 getrennte Ermittlung der doppelischen Jahresergebnisse je Gebietskörperschaft werden die bis 2020 neutral betrachteten haushaltstechnischen Verrechnungen zwischen den Gebietskörperschaften in Rechnung gestellt und als Erträge und Aufwendungen in der Erfolgsrechnung ausgewiesen. Mit rd. 135 Mio. Euro Erträgen und rd. 2.392 Mio. Euro Aufwendungen schlägt dieser Effekt im Verwaltungs- und Jahresergebnis des Landes Bremen mit einem Minus von rd. 2.257 Mio. Euro zu Buche. Dem entspricht das im doppelischen Jahresabschluss der Stadtgemeinde Bremen ausgewiesene Plus von rd. 2.257 Mio. Euro. Über beide Gebietskörperschaften gleichen sich Erträge und Aufwendungen nahezu aus.

Vermögensrechnung 2024

	31.12.2024	31.12.2023	Abweichung ggü. Vorjahr	Abweichung ggü. Vorjahr
	Euro	Euro	Euro	%
Anlagevermögen	2.846.807.140,34	2.439.629.254,84	407.177.885,50	16,69
Umlaufvermögen	3.186.977.657,91	3.932.139.928,25	-745.162.270,34	-18,95
Aktive Rechnungsabgrenzung	411.379.137,12	206.199.356,73	205.179.780,39	99,51
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	37.297.479.960,28	36.407.860.434,29	889.619.525,99	2,44
Summe Aktiva	43.742.643.895,65	42.985.828.974,11	756.814.921,54	1,76
Eigenkapital	0,00	0,00	0,00	
Sonderposten für Investitionen	588.087.546,90	569.915.146,65	18.172.400,25	3,19
Rückstellungen	17.904.571.660,82	17.610.941.900,75	293.629.760,07	1,67
Verbindlichkeiten	25.198.929.652,99	24.748.311.141,57	450.618.511,42	1,82
Passive Rechnungsabgrenzung	51.055.034,94	56.660.785,14	-5.605.750,20	-9,89
Summe Passiva	43.742.643.895,65	42.985.828.974,11	756.814.921,54	1,76

Aktiva

Die Bilanzsumme der Aktivseite ist 2024 im Land Bremen um 756,81 Mio. Euro gestiegen. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr liegt bei 1,76 %.

Das Anlagevermögen erhöht sich gegenüber dem Anfangsbestand um 407,18 Mio. Euro. Die Finanzanlagen haben daran mit einer Erhöhung um 436,98 Mio. Euro neben den Sachanlagen (+ 8,95 Mio. Euro) den größten Anteil.

Lagebericht

Die Finanzanlagen beeinflussen mit einem Betrag von 1.801,37 Mio. Euro und einem Anteil von 63,28 % die Höhe des Anlagevermögens maßgeblich. Zugänge in Höhe von 445,74 Mio. Euro bei den übrigen sonstigen Ausleihungen an Gemeinden führten zusammen mit den zu berücksichtigenden planmäßigen Abschreibungen zu einer Veränderung von + 436,98 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr.

Die Erhöhung der Sachanlagen um 22,98 % auf nunmehr 47,91 Mio. Euro ist insbesondere auf die Aktivierung von Bauten auf fremdem Grund und Boden in Höhe von 6,53 Mio. Euro zurückzuführen. Weitere Anlagenzugänge sind im Bereich der Technischen Anlagen, Maschinen und Betriebsvorrichtungen zu verzeichnen.

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind hingegen rückläufig (- 38,76 Mio. Euro) und betragen zum 31.12.2024 997,53 Mio. Euro. Geringfügig gesunkene Zugänge im Geschäftsjahr sowie eine Korrektur der Wertberichtigungen des Vorjahres führen zu dem geringeren Endbestand.

Das Umlaufvermögen verringert sich im Vergleich zum Vorjahreswert um 745,16 Mio. Euro auf 3.186,98 Mio. Euro. Zum einen reduzieren sich die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 303,47 Mio. Euro und zum anderen verringern sich die liquiden Mittel bzw. das Bankguthaben um 441,70 Mio. Euro. Die Guthaben bei der Bundesbank weisen zum 31.12.2024 einen um 23,18 Mio. Euro und bei den übrigen Kreditinstituten einen um 418,50 Mio. Euro niedrigeren Bestand aus als zum Vorjahreszeitpunkt.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten erhöhen sich im Jahr 2024 um 205,18 Mio. Euro auf 411,38 Mio. Euro.

Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag steigt im Geschäftsjahr 2024

um 889,62 Mio. Euro auf nunmehr 37.297,48 Mio. Euro. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus dem Jahresfehlbetrag (902,10 Mio. Euro), der Kapitalveränderung durch Bestandsanpassungen (25,46 Mio. Euro) sowie den erforderlichen Wertkorrekturen der Eröffnungsbilanzwerte (1,70 Mio. Euro).

Passiva

Das Eigenkapital wird nach wie vor auf der Aktivseite der Vermögensrechnung als „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgewiesen.

Die Sonderposten für erhaltene Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen steigen um 18,17 Mio. Euro bzw. um 3,19 % auf 588,09 Mio. Euro.

Die Gesamtsumme der Rückstellungen ist regelmäßig durch die Bildung der Pensionsrückstellungen geprägt. Dabei wird der zukünftige Finanzmittelbedarf der Versorgungslasten, der auf den Stichtag der Vermögensrechnung abgezinst wird, als Pensionsrückstellungen dargestellt. Der Zinssatz für das Diskontieren der Rückstellungen für Pensionen wurde 2024 von 0,95 % auf 1,00 % p.a. erhöht. Ein steigender Zinssatz hat einen entlastenden Effekt auf die Verpflichtungen in die Zukunft. Die 2023 zusätzlich erforderliche Berücksichtigung der tariflichen Steigerungen kam im Berichtsjahr nicht zum Tragen.

Die Rückstellungen erreichen 2024 mit einer Erhöhung um 293,63 Mio. Euro einen Bestand von 17.904,57 Mio. Euro. Insbesondere die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (+ 288,00 Mio. Euro) haben zu dem Anstieg beigetragen. Dieser fällt allerdings im Vergleich zum Vorjahr deutlich niedriger aus (2023: + 5.567,22 Mio. Euro) und beeinflusst daher das Jahresergebnis nicht in dem Maße wie im Vorjahr.

Lagebericht

Die Verbindlichkeiten weisen einen Anstieg um 450,62 Mio. Euro aus. Die Gesamtsumme der Verbindlichkeiten beträgt damit im doppelischen Jahresabschluss 25.198,93 Mio. Euro. Der kammerale Begriff der fundierten Schulden umfasst die langfristigen Staatsschulden, welche regelmäßig über eine längere Laufzeit (ein Jahr und länger) zurückgezahlt werden. Der doppelische Begriff der Verbindlichkeiten ist weiter gefasst. Er umfasst die noch offenen finanziellen Verpflichtungen des Landes Bremen gegenüber Gläubigern.

Die Erhöhung der Verbindlichkeiten um 450,62 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus

dem Anstieg der Position Anleihen und Obligationen, zu welcher auch die Kapitalmarktpapiere gehören. 2024 wurde die Ausgabe von Schatzanweisungen um 925,00 Mio. Euro auf 18.201,50 Mio. Euro erhöht. Der Bestand an mittel- sowie langfristigen Krediten verringert sich hingegen um 249,07 Mio. Euro und auch bei den sonstigen Verbindlichkeiten ist eine Reduzierung zu verzeichnen (- 305,84 Mio. Euro).

Die Reduzierung der passiven Rechnungsabgrenzung um 5,61 Mio. Euro resultiert ausschließlich aus der Veränderung der passiv abzugrenzenden Agiobeträge.



Außenansicht Haus des Reichs, Dienstsitz des Senators für Finanzen in Bremen

Quelle: Freie Hansestadt Bremen

Lagebericht

Resümee

Das Land Bremen weist im doppelischen Jahresabschluss 2024 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 902,10 Mio. Euro aus. Mit einer Verbesserung um 4.840,08 Mio. Euro liegt das Jahresergebnis 2024 deutlich über dem Vorjahresniveau.

Das Verwaltungsergebnis ist das erste Teilergebnis der Erfolgsrechnung und beträgt 2024 - 530,58 Mio. Euro. Insbesondere die um 5.244,03 Mio. Euro gesunkenen Zuführungen in die Pensionsrückstellungen haben zur Verbesserung um 4.789,87 Mio. Euro gegenüber 2023 beigetragen.

Darüber hinaus haben im Berichtsjahr 2024 weitere Sondereffekte das Ergebnis beeinflusst.

Dies sind zum einen die Belastungen aufgrund der Corona- sowie der Ukraine/Energie/Klima-Krisen. Die krisenbedingten Effekte führen 2024 zu einer Belastung des Verwaltungsergebnisses im Land Bremen in Höhe von - 663,63 Mio. Euro.

Weiterhin hat die Erfassung der Leistungsbeziehungen zwischen dem Land und der Stadtgemeinde Bremen das Verwaltungsergebnis mit einem negativen Saldo von - 2,3 Mrd. Euro geprägt. Dieser Effekt lässt sich jedoch nur in einer gemeinsamen Betrachtung mit dem Jahresabschluss der Stadtgemeinde Bremen sinnvoll beurteilen, denn die Stadtgemeinde Bremen weist als Leistungspartner umgekehrt einen positiven Saldo von 2,3 Mrd. Euro aus. Nur über die gemeinsame Betrachtung beider Gebietskörperschaften gleicht sich der Effekt aus und bleibt in Summe nahezu ergebnisneutral.

Die Effekte aus den Krisen und den Leistungsbeziehungen zwischen Land und Stadtgemeinde Bremen summieren sich auf - 2,92 Mrd. Euro.

Ohne Einbeziehung dieses hohen negativen Betrages würde das Ergebnis aus der Verwaltungs-

tätigkeit mit einem Plus von 2,39 Mrd. Euro abschließen.

Das Finanzergebnis ist das zweite Teilergebnis in der Erfolgsrechnung und weist 2024 ein Defizit in Höhe von 371,52 Mio. Euro aus, welches im Vergleich zum Vorjahr um 50,20 Mio. Euro verbessert werden konnte. Wie in den Vorjahren wird das Finanzergebnis durch eine hohe Zinsbelastung dominiert, wobei die Zinsaufwendungen als Folge der vollständigen Schuldübernahme aus den anderen Gebietskörperschaften zum 01.01.2020 hauptsächlich im Land Bremen ausgewiesen werden. Obwohl die Zinsen tendenziell steigen, bleiben die Zinsaufwendungen aufgrund umfangreicher Zinssicherungen in etwa auf dem Vorjahresniveau (+ 0,07 Mio. Euro), während die Zinserträge eine Erhöhung um 42,5 Mio. Euro aufweisen. Damit nehmen die Zinserträge einen wesentlichen Einfluss auf die Verbesserung des Finanzergebnisses.

Der Jahresfehlbetrag errechnet sich aus dem Verwaltungs- und dem Finanzergebnis (zzgl. Steuern) und erreicht 2024 im Land Bremen ein Minus von 902,10 Mio. Euro.



Herolde am Bremer Rathaus
Quelle: Freie Hansestadt Bremen



Freie
Hansestadt
Bremen

TEIL B

HAUSHALTSRECHNUNG DES LANDES BREMEN 2024



Der Senator für Finanzen

INHALTSÜBERSICHT

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen

	Seite
Gesamtrechnungsnachweisung	1
Einnahmen/Ausgaben - Kapitel- und Einzelplansummen -	2
Einnahmen - Einzelplansummen -	44
Ausgaben - Einzelplansummen -	46
Erläuterungen zur Gesamtrechnungsnachweisung	48
Kassenmäßiger Abschluss, Haushaltsabschluss	50
Haushaltsabschluss gemäß § 82 und § 83 Nr. 2 f LHO	51
Kontrollkonto nach § 18 b LHO	52
 Anlagen zur Haushaltsrechnung	
Anlage 1 - Übersicht über erhebliche Solländerungen und erhebliche Abweichungen zwischen Soll- und Ist-Beträgen	53
- Erläuterungen der Solländerungen und Abweichungen	63
- Haushaltsüberschreitungen	81
- Personalausgaben	83
 Anlage 2 - Übersichten über niedergeschlagene und erlassene Beträge	84
 Anlage 3 - Vermögensnachweis	85
- Übersichten über Beteiligungen, Sachanlagen, Forderungen, Rücklagen, Sondervermögen und Eigenbetriebe, Schulden und Bürgschaftsver- pflichtungen, Grundbesitz	
 Anlage 4 - Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Eigenbetriebe, der Sondervermögen, der Hochschulen und der Anstalt für Versorgungsvorsorge	99
 Anlage 5 - Zusammenfassung der Vermögensnachweise von Land und Stadtgemeinde Bremen, Entwicklung der fundierte Schulden der bremischen Körperschaften, Überleitungstabelle Kreditschulden kameral und Kreditschulden doppisch, Aufgliederung der unter- schiedlichen Werte für Zinsausgaben nach kameraler und doppischer Buchführung, Zusammenstellung über die Schulden der Gesellschaften mit mehrheitlicher Beteiligung Bremens	120
 Anlage 6 - Einnahmen und Ausgaben der Sonderhaushalte	126
 Anlage 7 - Anpassung Tilgungsplan	129

Gesamtrechnungsnachweisung

Die Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr **2024** enthält die Gesamtbeträge der Kapitel und die Gesamtbeträge der Einzelpläne unter Berücksichtigung der nach § 81 LHO vorgeschriebenen Gliederung.

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
00				Bürgerschaft,Rechnungshof,Senat,Europa,Bundesang., Datenschutz,Inneres,Frauen,Staatsgerichtshof						
	0010			Bremische Bürgerschaft	12.232.904,58 0,00 0,00	12.232.904,58	11.359.860,00 0,00 0,00	710.000,00 0,00	12.069.860,00	163.044,58
	0011			Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen	3.001.450,00 0,00 0,00	3.001.450,00	3.001.450,00 0,00 0,00	0,00 0,00	3.001.450,00	0,00
	0012			Staatsgerichtshof	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
	0020			Senat und Senatskanzlei	4.867.219,71 0,00 0,00	4.867.219,71	4.533.460,00 0,00 0,00	92.949,39 0,00	4.626.409,39	240.810,32
	0021			Entwicklungszusammenarbeit, Internationale Beziehungen	591.248,50 0,00 0,00	591.248,50	0,00 0,00 0,00	591.248,50 0,00	591.248,50	0,00
	0025			Der Bevollmächtigte der FHB beim Bund - BgA 37 Gästehaus	31.281,53 0,00 0,00	31.281,53	15.300,00 0,00 0,00	15.981,53 0,00	31.281,53	0,00
	0026			Der Bevollmächtigte der FHB beim Bund - BgA 51 Veranstaltungsservice	219.998,21 0,00 0,00	219.998,21	135.180,00 0,00 0,00	80.409,01 0,00	215.589,01	4.409,20
	0027			Europa	41.422,42 0,00 0,00	41.422,42	39.000,00 0,00 0,00	3.422,42 0,00	42.422,42	1.000,00-
	0028			Der Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund	90.950,07 0,00 0,00	90.950,07	81.580,00 0,00 0,00	6.580,11 0,00	88.160,11	2.789,96

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	0029			Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit	95.035,58	95.035,58	0,00	19.550,00	19.550,00	75.485,58
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0030			Behörde d. Sen. für Inneres	3.357.223,21	3.357.223,21	3.132.280,00	208.518,96	3.340.798,96	16.424,25
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0031			Allgemeine Bewilligungen für Inneres	2.334.114,14	2.334.114,14	256.200,00	1.858.814,23	2.115.014,23	219.099,91
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0032			Landesamt für Verfassungsschutz	11.114,75	11.114,75	0,00	11.114,75	11.114,75	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0034			Polizei Bremen	15.966.348,46	15.966.348,46	13.009.190,00	2.770.317,66	15.779.507,66	186.840,80
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0036			Statistisches Landesamt	1.340.050,50	1.340.050,50	1.295.520,00	2.347,80	1.297.867,80	42.182,70
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0037			Digitalfunk	1.093.273,24	1.093.273,24	213.900,00	863.665,24	1.077.565,24	15.708,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0045			Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau	732.559,13	732.559,13	461.620,00	373.130,48	834.750,48	102.191,35-
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
				Summe der Einnahmen des Einzelplans 00	46.006.194,03	46.006.194,03	37.534.540,00	7.608.050,08	45.142.590,08	863.603,95
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
00				Bürgerschaft,Rechnungshof,Senat,Europa,Bundesang., Datenschutz,Inneres,Frauen,Staatsgerichtshof						
	0010			Bremische Bürgerschaft	34.979.893,88 769.400,00 0,00	35.749.293,88	36.047.110,00 1.089.000,00 0,00	3.630.683,28 1.460.711,84	39.306.081,44	3.556.787,56-
	0011			Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen	3.649.969,87 0,00 0,00	3.649.969,87	3.757.310,00 0,00 0,00	386.711,66 156.801,61	3.987.220,05	337.250,18-
	0012			Staatsgerichtshof	50.984,52 772,15 0,00	51.756,67	52.840,00 1.698,86 0,00	3.396,17 3.396,17	54.538,86	2.782,19-
	0020			Senat und Senatskanzlei	21.251.221,06 1.105.536,49 0,00	22.356.757,55	21.291.990,00 482.000,00 0,00	7.238.891,60 6.012.101,14	23.000.780,46	644.022,91-
	0021			Entwicklungszusammenarbeit, Internationale Beziehungen	1.545.438,36 937,48 0,00	1.546.375,84	932.060,00 0,00 0,00	958.886,11 327.078,65	1.563.867,46	17.491,62-
	0025			Der Bevollmächtigte der FHB beim Bund - BgA 37 Gästehaus	75.060,93 0,00 0,00	75.060,93	87.450,00 0,00 0,00	19.589,02 3.607,49	103.431,53	28.370,60-
	0026			Der Bevollmächtigte der FHB beim Bund - BgA 51 Veranstaltungsservice	336.825,17 0,00 0,00	336.825,17	341.640,00 0,00 0,00	239.506,91 159.097,90	422.049,01	85.223,84-
	0027			Europa	1.997.354,78 752,22 0,00	1.998.107,00	2.334.530,00 46.833,48 0,00	109.249,34 39.957,04	2.450.655,78	452.548,78-
	0028			Der Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund	3.302.233,84 80.000,00 0,00	3.382.233,84	3.533.450,00 80.000,00 0,00	484.200,82 386.028,48	3.711.622,34	329.388,50-

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	0029			Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit	2.015.904,95 563.509,54 0,00	2.579.414,49	2.524.330,00 281.614,10 0,00	329.272,70 84.477,36	3.050.739,44	471.324,95-
	0030			Behörde d. Sen. für Inneres	13.282.064,95 105.547,52 0,00	13.387.612,47	12.290.580,00 0,00 0,00	3.202.718,09 2.008.812,08	13.484.486,01	96.873,54-
	0031			Allgemeine Bewilligungen für Inneres	60.647.181,97 0,00 0,00	60.647.181,97	57.777.580,00 0,00 0,00	4.275.817,36 1.327.304,47	60.726.092,89	78.910,92-
	0032			Landesamt für Verfassungsschutz	6.264.700,20 0,00 0,00	6.264.700,20	6.104.920,00 0,00 0,00	1.023.759,94 856.474,53	6.272.205,41	7.505,21-
	0034			Polizei Bremen	217.828.263,12 41.985,69 0,00	217.870.248,81	194.495.040,00 0,00 0,00	38.560.072,78 14.435.099,08	218.620.013,70	749.764,89-
	0036			Statistisches Landesamt	8.532.840,02 146.059,45 0,00	8.678.899,47	7.965.550,00 600.000,00 0,00	2.397.480,79 2.255.341,00	8.707.689,79	28.790,32-
	0037			Digitalfunk	2.719.834,07 0,00 0,00	2.719.834,07	2.354.700,00 371.049,19 0,00	1.615.177,12 1.401.257,85	2.939.668,46	219.834,39-
	0045			Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau	2.180.289,95 0,00 0,00	2.180.289,95	1.768.600,00 0,00 0,00	850.653,73 371.528,80	2.247.724,93	67.434,98-
				Summe der Ausgaben des Einzelplans 00	380.660.061,64 2.814.500,54 0,00	383.474.562,18	353.659.680,00 2.952.195,63 0,00	65.326.067,42 31.289.075,49	390.648.867,56	7.174.305,38-

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
01				Justiz und Verfassung, Sport						
	0100			Behörde d. Sen. für Justiz und Verfassung	22.839,36 0,00 0,00	22.839,36	2.930,00 0,00 0,00	4.743,24 0,00	7.673,24	15.166,12
	0101			Allgemeine Bewilligungen für Justiz und Verfassung	4.278.623,93 0,00 0,00	4.278.623,93	2.013.910,00 0,00 0,00	2.181.618,94 0,00	4.195.528,94	83.094,99
	0102			Soziale Dienste der Justiz	92.866,87 0,00 0,00	92.866,87	600,00 0,00 0,00	82.472,56 0,00	83.072,56	9.794,31
	0110			Generalstaatsanwaltschaft Bremen	120,00 0,00 0,00	120,00	120,00 0,00 0,00	0,00 0,00	120,00	0,00
	0111			Staatsanwaltschaft Bremen	7.392.749,41 0,00 0,00	7.392.749,41	6.223.920,00 0,00 0,00	840.706,00 0,00	7.064.626,00	328.123,41
	0120			Justizvollzugsanstalt Bremen	942.040,89 0,00 0,00	942.040,89	477.000,00 0,00 0,00	184.526,21 0,00	661.526,21	280.514,68
	0130			Hanseatisches Oberlandesgericht	1.367.470,25 0,00 0,00	1.367.470,25	1.598.710,00 0,00 0,00	0,00 0,00	1.598.710,00	231.239,75-

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	0131			Landgericht Bremen	4.990.796,22	4.990.796,22	5.847.600,00	0,00	5.847.600,00	856.803,78-
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0132			Amtsgericht Bremen	24.328.342,08	24.328.342,08	23.745.720,00	432.496,43	24.178.216,43	150.125,65
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0133			Amtsgericht Bremerhaven	4.166.446,68	4.166.446,68	4.515.300,00	96.126,91	4.611.426,91	444.980,23-
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0134			Amtsgericht Bremen-Blumenthal	3.142.114,22	3.142.114,22	3.370.510,00	147.719,21	3.518.229,21	376.114,99-
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0141			Justizprüfungsamt (bis 2021)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0150			Landesarbeitsgericht	56.015,66	56.015,66	70.800,00	0,00	70.800,00	14.784,34-
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0151			Arbeitsgericht Bremen-Bremerhaven	390.882,75	390.882,75	413.140,00	0,00	413.140,00	22.257,25-
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0160			Finanzgericht	245.290,88	245.290,88	141.800,00	0,00	141.800,00	103.490,88
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0170			Landessozialgericht Niedersachsen - Bremen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0171			Sozialgericht	207.182,73	207.182,73	333.560,00	0,00	333.560,00	126.377,27-
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

[illegible]

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
01				Justiz und Verfassung, Sport						
	0100			Behörde d. Sen. für Justiz und Verfassung	6.263.070,05 143.070,00 0,00	6.406.140,05	6.342.700,00 97.560,00 0,00	1.096.228,60 974.428,47	6.562.060,13	155.920,08-
	0101			Allgemeine Bewilligungen für Justiz und Verfassung	8.230.609,92 130.160,00 0,00	8.360.769,92	6.377.090,00 233.820,00 0,00	2.806.320,64 580.452,77	8.836.777,87	476.007,95-
	0102			Soziale Dienste der Justiz	3.021.478,69 18.850,00 0,00	3.040.328,69	2.757.220,00 13.480,00 0,00	392.202,51 105.571,01	3.057.331,50	17.002,81-
	0110			Generalstaatsanwaltschaft Bremen	898.631,63 11.500,00 0,00	910.131,63	800.850,00 801.500,00 0,00	157.996,90 839.304,75	921.042,15	10.910,52-
	0111			Staatsanwaltschaft Bremen	18.663.703,48 4.940,00 0,00	18.668.643,48	15.286.110,00 120.560,00 0,00	4.512.308,27 959.124,73	18.959.853,54	291.210,06-
	0120			Justizvollzugsanstalt Bremen	37.959.101,79 289.140,00 0,00	38.248.241,79	35.227.790,00 577.900,00 0,00	4.785.687,10 1.184.258,80	39.407.118,30	1.158.876,51-
	0130			Hanseatisches Oberlandesgericht	3.712.424,82 74.520,00 0,00	3.786.944,82	3.512.730,00 26.070,00 0,00	396.898,13 115.265,29	3.820.432,84	33.488,02-
	0131			Landgericht Bremen	19.341.553,14 98.630,00 0,00	19.440.183,14	15.564.880,00 9.060,00 0,00	4.202.679,25 311.666,55	19.464.952,70	24.769,56-
	0132			Amtsgericht Bremen	45.216.085,86 154.700,00 0,00	45.370.785,86	43.759.950,00 170.930,00 0,00	5.109.643,09 2.916.954,56	46.123.568,53	752.782,67-

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	0133			Amtsgericht Bremerhaven	15.396.164,27	15.422.704,27	13.997.460,00	1.792.879,52	15.543.856,35	121.152,08-
					26.540,00		1.830,00	248.313,17		
					0,00		0,00			
	0134			Amtsgericht Bremen-Blumenthal	7.701.678,23	7.702.368,23	7.295.980,00	1.112.306,93	7.760.173,41	57.805,18-
					690,00		4.970,00	653.083,52		
					0,00		0,00			
	0141			Justizprüfungsamt (bis 2021)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0150			Landesarbeitsgericht	612.512,56	615.272,56	527.100,00	102.871,92	616.786,71	1.514,15-
					2.760,00		670,00	13.855,21		
					0,00		0,00			
	0151			Arbeitsgericht Bremen-Bremerhaven	4.136.720,97	4.186.930,97	3.982.600,00	599.534,24	4.371.527,70	184.596,73-
					50.210,00		44.900,00	255.506,54		
					0,00		0,00			
	0160			Finanzgericht	1.093.950,28	1.098.760,28	894.790,00	229.207,01	1.100.035,49	1.275,21-
					4.810,00		2.540,00	26.501,52		
					0,00		0,00			
	0170			Landessozialgericht Niedersachsen - Bremen	1.133.047,77	1.133.047,77	1.309.060,00	198.890,03	1.229.633,77	96.586,00-
					0,00		0,00	278.316,26		
					0,00		0,00			
	0171			Sozialgericht	3.766.002,37	3.788.022,37	3.201.390,00	948.790,59	3.804.420,25	16.397,88-
					22.020,00		21.010,00	366.770,34		
					0,00		0,00			
	0180			Oberverwaltungsgericht	1.196.590,79	1.220.720,79	1.089.650,00	159.904,34	1.225.638,51	4.917,72-
					24.130,00		7.430,00	31.345,83		
					0,00		0,00			
	0181			Verwaltungsgericht	2.684.598,22	2.694.298,22	2.880.260,00	327.242,83	2.697.102,03	2.803,81-
					9.700,00		5.600,00	516.000,80		
					0,00		0,00			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

[illegible]

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
02				Kinder und Bildung, Kultur, Wissenschaft						
	0200			Behörde d. Sen. für Kinder und Bildung	11.547.743,56	11.547.743,56	11.711.750,00	24.619,56	11.736.369,56	188.626,00-
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0201			Allgemeine Bewilligungen für Bildung	27.776.975,01	27.776.975,01	12.922.030,00	15.200.792,51	28.122.822,51	345.847,50-
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0202			Allgemeine Bewilligungen für Kinderbetreuung	3.709.644,28	3.709.644,28	3.700.000,00	9.644,28	3.709.644,28	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0230			Landesinstitut für Schule	1.196.516,39	1.196.516,39	130.180,00	1.074.475,20	1.204.655,20	8.138,81-
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0240			Institut für Qualitätsentwicklung im Land Bremen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0250			Behörde d. Sen. für Kultur	91.166,45	91.166,45	3.050,00	88.696,45	91.746,45	580,00-
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0251			Allgemeine Bewilligungen für Kultur	4.305.130,42	4.305.130,42	4.169.470,00	44.804,44	4.214.274,44	90.855,98
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	0255			Allgemeine Weiterbildung	56.724,95	56.724,95	0,00	56.724,95	56.724,95	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0256			Landesamt für Denkmalpflege	29.254,10	29.254,10	3.000,00	25.534,50	28.534,50	719,60
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0257			Landeszentrale für politische Bildung	41.335,92	41.335,92	20.300,00	20.943,78	41.243,78	92,14
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0258			Staatsarchiv	429.270,79	429.270,79	28.810,00	400.078,72	428.888,72	382,07
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0259			Landesarchäologie	215.019,35	215.019,35	0,00	215.019,35	215.019,35	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0270			Hochschulen -Baumaßnahmen und Erstausrstattungen-	143.189,34	143.189,34	123.260,00	19.929,34	143.189,34	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0273			Allgemeine Bewilligungen für Hochschulen	82.411.144,41	82.411.144,41	85.659.320,00	3.573.828,11-	82.085.491,89	325.652,52
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0274			Zuschüsse an die Hochschulen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0290			Allgemeine Bewilligungen für Forschungsförderung	19.810.441,74	19.810.441,74	22.505.780,00	2.777.309,56-	19.728.470,44	81.971,30
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0292			EFRE-Programm (Wissenschaft)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

[illegible]

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
02				Kinder und Bildung, Kultur, Wissenschaft						
	0200			Behörde d. Sen. für Kinder und Bildung	21.344.608,12 0,00 0,00	21.344.608,12	18.048.810,00 0,00 0,00	4.510.038,95 1.161.339,00	21.397.509,95	52.901,83-
	0201			Allgemeine Bewilligungen für Bildung	965.733.229,89 449.188,24 0,00	966.182.418,13	929.969.860,00 100.572,29 0,00	71.186.849,80 33.895.047,93	967.362.234,16	1.179.816,03-
	0202			Allgemeine Bewilligungen für Kinderbetreuung	67.994.892,06 8.000,00 0,00	68.002.892,06	61.857.710,00 0,00 0,00	30.274.281,80 24.129.099,73	68.002.892,07	0,01-
	0230			Landesinstitut für Schule	23.987.952,56 274.161,19 0,00	24.262.113,75	23.960.060,00 18.041,07 0,00	3.099.019,09 2.161.673,51	24.915.446,65	653.332,90-
	0240			Institut für Qualitätsentwicklung im Land Bremen	1.886.699,70 0,00 0,00	1.886.699,70	1.750.960,00 0,00 0,00	258.074,73 112.783,00	1.896.251,73	9.552,03-
	0250			Behörde d. Sen. für Kultur	4.657.254,36 0,00 0,00	4.657.254,36	4.385.970,00 0,00 0,00	1.319.188,68 954.514,38	4.750.644,30	93.389,94-
	0251			Allgemeine Bewilligungen für Kultur	2.475.725,29 23.453,87 0,00	2.499.179,16	1.897.520,00 15.084,54 0,00	1.095.041,06 398.776,95	2.608.868,65	109.689,49-
	0255			Allgemeine Weiterbildung	1.987.553,24 0,00 0,00	1.987.553,24	2.008.740,00 0,00 0,00	449.599,93 447.874,98	2.010.464,95	22.911,71-
	0256			Landesamt für Denkmalpflege	1.199.786,23 0,00 0,00	1.199.786,23	1.102.930,00 0,00 0,00	196.549,76 99.688,45	1.199.791,31	5,08-

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	0257			Landeszentrale für politische Bildung	1.302.538,43	1.302.538,43	1.303.290,00	165.177,69	1.381.530,78	78.992,35-
					0,00		3.810,10	90.747,01		
					0,00		0,00			
	0258			Staatsarchiv	2.553.516,99	2.553.516,99	1.624.910,00	1.075.403,69	2.553.522,83	5,84-
					0,00		0,00	146.790,86		
					0,00		0,00			
	0259			Landesarchäologie	1.048.272,60	1.048.272,60	820.370,00	490.698,63	1.054.480,90	6.208,30-
					0,00		21.601,01	278.188,74		
					0,00		0,00			
	0270			Hochschulen -Baumaßnahmen und Erstausrstattungen-	22.715.890,28	22.715.890,28	20.818.260,00	3.529.409,34	22.738.189,34	22.299,06-
					0,00		0,00	1.609.480,00		
					0,00		0,00			
	0273			Allgemeine Bewilligungen für Hochschulen	129.872.651,51	130.105.925,67	131.358.250,00	105.430.451,69	130.348.165,49	242.239,82-
					233.274,16		99.898,17	106.540.434,37		
					0,00		0,00			
	0274			Zuschüsse an die Hochschulen	326.678.260,75	326.678.260,75	315.618.190,00	14.763.885,28	326.678.260,75	0,00
					0,00		0,00	3.703.814,53		
					0,00		0,00			
	0290			Allgemeine Bewilligungen für Forschungsförderung	89.565.679,78	91.922.258,78	95.506.440,00	24.735.778,63	92.297.829,63	375.570,85-
					2.356.579,00		3.139.763,55	31.084.152,55		
					0,00		0,00			
	0291			Alfred-Wegener-Institut	11.251.002,00	11.433.260,00	11.446.880,00	59.776,00	11.433.260,00	0,00
				Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung	182.258,00		0,00	73.396,00		
					0,00		0,00			
	0292			EFRE-Programm (Wissenschaft)	2.495.735,55	2.495.735,55	2.457.140,00	3.980.735,55	4.852.875,55	2.357.140,00-
					0,00		0,00	1.585.000,00		
					0,00		0,00			
				Summe der Ausgaben des Einzelplans 02	1.678.751.249,34	1.682.278.163,80	1.625.936.290,00	266.619.960,30	1.687.482.219,04	5.204.055,24-
					3.526.914,46		3.398.770,73	208.472.801,99		
					0,00		0,00			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen Einsparungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
03				Arbeit, Versorgung und Integration						
	0300			Behörde d. Sen. für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration (Arbeit)	1.205.464,09 0,00 0,00	1.205.464,09	0,00 0,00 0,00	1.205.464,09 0,00	1.205.464,09	0,00
	0301			Allgemeine Bewilligungen für Arbeit	5.735.254,65 0,00 0,00	5.735.254,65	5.850.000,00 0,00 0,00	1.533,88 0,00	5.851.533,88	116.279,23-
	0304			Ausgleichsabgaben	10.574.924,69 0,00 0,00	10.574.924,69	8.568.580,00 0,00 0,00	2.006.344,69 0,00	10.574.924,69	0,00
	0305			Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)	4.308.633,29 0,00 0,00	4.308.633,29	0,00 0,00 0,00	4.288.560,04 0,00	4.288.560,04	20.073,25
	0306			Arbeitsförderung im Land Bremen	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
	0307			Soziales Entschädigungsrecht SGB XIV	4.889.427,41 0,00 0,00	4.889.427,41	3.232.480,00 0,00 0,00	0,00 0,00	3.232.480,00	1.656.947,41
	0308			Förderungen aus dem europäischen Sozialfonds (ESF)	33.194.982,08 0,00 0,00	33.194.982,08	23.140.000,00 0,00 0,00	14.400.000,00 0,00	37.540.000,00	4.345.017,92-

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

[illegible]

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
03				Arbeit, Versorgung und Integration						
	0300			Behörde d. Sen. für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration (Arbeit)	5.491.879,62 909,53 0,00	5.492.789,15	4.532.170,00 0,00 0,00	2.205.356,50 1.191.648,73	5.545.877,77	53.088,62-
	0301			Allgemeine Bewilligungen für Arbeit	9.232.709,14 143.424,35 0,00	9.376.133,49	7.636.730,00 34.309,77 0,00	3.142.532,25 1.223.622,90	9.589.949,12	213.815,63-
	0304			Ausgleichsabgaben	11.555.838,22 0,00 0,00	11.555.838,22	9.549.380,00 0,00 0,00	21.660.164,58 19.653.819,89	11.555.724,69	113,53
	0305			Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)	27.005.694,40 999.071,92 0,00	28.004.766,32	21.285.310,00 4.644.561,56 0,00	8.113.601,50 6.038.706,74	28.004.766,32	0,00
	0306			Arbeitsförderung im Land Bremen	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
	0307			Soziales Entschädigungsrecht SGB XIV	9.760.795,44 0,00 0,00	9.760.795,44	8.249.300,00 0,00 0,00	9.042.976,95 7.531.481,51	9.760.795,44	0,00
	0308			Förderungen aus dem europäischen Sozialfonds (ESF)	33.914.841,46 3.568.850,27 0,00	37.483.691,73	23.140.000,00 43.706,73 0,00	15.779.774,77 1.479.774,77	37.483.706,73	15,00-
	0311			Klimastrategie Arbeit	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
	0331			Amt für Versorgung und Integration Bremen	7.202.633,79 0,00 0,00	7.202.633,79	7.781.290,00 290,96 0,00	453.762,30 74.784,76	8.160.558,50	957.924,71-

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

[illegible]

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen Einsparungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
04				Jugend, Soziales und Integration						
	0400			Behörde d. Sen. für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration	8.955.163,80 0,00 0,00	8.955.163,80	8.189.020,00 0,00 0,00	635.118,17 0,00	8.824.138,17	131.025,63
	0401			Allgemeine Bewilligungen für Soziales	294.196,28 0,00 0,00	294.196,28	253.500,00 0,00 0,00	58.625,79 0,00	312.125,79	17.929,51-
	0402			Allgemeine Bewilligungen für Jugend	1.454.121,32 0,00 0,00	1.454.121,32	0,00 0,00 0,00	1.285.395,46 0,00	1.285.395,46	168.725,86
	0408			Sonstige Sozialleistungen	401.838.457,93 0,00 0,00	401.838.457,93	345.018.330,00 0,00 0,00	55.555.367,81 0,00	400.573.697,81	1.264.760,12
	0410			Sozialhilfeleistungen	261.896,18 0,00 0,00	261.896,18	269.500,00 0,00 0,00	0,00 0,00	269.500,00	7.603,82-
	0411			Leistungen für Asylbewerber in betreuten Aufnahmeeinrichtungen	4.685.444,66 0,00 0,00	4.685.444,66	199.800,00 0,00 0,00	2.574.841,47 0,00	2.774.641,47	1.910.803,19
	0451			Allgemeine Bewilligungen für Integration	36.042,39 0,00 0,00	36.042,39	2.130,00 0,00 0,00	32.864,60 0,00	34.994,60	1.047,79

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

[illegible]

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen Einsparungen	Gesamtssoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
04				Jugend, Soziales und Integration						
	0400			Behörde d. Sen. für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration	28.493.367,97 676.767,95 0,00	29.170.135,92	30.356.660,00 910.483,17 0,00	10.645.872,11 10.147.237,08	31.765.778,20	2.595.642,28-
	0401			Allgemeine Bewilligungen für Soziales	9.309.591,98 0,00 0,00	9.309.591,98	9.036.170,00 0,00 0,00	4.199.422,51 3.600.525,08	9.635.067,43	325.475,45-
	0402			Allgemeine Bewilligungen für Jugend	2.728.896,87 11.736,71 0,00	2.740.633,58	1.970.670,00 27.973,01 0,00	2.380.531,26 1.251.898,45	3.127.275,82	386.642,24-
	0408			Sonstige Sozialleistungen	605.318.367,66 0,00 0,00	605.318.367,66	524.378.130,00 0,00 0,00	170.467.263,25 83.162.588,96	611.682.804,29	6.364.436,63-
	0410			Sozialhilfeleistungen	341.725.946,04 0,00 0,00	341.725.946,04	291.542.700,00 0,00 0,00	245.019.441,99 194.858.954,10	341.703.187,89	22.758,15
	0411			Leistungen für Asylbewerber in betreuten Aufnahmeeinrichtungen	46.003.224,03 0,00 0,00	46.003.224,03	26.522.320,00 0,00 0,00	38.175.903,32 17.097.206,76	47.601.016,56	1.597.792,53-
	0451			Allgemeine Bewilligungen für Integration	864.289,14 124.205,81 0,00	988.494,95	889.360,00 182.651,73 0,00	55.430,73 64.939,63	1.062.502,83	74.007,88-
				Summe der Ausgaben des Einzelplans 04	1.034.443.683,69 812.710,47 0,00	1.035.256.394,16	884.696.010,00 1.121.107,91 0,00	470.943.865,17 310.183.350,06	1.046.577.633,02	11.321.238,86-

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
05				Gesundheit und Verbraucherschutz						
	0500			Behörde d. Sen. für Gesundheit und Verbraucherschutz	1.474.148,38 0,00 0,00	1.474.148,38	510.780,00 0,00 0,00	559.244,18 0,00	1.070.024,18	404.124,20
	0501			Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit	5.855.258,81 0,00 0,00	5.855.258,81	566.530,00 0,00 0,00	5.162.131,25 0,00	5.728.661,25	126.597,56
	0515			Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen	8.634.249,56 0,00 0,00	8.634.249,56	9.313.830,00 0,00 0,00	554.299,50 0,00	9.868.129,50	1.233.879,94-
	0516			Landesuntersuchungsamt (LUA)	2.031.150,64 0,00 0,00	2.031.150,64	2.073.990,00 0,00 0,00	152.937,49 0,00	2.226.927,49	195.776,85-
	0517			Gewerbeaufsichtsamt des Landes Bremen	1.434.269,29 0,00 0,00	1.434.269,29	1.060.680,00 0,00 0,00	150.994,71 0,00	1.211.674,71	222.594,58
	0518			Eichamt des Landes Bremen	927.511,48 0,00 0,00	927.511,48	782.620,00 0,00 0,00	0,00 0,00	782.620,00	144.891,48
	0519			Brem. Eichbehörde (BgA)	153.825,64 0,00 0,00	153.825,64	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	153.825,64

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

[illegible]

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
05				Gesundheit und Verbraucherschutz						
	0500			Behörde d. Sen. für Gesundheit und Verbraucherschutz	16.957.481,51 639.409,21 0,00	17.596.890,72	16.109.650,00 1.806.598,12 0,00	3.984.572,76 3.542.749,00	18.358.071,88	761.181,16-
	0501			Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit	68.636.980,69 110.719,29 0,00	68.747.699,98	66.395.560,00 543.341,72 0,00	17.776.864,02 10.791.764,36	73.924.001,38	5.176.301,40-
	0515			Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen	11.722.889,19 505.660,17 0,00	12.228.549,36	9.691.250,00 2.115.943,46 0,00	5.920.251,60 5.106.653,99	12.620.791,07	392.241,71-
	0516			Landesuntersuchungsamt (LUA)	5.084.754,15 0,00 0,00	5.084.754,15	4.955.320,00 0,00 0,00	722.663,54 462.108,61	5.215.874,93	131.120,78-
	0517			Gewerbeaufsichtsamt des Landes Bremen	5.142.747,09 0,00 0,00	5.142.747,09	4.760.470,00 60.200,98 0,00	890.308,64 520.382,01	5.190.597,61	47.850,52-
	0518			Eichamt des Landes Bremen	840.906,60 0,00 0,00	840.906,60	961.440,00 0,00 0,00	116.923,99 159.177,99	919.186,00	78.279,40-
	0519			Brem. Eichbehörde (BgA)	55.633,08 0,00 0,00	55.633,08	0,00 0,00 0,00	59.230,81 3.598,17	55.632,64	0,44
	0520			Krankenhausfinanzierung	90.934.527,62 0,00 0,00	90.934.527,62	90.545.980,00 0,00 0,00	21.775.649,98 15.834.724,81	96.486.905,17	5.552.377,55-
	0530			Ausgleichsfonds Pflegeberufausbildung	55.398.800,41 0,00 0,00	55.398.800,41	0,00 0,00 0,00	98.616.862,86 43.218.062,45	55.398.800,41	0,00

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

[illegible]

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen Einsparungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
06				Bau, Umwelt und Verkehr						
	0601			Allgemeine Bewilligungen für Umwelt	11.290.082,59	11.290.082,59	5.432.000,00	5.171.146,69	10.603.146,69	686.935,90
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0610			Handlungsfeld Klimaschutz	28.803,69	28.803,69	0,00	0,00	0,00	28.803,69
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0620			Technischer Umweltschutz, Naturschutz und Grünflächen (L)	356.831,92	356.831,92	138.000,00	196.855,22	334.855,22	21.976,70
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0627			Umwelt- und Hochwasserschutz	11.071.207,83	11.071.207,83	11.552.850,00	256.436,10-	11.296.413,90	225.206,07-
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0628			Abwasserabgabe	2.802.283,22	2.802.283,22	2.779.000,00	23.283,22	2.802.283,22	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0629			Wasserentnahmegebühr	5.837.562,13	5.837.562,13	6.967.900,00	1.130.337,87-	5.837.562,13	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0640			Klima, Energiewende und Umweltinnovation (L)	761.736,73	761.736,73	2.011.900,00	1.240.163,27-	771.736,73	10.000,00-
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	0680			Behörde der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung	15.341.336,61 0,00 0,00	15.341.336,61	12.133.710,00 0,00 0,00	3.294.030,54 0,00	15.427.740,54	86.403,93-
	0681			Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr	19.045.237,74 0,00 0,00	19.045.237,74	5.300.000,00 0,00 0,00	13.745.237,66 0,00	19.045.237,66	0,08
	0682			Landesamt für GeoInformation	5.626.253,67 0,00 0,00	5.626.253,67	5.371.650,00 0,00 0,00	115.154,73 0,00	5.486.804,73	139.448,94
	0683			GeoInformation (BgA) Vermessung	59.378,50 0,00 0,00	59.378,50	55.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	55.000,00	4.378,50
	0684			GeoInformation (BgA) Gutachterausschuss	144.200,59 0,00 0,00	144.200,59	150.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	150.000,00	5.799,41-
	0685			GeoInformation (BgA) Informationssysteme	4.100,00 0,00 0,00	4.100,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	4.100,00
	0687			Oberste Landesstraßenbaubehörde	68.824.142,21 0,00 0,00	68.824.142,21	52.753.000,00 0,00 0,00	7.064.453,15 0,00	59.817.453,15	9.006.689,06
	0696			Städtebauförderung	5.785.049,00 0,00 0,00	5.785.049,00	6.455.000,00 0,00 0,00	669.951,00- 0,00	5.785.049,00	0,00
	0697			Wohnungswesen	47.398.657,03 0,00 0,00	47.398.657,03	46.445.920,00 0,00 0,00	914.269,84 0,00	47.360.189,84	38.467,19
				Summe der Einnahmen des Einzelplans 06	194.376.863,46 0,00 0,00	194.376.863,46	157.545.930,00 0,00 0,00	27.227.542,81 0,00	184.773.472,81	9.603.390,65

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
06				Bau, Umwelt und Verkehr						
	0601			Allgemeine Bewilligungen für Umwelt	39.551.388,42 697.781,00 0,00	40.249.169,42	31.091.150,00 529.629,22 0,00	33.925.291,65 23.124.899,76	42.421.171,11	2.172.001,69-
	0610			Handlungsfeld Klimaschutz	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
	0620			Technischer Umweltschutz, Naturschutz und Grünflächen (L)	1.913.964,43 545.279,30 0,00	2.459.243,73	2.627.000,00 363.550,18 0,00	402.176,57 801.213,98	2.591.512,77	132.269,04-
	0627			Umwelt- und Hochwasserschutz	21.905.349,84 598.509,10 0,00	22.503.858,94	22.873.300,00 1.211.915,72 0,00	23.035.384,13 23.397.320,23	23.723.279,62	1.219.420,68-
	0628			Abwasserabgabe	2.802.283,22 0,00 0,00	2.802.283,22	2.779.000,00 0,00 0,00	5.145.397,61 5.122.114,39	2.802.283,22	0,00
	0629			Wasserentnahmegebühr	5.848.915,65 0,00 0,00	5.848.915,65	6.967.900,00 0,00 0,00	11.751.200,88 12.870.185,23	5.848.915,65	0,00
	0640			Klima, Energiewende und Umweltinnovation (L)	16.426.464,59 379.113,09 0,00	16.805.577,68	15.105.000,00 422.739,24 0,00	10.144.763,40 7.152.523,56	18.519.979,08	1.714.401,40-
	0680			Behörde der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung	32.484.453,96 149.826,94 0,00	32.634.280,90	27.049.080,00 205.629,04 0,00	13.283.855,90 7.042.799,78	33.495.765,16	861.484,26-
	0681			Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr	73.206.160,43 682.295,97 0,00	73.888.456,40	88.673.720,00 2.682.295,97 0,00	14.600.572,62 10.354.012,64	95.602.575,95	21.714.119,55-

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	0682			Landesamt für GeoInformation	9.513.818,61 605.411,37 0,00	10.119.229,98	9.863.900,00 736.734,74 0,00	3.656.258,59 3.597.319,12	10.659.574,21	540.344,23-
	0683			GeoInformation (BgA) Vermessung	70.620,00 0,00 0,00	70.620,00	5.000,00 0,00 0,00	70.620,00 5.000,00	70.620,00	0,00
	0684			GeoInformation (BgA) Gutachterausschuss	161.799,89 0,00 0,00	161.799,89	16.000,00 0,00 0,00	157.149,04 11.349,15	161.799,89	0,00
	0685			GeoInformation (BgA) Informationssysteme	3.891,00 0,00 0,00	3.891,00	0,00 0,00 0,00	3.891,00 0,00	3.891,00	0,00
	0687			Oberste Landesstraßenbaubehörde	76.807.649,42 0,00 0,00	76.807.649,42	70.244.650,00 0,00 0,00	90.763.140,17 84.188.337,02	76.819.453,15	11.803,73-
	0696			Städtebauförderung	11.654.904,32 0,00 0,00	11.654.904,32	12.426.260,00 505.292,76 0,00	14.803.235,63 14.843.434,42	12.891.353,97	1.236.449,65-
	0697			Wohnungswesen	75.990.600,97 3.001.425,00 0,00	78.992.025,97	75.406.000,00 3.518.664,81 0,00	48.044.301,37 47.485.031,53	79.483.934,65	491.908,68-
				Summe der Ausgaben des Einzelplans 06	368.342.264,75 6.659.641,77 0,00	375.001.906,52	365.127.960,00 10.176.451,68 0,00	269.787.238,56 239.995.540,81	405.096.109,43	30.094.202,91-

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen Einsparungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
07				Wirtschaft						
	0700			Behörde des Sen. für Wirtschaft, Häfen und Transformation (Wirtschaft)	3.423.005,60 0,00 0,00	3.423.005,60	1.482.890,00 0,00 0,00	1.940.115,60 0,00 0,00	3.423.005,60	0,00
	0703			Wirtschaftsförderung für Innovation/Technologie	90.641,87 0,00 0,00	90.641,87	0,00 0,00 0,00	90.641,87 0,00 0,00	90.641,87	0,00
	0704			Wirtschaftsförderung für Mittelstand/Industrie/ Außenhandel	546.296,26 0,00 0,00	546.296,26	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00 0,00	0,00	546.296,26
	0709			Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung	65.826.359,05 0,00 0,00	65.826.359,05	66.326.160,00 0,00 0,00	12.574.600,99 0,00 0,00	78.900.760,99	13.074.401,94-
	0715			Erschließungs- und Schwerpunktprojekte (AIP)	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00
	0754			Wirtschaftsförderung für Dienstleistungsfonds/ Tourismus/Zentren	129.313,77 0,00 0,00	129.313,77	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00 0,00	0,00	129.313,77
				Summe der Einnahmen des Einzelplans 07	70.015.616,55 0,00 0,00	70.015.616,55	67.809.050,00 0,00 0,00	14.605.358,46 0,00 0,00	82.414.408,46	12.398.791,91-

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
07				Wirtschaft						
	0700			Behörde des Sen. für Wirtschaft, Häfen und Transformation (Wirtschaft)	17.493.347,75 0,00 0,00	17.493.347,75	16.414.290,00 0,00 0,00	5.267.337,91 4.009.872,44	17.671.755,47	178.407,72-
	0701			Allgemeine Bewilligungen für Wirtschaft	975.099,27 0,00 0,00	975.099,27	1.351.070,00- 0,00 0,00	3.228.565,19 544.521,91	1.332.973,28	357.874,01-
	0703			Wirtschaftsförderung für Innovation/Technologie	5.315.686,15 0,00 0,00	5.315.686,15	7.373.250,00 0,00 0,00	640.999,65 2.698.563,50	5.315.686,15	0,00
	0704			Wirtschaftsförderung für Mittelstand/Industrie/ Außenhandel	14.626.563,75 0,00 0,00	14.626.563,75	14.467.370,00 0,00 0,00	450.000,00 290.806,25	14.626.563,75	0,00
	0709			Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung	51.861.328,93 0,00 0,00	51.861.328,93	72.575.960,00 0,00 0,00	34.199.596,05 46.592.207,39	60.183.348,66	8.322.019,73-
	0710			EFRE-Programm 2021-2027	16.720.926,86 0,00 0,00	16.720.926,86	0,00 0,00 0,00	17.070.325,12 349.398,26	16.720.926,86	0,00
	0711			Klimastrategie Wirtschaft	308.433.099,82 0,00 0,00	308.433.099,82	309.930.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	309.930.000,00	1.496.900,18-
	0715			Erschließungs- und Schwerpunktprojekte (AIP)	834.800,00 0,00 0,00	834.800,00	866.000,00 0,00 0,00	0,00 31.200,00	834.800,00	0,00
	0754			Wirtschaftsförderung für Dienstleistungsfonds/ Tourismus/Zentren	4.832.747,98 0,00 0,00	4.832.747,98	4.942.470,00 0,00 0,00	591.122,68 604.167,98	4.929.424,70	96.676,72-

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

[illegible]

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen Einsparungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
08				Häfen						
	0800			Behörde des Sen. für Wirtschaft, Häfen und Transformation (Häfen)	1.756.388,52 0,00 0,00	1.756.388,52	682.100,00 0,00 0,00	1.066.247,74 0,00	1.748.347,74	8.040,78
	0801			Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde	19.790.520,55 0,00 0,00	19.790.520,55	13.588.170,00 0,00 0,00	6.848.350,53 0,00	20.436.520,53	645.999,98-
				Summe der Einnahmen des Einzelplans 08	21.546.909,07 0,00 0,00	21.546.909,07	14.270.270,00 0,00 0,00	7.914.598,27 0,00	22.184.868,27	637.959,20-

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

[illegible]

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen Einsparungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
09				Finanzen						
	0900			Behörde d. Sen. für Finanzen	69.813.412,14	69.813.412,14	50.618.810,00	18.915.706,71	69.534.516,71	278.895,43
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0901			Allgemeine Bewilligungen für Finanzen und Personal	840.576,76	840.576,76	338.040,00	324.847,82	662.887,82	177.688,94
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0910			Landeshauptkasse Bremen	1.532.458,05	1.532.458,05	1.084.910,00	0,00	1.084.910,00	447.548,05
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0922			Zentrale Aus-, Fort- und Weiterbildung	1.280.928,44	1.280.928,44	0,00	1.279.832,51	1.279.832,51	1.095,93
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0923			Verwaltungsschule	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0926			Aus- und Fortbildungszentrum	27.085,90	27.085,90	5.330,00	23.245,90	28.575,90	1.490,00-
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0927			Hochschule für Öffentliche Verwaltung	1.415.965,47	1.415.965,47	194.420,00	1.198.291,02	1.392.711,02	23.254,45
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	0950			IT - Budget	17.414.617,99	17.414.617,99	253.770,00	15.665.236,99	15.919.006,99	1.495.611,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0954			Finanzamt Bremen-Nord (bis 30.04.2017)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0955			Finanzamt Bremerhaven	2.954.891,40	2.954.891,40	2.413.560,00	198.270,00	2.611.830,00	343.061,40
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0957			Finanzamt für Außenprüfung Bremen	0,00	0,00	8.040,00	0,00	8.040,00	8.040,00-
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0958			Finanzamt Bremen	16.426.616,97	16.426.616,97	10.935.240,00	2.474.320,00	13.409.560,00	3.017.056,97
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0970			Steuern	2.829.535.399,86	2.829.535.399,86	3.726.913.840,00	4.966.082,01	3.731.879.922,01	902.344.522,15-
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0972			Zuweisungen und Zuschüsse an Gemeinden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0973			Bundes- und Länderfinanzausgleich	1.869.730.995,48	1.869.730.995,48	870.958.850,00	52.621.696,49	923.580.546,49	946.150.448,99
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0980			Allgemeines Kapitalvermögen, Schuldendienst, Rücklagen	3.043.562.243,81	3.043.562.243,81	3.312.902.430,00	67.515.858,84	3.380.418.288,84	336.856.045,03-
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0986			Wirtschaftliche Unternehmen	1.195.237,75	1.195.237,75	21.730,00	1.173.507,75	1.195.237,75	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	0987			Zuweisungen/Honorare an Immobilien Bremen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0988			Zuweisungen an Sondervermögen Immobilien und Technik	4.632.000,00	4.632.000,00	4.632.000,00	0,00	4.632.000,00	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0990			Zentral veranschlagte Personalausgaben	38.105.318,00	38.105.318,00	39.204.750,00	5.142.620,59	44.347.370,59	6.242.052,59-
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0991			Versorgung	2.649.340,70	2.649.340,70	2.375.000,00	0,00	2.375.000,00	274.340,70
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0992			Haftpfllichtschäden	70.021,50	70.021,50	52.760,00	17.261,50	70.021,50	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0994			Bremen Fonds	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0995			Allgemeines	63.570.896,95	63.570.896,95	61.397.530,00	3.398.212,39	64.795.742,39	1.224.845,44-
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0998			Kommunalinvestitionsförderungsfonds	1.926.457,45	1.926.457,45	0,00	1.926.457,45	1.926.457,45	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
	0999			Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			
				Summe der Einnahmen des Einzelplans 09	7.966.684.464,62	7.966.684.464,62	8.084.311.010,00	176.841.447,97	8.261.152.457,97	294.467.993,35-
					0,00		0,00	0,00		
					0,00		0,00			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
09				Finanzen						
	0900			Behörde d. Sen. für Finanzen	79.484.831,94 3.050.013,64 0,00	82.534.845,58	54.173.260,00 3.882.906,41 0,00	62.372.969,44 36.483.660,76	83.945.475,09	1.410.629,51-
	0901			Allgemeine Bewilligungen für Finanzen und Personal	12.567.540,92 1.113.922,89 0,00	13.681.463,81	14.309.650,00 2.399,16 0,00	2.892.248,78 657.991,14	16.546.306,80	2.864.842,99-
	0910			Landeshauptkasse Bremen	9.974.045,39 21.136,78 0,00	9.995.182,17	9.425.820,00 17.667,30 0,00	1.395.180,80 666.880,80	10.171.787,30	176.605,13-
	0922			Zentrale Aus-, Fort- und Weiterbildung	18.913.121,80 368.000,53 0,00	19.281.122,33	21.397.470,00 332.445,10 0,00	3.340.665,33 5.294.674,96	19.775.905,47	494.783,14-
	0923			Verwaltungsschule	1.364.055,01 11.272,08 0,00	1.375.327,09	1.281.560,00 17.020,40 0,00	229.467,93 140.143,50	1.387.904,83	12.577,74-
	0926			Aus- und Fortbildungszentrum	7.578.467,64 92.982,15 0,00	7.671.449,79	6.433.920,00 107.381,20 0,00	2.403.589,00 1.111.854,60	7.833.035,60	161.585,81-
	0927			Hochschule für Öffentliche Verwaltung	4.433.773,14 233.270,64 0,00	4.667.043,78	3.142.450,00 218.777,20 0,00	1.710.765,60 347.374,58	4.724.618,22	57.574,44-
	0950			IT - Budget	111.460.213,76 2.181.792,94 0,00	113.642.006,70	86.754.790,00 4.126.478,47 0,00	59.480.879,23 21.917.120,16	128.445.027,54	14.803.020,84-
	0954			Finanzamt Bremen-Nord (bis 30.04.2017)	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	0955			Finanzamt Bremerhaven	13.266.133,07	13.292.834,83	11.581.060,00	2.359.863,39	13.308.280,66	15.445,83-
					26.701,76		67.355,15	699.997,88		
					0,00		0,00			
	0957			Finanzamt für Außenprüfung Bremen	8.676.767,71	8.789.493,46	10.013.410,00	1.082.901,32	9.717.708,10	928.214,64-
					112.725,75		156.091,74	1.534.694,96		
					0,00		0,00			
	0958			Finanzamt Bremen	18.465.708,82	18.465.708,82	17.753.680,00	3.644.059,87	19.222.937,43	757.228,61-
					0,00		198.051,51	2.372.853,95		
					0,00		0,00			
	0970			Steuern	5.691.872,01	5.691.872,01	5.000.000,00	702.446,44	5.691.872,01	0,00
					0,00		0,00	10.574,43		
					0,00		0,00			
	0972			Zuweisungen und Zuschüsse an Gemeinden	918.275.699,14	918.275.699,14	889.455.990,00	36.219.709,14	918.275.699,14	0,00
					0,00		0,00	7.400.000,00		
					0,00		0,00			
	0980			Allgemeines Kapitalvermögen, Schuldendienst, Rücklagen	2.979.461.458,83	2.979.461.458,83	3.164.377.160,00	147.693.934,44	3.189.944.412,75	210.482.953,92-
					0,00		0,00	122.126.681,69		
					0,00		0,00			
	0986			Wirtschaftliche Unternehmen	1.026.317,15	1.026.317,15	114.960,00	2.199.824,90	1.041.277,15	14.960,00-
					0,00		0,00	1.273.507,75		
					0,00		0,00			
	0987			Zuweisungen/Honorare an Immobilien Bremen	6.831.450,00	6.831.450,00	8.009.610,00	124.802,00	6.831.450,00	0,00
					0,00		0,00	1.302.962,00		
					0,00		0,00			
	0988			Zuweisungen an Sondervermögen Immobilien und Technik	47.820.120,00	47.820.120,00	49.290.660,00	13.196.557,21	53.586.370,00	5.766.250,00-
					0,00		0,00	8.900.847,21		
					0,00		0,00			
	0990			Zentral veranschlagte Personalausgaben	13.329.800,98	14.046.837,21	113.798.880,00	17.118.681,09	26.293.693,01	12.246.855,80-
					717.036,23		182.252,15	104.806.120,23		
					0,00		0,00			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

[illegible]

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen/Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen Einsparungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
				Summe der Einnahmen 0	9.063.937.544,95 0,00 0,00	9.063.937.544,95	8.960.644.410,00 0,00 0,00	400.924.630,60 0,00	9.361.569.040,60	297.631.495,65-
				Summe der Ausgaben 0	9.063.937.544,95 30.516.862,98 0,00	9.094.454.407,93	8.960.644.410,00 38.531.315,56 0,00	1.792.110.905,97 1.402.455.120,37	9.388.831.511,16	294.377.103,23-

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
00				Bürgerschaft,Rechnungshof,Senat,Europa,Bundesang., Datenschutz,Inneres,Frauen,Staatsgerichtshof	46.006.194,03 0,00 0,00	46.006.194,03	37.534.540,00 0,00 0,00	7.608.050,08 0,00	45.142.590,08	863.603,95
01				Justiz und Verfassung, Sport	52.271.160,93 0,00 0,00	52.271.160,93	49.155.860,00 0,00 0,00	3.970.409,50 0,00	53.126.269,50	855.108,57-
02				Kinder und Bildung, Kultur, Wissenschaft	151.763.556,71 0,00 0,00	151.763.556,71	140.976.950,00 0,00 0,00	10.830.125,41 0,00	151.807.075,41	43.518,70-
03				Arbeit, Versorgung und Integration	59.933.668,25 0,00 0,00	59.933.668,25	40.800.090,00 0,00 0,00	21.901.902,70 0,00	62.701.992,70	2.768.324,45-
04				Jugend, Soziales und Integration	417.525.322,56 0,00 0,00	417.525.322,56	353.932.280,00 0,00 0,00	60.142.213,30 0,00	414.074.493,30	3.450.829,26
05				Gesundheit und Verbraucherschutz	83.813.788,77 0,00 0,00	83.813.788,77	14.308.430,00 0,00 0,00	69.882.982,10 0,00	84.191.412,10	377.623,33-
06				Bau, Umwelt und Verkehr	194.376.863,46 0,00 0,00	194.376.863,46	157.545.930,00 0,00 0,00	27.227.542,81 0,00	184.773.472,81	9.603.390,65
07				Wirtschaft	70.015.616,55 0,00 0,00	70.015.616,55	67.809.050,00 0,00 0,00	14.605.358,46 0,00	82.414.408,46	12.398.791,91-
08				Häfen	21.546.909,07 0,00 0,00	21.546.909,07	14.270.270,00 0,00 0,00	7.914.598,27 0,00	22.184.868,27	637.959,20-
09				Finanzen	7.966.684.464,62 0,00 0,00	7.966.684.464,62	8.084.311.010,00 0,00 0,00	176.841.447,97 0,00	8.261.152.457,97	294.467.993,35-

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen/Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Einzelplansummen in EUR -

[illegible]

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
00				Bürgerschaft, Rechnungshof, Senat, Europa, Bundesang., Datenschutz, Inneres, Frauen, Staatsgerichtshof	380.660.061,64 2.814.500,54 0,00	383.474.562,18	353.659.680,00 2.952.195,63 0,00	65.326.067,42 31.289.075,49	390.648.867,56	7.174.305,38-
01				Justiz und Verfassung, Sport	181.027.924,84 1.066.370,00 0,00	182.094.294,84	164.807.610,00 2.139.830,00 0,00	28.931.591,90 10.376.720,12	185.502.311,78	3.408.016,94-
02				Kinder und Bildung, Kultur, Wissenschaft	1.678.751.249,34 3.526.914,46 0,00	1.682.278.163,80	1.625.936.290,00 3.398.770,73 0,00	266.619.960,30 208.472.801,99	1.687.482.219,04	5.204.055,24-
03				Arbeit, Versorgung und Integration	104.164.392,07 4.712.256,07 0,00	108.876.648,14	82.174.180,00 4.722.869,02 0,00	60.398.168,85 37.193.839,30	110.101.378,57	1.224.730,43-
04				Jugend, Soziales und Integration	1.034.443.683,69 812.710,47 0,00	1.035.256.394,16	884.696.010,00 1.121.107,91 0,00	470.943.865,17 310.183.350,06	1.046.577.633,02	11.321.238,86-
05				Gesundheit und Verbraucherschutz	254.774.720,34 1.255.788,67 0,00	256.030.509,01	193.419.670,00 4.526.084,28 0,00	149.863.328,20 79.639.221,39	268.169.861,09	12.139.352,08-
06				Bau, Umwelt und Verkehr	368.342.264,75 6.659.641,77 0,00	375.001.906,52	365.127.960,00 10.176.451,68 0,00	269.787.238,56 239.995.540,81	405.096.109,43	30.094.202,91-
07				Wirtschaft	421.093.600,51 0,00 0,00	421.093.600,51	425.218.270,00 0,00 0,00	61.447.946,60 55.120.737,73	431.545.478,87	10.451.878,36-
08				Häfen	90.009.393,57 0,00 0,00	90.009.393,57	83.395.260,00 125.498,84 0,00	15.907.536,29 8.323.099,60	91.105.195,53	1.095.801,96-
09				Finanzen	4.550.670.254,20 9.668.681,00 0,00	4.560.338.935,20	4.782.209.480,00 9.368.507,47 0,00	402.885.202,68 421.860.733,88	4.772.602.456,27	212.263.521,07-

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Einzelplansummen in EUR -

[illegible]

Erläuterungen und Hinweise zur vorstehenden Gesamtrechnungsnachweisung

Die Gliederung der Gesamtrechnungsnachweisung richtet sich nach den Vorgaben des § 81 Landeshaushaltsordnung (LHO).

Die Spalten 6 bis 11 werden hier näher erläutert:

Spalte 6

1. Zeile: Ist-Einnahmen bzw. Ist-Ausgaben.
2. Zeile: Nach Ausgleich evtl. Mindereinnahmen/Mehrausgaben verbliebene Ausgabereste unter Berücksichtigung der Ist-Ergebnisse **2024**, die nach **2025** übertragen wurden.
3. Zeile: Vorgriffe in **2024** gem. § 37 Abs. 5 LHO, die nach **2025** übertragen wurden.
Hinweis: Vorgriffe werden regelmäßig durch Minderausgaben an anderer Stelle noch im Entstehungsjahr ausgeglichen.

Spalte 7

Summe der Ist-Einnahmen bzw. der Ist-Ausgaben einschließlich der übertragenen Ausgabereste abzüglich der Vorgriffe.

Spalte 8

1. Zeile: Haushaltsanschlüsse **2024**.
2. Zeile: Aus **2023** übertragene Ausgabereste.
3. Zeile: Aus **2023** übertragene Vorgriffe (vgl. Hinweis zu Spalte 6, 3. Zeile).

Spalte 9

1. Zeile: **Einnahmen:**

Haushaltstechnisch bedingte Sollveränderungen (Allgemeine Rückgaben aufgrund von Haushaltsvermerksbeziehungen, Bereitstellung von Einnahmeverfügungsmitteln) sowie die Heranziehung von Mehreinnahmen zur Deckung von Nachbewilligungen im Ausgabebereich werden als Nachbewilligung ausgewiesen.

Ausgaben:

Es werden sowohl Nachbewilligungen im Sinne des § 37 LHO als auch technisch bedingte Sollveränderungen (Bereitstellung von Einnahmeverfügungsmitteln, Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeitsbeziehungen) als Nachbewilligung ausgewiesen.

2. Zeile: **Ausgaben:**

Der Wert Einsparung beinhaltet sowohl die mit Nachbewilligungen im Sinne des § 37 LHO verbundenen Einsparungen als auch haushaltstechnisch bedingte Veränderungen (Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeitsbeziehungen, Sondersperren, Allgemeine Rückgaben aufgrund von Haushaltsvermerksbeziehungen).

Spalte 10

Gesamtsoll aus Haushaltsanschlügen und Resten (Spalte 8) sowie Nachbewilligungen und Einsparungen (Spalte 9).

Spalte 11

Differenz zwischen dem Gesamtsoll (Spalte 10) und den tatsächlichen Einnahmen bzw. Ausgaben einschließlich der Reste (Spalte 7).

Einzelplan 09 –Ausgaben–

Das Gesamtsoll des Einzelplans ist reduziert um die im Gesamthaushalt am Jahresende beschlossenen Rücklagenzuführungen (vgl. Anlage 1 – Erläuterungen zur Übersicht über erhebliche Sollveränderungen [...], Nr. 187 im Haushalt der Freien Hansestadt Bremen). Ohne Berücksichtigung dieser technisch erforderlichen Einsparung in Höhe von 38.959.693,00 Euro ergibt sich ein Gesamtsoll (Spalte 10) in Höhe von 4.811.562.149,27 Euro und damit in Spalte 11 eine Differenz in Höhe von - 251.223.214,07 Euro.

Abschluss des Haushalts für das Haushaltsjahr 2024 Freie Hansestadt Bremen

Kassenmäßiger Abschluss nach § 82 LHO

1. a) Summe der Ist-Einnahmen	9.063.937.544,95 €
b) Summe der Ist-Ausgaben	9.063.937.544,95 €
c) Kassenmäßiges Jahresergebnis	<u>0,00 €</u>
d) Kassenmäßiges Ergebnis aus Vorjahren	<u>0,00 €</u>
e) Kassenmäßiges Gesamtergebnis	<u><u>0,00 €</u></u>

Haushaltsabschluss nach § 83 LHO

1. a) Kassenmäßiges Jahresergebnis	0,00 €
b) Kassenmäßiges Gesamtergebnis	0,00 €
2. a) Aus dem Haushaltsjahr 2023 übertragene	
Einnahmereste	0,00 €
Ausgabereste	38.531.315,56 €
	-38.531.315,56 €
b) In das Haushaltsjahr 2025 übertragene	
Einnahmereste	0,00 €
Ausgabereste	30.516.862,98 €
	-30.516.862,98 €
c) Unterschied aus a) und b)	8.014.452,58 €
d) Rechnungsmäßiges Jahresergebnis aus Nummer 1 a) und Nummer 2 c)	8.014.452,58 €
e) Rechnungsmäßiges Gesamtergebnis aus Nummer 1 b) und Nummer 2 b)	-30.516.862,98 €

Haushaltsabschluss gemäß § 82 und § 83 Nr. 2 f LHO für das Haushaltsjahr 2024

Kennzahl	Land HB	Stadtstaat
	Euro	
KERNHAUSHALT		
Steuerabhängige Einnahmen	4.299.266.395,34	5.826.655.398,22
- Steuern	3.767.427.737,77	5.294.816.740,65
- Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	531.838.657,57	531.838.657,57
- Schlüsselzuweisungen		
Sanierungshilfen	400.000.000,00	400.000.000,00
Sozialleistungseinnahmen	412.445.640,65	471.950.618,13
Sonstige konsumtive Einnahmen	677.668.547,25	979.252.665,07
Investive Einnahmen	139.947.472,62	136.429.511,83
- Vermögensveräußerungen	82.236,70	279.696,81
Bereinigte Einnahmen	5.929.328.055,86	7.814.288.193,25
Personalausgaben	929.321.058,82	2.375.266.130,68
Personalkostenzuschüsse	1.247.401.452,46	882.242.371,53
Sozialleistungsausgaben	997.174.440,39	1.667.154.348,46
Sonstige konsumtive Ausgaben	2.033.080.325,82	1.787.692.443,39
Investitionsausgaben	769.982.701,72	1.812.526.985,85
Zinsausgaben	495.605.967,86	506.047.871,71
Bereinigte Ausgaben	6.472.565.947,07	9.030.930.151,62
Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen	-23.074,92	-17.074,84
Finanzierungssaldo	-543.260.966,13	-1.216.659.033,21
Rücklagen (Entnahme abzgl. Zuführung)	37.259.470,60	134.617.150,24
- Ex-ante Konjunkturbereinigung (Stabilitätsrückl.)	14.236.156,43	24.043.264,35
- Sonstige Rücklagen	23.023.314,17	110.573.885,89
Nettokredittilgung*	-506.001.495,53	-1.052.048.463,26
STRUKTURELLER HAUSHALT		
Finanzielle Transaktionen	19.963.994,20	707.330.277,04
Bereinigung der steuerabhängigen Einnahmen	-69.094.193,44	-240.392.823,32
- Ex-ante Konjunkturbereinigung (statt Rücklage)		
- Abweichungskomponente	-180.396.424,71	-431.061.462,51
- Steuerrechtsänderungen	111.302.231,27	190.668.639,20
Strukturelle Nettokredittilgung	-555.131.694,77	-585.111.009,54
zulässiger struktureller Abschluss	0,00	0,00
Über-/Unterschreitung	-555.131.694,77	-585.111.009,54
Ausnahmetatbestand		
Sondertilgung aufgrund der Corona-Pandemie	0,00	-324.155,70
Belastung des Haushalts für die Corona-Pandemie	44.211.555,74	74.515.025,74
Belastungen des Haushalts für Klima, Energie und Ukraine	590.920.139,03	590.920.139,03
Über-/Unterschreitung nach Ausnahmetatbestand	80.000.000,00	79.999.999,53

* Netto-Kredittilgung 2024: Ohne Fehlbetrag von 30 Mio. Euro in Bremerhaven

Kontrollkonto nach § 18 b LHO der Freien Hansestadt Bremen

Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
Kontrollkonto	320.444.346,38	80.000.000,00	400.444.346,38
	320.444.346,38	80.000.000,00	400.444.346,38

Übersicht

über erhebliche *Solländerungen* und
Abweichungen der Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben
gegenüber dem Einnahme- bzw. dem Ausgabesoll (ab 2,5 Mio. Euro)
und Begründungen zu den Abweichungen – ohne Steuereinnahmen -

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR			Stand: 12.03.2025 Finanzkreis: 1200	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2024	Seite: 2 Bereich: Land	
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Anderung		Mehr Weniger	
0020		Senat und Senatskanzlei				
	531 04-5	Ausgaben in Zusammenhang mit der Einführung der Bremer FreiKarte (BF Nr. 1) (Fortsetzung Bremen-Fonds)	8.951.840,00 4.071.119,68-	4.880.720,32	0,00 0,00	1
	919 05-1	Zuführung an die Sonderrücklage für zentrale Sonderbedarfe der Senatskanzlei	0,00 3.800.000,00	3.800.000,00	0,00 0,00	2
0034		Polizei Bremen				
	422 11-7	Bezüge der planmäßigen Beamten (Polizeivollzug)	121.776.790,00 8.460.348,73	129.703.998,59	0,00 533.140,14	3
	428 01-8	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	14.756.140,00 6.233.648,54	20.989.788,54	0,00 0,00	4
0201		Allgemeine Bewilligungen für Bildung				
	231 70-1	Vom Bund für den beschleunigten Infrastrukturausbau Ganztag	0,00 3.388.251,00	3.388.251,00	0,00 0,00	5
	231 73-6	Vom Bund für Corona-gerechte stationäre raumluftechnische Anlagen	0,00 2.834.963,33	2.834.963,33	0,00 0,00	6
	331 32-3	Vom Bund für das Projekt "Digitalisierung"	8.142.000,00 5.200.073,08	13.342.073,08	0,00 0,00	7
	984 20-3	An Hst. 3239.384 20-9, Kostenerstattung für Personalausgaben der Lehrkräfte	629.992.230,00 15.931.500,00	645.923.730,00	0,00 0,00	8
	984 32-7	An Hst. 3239.384 32-2 für das Projekt "Digitalisierungspakt"	5.154.600,00 6.565.256,51	11.719.856,51	0,00 0,00	9
	984 70-0	An Hst. 3210.384 70-6 für den beschleunigten Infrastrukturausbau Ganztag	0,00 2.548.251,00	2.388.251,00	0,00 160.000,00	10
	984 98-0	An Hst. 3239.384 98-5 für Energiemehrkosten Kernverwaltung SKB (L)	0,00 5.186.300,00	5.186.300,00	0,00 0,00	11
0202		Allgemeine Bewilligungen für Kinderbetreuung				
	531 00-8	Landesmittel zur Umsetzung des KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetz (KiQuTG)	16.340.000,00 16.328.200,00-	11.800,00	0,00 0,00	12
	984 60-6	An Hst. 3232.384 60-2 zur Umsetzung des KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetzes (Handlungsfeld 2 - Fachkraft-Kind-Schlüssel)	0,00 8.678.000,00	8.678.000,00	0,00 0,00	13
	984 62-2	An Hst. 3232.384 62-9 zur Umsetzung des KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetzes (Handlungsfeld 6 - Gesundheit, Ernährung, Bewegung)	0,00 4.850.000,00	4.850.000,00	0,00 0,00	14
0270		Hochschulen -Baumaßnahmen und Erstaussstattungen-				
	894 10-0	An die Universität für Neubau Marum III	0,00 3.386.200,00	3.386.200,00	0,00 0,00	15
0273		Allgemeine Bewilligungen für Hochschulen				
	231 13-7	Vom Bund für die Durchführung des BAföG (Zuschüsse Tertiärbereich)	24.500.000,00 2.531.317,86-	21.968.682,14	0,00 0,00	16
	331 11-5	Vom Bund für die Durchführung des BAföG (Darlehen Tertiärbereich)	24.200.000,00 3.181.263,91-	21.018.736,09	0,00 0,00	17
	681 65-5	Zahlungen nach dem BAföG (Zuschüsse Tertiärbereich)	24.500.000,00 2.551.886,81-	21.968.682,14	20.568,95 0,00	18
	685 05-7	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen bei Energiemehrkosten (Wissenschaft)	0,00 4.716.100,00	4.716.100,00	0,00 0,00	19
	863 11-7	Zahlungen nach dem BAföG (Darlehen Tertiärbereich)	24.200.000,00 3.160.694,96-	21.018.736,09	0,00 20.568,95	20

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 12.03.2025 Finanzkreis: 1200	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2024	Seite: 3 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Änderung		Mehr Weniger	
0274		Zuschüsse an die Hochschulen				
	685 10-7	Zuschuss zu den Personalausgaben der Universität	128.888.910,00	133.560.033,86	0,00	21
			4.671.123,86		0,00	
	685 12-3	Zuschüsse an die Universität für Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfänger	29.282.900,00	33.488.781,85	0,00	22
			4.205.881,85		0,00	
0307		Soziales Entschädigungsrecht SGB XIV				
	681 27-7	Besitzstandsleistungen - BVG	0,00	2.553.313,48	896,00	23
			2.552.417,48		0,00	
	681 28-5	Besitzstandsleistungen - OEG	0,00	3.059.119,66	0,00	24
			3.062.603,56		3.483,90	
0308		Förderungen aus dem europäischen Sozialfonds (ESF)				
	272 70-2	Von der EU für das ESF-Programm 2021-2027	19.440.000,00	18.344.391,90	0,00	25
			3.249.410,00		4.345.018,10	
	272 99-0	Von der EU für das ESF-Programm 2014-2020	3.700.000,00	14.850.590,18	0,18	26
			11.150.590,00		0,00	
	686 70-1	EU-Zuschüsse ESF 2021-2027 (Programmmittel)	19.000.000,00	28.536.161,95	0,00	27
			13.015.454,77		3.479.292,82	
0408		Sonstige Sozialleistungen				
	231 10-8	Bundesanteil Kosten der Unterkunft	191.086.600,00	213.998.653,64	0,00	28
			22.912.053,64		0,00	
	231 20-5	Erstattungen vom Bund für Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	15.192.800,00	19.909.609,48	0,00	29
			4.716.809,48		0,00	
	231 35-3	Zuweisungen vom Bund für Ausgaben durch Einführung des Grundsicherungsgesetzes	134.904.600,00	162.529.535,69	0,00	30
			27.624.935,69		0,00	
	671 53-1	Kosten der Unterbringung in Maßregelvollzugseinrichtungen nach dem StGB (§63) im Land Bremen	9.041.000,00	12.103.723,88	0,00	31
			3.062.723,88		0,00	
	671 55-8	Kosten der Unterbringung in Maßregelvollzugseinrichtungen nach dem StGB (§64) im Land Bremen	6.258.000,00	9.816.419,20	0,00	32
			3.559.598,47		1.179,27	
	681 19-7	Ausgleich von Belastungen durch den Ukraine-Krieg sowie der Energiekrise (2. NTH 2023)	0,00	4.095.984,00-	0,00	33
			0,00		4.095.984,00	
	681 92-8	Sozialleistungsmehrbedarfe im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg und der Energiekrise	100.000.000,00	53.473.200,00	0,00	34
			46.526.800,00-		0,00	
	984 10-6	An Hst. 3472/384 10-3, 3474/384 10-0 u. 12-7 Bundesanteil für Kosten der Unterkunft	159.095.700,00	175.991.048,11	0,00	35
			16.895.348,11		0,00	
	984 19-0	An Hst. 3434/384 19-1 für die Kostenerstattung §89d UMA (Kosten ab 01.11.15 ohne §42a)	39.351.200,00	59.265.691,61	0,00	36
			19.914.491,61		0,00	
	984 20-3	An Hst. 3408/384 20-5, Zuweisungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	24.578.100,00	32.339.955,38	0,00	37
			7.761.855,38		0,00	
	984 35-1	An Hst. 3413/384 35-3 für Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB XII	112.957.800,00	135.569.988,60	0,00	38
			22.612.188,60		0,00	
	984 80-7	An 3408/38480-9 für Sozialleistungsmehrbedarfe im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg und der Energiekrise	0,00	30.223.400,00	0,00	39
			30.223.400,00		0,00	
	985 10-2	An Hst. 6440/385 10, Bundesanteil für Kosten der Unterkunft	31.991.000,00	38.007.605,53	0,00	40
			6.016.605,53		0,00	
	985 18-8	An Hst. 6451/385 05 für Kostender vorläufigen Inobhutnahme uMa gem. § 42a SGB VIII	0,00	5.053.733,24	0,00	41
			5.053.733,24		0,00	
	985 38-2	An Hst. 6411/385 01 u. a., Erstattung d. anteiligen Bundesanteils der Grundsicherung nach dem SGB XII	21.946.800,00	26.959.547,09	0,00	42
			5.012.747,09		0,00	

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 12.03.2025 Finanzkreis: 1200	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2024	Seite: 4 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Änderung		Mehr Weniger	
0408		Sonstige Sozialleistungen				
	985 81-1	An BHV für Sozialleistungsmehrbedarfe im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg und der Energiekrise	0,00 8.214.100,00	8.214.100,00	0,00 0,00	43
0410		Sozialhilfeleistungen				
	984 20-2	An Hst. 3420/384 20-2 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen der Produktgruppe 41.02.01	99.706.900,00 9.197.480,00	108.904.380,00	0,00 0,00	44
	984 21-0	An Hst. 3420/384 21-0 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen der Produktgruppe 41.07.02	41.352.000,00 3.174.020,00	44.526.020,00	0,00 0,00	45
	984 22-9	An Hst. 3418/384 22-0 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen der Produktgruppe 41.04.02	42.370.800,00 10.614.190,00	52.984.990,00	0,00 0,00	46
	984 26-1	An Hst. 3418/384 26-2 Anteil des überörtl. Sozialhilfeträgers nach BremAG SGB XII für Leistungen für unter 18-jährige geistig mehrfach Behinderte	38.210.300,00 12.920.070,00	51.130.370,00	0,00 0,00	47
	985 52-7	An Hst. 6424/385 01, Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen der Produktgruppe 41.04.02	5.787.100,00 3.334.655,01	9.121.755,01	0,00 0,00	48
	985 56-0	An Hst. 6430/385 03, Anteil des überörtl. Sozialhilfeträgers nach BremAG SGB IX für Leistungen für unter 18-jährige geistig mehrfach Behinderte	11.100.300,00 2.732.926,71	13.833.226,71	0,00 0,00	49
0411		Leistungen für Asylbewerber in betreuten Aufnahmeeinrichtungen				
	119 06-8	Erstattungen/Rückzahlungen von Zuwendungen	97.000,00 2.574.841,47	3.806.553,76	1.134.712,29 0,00	50
	517 11-0	Bewachung der Grundstücke und Gebäude	4.078.030,00 3.771.007,27	7.455.446,81	0,00 393.590,46	51
	539 13-0	Sonstige Ausgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung, Versorgung, und Integration von Ukraine-Geflüchteten	0,00 0,00	3.192.799,14-	0,00 3.192.799,14	52
	681 15-7	Grundleistungen: Geldleistungen für persönliche Bedürfnisse	1.150.100,00 3.248.885,11	4.400.213,55	1.228,44 0,00	53
	681 20-3	Grundleistungen: Vollverpflegung	3.822.480,00 1.186.023,65	9.156.103,70	4.147.600,05 0,00	54
	684 10-5	Zuwendungen für die Unterbringung und Betreuung von Zuwanderern (Projektförderungen)	5.539.500,00 7.727.438,73	13.266.938,73	0,00 0,00	55
	684 12-1	Zuwendungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine (Projektförderungen)	0,00 0,00	5.111.134,34-	0,00 5.111.134,34	56
	812 11-1	Kauf von Leichtbauhallen am Standort Birkenfelsstraße	0,00 6.982.163,69	6.982.163,69	0,00 0,00	57
0501		Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit				
	531 55-3	Finanzierung der Pflegeausbildung	7.679.690,00 7.149.527,42-	66.364,98	0,00 463.797,60	58
	981 10-9	An Hst. 0530/381 10-2 Umlagebetrag des Landes für die Finanzierung der Ausbildung in Pflegeberufen	0,00 5.714.792,04	5.714.792,04	0,00 0,00	59
0520		Krankenhausfinanzierung				
	231 25-0	Vom Bund für die Energiekostenhilfen Krankenhäuser	0,00 7.904.574,56	7.904.574,56	0,00 0,00	60

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 12.03.2025 Finanzkreis: 1200	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2024	Seite: 5 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Anderung		Mehr Weniger	
0520		Krankenhausfinanzierung				
	682 25-2	Zuschüsse Energiekostenhilfen an kommunale Kliniken	0,00 4.734.998,24	4.734.988,24	0,00 10,00	61
	683 25-9	Zuschüsse Energiekostenhilfen an private und gemeinnützige Kliniken	0,00 3.169.576,32	3.169.576,32	0,00 0,00	62
	891 80-3	Sonderinvestitionsprogramm zur Stärkung der Pandemieresilienz	11.022.000,00 8.164.836,18-	2.857.163,82	0,00 0,00	63
	892 10-9	Freigemeinnützige und private Krankenhäuser: Energieeffizienzmaßnahmen in der TGA und Wärmedämmung Bauteile	9.923.000,00 0,00	5.233.801,45	0,00 4.689.198,55	64
	892 80-0	Sonderinvestitionsprogramm zur Stärkung der Pandemieresilienz - Zuschüsse an freigemeinnützige und private Kliniken	0,00 8.164.836,18	8.164.836,18	0,00 0,00	65
0530		Ausgleichsfonds Pflegeberufausbildung				
	282 00-7	Umlagebetrag von der Pflegeeinrichtung und Krankenhäuser für die Finanzierung der Ausbildung in Pflegeberufen	0,00 34.930.576,79	34.930.576,79	0,00 0,00	66
	359 00-0	Entnahmen aus sonstigen Rücklagen "Ausgleichsfonds Pflegeberufausbildung"	0,00 12.453.356,52	12.453.356,52	0,00 0,00	67
	381 10-2	Von Hst. 0501/981 10-9 Umlagebetrag des Landes für die Finanzierung der Ausbildung in Pflegeberufen	0,00 5.714.792,04	5.714.792,04	0,00 0,00	68
	684 00-8	Zuschuss an soziale oder ähnliche Einrichtungen zur Finanzierung der Kosten der praktischen Ausbildung	0,00 55.126.181,85	55.126.181,85	0,00 0,00	69
0601		Allgemeine Bewilligungen für Umwelt				
	359 03-0	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0,00 3.771.332,54	3.771.332,54	0,00 0,00	70
	422 44-1	Bezüge der planmäßigen Beamten (Umweltwirtschaft/Energie/Ressourcen)	3.927.980,00 3.025.637,72-	902.342,28	0,00 0,00	71
	428 44-0	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Klima, Energiewende und Umweltinnovation)	0,00 3.582.726,90	3.582.726,90	0,00 0,00	72
	919 03-6	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0,00 12.967.853,37	12.967.853,37	0,00 0,00	73
	985 17-9	Klimaschutz und Klimaanpassungsaktivitäten an die Stadt Bremerhaven (Eckwertaufstockung Klimaschutz)	4.008.000,00 4.008.000,00-	0,00	0,00 0,00	74
0629		Wasserentnahmegebühr				
	099 12-3	Oberflächenwasserentnahmegebühr	5.700.000,00 2.954.043,18-	2.745.956,82	0,00 0,00	75
0680		Behörde der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung				
	386 30-7	Von Hst. 3681.98630-7 für Personalausgaben Wohngeldplus	0,00 2.798.000,00	2.798.000,00	0,00 0,00	76
0681		Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr				
	359 03-6	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	3.000.000,00 13.573.805,44	16.573.805,52	0,08 0,00	77
	682 21-0	Stabilisierungsprogramm ÖPNV	41.388.000,00 2.641.445,00-	18.631.920,83	0,00 20.114.634,17	78
	682 33-3	Krisenbedingte Ausgleichsbedarfe gemäß § 45a PBefG	0,00 2.641.445,00	2.641.445,00	0,00 0,00	79

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 12.03.2025 Finanzkreis: 1200	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2024	Seite: 6 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Änderung		Mehr Weniger	
0687		Oberste Landesstraßenbaubehörde				
	119 20-7	Rückzahlungen / Erstattungen von Finanzhilfen	0,00	9.006.689,06	9.006.689,06	80
			0,00		0,00	
	231 25-2	Vom Bund für Ausgaben Deutschlandticket/BremÖPNVG (konsumtiv)	20.300.000,00	25.905.580,56	0,00	81
			5.605.580,56		0,00	
	331 20-6	Vom Bund für Ausgaben gemäß BremÖPNVG	20.650.000,00	17.572.546,17	0,00	82
			3.077.453,83-		0,00	
	359 10-0	Entnahme aus der Sonderrücklage Deutschlandticket	0,00	4.844.016,24	0,00	83
			4.844.016,24		0,00	
	682 25-4	Ausgaben zum Deutschlandticket gegenüber dem ÖPNV	20.300.000,00	12.543.010,78	0,00	84
			7.756.989,22-		0,00	
	891 21-0	An öffentliche Unternehmen, Ausgaben gem. BremÖPNV Fahrzeugbeschaffung	11.041.650,00	6.015.399,40	0,00	85
			5.026.250,60-		0,00	
	919 10-6	Zuführung an die Sonderrücklage Deutschlandticket	0,00	18.206.586,02	0,00	86
			18.206.586,02		0,00	
0697		Wohnungswesen				
	681 98-1	Allgemeines Wohngeld an Empfänger in Bremen	26.600.000,00	23.921.348,08	0,00	87
			605.418,75		3.284.070,67	
	681 99-0	Allgemeines Wohngeld an Empfänger in Bremerhaven	5.300.000,00	9.306.729,90	0,00	88
			4.006.729,90		0,00	
0709		Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung				
	346 57-1	Von der EU für das Programm EFRE 2021-2027	8.596.560,00	0,00	0,00	89
			0,00		8.596.560,00	
	346 76-8	Von der EU für das Programm EFRE 2014-2020 bei SBMS	0,00	3.100.000,00	0,00	90
			3.100.000,00		0,00	
	359 56-8	Entnahme aus der Sonderrücklage EFRE 2014 - 2020	0,00	7.787.093,35	0,00	91
			7.787.093,35		0,00	
	686 57-7	EU-Programm EFRE 2021-2027 -konsumtiv-	15.000.000,00	0,00	0,00	92
			14.428.111,86-		571.888,14	
	891 70-7	Fördermittel der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW)	11.640.000,00	4.986.372,46	0,00	93
			6.653.627,54-		0,00	
	893 56-4	EU-Programm EFRE 2014-2020 -investiv-	0,00	9.210.658,72	2.070.390,74	94
			7.140.267,98		0,00	
	893 57-2	EU-Prgramm EFRE 2021-2027 -investiv-	16.000.000,00	401.000,00	0,00	95
			10.948.868,41-		4.650.131,59	
	981 55-2	An Hst. 0680/381 23-2 (SBMS) für das Programm EFRE 2014-2020 (konsumtiv)	0,00	0,00	0,00	96
			3.100.000,00		3.100.000,00	
0710		EFRE-Programm 2021-2027				
	686 12-2	Luft- und Raumfahrtforschungsprogramm	0,00	3.510.000,00	0,00	97
			3.510.000,00		0,00	
	686 16-5	Wissens- und Technologietransfer: Vernetzung, Kooperation, Transfer	0,00	2.649.554,99	0,00	98
			2.649.554,99		0,00	
0801		Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde				
	386 10-5	Von Hst. 3801.986 10-1 für Wetterextreme	0,00	3.142.796,49	0,00	99
			3.142.796,49		0,00	
	891 15-2	Klimahaus Bremerhaven Ausstellungsbereich "Wetterextreme"	0,00	5.208.922,01	0,00	100
			5.208.922,01		0,00	

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 12.03.2025 Finanzkreis: 1200	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2024	Seite: 7 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Anderung		Mehr Weniger	
0900		Behörde d. Sen. für Finanzen				
	231 40-7	Kostenerstattung für die Wahrnehmung von Bauaufgaben des Bundes	8.622.500,00 3.802.500,00	12.425.000,00	0,00 0,00	101
	281 21-8	Sachkostenerstattung KoSIT	3.115.500,00 7.487.450,17	10.602.950,17	0,00 0,00	102
	511 70-1	Sachkosten KoSIT (refinanziert)	3.100.000,00 8.686.821,81	10.248.496,52	0,00 1.538.325,29	103
	526 40-7	Kosten für Sachverständige (Bundesbau) - refinanziert -	8.622.500,00 4.471.721,07-	4.150.658,45	0,00 120,48	104
	531 25-7	Sachausgaben für das Programm "HKR 4.0" Zukunftsorientiertes Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen	6.847.000,00 6.159.224,08-	687.775,92	0,00 0,00	105
	632 40-1	Ausgaben für die Wahrnehmung von Bauaufgaben durch Dritte (refinanziert)	0,00 4.378.893,89	4.378.893,89	0,00 0,00	106
	919 05-0	Zuführung an die Sonderrücklage "S/4 HANA/HKR 4.0 (Land)"	0,00 6.985.530,69	6.985.530,69	0,00 0,00	107
	985 99-1	An Bremerhaven zum Ausgleich von Energiemehrkosten	0,00 3.675.825,00	3.675.825,00	0,00 0,00	108
0950		IT - Budget				
	281 15-4	Einer für Alle Onlinedienste – Fokus Leistungen	0,00 5.678.516,00	5.678.516,00	0,00 0,00	109
	281 16-2	Kostenerstattung vom IT-Planungsrat für Projekte (refinanziert)	0,00 5.209.326,72	5.063.205,82	0,00 146.120,90	110
	359 03-0	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0,00 4.009.846,77	5.582.596,49	1.572.749,72 0,00	111
	511 00-1	Sachausgaben für IT-Zentral	13.193.770,00 567.971,96-	8.311.467,16	0,00 4.314.330,88	112
	511 10-9	Einer für Alle Onlinedienste - Fokus Leistungen	0,00 6.594.909,21	6.508.566,85	0,00 86.342,36	113
	812 20-6	Ausgaben für "Neue Medien/e-Government"	5.012.130,00 1.526.317,25-	39.332,11	0,00 3.446.480,64	114
	812 34-6	Investive Ausgaben IT-Planungsrat für Projekte	0,00 5.154.886,70	2.822.707,50	0,00 2.332.179,20	115
	812 47-8	Investive Ausgaben für Projekt Netze 2023 FHB (L)	0,00 3.395.000,00	2.863.296,46	0,00 531.703,54	116
	812 51-6	OZG-Umsetzung investiv	3.130.000,00 3.130.000,00-	0,00	0,00 0,00	117
	919 03-5	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0,00 5.588.115,26	5.588.115,26	0,00 0,00	118
	919 05-1	Zuführung an die Sonderrücklage Digitalisierungsinitiative	0,00 14.411.884,74	14.411.884,74	0,00 0,00	119
0970		Steuern				
	011 01-3	Lohnsteuer	2.761.503.650,00 0,00	2.674.851.557,91	0,00 86.652.092,09	120
	011 02-1	Bundesanteil an der Lohnsteuer	1.173.639.050,00- 0,00	1.136.811.912,20-	36.827.137,80 0,00	121
	011 03-0	Gemeindeanteil Bremens an der Lohnsteuer	358.857.800,00- 0,00	347.615.242,39-	11.242.557,61 0,00	122
	011 05-6	Lohnsteuererlegungsanteile (Land und Gemeinden)	412.206.110,00- 0,00	396.735.703,61-	15.470.406,39 0,00	123
	011 06-4	Gemeindeanteil Bremens an der Lohnsteuererlegung	93.158.680,00 0,00	89.666.984,98	0,00 3.491.695,02	124

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 12.03.2025 Finanzkreis: 1200	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2024	Seite: 8 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Anderung		Mehr Weniger	
0970		Steuern				
	011 08-0	Anteil des Landes an Bundeszahlungen im Familienleistungsausgleich	262.198.190,00- 0,00	257.797.701,72-	4.400.488,28 0,00	125
	011 11-0	Landes- und Gemeindeanteile an der einheitlichen Pauschsteuer	0,00 0,00	2.603.569,33	2.603.569,33 0,00	126
	011 14-5	An den Bund, Mitfinanzierungsanteil Bremens an den Altersvorsorgezulagen nach § 83 EStG	0,00 0,00	4.264.330,98-	0,00 4.264.330,98	127
	012 01-0	Veranlagte Einkommensteuer	577.399.450,00 4.274.210,00	585.911.001,34	4.237.341,34 0,00	128
	012 02-8	Bundesanteil an der veranlagten Einkommensteuer	245.394.770,00- 0,00	249.012.175,58-	0,00 3.617.405,58	129
	013 01-6	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	209.467.450,00 0,00	234.438.953,52	24.971.503,52 0,00	130
	013 02-4	Bundesanteil an den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (ohne Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	104.733.730,00- 0,00	117.219.476,76-	0,00 12.485.746,76	131
	013 03-2	Landesanteil am Erstattungsbetrag des Bundesamtes für Finanzen (ohne Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	1.959.280,00- 0,00	5.461.860,76-	0,00 3.502.580,76	132
	014 01-2	Körperschaftsteuer	570.615.440,00 0,00	531.469.239,90	0,00 39.146.200,10	133
	014 02-0	Bundesanteil an der Körperschaftsteuer	285.307.720,00- 0,00	265.734.619,95-	19.573.100,05 0,00	134
	014 05-5	Körperschaftsteuererlegungsanteil	0,00 0,00	13.508.940,00	13.508.940,00 0,00	135
	015 09-4	Landesanteil an der Umsatzsteuer	1.618.727.400,00 0,00	869.552.743,00	0,00 749.174.657,00	136
	015 10-8	Umsatzsteuer-Aufkommen für Gemeindeanteile	0,00 0,00	66.731.247,10	66.731.247,10 0,00	137
	015 11-6	Gemeindeanteil Bremens an der Umsatzsteuer	0,00 0,00	58.798.161,93-	0,00 58.798.161,93	138
	015 12-4	Gemeindeanteil Bremerhavens an der Umsatzsteuer	0,00 0,00	7.998.030,91-	0,00 7.998.030,91	139
	015 15-9	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer-Umverteilung lt. Festbetrag gem. Par.1 Abs.2 FAG	0,00 0,00	26.810.232,00	26.810.232,00 0,00	140
	015 16-7	Gemeindeanteil Bremens an der Umsatzsteuer lt. Festbetrag gem. Par.1 Abs.2 FAG	0,00 0,00	23.600.033,16-	0,00 23.600.033,16	141
	015 17-5	Gemeindeanteil Bremerhavens an der Umsatzsteuer lt. Festbetrag gem. Par.1 Abs.2 FAG	0,00 0,00	3.210.198,84-	0,00 3.210.198,84	142
	016 01-5	Landesanteil an der Einfuhrumsatzsteuer	508.052.610,00 0,00	277.959.800,29	0,00 230.092.809,71	143
	016 15-5	Landesanteil an der Einfuhrumsatzsteuer lt. Festbetrag gem. Par.1 Abs.2 und 5 FAG	0,00 0,00	94.732.517,72	94.732.517,72 0,00	144
	017 01-1	Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	34.839.370,00 0,00	41.619.970,39	6.780.600,39 0,00	145
	018 01-8	Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	49.519.070,00 0,00	29.115.911,16	0,00 20.403.158,84	146
	018 02-6	Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (Bundesanteil)	21.788.390,00- 0,00	12.811.000,91-	8.977.389,09 0,00	147
	018 05-0	Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge (Land + Gemeinden)	0,00 0,00	60.158.566,00	60.158.566,00 0,00	148
	018 06-9	Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge (Gemeindeanteil Bremens)	0,00 0,00	11.168.595,48-	0,00 11.168.595,48	149
	052 01-1	Erbschaftsteuer	85.946.810,00 0,00	58.273.829,95	0,00 27.672.980,05	150

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 12.03.2025 Finanzkreis: 1200	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2024	Seite: 9 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Änderung		Mehr Weniger	
0970		Steuern				
	053 01-8	Grunderwerbsteuer	109.753.760,00 0,00	90.739.610,17	0,00 19.014.149,83	151
0972		Zuweisungen und Zuschüsse an Gemeinden				
	984 03-5	An Hst. 3972/384 03-7 für die Wahrnehmung von Landesaufgaben	0,00 4.274.210,00	4.274.210,00	0,00 0,00	152
	984 07-8	An Hst. 3972/384 01-0, Schlüsselzuweisungen	690.371.490,00 6.276.175,83	696.647.665,83	0,00 0,00	153
	984 11-6	An Hst. 3972/384 11-8, Sonderzuweisung im Zusammenhang mit der Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen	5.858.320,00 3.382.000,00	9.240.320,00	0,00 0,00	154
	985 01-5	An Hst. 6961/385 01, Schlüsselzuweisungen	188.837.410,00 14.013.323,31	202.850.733,31	0,00 0,00	155
0973		Bundes- und Länderfinanzausgleich				
	015 01-0	Finanzkraftausgleich durch die Umsatzsteuer-Umverteilung	0,00 52.621.696,49	937.892.337,91	885.270.641,42 0,00	156
	211 01-3	Bundesergänzungszuweisungen	470.958.850,00 0,00	531.838.657,57	60.879.807,57 0,00	157
0980		Allgemeines Kapitalvermögen, Schuldendienst, Rücklagen				
	325 30-0	Kreditmarktmittel und Anleihen	3.231.668.630,00 0,00	2.957.873.287,49	0,00 273.795.342,51	158
	359 80-8	Entnahme aus der Zentralen Stabilitätsrücklage	52.859.400,00 57.400.000,00	74.990.102,11	0,00 35.269.297,89	159
	359 85-9	Entnahme aus der Sonderrücklage zur Finanzierung von umsatzsteuerfinanzierten Maßnahmen	27.624.080,00 9.960.594,71	9.960.594,71	0,00 27.624.080,00	160
	571 11-4	Zinsen für Kassenkredite innerhalb des DKR	0,00 0,00	73.474.985,52-	0,00 73.474.985,52	161
	575 01-2	Zinsen an sonstigen Kreditmarkt	330.205.000,00 7.306.615,17-	335.964.673,86	13.066.289,03 0,00	162
	575 02-0	Disagio	30.000.000,00 92.456.500,00	121.873.000,00	0,00 583.500,00	163
	575 03-9	Derivatzahlungen	149.478.000,00 109.719.884,83-	106.720.470,73	66.962.355,56 0,00	164
	575 04-7	Prämien aus Derivatverträgen	0,00 19.270.000,00	19.270.000,00	0,00 0,00	165
	575 08-0	Zinsen auf Besicherung von Derivaten	0,00 0,00	14.900.120,05-	0,00 14.900.120,05	166
	595 01-3	Tilgung an sonstigen Kreditmarkt	2.652.474.930,00 0,00	2.451.871.791,96	0,00 200.603.138,04	167
	919 81-1	Zuführung an die Sonderrücklage Innenstadt Bremerhaven (PPL93)	0,00 5.000.000,00	5.000.000,00	0,00 0,00	168
	919 85-4	Zuführung an die Sonderrücklage zur Finanzierung von umsatzsteuerfinanzierten Maßnahmen	0,00 15.000.000,00	15.000.000,00	0,00 0,00	169
	919 88-9	Zuführung an die Sonderrücklage für Finanzierungsbedarfe Hochschulen/Forschung	0,00 10.890.000,00	10.890.000,00	0,00 0,00	170
0988		Zuweisungen an Sondervermögen Immobilien und Technik				
	634 14-0	An Sondervermögen Immobilien und Technik, Ausgleich eines Defizits	0,00 4.146.112,21	4.146.112,21	0,00 0,00	171

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR			Stand: 12.03.2025 Finanzkreis: 1200	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2024	Seite: 10 Bereich: Land	
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Anderung		Mehr Weniger	
0988		Zuweisungen an Sondervermögen Immobilien und Technik				
	884 16-2	An SVIT für die Sanierung der Anstaltsgebäude Haus 1 und 2	4.640.250,00 0,00	180.250,00	0,00 4.460.000,00	172
	884 20-0	An Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierungsinvestitionen	15.294.000,00 4.406.112,21-	10.887.887,79	0,00 0,00	173
	919 03-9	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0,00 5.765.405,00	5.765.405,00	0,00 0,00	174
0990		Zentral veranschlagte Personalausgaben				
	359 01-6	Entnahme aus der Budgetrücklage	6.500.000,00 0,00	0,00	0,00 6.500.000,00	175
	461 01-5	Globale Mehrausgaben (Tarif- und Besoldungsvorsorge)	60.248.400,00 59.163.200,00-	0,00	0,00 1.085.200,00	176
	461 02-3	Globale Mehrausgaben (Ausbildungsmittel für zukünftige Ausbildungsjahrgänge)	3.841.870,00 1.163.816,42	0,00	0,00 5.005.686,42	177
	461 03-1	Globale Mehrausgaben (sonstige personalwirtschaftliche Verpflichtungen und Risiken)	20.965.490,00 15.399.690,65-	0,00	0,00 5.565.799,35	178
	461 06-6	Globale Mehrausgaben (Vorsorge für Versorgungsanpassungen)	18.191.000,00 18.129.000,00-	0,00	0,00 62.000,00	179
0991		Versorgung				
	432 01-9	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten - Verwaltungspersonal / Sonstige	64.708.270,00 3.289.757,52	67.998.027,52	0,00 0,00	180
	432 07-8	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten - Polizei	73.107.600,00 9.337.272,68	82.423.724,66	0,00 21.148,02	181
	432 80-9	Versorgungsausgleich für geschiedene Ehegatten - Verwaltungspersonal / Sonstige	1.159.560,00 2.531.595,37	3.691.155,37	0,00 0,00	182
0995		Allgemeines				
	093 01-4	Spielbankabgabe	4.000.000,00 2.500.000,00	1.758.840,98	0,00 4.741.159,02	183
	099 10-1	Sonstige Einnahmen von der Spielbank	0,00 0,00	4.538.724,53	4.538.724,53 0,00	184
	548 11-9	Globale Mehrausgaben für Personalkostenzuschüsse (Tarif-, Besoldungs- und Versorgungsvorsorge)	15.445.620,00 14.884.300,00-	0,00	0,00 561.320,00	185
	631 50-4	Mittel zur Abmilderung von Härtefällen in der Ost-West-Rentenüberleitung, für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler	3.192.500,00 3.150.000,00-	0,00	0,00 42.500,00	186
	972 99-9	Technische Ausgleichsposition für Nachbewilligung mit offener Deckung	0,00 38.959.693,00-	0,00	38.959.693,00 0,00	187
0999		Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise				
	548 01-6	Globalmittel zur Unterstützung insbesondere von Zuwendungsempfangenden bei Energiemehrkosten	25.000.000,00 25.000.000,00-	0,00	0,00 0,00	188

Erläuterungen der Solländerungen und Abweichungen

1) 0020/531 04-5

Die Soll-Ist-Änderung (- 4.071.119,68 Euro) ergibt sich daraus, dass die tatsächliche Zahl der Berechtigten für die FreiKarte 2.0 im Jahr 2024 mit 124.076 deutlich unter der kalkulierten Zahl von 134.900 lag. Dadurch fielen die Ausgaben für Guthaben, Produktion und Versand geringer aus. Zusätzlich wurde das Guthaben nicht vollständig abgerufen, interne Supportleistungen statt externer Vergabe erbracht und Prozesse effizienter gestaltet. Einige Dienstleisterkosten werden erst 2025 abgerechnet, und 1 Mio. Euro des Budgets wurde bereits im Dezember 2024 zur Deckung von Haushaltsrisiken eingesetzt.

2) 0020/919 05-1

Es handelt sich um eine im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2024 neu eingerichtete Sonderrücklage für zentrale Sonderbedarfe der Senatskanzlei in Höhe von 3,8 Mio. Euro.

3) 0034/422 11-7

Die Nachbewilligung Tariferhöhungen und Inflationssonderzahlungen (12.712.700,00 Euro) erfolgte für die gesamte Produktgruppe zu Gunsten der Haushaltsstelle 0034.422 11-7. Hinzu kommen 147.484,12 Euro Einnahmeverfüugungsmittel.

Im Rahmen des Jahresabschlusses (Verfügung vom 08.01.2025, 09.01.2025 sowie 14.01.2025) wurden insgesamt 4.399.835,39 Euro zum Ausgleich von Mehrausgaben innerhalb des Produktplans 07 herangezogen, so dass zum Abschluss ein Haushaltssoll von 130.237.138,73 Euro auf der 0034.422 11-7 verblieben ist. Die Minderausgaben, insbesondere der verbleibende Betrag in Höhe von 533.140,14 Euro, sind dem Umstand geschuldet, dass die Zielzahl des Produktbereiches 07.01 insgesamt im Mittelwert eingehalten wurde, in der Produktgruppe Vollzug jedoch unterschritten und in der Produktgruppe Nichtvollzug überschritten wurde.

4) 0034/428 01-8

Die Sollerhöhung ergibt sich im Umfang von 14.493,07 Euro durch Verfügung im Deckungskreis / Ausgleich durch Haushaltsstelle 0034.42201-0.

Erklärung: Bei Haushaltsaufstellung kann regelmäßig nicht prognostiziert werden, ob es sich bei Personalveränderungen (Fluktuation, Neueinstellungen etc.) um Beamt:innen oder Angestellte handeln wird. Vor diesem Hintergrund sind die Ausgabe-Haushaltstellen im Personalbereich für Beamt:innen und für Angestellte in einem Deckungskreis. Im Haushaltsjahr 2024 waren mehr Angestellte als Beamt:innen in der betroffenen Produktgruppe gebucht, vor diesem Hintergrund haben die Einsparungen bei den Beamt:innen die Mehrkosten bei den Angestellten ausgeglichen (im Deckungskreis verfügt).

Darüber hinaus wurde die Nachbewilligung Tariferhöhungen und Inflationssonderzahlungen (1.051.600,00 Euro) für die gesamte Produktgruppe zu Gunsten der Haushaltsstelle 0034.428 01-8.

Da die veranschlagten Mittel für den in 2024 deutlich aufgewachsenen Nichtvollzug nicht auskömmlich waren erfolgten im Rahmen des Jahresabschlusses (Verfügung vom 08.01.2025, 09.01.2025 sowie 14.01.2025) Nachbewilligungen in

Höhe von insgesamt 5.167.555,47 Euro zu Gunsten der Haushaltsstelle 0034.428 01-8.

- 5) **0201/231 70-1**
Die Solländerung (3.388.251,00 Euro) resultiert aus Mehreinnahmen aus dem Bundesprogramm „Investitionsprogramm Ganztagsausbau“ (letzter Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses vom 19.12.2023, VL 21/1203) und als Einnahmeverfügungsmittel an die Haushaltsstelle 0201.985 70-6 weitergeleitet wurden.
- 6) **0201/231 73-6**
Die Solländerung (2.834.963,33 Euro) resultiert aus Mehreinnahmen aus dem Bundesförderprogramm für stationäre RLT-Anlagen (raumluftechnische Anlagen) die aus dem Produktplan 21 in 2022 vorfinanziert wurden und verzögert vom Bund eingegangen sind (s. a. Vorlage des Haushalts- und Finanzausschusses VL 20/7684, S. 14 im Teil B) und als Einnahmeverfügungsmittel an die Haushaltsstelle 0201.984 73-4 weitergeleitet wurden.
- 7) **0201/331 32-3**
Die Solländerung (5.200.073,08 Euro) resultiert aus Mehreinnahmen aus dem Bundesprogramm DigitalPakt (s. u. a. Vorlage des Haushalts- und Finanzausschusses VL-311/2019), welche als Einnahmeverfügungsmittel an die Haushaltsstelle 0201.81232-1 weitergeleitet wurden.
- 8) **0201/984 20-3**
Die Solländerung (15.931.500,00 Euro) resultiert aus zwei Nachbewilligungen für Tarife und sonstige Leistungen für Lehrkräfte.
- 9) **0201/984 32-7**
Die Solländerung (6.565.256,51 Euro) resultiert aus in Anspruch genommenen Deckungsfähigkeitsbeziehungen, u. a. in Zusammenhang mit den Einnahmen bei 0201.331 32-3.
- 10) **0201/984 70-0**
Die Solländerung (2.548.251,00 Euro) resultiert aus in Anspruch genommenen Deckungsfähigkeitsbeziehungen (2.388.251,00 Euro) und einer Nachbewilligung in Zusammenhang mit der Vorlage des Haushalts- und Finanzausschusses vom 17.12.2024 „Abschließende Ausgleiche im Produktplan 21 Kinder und Bildung im Haushaltsjahr 2024 und lfd. Berichtsbitte Nr. 57 der Auftragsliste“ (VL 21/3796, 160.000,00 Euro).
- 11) **0201/984 98-0**
Die Solländerung (5.186.300,00 Euro) resultiert aus in Anspruch genommenen Deckungsfähigkeitsbeziehungen in Zusammenhang mit der Vorlage des Haushalts- und Finanzausschusses vom 13.09.2024 „Energienehrkostenausgleich für Zuwendungsempfangende und Kernverwaltung im Jahr 2024“ (VL 21/2901).
- 12) **0202/531 00-8**
Die Solländerung (- 16.328.200,00 Euro) resultiert aus in Anspruch genommenen Deckungsfähigkeitsbeziehungen, insbesondere von den Haushaltsstellen 0202.984 60-6 und 0202.984 62-2.

- 13) **0202/984 60-6**
Die Solländerung (8.678.000,00 Euro) resultiert aus in Anspruch genommenen Deckungsfähigkeitsbeziehungen von der Haushaltsstelle 0202.531 00-8.
- 14) **0202/984 62-2**
Die Solländerung (4.850.000,00 Euro) resultiert aus in Anspruch genommenen Deckungsfähigkeitsbeziehungen von der Haushaltsstelle 0202.531 00-8.
- 15) **0270/894 10-0**
Solländerung durch Nachbewilligung für Wiederbereitstellung von Baumittel nach Einsparung für die ‚Globale Minderausgabe 2022‘ (1.500.000 Euro) sowie Nachbewilligung von Mehrkosten der Baumaßnahme (1.886.200 Euro).
- 16) **0273/231 13-7**
Die zweckgebundenen Einnahmen aus der Haushaltsstelle werden als Einnahmeverstärkungsmittel in gleicher Höhe bei Haushaltsstelle 0273/681 65-5 verausgabt. Den Mindereinnahmen stehen Minderausgaben in gleicher Höhe gegenüber.
- 17) **0273/331 11-5**
Die Einnahmen aus der Haushaltsstelle werden als Einnahmeverstärkungsmittel in gleicher Höhe bei der Haushaltsstelle 0273/863 11-7 verausgabt. Den Mindereinnahmen stehen entsprechende Minderausgaben gegenüber.
- 18) **0273/681 65-5**
Siehe zu Haushaltsstelle 0273/231 13-7 (Nr. 16). Die Soll-Ist-Abweichungen gleichen sich im Deckungskreis mit Haushaltsstelle 0273/863 11-7 (Nr. 20) aus.
- 19) **0273/685 05-7**
Solländerung durch Nachbewilligung zur Gewährung von Billigkeitsleistungen für Energiemehrkosten wissenschaftlicher Einrichtungen.
- 20) **0273/863 11-7**
Siehe zu Haushaltsstelle 0273/331 11-5 (Nr. 17). Die Soll-Ist-Abweichungen gleichen sich im Deckungskreis mit Haushaltsstelle 0273/681 65-5 (Nr. 18) aus.
- 21) **0274/685 10-7**
Solländerung durch Nachbewilligungen von Personalkostenzuschüssen für Tarifanpassungen (4.928.500 Euro) und Einsparungen im Rahmen der Spitzabrechnung (-257.376,14 Euro).
- 22) **0274/685 12-3**
Solländerung durch Nachbewilligungen für Tarifanpassungen (1.585.000 Euro) und im Rahmen der Spitzabrechnung (2.620.881,85 Euro).
- 23) **0307/681 27-7**
Die Zahlungen des Landes erfolgen auf Grundlage der gesetzlichen Regelungen und in der entsprechenden Höhe.

- 24) **0307/681 28-5**
Die Zahlungen des Landes erfolgen auf Grundlage der gesetzlichen Regelungen und in der entsprechenden Höhe.
- 25) **0308/272 70-2**
Die Solländerung (3.249.410,00 Euro) basiert auf veränderten Annahmen zu abrechnungsfähigen Ansprüchen gegenüber der EU hinsichtlich der Einnahmen des ESF+ Programms.
Die Soll-Ist Abweichung (4.345.018,10 Euro) ist darauf zurückzuführen, dass die Einnahmen gegenüber der Prognose des Arbeitsressorts für die ESF-Programme 2024 dann doch niedriger ausgefallen sind.
- 26) **0308/272 99-0**
Die Solländerung (11.150.590,00 Euro) basiert auf veränderten Annahmen zu abrechnungsfähigen Ansprüchen gegenüber der EU hinsichtlich der Einnahmen des ESF+ Programms.
- 27) **0308/686 70-1**
Die Abweichung (13.015.484,77 Euro) resultiert aus jahresübergreifenden Verschiebungen der Mittelbedarfe innerhalb des Gesamtprogramms ESF+. Gremienbeschlüsse hierzu liegen vor (Senat vom 06.08.2024 und Haushalts- und Finanzausschuss vom 16.08.2024).
- 28) **0408/231 10-8**
Die Zahlungen des Bundes basieren auf den tatsächlich entstandenen abrechnungsfähigen Ansprüchen der Leistungsempfänger.
- 29) **0408/231 20-5**
Die Erstattungen des Bundes basieren auf den tatsächlich entstandenen abrechnungsfähigen Ansprüchen der Leistungsempfänger.
- 30) **0408/231 35-3**
Die Zuweisungen des Bundes basieren auf den tatsächlich entstandenen abrechnungsfähigen Ansprüchen der Leistungsempfänger.
- 31) **0408/671 53-1**
Bei Sozialleistungsausgaben kommt es zu Fluktuation von Ausgaben innerhalb der jeweiligen Kapitel. Mehrausgaben werden zum Jahresabschluss durch Minderausgaben innerhalb einen neutralen Ausgleich von Sozialleistungen gedeckt.
- 32) **0408/671 55-8**
Bei Sozialleistungsausgaben kommt es zu Fluktuation von Ausgaben innerhalb der jeweiligen Kapitel. Mehrausgaben werden zum Jahresabschluss durch Minderausgaben innerhalb einen neutralen Ausgleich von Sozialleistungen gedeckt.
- 33) **0408/681 19-7**
Rein technische Absetzungsbuchung zur besseren statistischen Darstellung und Meldung von Sozialleistungsausgaben an den Bund und zur Abgrenzung von Ausgleichen auf Grund des Ukraine-Krieges.

- 34) **0408/681 92-8**
Zahlungen erfolgen auf Basis der tatsächlich nachgewiesenen Mehrbedarfe im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und der Energiekrise
- 35) **0408/984 10-6**
Weiterleitung von Bundesmitteln basierend auf den tatsächlich entstandenen abrechnungsfähigen Ansprüchen der Leistungsempfänger.
- 36) **0408/984 19-0**
Die Zahlung des Landes erfolgt nur aufgrund der abrechnungsfähigen Ansprüche, die seitens der Stadtgemeinde vorgelegt werden und in der entsprechenden Höhe.
- 37) **0408/984 20-3**
Die Zahlung des Landes erfolgt nur aufgrund der abrechnungsfähigen Ansprüche, die seitens der Stadtgemeinde vorgelegt werden und in der entsprechenden Höhe.
- 38) **0408/984 35-1**
Die Zahlung des Landes erfolgt nur aufgrund der abrechnungsfähigen Ansprüche, die seitens der Stadtgemeinde vorgelegt werden und in der entsprechenden Höhe.
- 39) **0408/984 80-7**
Zahlungen des Landes erfolgen auf Basis der tatsächlich nachgewiesenen Mehrbedarfe im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und der Energiekrise.
- 40) **0408/985 10-2**
Weiterleitung von Bundesmitteln basierend auf den tatsächlich entstandenen abrechnungsfähigen Ansprüchen der Leistungsempfänger.
- 41) **0408/985 18-8**
Die Zahlung des Landes erfolgt nur aufgrund der abrechnungsfähigen Ansprüche, die seitens der Stadtgemeinde vorgelegt werden und in der entsprechenden Höhe.
- 42) **0408/985 38-2**
Weiterleitung von Bundesmitteln basierend auf den tatsächlich entstandenen abrechnungsfähigen Ansprüchen der Leistungsempfänger.
- 43) **0408/985 81-1**
Zahlungen des Landes erfolgen auf Basis der tatsächlich nachgewiesenen Mehrbedarfe im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und der Energiekrise.
- 44) **0410/984 20-2**
Die Abweichung resultiert aus Deckungsfähigkeitsbeziehungen mit anderen Haushaltsstellen (u. a. 0410/984 22-9) und den tatsächlich entstandenen Kosten und Weiterleitung an die örtlichen Sozialhilfeträger.
- 45) **0410/984 21-0**
Die Abweichung resultiert aus Deckungsfähigkeitsbeziehungen mit anderen Haushaltsstellen und den tatsächlich entstandenen Kosten und Weiterleitung an die örtlichen Sozialhilfeträger.

- 46) **0410/984 22-9**
Die Abweichung resultiert aus Deckungsfähigkeitsbeziehungen mit anderen Haushaltsstellen (u. a. 0410/984 20-2) und den tatsächlich entstandenen Kosten und Weiterleitung an die örtlichen Sozialhilfeträger.
- 47) **0410/984 26-1**
Die Abweichung resultiert aus Deckungsfähigkeitsbeziehungen mit anderen Haushaltsstellen und den tatsächlich entstandenen Kosten und Weiterleitung an die örtlichen Sozialhilfeträger.
- 48) **0410/985 52-7**
Die Abweichung resultiert aus Deckungsfähigkeitsbeziehungen mit anderen Haushaltsstellen und den tatsächlich entstandenen Kosten und Weiterleitung an die örtlichen Sozialhilfeträger.
- 49) **0410/985 56-0**
Die Abweichung resultiert aus Deckungsfähigkeitsbeziehungen mit anderen Haushaltsstellen und den tatsächlich entstandenen Kosten und Weiterleitung an die örtlichen Sozialhilfeträger.
- 50) **0411/119 06-8**
Rückzahlungen/Erstattungen sind abhängig von den tatsächlichen Feststellungen der Zuwendungsprüfungen und den daraus resultierenden Ergebnissen.
- 51) **0411/517 11-0**
Im Zuge von nicht vorhersehbaren Flüchtlingsbewegungen kommt es bei Sozialleistungsausgaben zu Fluktuation von Ausgaben innerhalb der jeweiligen Kapitel.
- 52) **0411/539 13-0**
Rein technische Absetzungsbuchung zur besseren statistischen Darstellung und Meldung von Sozialleistungsausgaben an den Bund und zur Abgrenzung von Ausgleichen auf Grund des Ukraine-Krieges.
- 53) **0411/681 15-7**
Mehrausgaben im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg, die im Rahmen des Jahresabschlusses innerhalb des neutralen Ausgleichs von Sozialleistungen und zentraler Mittel abgedeckt werden.
- 54) **0411/681 20-3**
Mehrausgaben im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg, die im Rahmen des Jahresabschlusses innerhalb des neutralen Ausgleichs von Sozialleistungen und zentraler Mittel abgedeckt werden.
- 55) **0411/684 10-5**
Mehrausgaben im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg, die im Rahmen des Jahresabschlusses innerhalb des neutralen Ausgleichs von Sozialleistungen und zentraler Mittel abgedeckt werden.

- 56) **0411/684 12-1**
Rein technische Absetzungsbuchung zur besseren statistischen Darstellung und Meldung von Sozialleistungsausgaben an den Bund und zur Abgrenzung von Ausgleichen auf Grund des Ukraine-Krieges.
- 57) **0411/812 11-1**
Zur Nutzung der wirtschaftlichsten Alternative zur Unterbringung geflüchteter Menschen erfolgt der Ankauf. Die Mehrkosten werden im Rahmen des Jahresabschlusses innerhalb des neutralen Ausgleichs von Sozialleistungen und zentraler Mittel abgedeckt.
- 58) **0501/531 55-3**
Abweichung und Anpassungen auf Grund Verpflichtungen des Landes und der tatsächlichen Bedarfe im Zuge der Pflegeausbildung.
- 59) **0501/981 10-9**
Anteil des Landes am Ausbildungsfonds für die generalistische Pflegeausbildung.
- 60) **0520/231 25-0**
Mehreinnahmen aus Bundesmitteln für Krankenhäuser im Zuge der Energiekrise als Energiekostenhilfe.
- 61) **0520/682 25-2**
Zuschüsse des Landes an die kommunalen Krankenhäuser im Zuge der Energiekrise als Energiekostenhilfe.
- 62) **0520/683 25-9**
Zuschüsse des Landes an die freien und gemeinnützigen Krankenhäuser im Zuge der Energiekrise als Energiekostenhilfe.
- 63) **0520/891 80-3**
Bereitgestellte Mittel zur Stärkung der Pandemie-Resilienz im Zuge der Corona-Pandemie, die nicht in vollen Umfang von den Krankenhäusern abgerufen wurden.
- 64) **0520/892 10-9**
Mittelabfluss abhängig von den tatsächlichen Umsetzungsständen der bewilligten Fördermaßnahmen und entsprechenden Mittelabrufen der Träger.
- 65) **0520/892 80-0**
Bereitgestellte Mittel zur Stärkung der Pandemie-Resilienz im Zuge der Corona-Pandemie, die veränderter Projektumsetzung im höheren Umfang von den Krankenhäusern abgerufen wurden.
- 66) **0530/282 00-7**
Mehreinnahmen auf Grund des Ausbildungsfonds für die generalistische Pflegeausbildung von den beteiligten Einrichtungen.

- 67) **0530/359 00-0**
Rücklagenentnahme zur Finanzierung von Maßnahmen für die generalistische Pflegeausbildung, sofern Einnahmen nicht ausreichen per Kapitelvermerk vorgesehen.
- 68) **0530/381 10-2**
Rücklagenentnahme zur Finanzierung von Maßnahmen für die generalistische Pflegeausbildung, sofern Einnahmen nicht ausreichen per Kapitelvermerk vorgesehen.
- 69) **0530/684 00-8**
Abweichung und Änderungen im Zuge der berechtigten Ansprüche von Einrichtungen zur Umsetzung des praktischen Teils der generalistischen Pflegeausbildung.
- 70) **0601/359 03-0**
Im Zuge der Abrechnung der Haushalte 2023 wurden mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 01.03.2024 im Land Bremen Rücklagenzuführungen zur investiven Budgetrücklage Produktplan 61 in Höhe von rund 5,2 Mio. Euro vorgenommen - insb. aufgrund von Projektverzögerungen in 2023, sodass investive Mittel nicht vollständig abgeflossen sind und zweckgebunden übertragen wurden. Unterjährig erfolgten bedarfsgerechte Auskehrungen auf Antrag vom Ressort über den Senator für Finanzen. Für 2024 belief sich diese Summe auf rund 3,8 Mio. Euro, die per Nachbewilligung auf die entsprechenden Ausgabefinanzposition weitergeleitet wurden.
- 71) **0601/422 44-1**
Die Solländerung in Höhe von -3,0 Mio. Euro resultiert aus der Inanspruchnahme in Rahmen der Deckungsringbeziehungen (-3,6 Mio. Euro) im Wesentlichen zugunsten der Finanzposition 0601.42844-0 für Personalkosten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Einsparung im Deckungsring steht eine begünstigende Nachbewilligung in Höhe von 0,6 Mio. Euro gegenüber, sodass im Ergebnis eine Solländerung in Höhe von - 3,0 Mio. Euro entstanden ist.
- 72) **0601/428 44-0**
Siehe Erl. Nr. 71 (Solländerung aufgrund der Deckungsringbeziehung).
- 73) **0601/919 03-6**
Im Zuge der Abrechnung der Haushalte 2024 wurden mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 27.02.2025 im Land Bremen Rücklagenzuführungen an die investive Budgetrücklage im Produktplan 61 in Höhe von rund 13,0 Mio. Euro vorgenommen. Diese resultieren aus bereits bewilligten Mitteln für konkrete Investitionsmaßnahmen, die insb. aufgrund von Projektverzögerungen in 2024 nicht vollständig abgeflossen sind und zweckgebunden im Folgejahr zur Ausfinanzierung der Maßnahmen benötigt werden.
- 74) **0601/985 17-9**
Die Solländerung in Höhe von - 4,0 Mio. Euro resultiert aus der Inanspruchnahme in Rahmen der Deckungsringbeziehungen. Es handelt sich hierbei um Mittel der Eckwertaufstockung Klimaschutz, die unterjährig innerhalb des Deckungsrings an andere Verrechnungsausgabe-Haushaltsstellen an Bremerhaven für konkrete Klimaschutzmaßnahmen abgeflossen sind. Die Mittel sind vollständig abgeflossen.

- 75) **0629/099 12-3**
Die Solländerung in Höhe von rund 2,9 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus Mindereinnahmen bei der Wasserentnahmegebühren - hier konnten nur Einnahmen in Höhe von 2,7 Mio. Euro erzielt und als Einnahmeverstärkungsmittel an die Ausgabe-Haushaltsstellen (für Ausgaben nach dem BremWEGG) weitergeleitet werden.
- 76) **0680/386 30-7**
Bei der Solländerung in Höhe von rund 2,8 Mio. Euro handelt es sich um eine Mehreinnahme, die aus einer Verrechnung im Rahmen der Haushalts- und Finanzausschuss-Vorlage (13.09.2024) resultiert. Im Rahmen dieser Vorlage wurden Mittel innerhalb des Produktplan 68 aus dem städtischen Haushalt an den Landeshaushalt verrechnet, um Bedarfe beim Wohngeldplus abzudecken (durch Nachbewilligungen).
- 77) **0681/359 03-6**
Im Zuge der Abrechnung der Haushalte 2023 wurden mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 01.03.2024 im Land Bremen Rücklagenzuführungen zur investiven Budgetrücklage Produktplan 68 in Höhe von rund 9,2 Mio. Euro vorgenommen - insbesondere aufgrund von Projektverzögerungen in 2023, sodass investive Mittel nicht vollständig abgeflossen sind und zweckgebunden übertragen wurden. Unterjährig erfolgten bedarfsgerechte Auskehrungen auf Antrag vom Ressort über den Senator für Finanzen. Für 2024 belief sich diese Summe auf rund 13,6 Mio. Euro, die per Nachbewilligung auf die entsprechenden Ausgabe-Finanzposition weitergeleitet wurden.
- 78) **0681/682 21-0**
Bei der Solländerung in Höhe von rund 2,6 Mio. Euro handelt es sich um Nachbewilligung für Mehrbedarfe bei den Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG. Mit Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses vom 06.12.2024 wurde eine Nachbewilligung zulasten dieser Haushaltsstelle zur krisenbedingten Ausgleichsbedarfe für Ausgleichszahlungen zugestimmt. Die Soll-Ist-Abweichung in Höhe von 20,1 Mio. Euro wird vom Fachressort damit begründet, dass die Bedarfe des Deutschland-Tickets zu Beginn der Maßnahme mangels Erfahrung nur schwer abschätzbar waren. Die vor dem Hintergrund erwarteten Einnahmeausfälle für das Land Bremen sind nicht vollständig eingetreten.
- 79) **0681/682 33-3**
Bei der Solländerung in Höhe von rund 2,6 Mio. Euro handelt es sich um eine Nachbewilligung für Mehrbedarfe bei den Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG (siehe Erl. Nr. 78). Mit Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses vom 06.12.2024 wurde einer Nachbewilligung zugunsten dieser Haushaltsstelle zur krisenbedingten Ausgleichsbedarfe für Ausgleichszahlungen zugestimmt.
- 80) **0687/119 20-7**
Bei der Soll-Ist-Abweichung in Höhe von 9 Mio. Euro handelt es sich um Mehreinnahmen aufgrund von Rückzahlungen vom Anteil der bremischen Corona-Hilfen durch die Verkehrsbetriebe. Die Spitzabrechnung der tatsächlichen Hilfen kann immer erst nachträglich erfolgen, dafür wurde in 2024 diese Haushaltsstelle eingereicht. Die Haushaltsstelle ist im Produktplan 95 angesiedelt, mit der Fremdbewirtschaftung durch das ASV.

- 81) **0687/231 25-2**
Die Solländerung in Höhe von 5,6 Mio. Euro resultiert aus Mehreinnahmen aus zusätzlichen Zahlungen des Bundes für das Deutschlandticket. Diese Mittel wurden durch die Haushaltsvermerke an die Ausgabe-Haushaltsstelle 0687.68225-4 (Ausgaben für Deutschlandticket) als Einnahmeverstärkungsmittel weitergeleitet und haben daher zu einer Sollerhöhung geführt.
- 82) **0687/331 20-6**
Die Solländerung in Höhe von rund -3,1 Mio. Euro resultiert aus Mindereinnahmen.
- 83) **0687/359 10-0**
Die Solländerung in Höhe von 4,8 Mio. Euro sind auf unterjährige bedarfsgerechte Auskehrungen der Sonderrücklage Deutschlandticket zurückzuführen. Für 2024 belief sich diese Summe auf rund 4,8 Mio. Euro, die per Nachbewilligung auf die entsprechenden Ausgabefinanzposition weitergeleitet wurden und daher zu einer Sollerhöhung geführt haben.
- 84) **0687/682 25-4**
Die Solländerung in Höhe von rund -7,8 Mio. Euro resultiert aus über Haushaltsvermerkbeziehungen zur Verfügung gestellte zweckgebundene Einnahmeverfügungsmittel für das Deutschlandticket (30,7 Mio. Euro) sowie abzüglich aus Inanspruchnahme im Rahmen der Deckungsringbeziehungen (-18,2 Mio. Euro). Die Solländerung in Höhe von rund -7,8 Mio. Euro ergibt sich somit aus Einnahmeverstärkungsmitteln (30,7 Mio. Euro) abzüglich der Deckungsringinanspruchnahme (- 18,2 Mio. Euro) sowie abzüglich des ursprünglichen Anschlags (20,3 Mio. Euro).
- 85) **0687/891 21-0**
Die Solländerung in Höhe von -5,0 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus der allgemeinen Rückgabe in Höhe von -5,0 Mio. Euro, da bei dieser Haushaltsstelle keine Mittel als Einnahmeverstärkungsmittel weitergeleitet worden sind. Zum Teil liegen bei der Einnahmehaushaltsstelle Mindereinnahmen vor.
- 86) **0687/919 10-6**
Im Zuge der Abrechnung der Haushalte 2024 wurden im Land Bremen Rücklagenzuführungen zur Sonderrücklage Deutschlandticket im Produktplan 68 in Höhe von 18,2 Mio. Euro vorgenommen. Diese resultieren aus bereits bewilligten Mitteln, die insb. aufgrund von Verzögerungen in 2024 nicht vollständig abgeflossen sind.
- 87) **0697/681 98-1**
Die Soll-Ist-Abweichung in Höhe von rund 3,3 Mio. Euro ist darauf zurückzuführen, dass Wohngeldmittel nicht in der geplanten Höhe in Anspruch genommen wurden.
- 88) **0697/681 99-0**
Die Solländerung in Höhe von 4,0 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus der Inanspruchnahme in Rahmen der Deckungsringbeziehungen (4,0 Mio. Euro) für das Wohngeld.
- 89) **0709/346 57-1**
2024 wurde kein Zahlungsantrag gestellt, sodass keine Mittel eingegangen sind.

- 90) **0709/346 76-8**
2024 kein Einnahmeanschlag von EFRE-Alt-Programm 2014-2020. Einnahme dient dem Abbau des Verlustvortrags (siehe auch zu 96.)
- 91) **0709/359 56-8**
Mittel der Sonderrücklage mussten zur Finanzierung von EFRE-spezifischen Ausgaben herangezogen werden.
- 92) **0709/686 57-7**
EFRE-21-27-Mittel wurden im Deckungskreis zur Finanzierung auf spezifischer Ausgaben eingesetzt.
- 93) **0709/891 70-7**
Aufgrund von Projektverzögerungen wurden 2024 weniger Maßnahmen umgesetzt.
- 94) **0709/893 56-4**
EFRE-14-20-Mittel wurden im Deckungskreis zur Finanzierung auf spezifischer Ausgaben eingesetzt.
- 95) **0709/893 57-2**
Die Förderperiode EFRE 2021-2027 ist nur schleppend angelaufen, sodass aktuell wenige Ausgaben gebucht werden.
- 96) **0709/981 55-2**
Die Mittel dienen dem Ausgleich eines vorhandenen Verlustausgleichs und werden nicht direkt an SBMS ausgezahlt, sondern über den Jahresabschluss einer Reduzierung des Verlustvortrags an den Gesamthaushalt gegeben.
- 97) **0710/686 12-2**
Ausgaben einzelner Förderachsen werden im Haushalt mit „0“ veranschlagt, da eine Veranschlagung auf der im Deckungskreis befindlichen Haushaltsstelle des Förderprogramms erfolgt.
- 98) **0710/686 16-5**
Ausgaben einzelner Förderachsen werden im Haushalt mit „0“ veranschlagt, da eine Veranschlagung auf der im Deckungskreis befindlichen Haushaltsstelle des Förderprogramms erfolgt. (siehe auch zu 97.)
- 99) **0801/386 10-5**
Solländerung (3.142.796,49 Euro) resultierend aus einer Umbewilligung.
- 100) **0801/891 15-2**
Solländerung (5.208.922,01 Euro) resultierend aus einer Umbewilligung.
- 101) **0900/231 40-7**
Solländerung (3.802.500,00 Euro) vgl. Haushaltsstelle 0900/526 40-7 (Nr. 104), sowie Haushaltsstelle 0900/632 40-1 (Nr.106). Es handelt sich um zweckgebundene Haushaltsvermerksbeziehungen aus Einnahmeverfügungsmitteln zur Finanzierung der Kosten für die Wahrnehmung von Bauaufgaben des Bundes.

- 102) **0900/281 21-8**
Solländerung (7.487.450,17 Euro) vgl. Haushaltsstelle 0900/511 70-1 (Nr. 103). Hier handelt es sich um Einnahmeverfügungsmittel, die durch die zweckgebundene Haushaltsvermerksbeziehung die jahresübergreifenden Ausgaben der Ko-SIT (refinanziert) decken.
- 103) **0900/511 70-1**
siehe Erläuterung zu Nr. 102 - zur Verfügung gestellte zweckgebundene Einnahmeverfügungsmittel.
- 104) **0900/526 40-7**
siehe Erläuterung zu Nr. 101 - zur Verfügung gestellte zweckgebundene Einnahmeverfügungsmittel.
- 105) **0900/531 25-7**
Solländerung (-6.159.224,08 Euro) vgl. 0900/919 05-0 (Nr.107) durch die Umsetzung der Beschlüsse aus der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2024 zur Zuführung auf die Sonderrücklage "S/4 HANA/HKR 4.0 (Land)" zur Finanzierung des Programms „HKR 4.0“ – Zukunftsorientiertes Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen".
- 106) **0900/632 40-1**
Die Solländerung (4.378.893,89 Euro) resultiert aufgrund über Haushaltsvermerksbeziehungen zur Verfügung gestellte zweckgebundene Einnahmeverfügungsmittel - siehe Erläuterung zu Nr. 101.
- 107) **0900/919 05-0**
Solländerung (6.985.530,69 Euro) - siehe Erläuterung zu Nr.105.
- 108) **0900/985 99-1**
Diese Haushaltsstelle wurde dazu genutzt, Mittel für den Ausgleich von krisenbedingten Energiemehrkosten für Zuwendungsempfangende und Kernverwaltung in Bremerhaven sowie Mittel für die krisenbedingten Mehrbedarfe der Bremerhavener Verkehrsgesellschaft per Verrechnung zur Verfügung zu stellen. Die Mittel, die auf diese Haushaltsstelle nachbewilligt wurden, waren Teil der Mittel, die vorher zentral und mit einer Sperre versehen auf der 0999.54801-6 bereitgestellt worden waren. Mit zwei Beschlüssen des Haushalts- und Finanzausschusses (Sitzung am 13.09.2024 und 06.12.2024) wurden nach Darlegung der Bedarfe die Sperre in entsprechender Höhe aufgehoben, um die Mittel anschließend per Nachbewilligung für die Stadt Bremerhaven zuzuweisen. Aus den Beschlüssen resultierten zwei das Haushaltssoll erhöhende Nachbewilligungen in Höhe von insgesamt 3.675.825,00 Euro; hiervon wurden rund 1.284.540,00 Euro für die krisenbedingten Mehrbedarfe der Bremerhavener Verkehrsgesellschaft auf diese Haushaltsstelle nachbewilligt und verausgabt
- 109) **0950/281 15-4**
Solländerung (5.678.516,00 Euro) durch Einnahmeverfügungsmittel zur Deckung von Kosten für das Projekt "Einer für Alle Onlinedienste". Siehe auch Bereitstellung der Einnahmeverfügungsmittel bei der Haushaltstelle 0950.511 10-9 (Nr.113).

- 110) **0950/281 16-2**
Solländerung (5.209.326,72 Euro) durch Einnahmeverfügungsmittel zur Deckung von Kostenerstattung vom IT-Planungsrat für Projekte durch die Haushaltsstelle 0950.511 39-7 "Ausgaben IT-Planungsrat für Projekte (refinanziert).
- 111) **0950/359 03-0**
Solländerung (4.009.846,77 Euro) durch Nachbewilligung zur Entnahme der investiven Rücklagen aus der investiven Budgetrücklage aufgrund der Umsetzung der Beschlüsse aus der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2024.
- 112) **0950/511 00-1**
Die Soll-Ist Abweichung (- 4.314.330,88 Euro) ergibt sich im Wesentlichen aus Projektverzögerungen, die zu zeitversetzten Folgekosten bei den zentralen IT-Sachausgaben führten.
- 113) **0950/511 10-9**
Solländerung (6.594.909,21 Euro) durch Einnahmeverfügungsmittel zur Deckung von Ausgaben für das Projekt "Einer für Alle Onlinedienste". Siehe auch Entstehung der Einnahmeverfügungsmittel bei Haushaltsstelle 0950/281 15-4 (siehe Nr. 113).
- 114) **0950/812 20-6**
Die Soll-Ist Abweichung ergibt sich im Wesentlichen aus Projektverzögerungen (Cybersicherheit, RPA, KI, OZG, VIS Kompakt, Beistelleleistungen für TK, E-Vertrag usw.), die zu zeitversetzten Folgekosten führten.
- 115) **0950/812 34-6**
Die Solländerung (5.154.886,70 Euro) resultiert im Wesentlichen aus der Inanspruchnahme im Rahmen der Deckungsringbeziehungen in Höhe von 4,033 Mio. Euro sowie einer Nachbewilligung insgesamt von 1,036 Mio. Euro. für Investitionen aus den Mitteln vom Bund für div. Projekte.
- 116) **0950/812 47-8**
Solländerung (3.395.000,00 Euro) durch Nachbewilligung mit Deckung durch Entnahme aus der investiven Budgetrücklage zur Finanzierung des Projekts Netze 2023 FHB (L).
- 117) **0950/812 51-6**
Solländerung (3.130.000,00- Euro) durch Nachbewilligung zugunsten der Haushaltsstelle 0950/511 00-1. Aufgrund des zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung angenommenen Projektstatus sind die Mittel für das Jahr 2024 investiv veranschlagt. Eine entsprechende Überführung des IT-Verfahrens in den Betrieb mit entsprechender Bereitstellung der notwendigen Mittelbedarfe ab 2024 aus dem Produktplan 96 IT-Budget war sicherzustellen.
- 118) **0950/919 03-5**
Solländerung (5.588.115,26 Euro) durch Nachbewilligung aufgrund der Umsetzung der Beschlüsse aus der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2024 (hier: Bildung einer investiven Budgetrücklage).

- 119) **0950/919 05-1**
Solländerung (14.411.884,74 Euro) durch Nachbewilligung aufgrund der Umsetzung der Beschlüsse aus der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2024 (hier: Bildung einer Sonderrücklage "Digitalisierungsinitiative").

120 – 151) Steuern

- 152) **0972/984 03-5**
Soll-Ist-Abweichung (4.274.210,00 Euro) gemäß dem Ergebnis der ‚Ist-Abrechnung 2024‘ für die Wahrnehmung von Gemeindeaufgaben.
- 153) **0972/984 07-8**
Solländerung (6.276.175,83 Euro) resultierend aus der sich im Abrechnungszeitraum von der Steuerschätzung abweichenden Entwicklung des originären Steueraufkommens und korrespondieren entsprechend mit 3972/384 01-0. Festgestellte Minderausgaben wurden innerhalb des Deckungsring ausgeglichen.
- 154) **0972/984 11-6**
Solländerung (3.382.000,00 Euro) resultierend aus Nachbewilligung/Einsparung und korrespondieren entsprechend mit 3972/384 11-8.
- 155) **0972/985 01-5**
Solländerung (14.013.323,31 Euro) resultierend aus Umbewilligung im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit. Festgestellte Mehrausgaben wurden im Rahmen der Liquidität im Produktplan 93 „Zentrale Finanzen“ und innerhalb des Deckungskreises ausgeglichen.
- 156) **0973/015 01-0**
Hierbei handelt es sich um den Finanzkraftausgleich durch die Umsatzsteuer-Umverteilung (siehe auch Kapitel 0970 – Steuern). Die Solländerung (52.621.696,49 Euro) ist auf die umgesetzten Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses vom 27.02.2025 zurückzuführen.
- 157) **0973/211 01-3**
Die Mehreinnahmen (60.879.807,57 Euro) resultieren aus der sich im Abrechnungszeitraum von der Steuerschätzung abweichenden Entwicklung des originären Steueraufkommens.
- 158) **0980/325 30-0**
Im Saldo aus Krediteinnahmen und –ausgaben zur Schuldentilgung wurden Kredite entsprechend dem tatsächlichen Kreditbedarf vereinnahmt.
- 159) **0980/359 80-8**
Die Mindereinnahmen (35.269.297,89 Euro) resultieren aus der Nichtinanspruchnahme der Zentralen Sonderrücklage. Die Solländerung (57.400.000,00 Euro) ist auf die umgesetzten Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses vom 27.02.2025 zurückzuführen

- 160) **0980/359 85-9**
Die Mindereinnahmen (27.624.080,00 Euro) resultieren aus der Nichtinanspruchnahme der Sonderrücklage. Die Solländerung (9.960.594,71 Euro) ist auf die umgesetzten Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses vom 27.02.2025 zurückzuführen.
- 161) **0980/571 11-4**
Umbuchungen von Zinsverbindlichkeiten öffentlicher Unternehmen. Sollabweichung im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Zinsausgaben bzw. Zinsminder Ausgaben.
- 162) **0980/575 01-2**
Solländerungen im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Zinsausgaben bzw. Zinsminder Ausgaben.
- 163) **0980/575 02-0**
Solländerungen im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Zinsausgaben bzw. Zinsminder Ausgaben.
- 164) **0980/575 03-9**
Solländerungen im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Zinsausgaben bzw. Zinsminder Ausgaben.
- 165) **0980/575 04-7**
Solländerungen im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Zinsausgaben bzw. Zinsminder Ausgaben.
- 166) **0980/575 08-0**
Sollabweichung im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Zinsausgaben bzw. Zinsminder Ausgaben.
- 167) **0980/595 01-3**
Tilgungsausgaben in Höhe des tatsächlichen Bedarfes im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Tilgungsausgaben.
Sollabweichung im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Tilgungsausgaben bzw. Tilgungsminder Ausgaben
- 168) **0980/919 81-1**
Die Solländerung (5.000.000,00 Euro) ist auf die umgesetzten Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses vom 27.02.2025 zurückzuführen.
- 169) **0980/919 85-4**
Die Solländerung (15.000.000,00 Euro) ist auf die umgesetzten Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses vom 27.02.2025 zurückzuführen
- 170) **0980/919 88-9**
Die Solländerung (10.890.000,00 Euro) ist auf die umgesetzten Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses vom 27.02.2025 zurückzuführen.

- 171) 0988/634 14-0**
Das Jahresergebnis 2023 des SVIT (Land) wies einen Jahresverlust aus. Mit dem Jahresverlust aus 2023 erhöhte sich der aufgelaufene Bilanzverlust insgesamt auf 4,146 Mio. Euro per Ende 2023. Entsprechend § 14 Abs. 5 des Bremischen Gesetzes für Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen wurde, dieses Defizit aus Haushaltsmitteln per Nachbewilligung von der Haushaltsstelle 0988.884 20-0 ausgeglichen (siehe Nr. 173, 1. Abs.).
- 172) 0988/884 16-2**
Zuführung in die investive Budgetrücklage im Rahmen der Abrechnung 2024 in Höhe von 4.460.000 Euro aufgrund von Projektverzögerungen. Die Mittel werden zu einem späteren Zeitpunkt benötigt (siehe Nr. 174).
- 173) 0988/884 20-0**
Der Ausgleich des Bilanzverlustes in Höhe von 4,146 Mio. Euro aus dem Jahresabschluss 2023 des SVIT (Land) wurde von den Sanierungsinvestitionen bereitgestellt (siehe Nr. 171).
Im Rahmen einer Vorfinanzierung wurden dem Kulturhaushalt für das Staatsarchiv aus den Sanierungsinvestitionen für das SVIT Land 0,260 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.
- 174) 0988/919 03-9**
Zuführung in die investive Budgetrücklage im Rahmen der Abrechnung 2024 in Höhe von 4.460.250 Euro (Haushaltsstelle 0988.884 16-2) aufgrund von Projektverzögerungen der JVA (siehe Nr. 172) zuzüglich 1.305.155 Euro (Haushaltsstelle 0988.884 22-7) aufgrund von Projektverzögerungen in der energetischen Gebäudesanierung. Die Mittel sind an Maßnahmen gebunden und werden zu einem späteren Zeitpunkt benötigt.
- 175) 0990/359 01-6**
Die Soll/Ist-Abweichung beruht auf einer veranschlagten, jedoch nicht erfolgten Rücklagenentnahme in Höhe von rund 6,5 Mio. Euro. Diese wurden im 14. Monat seitens des Produktplan 93 eingesparrt.
- 176) 0990/461 01-5**
Zentrale Mittel für Tarifeffekte. Diese werden aus dem Haushaltssoll dezentralisiert. Die Ist-Ausgaben erfolgen dezentral in den Ressorts. Die verbleibenden Minderausgaben von rund 1,1 Mio. Euro sollten in die Personalrücklage überführt werden. Aufgrund der prekären Situation im Haushalt der Stadtgemeinde Bremerhaven wurde auf eine Rücklagenzuführung verzichtet und die Mittel zum Ausgleich des Defizites verwendet.
- 177) 0990/461 02-3**
Zentrale Mittel für den Ausbildungsjahrgang 2024. Die Ist-Ausgaben erfolgen dezentral in den Ressorts. Nicht verbrauchtes Ausbildungsbudget der Ressorts wurde am Jahresende auf dieser Haushaltsstelle gepoolt. Die Minderausgaben von rund 5 Mio. Euro sollten in die Personalrücklage überführt werden und wurden zum Ausgleich des Defizites verwendet.
- 178) 0990/461 03-1**
Zentrale Mittel für personalwirtschaftliche Risiken. Die Ist-Ausgaben erfolgen dezentral in den Ressorts. Bis zum Jahresende erfolgten diverse Absicherungen von

Risiken, welche nicht in voller Höhe eintraten. Die Minderausgaben von rund 5,6 Mio. Euro wurden zum Ausgleich des Defizites verwendet.

- 179) **0990/461 06-6**
Zentrale Mittel für Versorgungserhöhungen. Diese werden aus dem Haushaltssoll dezentralisiert. Die Minderausgaben von 62 Tsd. Euro wurden zum Ausgleich des Defizites verwendet.
- 180) **0991/432 01-9**
Sämtliche Versorgungshaushaltsstellen des Landes befinden sich in einem Deckungskreis. Ein Teil der Versorgungsausgaben wird aus Zinserträgen der Anstalt für Versorgungsvorsorge refinanziert. Im Haushaltsvollzug werden die Mittel per Deckungskreisausgleich weitergeleitet.
- 181) **0991/432 07-8**
Siehe zu Haushaltsstelle 0991/432 01-9 (Nr. 180).
- 182) **0991/432 80-9**
Siehe zu Haushaltsstelle 0991/432 01-9 (Nr. 180).
- 183) **0995/093 01-4**
Die Abweichung ist auf Bereinigung der Spielbankabgabe für die Spielbankenaufsicht und die umgesetzten Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses vom 27.02.2025 zurückzuführen.
- 184) **0995/099 10-1**
Die Abweichung ist auf die Bereinigung der Spielbankabgabe für die Spielbankenaufsicht zurückzuführen.
- 185) **0995/548 11-9**
Zentrale Mittel für Tarifeffekte in Ausgliederungen. Diese werden aus dem Haushaltssoll dezentralisiert. Die Ist-Ausgaben erfolgen dezentral in den Ausgliederungen. Die verbleibenden Minderausgaben von rund 0,6 Mio. Euro wurden als Rest übertragen.
- 186) **0995/631 50-4**
Sollabweichung resultierend aus der Abforderung des tatsächlichen Bedarfes.
- 187) **0995/972 99-9**
Die aus technischen Einsparungen resultierende Solländerung in Höhe von - 38.959.693,00 Euro beruht auf der bei dieser Haushaltsstelle aus Vereinfachungsgründen vorgenommene Deckung derjenigen Beträge, die im Rahmen der Abrechnung 2024 der einzelnen Produktpläne den jeweiligen Budgetrücklagen zugeführt worden sind und für die (ohne Solländerung bei den einzelnen produktplanbezogenen Deckungshaushaltsstellen) der konkrete haushaltsstellengerechte Nachweis der Deckung durch die hierfür maßgebenden Abrechnungsunterlagen geführt wurde.
- 188) **0999/548 01-6**
Auf dieser Haushaltsstelle wurden Mittel für den Ausgleich von krisenbedingten Energiemehrkosten zentral bereitgestellt. Die Mittel waren anfangs mit einer

Sperre versehen, die erst nach Darlegung der Bedarfe in entsprechender Höhe aufgehoben wurde, um sie anschließend den Ressorts sowie der Stadt Bremerhaven per Nachbewilligung zuzuweisen. Im Jahresverlauf wurden drei entsprechende Bedarfsvorlagen dem Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegt und beschlossen (Sitzung am 13.09.2024, am 08.11.2024 und am 06.12.2024). Aus den Beschlüssen resultierten insgesamt sechs Nachbewilligungen in Höhe von insgesamt -22.051.795,00 Euro. Neben den Nachbewilligungen wirkte sich noch sollverändernd auf die Haushaltsstelle aus, dass Mittel in Höhe von - 2.948.205,00 Euro nicht entsperrt wurden, da der notwendige Bedarfsnachweis unterblieb. Somit traten insgesamt Solländerungen von -25.000.000,00 Euro bei der Haushaltsstelle auf.

Haushaltsüberschreitungen

Der Senator für Finanzen hat haushaltsstellenscharf bzw. deckungskreisbezogen die IST-Ausgaben 2024 (Stand 14. Monat) den zur Verfügung stehenden Ausgabemitteln im Haushalt des Landes gegenübergestellt. Über die bestehende Ausgabeermächtigung hinaus geleistete Ausgaben können ggf. einen Verstoß gegen das parlamentarische Bewilligungsrecht (Haushaltsverstoß) darstellen.

Die festgestellten Überschreitungsfälle 2024 im Haushalt des Landes sind in der nachfolgenden tabellarischen Übersicht zusammengefasst. Die Überschreitungsfälle sind von den betroffenen Ressorts analysiert und mit einer entsprechenden Stellungnahme hinterlegt worden.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Anzahl der festgestellten Überschreitungen 2024 im Haushalt des Landes von 20 auf 6 verringert. Das Volumen hat sich von 9 Millionen Euro auf 0,292 Millionen Euro verringert.

Sämtliche Überschreitungen im Haushalt des Landes wurden rechnerisch durch verringerte Reste- bzw. Rücklagenbildung im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2024 ausgeglichen.

Haushaltsüberschreitungen 2024 - Haushalt des LANDES*										Senator für Finanzen	
Nr.	PPL	PGR	Aggregat	Haushaltsstelle / Deckungskreis-Nr.	Zweckbestimmung	Anschlag	Haushaltssoll	IST Gesamt	Überschreitung	rechnerisch ausgeglichen	Anmerkung/Stellungnahme des Ressorts
1.	81	81.01.07	AUSG.KONSU	0801.68645-1	Stärkung der Fischwirtschaft im Zusammenhang mit dem Brexit	0,00	556.800,00	585.853,51	-29.053,51	x	In 2024 rückgeforderter Betrag i.H.v. 29.053,51 € wurde erst in 2025 beglichen.
2.	05	05.01.02	AUSG.KONSU	200044 bei der Hst. 0028.52720-9	Reisekostenvergütungen (EU)	0,00	0,00	244,00	-244,00	x	Bei dieser HH-Überschreitung handelt es sich um eine fehlerhafte Buchung, die von Performa Nord für Dienstreisekosten des EU-Bereichs auf eine schon länger stillgelegte Finanzposition im HH der LVHB Berlin (aus der Zeit, wo der EU-Bereich bei der Bevollmächtigten Ulrike Hiller war) getätigt wurde. Leider konnte diese Fehlbuchung wegen der Kurzfristigkeit nicht mehr rechtzeitig vom Haushalt der LVHB Berlin auf den Europa-Haushalt umgebucht werden, also konnte keine Bereinigung für das Jahr 2024 stattfinden.
3.	08	08.01.01	AUSG.KONSU	200119 bei der Hst. 0045.53124-4	Ausgaben für das Projekt "Be ok" gem. § 48 SGB III	0,00	148.168,11	248.878,39	-100.710,28	x	Die Haushaltsüberschreitung resultiert aus zu spät eingegangenen ESF-Mitteln.
4.	41	41.24.01	AUSG.INVES	200323 bei der Hst. 0304.89312-5	Hilfen zur Beschaffung von technischen Arbeitshilfen	9.549.380,00	11.555.724,69	11.555.838,22	-113,53	x	Die hier betreffende Überschreitung resultiert aus einer fehlerhaften Buchung einer Rückforderung mit Ratenzahlungsvereinbarung auf einer Ausgabe-Haushaltsstelle. Da die Forderung zum Zeitpunkt des geschlossenen Haushalts 2024 (Periode 1-12) noch nicht vollständig ausgeglichen war, wurde die Differenz in den Kassenrest überstellt, was ausgabenseitig zum vorliegenden Problem führt.
5.	81	81.01.02	AUSG.KONSU und AUSG.PERS	200529 bei der Hst. 0800.63452-0 und 0801.44152-1	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge (Hafenwirtschaft/Hafeinfrastruktur) -refinanziert-; Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger und dgl.(Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur) refi.	386.330,00	1.462.720,70	1.624.400,15	-161.679,45	x	Die Versorgungszuschläge für das Jahr 2023 wurden erst verspätet in 2024 in Rechnung gestellt. Dadurch kam es zu Zahlungen für zwei Jahre. Zudem wurden für refinanziertes Personal in Rechnung gestellte Beträge erst in 2025 beglichen.
6.	81	81.01.02	AUSG.KONSU	200537 bei der Hst. 0801.52110-0	Deichschutz Bremerhaven	1.000.000,00	1.257.811,99	1.257.814,99	-3,00	x	Übertragungsfehler bei der Rücklagenzuführung im Rahmen des Jahresabschlusses. Gemeldet wurde eine Rücklagenzuführung i.H.v. 279.926,61 €, verfügt und umgesetzt wurden 279.929,61 €.
	Haushaltsüberschreitungen Land								-291.803,77		

*) Ohne Überschreitungen durch:
LAND: Technische Ausgleichsposition (bei Hst. 0995.97299-9)

Personalausgaben 2024

Personalausgaben (HGr. 4) 2024 - Land -			
	Anschlag -€-	Soll -€-	Ist -€-
Aufwendungen für Abgeordnete (Grp. 411)	11.947.030,00	11.947.030,00	11.550.418,51
Bezüge der Bürgermeister, Senatoren und sonstiger Amtsträger (Grp. 421)	1.621.290,00	1.651.290,00	1.638.325,53
Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter (Grp. 422)	354.663.420,00	379.849.366,75	371.651.219,03
Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Grp. 428)	212.291.420,00	253.819.136,54	244.504.658,46
Versorgungsbezüge und dgl. (OGrp. 43)	231.504.360,00	247.802.809,15	247.340.523,26
Beihilfen, Unterstützungen und dgl. (OGrp. 44)	45.522.210,00	47.924.424,16	47.675.526,68
Übrige	108.823.210,00	18.186.180,57	4.960.387,35
insgesamt:	966.372.940,00	961.180.237,17	929.321.058,82

Personalausgaben (HGr. 4) 2024 - Stadt -			
	Anschlag -€-	Soll -€-	Ist -€-
Aufwendungen für Abgeordnete (Grp. 411)	0,00	0,00	0,00
Bezüge der Bürgermeister, Senatoren und sonstiger Amtsträger (Grp. 421)	1.110.240,00	1.130.740,00	1.115.891,57
Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter (Grp. 422)	395.458.630,00	424.535.937,64	423.507.202,43
Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Grp. 428)	241.913.740,00	261.587.103,93	257.648.159,74
Versorgungsbezüge und dgl. (OGrp. 43)	271.972.990,00	284.137.793,43	282.921.581,34
Beihilfen, Unterstützungen und dgl. (OGrp. 44)	49.443.230,00	55.151.494,76	55.115.785,57
Übrige	56.756.950,00	3.616.440,91	1.905.255,62
insgesamt:	1.016.655.780,00	1.030.159.510,67	1.022.213.876,27

Personalausgaben (HGr. 4) 2024 - Land und Stadtgemeinde Bremen -			
	Anschlag -€-	Soll -€-	Ist -€-
Aufwendungen für Abgeordnete (Grp. 411)	11.947.030,00	11.947.030,00	11.550.418,51
Bezüge der Bürgermeister, Senatoren und sonstiger Amtsträger (Grp. 421)	2.731.530,00	2.782.030,00	2.754.217,10
Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter (Grp. 422)	750.122.050,00	804.385.304,39	795.158.421,46
Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Grp. 428)	454.205.160,00	515.406.240,47	502.152.818,20
Versorgungsbezüge und dgl. (OGrp. 43)	503.477.350,00	531.940.602,58	530.262.104,60
Beihilfen, Unterstützungen und dgl. (OGrp. 44)	94.965.440,00	103.075.918,92	102.791.312,25
Übrige	165.580.160,00	21.802.621,48	6.865.642,97
insgesamt:	1.983.028.720,00	1.991.339.747,84	1.951.534.935,09

Übersicht

über den Gesamtbetrag der bei den jeweiligen Einzelplänen aufgrund gesetzlicher Bestimmung oder mit gesetzlicher Ermächtigung niedergeschlagenen Beträge

EPL	Forderungen nach Bereichen	Niedergeschlagene Beträge 2023 in Euro	Niedergeschlagene Beträge 2024 in Euro
00	Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof, Staatsgerichtshof, Bund, Datenschutz, Inneres, Frauen	185.821,24	64.263,77
01	Justiz und Verfassung	2.146.663,35	3.155.686,32
02	Bildung und Wissenschaft und Kultur	108.796,60	259.992,92
03	Arbeit	280.756,67	323.799,91
04	Jugend und Soziales, Ausländerintegration	577,09	314,02
05	Gesundheit	42.837,91	72.490,46
06	Bau und Umwelt	31.953,46	52.015,30
07	Wirtschaft	18.660,16	4.882,61
08	Häfen	602,00	1.982,75
09	Finanzen (ohne Steuern)	125.078,90	159.843,65
	Landes- und Gemeinschaftsteuern	37.172.428,57	54.419.000,00
	Summe:	40.114.175,95	58.514.271,71

Übersicht

über den Gesamtbetrag der bei den jeweiligen Einzelplänen aufgrund gesetzlicher Bestimmung oder mit gesetzlicher Ermächtigung erlassenen Beträge

EPL	Forderungen nach Bereichen	Erlassene Beträge 2023 in Euro	Erlassene Beträge 2024 in Euro
00	Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof, Staatsgerichtshof, Bund, Datenschutz, Inneres, Frauen	-	157,50
01	Justiz und Verfassung	310,00	30,00
02	Bildung und Wissenschaft und Kultur	6.054,08	-
03	Arbeit	-	-
	Jugend und Soziales,	-	-
04	Ausländerintegration	-	-
05	Gesundheit	1.053,50	-
06	Bau und Umwelt	-	-
07	Wirtschaft	-	24.000,00
08	Häfen	-	-
09	Finanzen (ohne Steuern)	3,00	-
	Landes- und Gemeinschaftsteuern	4.341.000,00	7.459.000,00
	Summe:	4.348.420,58	7.483.187,50

Vermögensnachweis der Freien Hansestadt Bremen zum 31. 12. 2024

Pos.	Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
1	Beteiligungen	254.322.567,84	2.965.955,32	257.288.523,16
2	Sachanlagevermögen	35.403.817,88	7.504.255,36	42.908.073,24
3	Forderungen			
3a	Allgemeine Darlehen	2.551.162.000,00	400.782.000,00	2.951.944.000,00
3c	Sonstige Forderungen	103.540.014,03	-6.279.581,63	97.260.432,40
4	Rücklagen	496.146.128,58	-36.620.279,89	459.525.848,69
5	Sondervermögen			
5a	Treuhandvermögen	232.169.000,01	326.215.876,48	558.384.876,49
5b	Sondervermögen	81.111.597,39	516.424,84	81.628.022,23
5c	Eigenbetriebe	8.199.765,93	-344.217,25	7.855.548,68
6	Schulden			
6a	Schuldscheindarlehen	22.617.702.039,91	0,00	22.617.702.039,91
6b	Wohnungsbaudarlehen	66.947.889,72	-2.253.819,14	64.694.070,58
6c	Sonstige Verpflichtungen	1.493.637,40	0,00	1.493.637,40
7	Bürgschafts- und Eventualverpflichtungen	1.351.322.713,93	-51.690.379,48	1.299.632.334,45

Vermögensnachweis Land

Position 1

Haushaltsjahr 2024

Beteiligungen der Freien Hansestadt Bremen

Unternehmen:	Grund-/Stamm-Kapital	brem. Anteil Stammkapital	brem. Anteil	Eigenkapital	brem. Anteil Eigenkapital
	EUR	EUR	%	EUR	EUR
Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung	0,00	0,00	8,00	0,00	0,00)*
Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH	25.000,00	12.500,00	50,00	94.878,96	47.439,48
Bremer Toto und Lotto GmbH, Bremen	30.000,00	20.000,00	66,67	13.397.629,61	8.932.199,66
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS), Brhv.	470.700,00	64.000,00	13,60	5.713.520,56	777.038,80
Dataport, rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts, Altenholz	51.000.000,00	3.000.000,00	5,88	72.271.776,00	4.249.580,43
DEGES, Berlin	62.600,00	3.700,00	5,91	104.060,00	6.149,95
Dt. Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH, Hannover	27.000,00	500,00	1,85	103.268,90	1.910,47
Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH (FBG), Bremerhaven	256.000,00	256.000,00	100,00	333.005,30	333.005,30
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, gGmbH, Grünwald	163.613,40	10.225,84	6,25	4.210.669,41	263.166,84
Governikus GmbH & Co. KG, Bremen	8.000.000,00	3.592.000,00	44,90	14.819.854,96	6.654.114,88
InphA GmbH, Bremen	38.400,00	6.400,00	16,67	1.677.693,16	279.671,45
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main	3.750.000.000,00	12.400.000,00	0,33	32.849.000.000,00	108.401.700,00)**
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH, Bonn	41.925,93	1.022,58	2,44	41.925,93	1.022,99
Länderzentrum für Niederdeutsch gemeinnützige GmbH	25.000,00	6.250,00	25,00	25.000,00	6.250,00
LEA Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH, Hannover	52.000,00	2.600,00	5,00	109.576,99	5.478,85
nordmedia, Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH, Hannover	660.000,00	100.300,00	15,20	1.508.925,68	229.356,70
Performa Nord GmbH	25.000,00	25.000,00	100,00	92.280,86	92.280,86)***
PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH, Berlin	2.004.000,00	20.000,00	1,00	55.546.477,55	555.464,78
WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH	102.250.000,00	94.347.826,09	92,27	137.046.376,64	126.452.691,73
Gesamt:		113.868.324,51			257.288.523,16
Vorjahresbestand :					254.322.567,84
Veränderung:					2.965.955,32

)* Das Stiftungskapital beim Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung ist variabel und kann daher nicht angegeben werden
)** Wert nur gerundet vorliegend
)*** Jahresabschluss 2024 lag bei Erstellung nicht vor, es werden die Vorjahreswerte aus dem Jahresabschluss 2023 ausgewiesen

Vermögensnachweis Land

Zu Position 1

Haushaltsjahr 2024

Nachrichtlich: Nicht eingezahlte Teilbeträge des Stammkapitals

Unternehmen:	Ausstehendes Stammkapital am 31.12.2024
	EUR
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt	1.493.637,40
Gesamt:	1.493.637,40

Unterbeteiligungen der Freien Hansestadt Bremen (Land)¹

	Kapital EUR	Anteil %
1 Unterbeteiligungen der WFB²:		
Ansgaritor Grundstücksverwaltungs-GmbH	25.000,00	100,00
Bürgschaftsbank Bremen GmbH (gehalten von der WFB)	3.300.000,00	1,35
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Bremen mbH	5.113.000,00	100,00
Bremer Aufbau-Bank GmbH	110.000.000,00	100,00
BAB Beteiligungs- und Managementgesellschaft Bremen mbH	100.000,00	100,00
Bürgschaftsbank Bremen GmbH (gehalten von der BAB)	3.300.000,00	34,65
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Bremen mbH	5.113.000,00	100,00
Galintis GmbH & Co. KG (AIRBUS Beteiligung), Frankfurt am Main	13.445.000,00	9,09
H.A.G.E.-Grundstücksverwaltungs-GmbH	26.000,00	100,00
Treuhandbeteiligungen der WFB:		
GVZ Entwicklungsgesellschaft Bremen mbH	163.000,00	26,47
HIBEG Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	2.482.000,00	100,00
Tradeasset Beteiligungsgesellschaft mbH	26.000,00	100,00
SWG Grundstücks GmbH & Co.	486.000,00	100,00
SWG Grundstücksverwaltungs-GmbH	26.000,00	100,00
2 Unterbeteiligungen der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH:		
Bremerhavener Eiswerk GmbH, Bremerhaven	160.000,00	37,50
Theater im Fischereihafen GmbH, Bremerhaven	26.000,00	25,00
3 Unterbeteiligungen der Bremer Toto und Lotto GmbH:		
Bremer Spielcasino GmbH & Co. KG	5.250.000,00	100,00
Spielbank Bremen Verwaltungs GmbH	25.000,00	100,00

¹ Es sind alle mittelbaren Beteiligungen im Sinne von § 65 Abs. 3 LHO aufgeführt, sofern sie von Mehrheitsbeteiligungen gehalten werden² Das Land hält 92,27 % der Anteile an der WFB

Sachanlagevermögen der Freien Hansestadt Bremen

Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
Sachanlagevermögen	35.403.817,88)*	7.504.255,36	42.908.073,24
	35.403.817,88	7.504.255,36	42.908.073,24

)* Aufgrund der Migration des LUA erhöht sich der Anfangsbestand zum 01.01.2024 im Vergleich zum 31.12.2023 um den Gesamtbetrag des migrierten Anlagevermögens des LUA in Höhe von 1.258.805,14 Euro.

Allgemeine Darlehen der Freien Hansestadt Bremen

Allgemeine Darlehen

Haushaltsstelle	Saldo lt. Einzelblatt EUR	Wertberich- tigung %	Wertberich- tigung EUR	Gerundetes Ergebnis EUR
0980/181 01-4	25.044.164,00	0,00	-164,00	25.044.000,00
0980/182 01-0	1.496.728,29	0,00	-728,29	1.496.000,00
0980/182 12-6	0,00	0,00	0,00	0,00
0980/182 13-4	41.795,40	1,90	-795,40	41.000,00
0980/595 01-3 (Stadtgemeinde Bremen)	1.090.688.088,70	0,00	-88,70	1.090.688.000,00
0980/595 01-3 (Stadtgemeinde Bremerhaven)	34.675.000,00	0,00	0,00	34.675.000,00
0980/595 01-3 (Land Bremen)	1.800.000.000,00	0,00	0,00	1.800.000.000,00
Gesamt:	2.951.945.776,39	1,90	-1.776,39	2.951.944.000,00
Vorjahresbestand:				2.551.162.000,00
Veränderung:				400.782.000,00

Sonstige Forderungen der Freien Hansestadt Bremen

sonstige Forderungen

Dienststelle und ggf. Zweck	Saldo lt. Einzelblatt	Wertberich- tigung	Wertberich- tigung	Ergebnis
	EUR	%	EUR	EUR
Amt für Versorgung und Integration Bremen				
Darlehen Schwerbehindertengesetz (Ausgleichsabgabe)	10.260,82	0,00	0,00	10.260,82
Kriegsopferfürsorgedarlehen	0,00	0,00	0,00	0,00)*
Sf Finanzen				
Ford. Anstalt Versorgungsvorsorge	83.281.136,29	0,00	0,00	83.281.136,29
Sf Wirtschaft				
SV Klimatransformation	13.649.477,86	0,00	0,00	13.649.477,86
Tilgung auf Darlehen	319.557,43	0,00	0,00	319.557,43
Gesamt:	97.260.432,40	0,00	0,00	97.260.432,40
Vorjahresbestand:				103.540.014,03
Veränderung:				-6.279.581,63

)* Es wurde vom Amt für Versorgung und Integration Fehlanzeige gemeldet

Rücklagen der Freien Hansestadt Bremen

Buchungs- stelle	Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand* 31.12. des Jahres EUR
2611.30980-8	Zentrale Stabilitätstrücklage PPL 93 Zentrale Finanzen	258.611.074,38	-74.990.102,11	183.620.972,27
2611.36000-5	Arbeitnehmerbeiträge nach dem bremischen Ruhelohngesetz	6.053.198,77	535.239,46	6.588.438,23
2611.36100-1	Sonderrücklage Ausgleichsfonds Pflegeberufausbildung	21.392.001,20	-12.453.356,52	8.938.644,68
2611.38100-2	Erneuerungsrücklage Fischereihafen- Betriebs- und Entwicklungsgesells. Brhv.	293.445,67	0,00	293.445,67
2611.38300-5	Ausgleichsabgaben- Rücklage nach dem Schwerbehindertengesetz	7.672.760,43	-554.237,63	7.118.522,80
2611.38400-1	Abwasserabgabe-Rücklage	5.415.768,66	786.796,54	6.202.565,20
2611.38500-8	Wasserentnahmegebühr-Rücklage	6.283.524,50	-1.875.915,00	4.407.609,50
2611.38613-6	Sonderrücklage Projekt "Wetterextreme" (Land)	2.066.125,52	-2.066.125,52	0,00
2611.38800-7	Ausgleichsabgaben-Rücklage für Eingriffe in Natur und Landschaft	1.343,42	0,00	1.343,42
2611.39203-9	Sonderrücklage "Deichschutz Bremerhaven"	6.582.070,03	-170.070,39	6.411.999,64
2611.39208-0	Sonderrücklagen EFRE-Programm 2007-2013 (Wissenschaft)	0,01	0,00	0,01
2611.39209-8	Sonderrücklagen EMFF 2014-2020	2.490.120,74	-595.862,97	1.894.257,77
2611.39210-1	Sonderrücklage GRW (Wirtschaft-PPL71)	1.674.532,28	2.288.015,73	3.962.548,01
2611.39211-0	Sonderrücklage Fischereiprogramm EMFAF 2021-2027	0,00	568.146,75	568.146,75
2611.39214-4	Sonderrücklage Brexit	556.800,00	-556.800,00	0,00
2611.39216-0	Sonderrücklage EU-Programme EFRE 2021-2027 (SF-PPL97, Land)	1.203.837,60	1.846.880,00	3.050.717,60
2611.39255-1	Sonderrücklage Brexit (PPL71)	0,00	1.006.887,99	1.006.887,99
2611.39256-0	Sonderrücklage EFRE 2014 - 2020 (Wirtschaft)	13.425.994,17	-6.691.915,60	6.734.078,57
2611.39257-8	Sonderrücklage EFRE 2021 - 2027 (Wirtschaft)	15.077.989,59	0,00	15.077.989,59
2611.39290-0	Sonderrücklage EFRE-REACT (Wirtschaft)	302.149,72	1.864.859,08	2.167.008,80
2611.39300-0	Sonderrücklage für den Ausbau des Schul- und Kinderbetreuungsbereichs (Land)	577.344,00	-577.344,00	0,00
2611.39330-2	Sonderrücklage für S/4 HANA/HKR 4.0 (Land)	359.120,00	6.985.530,69	7.344.650,69
2611.39400-7	Sonderrücklage Bundesbau Bremen	1.800.000,00	763.210,28	2.563.210,28
2611.39500-3	Sonderrücklage Kriegsoferfürsorge	2.339.961,68	0,00	2.339.961,68
2611.39600-0	Sonderrücklage Digitale Dividende II (investiv)	209.021,42	-209.021,42	0,00
2611.39601-8	Sonderrücklage Digitalisierungsoffensive	0,00	14.411.884,74	14.411.884,74
2611.39602-6	Sonderrücklage für zentrale Sonderbedarfe der Senatskanzlei	0,00	3.800.000,00	3.800.000,00
2611.39610-7	Sonderrücklage für Finanzierungsbedarfe Hochschulen/Forschung	4.110.000,00	10.890.000,00	15.000.000,00
2611.39611-5	Sonderrücklage zur Finanzierung von umsatzsteuerfinanzierten Maßnahmen	30.000.000,00	5.039.405,29	35.039.405,29
2611.39612-3	Sonderrücklage Innenstadt Bremerhaven (PPL93)	0,00	5.000.000,00	5.000.000,00
2611.39901-7	Sonderrücklage Mehrausgaben im Projekt RDZ TKÜ (Land)	551.255,31	-551.255,31	0,00
2611.39920-3	Sonderrücklage Deutschlandticket	16.146.242,16	13.362.569,78	29.508.811,94
2611.80010-2	Budgetrücklage Bremische Bürgerschaft (investiv)	1.037.000,00	-165.000,00	872.000,00
2611.80020-0	Budgetrücklage Senat und Senatskanzlei (investiv)	67.990,98	15.179,12	83.170,10
2611.80028-5	Budgetrücklage Bevollmächtigter der Freien Hansestadt Bremen beim Bund (investiv)	30.958,00	28.000,00	58.958,00
2611.80029-3	Budgetrücklage Landesbeauftragter für den Datenschutz (investiv)	68.421,81	8.161,45	76.583,26
2611.80031-5	Budgetrücklage Inneres (investiv)	1.622.635,33	-1.134.373,33	488.262,00
2611.80045-5	Budgetrücklage Zentralstelle f. d. Verwirklichung d. Gleichberechtigung d. Frau (investiv)	1.321,94	44.450,12	45.772,06
2611.80101-0	Budgetrücklage Justiz und Verfassung (investiv)	128.851,00	295.370,00	424.221,00
2611.80201-6	Budgetrücklage Bildung (investiv)	0,00	644.000,00	644.000,00
2611.80251-2	Budgetrücklage Kultur (investiv)	22.380,73	11.501,97	33.882,70
2611.80273-3	Budgetrücklage Wissenschaft (investiv)	3.766.203,85	119.136,15	3.885.340,00
2611.80301-2	Budgetrücklage Arbeit (investiv)	8.105,07	0,00	8.105,07
2611.80401-9	Budgetrücklage Europa (investiv)	15.470,46	2.059,24	17.529,70
2611.80501-5	Budgetrücklage Gesundheit (investiv)	17.038.294,98	348.410,99	17.386.705,97
2611.80601-1	Budgetrücklage Umweltschutz (investiv)	0,00	9.196.520,83	9.196.520,83
2611.80681-0	Budgetrücklage Bau (investiv)	26.045.812,73	-15.142.332,87	10.903.479,86
2611.80709-3	Budgetrücklage Wirtschaft (WAP) (investiv)	2.255.302,90	274.889,56	2.530.192,46
2611.80801-4	Budgetrücklage Häfen (investiv)	642.195,43	396.563,09	1.038.758,52
2611.80900-2	Budgetrücklage Finanzverwaltung (investiv)	2.526.569,11	-1.459.765,70	1.066.803,41
2611.80950-9	Budgetrücklage IT-Ausgaben (investiv)	10.542.404,48	5.518,77	10.547.923,25
2611.80988-6	Budgetrücklage PPL 97 Immobilienwirtschaft und -management (investiv)	8.710,71	5.765.405,00	5.774.115,71
2611.80995-9	Budgetrücklage Allgemeine Finanzen (investiv)	183.245,39	171.125,18	354.370,57
2611.80999-1	Budgetrücklage PPL 93 Zentrale Finanzen (investiv)	192.654,75	-192.654,75	0,00
2611.90010-7	Budgetrücklage Bremische Bürgerschaft	448.731,05	0,00	448.731,05
2611.90011-5	Budgetrücklage Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen	753.067,67	-439.000,00	314.067,67
2611.90012-3	Budgetrücklage Staatsgerichtshof	252,66	0,00	252,66
2611.90028-0	Budgetrücklage Bevollmächtigter der Freien Hansestadt Bremen beim Bund	385.863,47	0,00	385.863,47
2611.90029-8	Budgetrücklage Landesbeauftragter für den Datenschutz	2.595,90	0,00	2.595,90
2611.90045-0	Budgetrücklage Zentralstelle f. d. Verwirklichung d. Gleichberechtigung der Frau	153.444,77	0,00	153.444,77
2611.90101-4	Budgetrücklage Justiz und Verfassung	6.033.921,11	-3.236.190,00	2.797.731,11
2611.90251-7	Budgetrücklage Kultur	22.827,60	-22.827,60	0,00
2611.90301-7	Budgetrücklage Arbeit	59.683,06	0,00	59.683,06
2611.90402-1	Budgetrücklage Europa	6.688,44	0,00	6.688,44
2611.90501-0	Budgetrücklage Gesundheit	4.253,14	0,00	4.253,14
2611.90709-8	Budgetrücklage Wirtschaft (WAP)	624.758,63	0,00	624.758,63
2611.90801-9	Budgetrücklage Häfen	76.459,54	0,00	76.459,54
2611.90950-3	Budgetrücklage IT-Budget der Freien Hansestadt Bremen	0,41	0,00	0,41
2611.90990-2	Budgetrücklage zentral veranschlagte Personalausgaben	14.589.121,69	0,00	14.589.121,69
2611.90995-3	Budgetrücklage Allgemeine Finanzen	1.584.248,53	-11.846,97	1.572.401,56
Gesamt		496.146.128,58	-36.620.279,89	459.525.848,69

* Die Werte beziehen sich auf den Stand des 14. Monats

Treuhandvermögen der Freien Hansestadt Bremen

Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
BAB THV Bürgschaften	346.602,83)*	6.509,82	353.112,65
BAB THV gesondert auszuweisendes THV	1.564,09	0,00	1.564,09
BAB THV Wohnraumförderung	181.865.990,87)*	16.566.712,85	198.432.703,72
BAB THV Aufstockung Überbrückungshilfe	180.729,51	-23.406,87	157.322,64
BAB THV Digitaler Restart	201.904,10	118.731,20	320.635,30
BAB THV IPCEI (Important Project of Common European Interest)	0,00	296.620.839,81	296.620.839,81
BAB THV Corona -Mittelstandsfonds (CMF)	2.015.182,65	0,00	2.015.182,65
BAB THV Energieeffizienzmaßnahmen	0,00	50.000,00	50.000,00
BAB THV Übrige	1.573.669,13	91.299,75	1.664.968,88
WFB THV	45.983.356,83	12.785.189,92	58.768.546,75
Gesamt	232.169.000,01	326.215.876,48	558.384.876,49

)* Die Vorjahreswerte wurden aufgrund einer geänderten Darstellungsweise angepasst

Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen

Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
SV Fischereihafen Eigenkapital	40.553.823,28	-756.212,25	39.797.611,03)*
SV Gewerbeflächen Eigenkapital	13.363.934,17	-224.392,84	13.139.541,33
SV Immobilien & Technik Eigenkapital	27.193.839,94	1.497.029,93	28.690.869,87)*
Gesamt	81.111.597,39	516.424,84	81.628.022,23

)* Jahresabschluss 2024 lag bei Erstellung nicht vor, es werden die Vorjahreswerte aus dem Jahresabschluss 2023 ausgewiesen

Eigenbetriebe der Freien Hansestadt Bremen

Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
Performa Nord Eigenkapital	8.199.765,93	-344.217,25	7.855.548,68
	8.199.765,93	-344.217,25	7.855.548,68

Allgemeine Darlehen der Freien Hansestadt Bremen

Allgemeine Schuldscheindarlehen und
Landesschatzanweisungen

Haushaltsstelle	Restschuld 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Tilgungen EUR	Restschuld 31.12. des Jahres EUR
0980/591 01-8	0,00	0,00	0,00	0,00
0980/595 01-3	22.612.702.039,91	0,00	0,00	22.612.702.039,91
0980/596 01-0	5.000.000,00	0,00	0,00	5.000.000,00
Gesamt:	22.617.702.039,91	0,00	0,00	22.617.702.039,91

Wohnungsbaudarlehen

Haushaltsstelle	Restschuld 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Tilgungen EUR	Restschuld 31.12. des Jahres EUR
0697/581 10-3	66.947.889,72	0,00	2.253.819,14	64.694.070,58
Gesamt:	66.947.889,72	0,00	2.253.819,14	64.694.070,58

Nachrichtlich: Schulden der Eigenbetriebe und Sondervermögen

Haushaltsstelle	Restschuld 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Tilgungen EUR	Restschuld 31.12. des Jahres EUR
2529/595 01-0	0,00	0,00	0,00	0,00
2551/810 93-6	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamt:	0,00	0,00	0,00	0,00

Sonstige Verpflichtungen

Bezeichnung	Bestand	Bestand
	01.01. des Jahres EUR	31.12. des Jahres EUR
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main		
Nicht eingezahltes Gesellschaftskapital	1.493.637,40	1.493.637,40)*
	1.493.637,40	1.493.637,40

)* Siehe § 1 Abs 3 Satz 4 Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau

Bürgschaften der Freien Hansestadt Bremen
--

Art	Bestand	Bestand
	01.01. des Jahres EUR	31.12. des Jahres EUR
Bürgschaften für Vereine / Sport	18.380.516,62	13.052.307,30
Garantien für Kultur / -leihgaben	11.360.348,44	11.360.348,44
Schiffbau Bürgschaften	0,00	0,00
Wirtschafts Bürgschaften	577.156.907,23	600.781.184,84
)* davon Bürgschaften der BBB	18.945.987,77	19.774.079,88
Wohnungsbau Bürgschaften	15.665.519,28	13.784.987,74
Wohnungsbau Rückbürgschaften	-7.832.759,64	-6.892.493,87
Bremer Aufbaubank	736.592.182,00)**	667.546.000,00
Gesamt	1.351.322.713,93	1.299.632.334,45
Veränderung		-51.690.379,48

)* Die Bürgschaften der BBB sind bereits in den Wirtschaftsbürgschaften enthalten und werden deshalb nicht mehr explizit aufgeführt

)** Der Vorjahreswert wurde aufgrund einer geänderten Darstellungsweise angepasst

**Grundbesitz des Landes und der Stadtgemeinde Bremen
innerhalb des bremischen Staatsgebietes
(Ausweis mit Bestand zum 31.12.2024)**

L a n d

Nutzung	
Gebäude- und Freifläche ¹⁾	997.320 m ²
Erholungsfläche ²⁾	714.630 m ²
Verkehrsfläche	1.718.375 m ²
Landwirtschaftsfläche	3.564.090 m ²
Waldfläche	122.536 m ²
Wasserfläche	2.192.749 m ²
Flächen anderer Nutzung ³⁾	3.344.157 m ²
Summe:	12.653.858 m ²

S t a d t g e m e i n d e

Nutzung	
Gebäude- und Freifläche ¹⁾	4.980.164 m ²
Erholungsfläche ²⁾	19.544.165 m ²
Verkehrsfläche	24.426.945 m ²
Landwirtschaftsfläche	28.203.642 m ²
Waldfläche	4.498.484 m ²
Wasserfläche	9.121.932 m ²
Flächen anderer Nutzung ³⁾	12.503.880 m ²
Summe:	103.279.212 m ²

¹⁾ Alle öffentliche Gebäude, Schulen usw.

²⁾ Sportplätze, Parks, Grünanlagen

³⁾ Friedhöfe u. a.

Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen
der Eigenbetriebe, der Sondervermögen, der Hochschulen und der Anstalt für
Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen

1. Performa Nord
2. Sondervermögen Immobilien und Technik –Land–¹
3. Sondervermögen Gewerbeflächen –Land–
4. Sondervermögen Fischereihafen¹
5. Universität Bremen¹
6. Hochschule Bremen¹
7. Hochschule für Künste¹
8. Hochschule Bremerhaven¹
9. Staats- und Universitätsbibliothek¹
10. Anstalt für Versorgungsvorsorge

¹ Zum Zeitpunkt der Erstellung der Haushaltsrechnung lag der Jahresabschluss 2024 noch nicht vor.

Performa Nord - Personal, Finanzen, Organisation, Management - Eigenbetrieb des Landes Bremen, Bremen

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024

Bilanz

AKTIVA

	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	66.605,99	90.873,83
2. Geleistete Anzahlungen	809.898,05	0,00
	<u>876.504,04</u>	<u>90.873,83</u>
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.034.055,23	2.131.519,23
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	576.717,04	778.790,43
	<u>2.610.772,27</u>	<u>2.910.309,66</u>
III. Finanzanlagen		
Beteiligungen	25.000,00	25.000,00
	<u>3.512.276,31</u>	<u>3.026.183,49</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	61.392,85	155.289,34
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.345.901,42	4.993.004,24
2. Forderungen gegen das Land Bremen	5.405.302,28	6.973.276,25
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	348.440,76	393.986,69
4. Sonstige Vermögensgegenstände	751.907,38	628.673,31
	<u>11.912.944,69</u>	<u>13.144.229,83</u>
III. Flüssige Mittel	34.379,79	52.532,03
	<u>11.947.324,48</u>	<u>13.196.761,86</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	226.507,13	286.622,71
	<u>15.686.107,92</u>	<u>16.509.568,06</u>

PASSIVA

	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	4.000.000,00	4.000.000,00
II. Rücklagen		
Allgemeine Rücklage	1.471.254,95	1.471.254,95
III. Andere Gewinnrücklagen	170.000,00	170.000,00
IV. Gewinnvortrag	2.558.510,98	3.486.677,00
V. Jahresfehlbetrag	-344.217,25	-928.166,02
	<u>7.855.548,68</u>	<u>8.199.765,93</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	815.082,45	73.492,84
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	2.674.185,00	3.760.017,02
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.621.985,92	1.815.918,14
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Bremen	2.421.031,75	2.261.256,74
3. Sonstige Verbindlichkeiten	282.761,09	383.604,36
	<u>4.325.778,76</u>	<u>4.460.779,24</u>
E. Rechnungsabgrenzungsposten	15.513,03	15.513,03
	<u>15.686.107,92</u>	<u>16.509.568,06</u>

**Performa Nord - Personal, Finanzen, Organisation,
Management - Eigenbetrieb des Landes Bremen, Bremen**

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024

Gewinn- und Verlustrechnung

	2024 EUR	2023 EUR
1. Umsatzerlöse	44.346.612,33	42.113.004,14
2. Sonstige betriebliche Erträge	528.561,57	779.823,46
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	156.009,16	102.531,95
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.972.388,42	7.814.074,60
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	24.452.185,23	22.733.894,66
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.264.534,75	6.538.110,83
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	442.263,35	463.755,09
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.026.155,20	6.171.824,49
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	219.786,96	126.189,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	125.184,00	122.533,00
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-343.759,25	-927.708,02
10. Sonstige Steuern	458,00	458,00
11. Jahresfehlbetrag	<u>-344.217,25</u>	<u>-928.166,02</u>

Sonstiges Sondervermögen Immobilien und Technik des Landes Bremen, Bremen

Bilanz zum 31. Dezember 2023

A K T I V A				P A S S I V A			
	EUR	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR		EUR	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN				A. EIGENKAPITAL			
I. Sachanlagen				I. Dotationskapital	32.836.982,08		30.785.150,22
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	85.614.434,07		87.201.883,67	II. Verlustvortrag	-3.591.310,28		-3.438.307,35
2. Technische Anlagen und Maschinen	0,00		0,00	III. Gewinn / Verlust	<u>-554.801,93</u>	28.690.869,87	<u>-153.002,93</u>
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen	308.513,00		420.682,00	B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE ZUM ANLAGEVERMÖGEN		68.240.350,55	66.762.982,45
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>16.854.855,73</u>	102.777.802,80	<u>11.039.001,20</u>	C. SONDERPOSTEN FÜR BAUNTERHALTUNG		0,00	59.056,79
			98.661.566,87	D. RÜCKSTELLUNGEN			
B. UMLAUFVERMÖGEN				1. Sonstige Rückstellungen		9.100,00	7.000,00
I. Vorräte				E. VERBINDLICHKEITEN			
1. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen		22.660,42	25.458,75	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.173.511,62		1.679.939,77
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	777.505,99		167.020,54
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	38.842,10		97.349,86	3. Verbindlichkeiten gegenüber der FHB	1.215.190,29		1.615.194,22
2. Forderungen gegen die FHB	0,00		0,00	4. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>8.854,18</u>	4.175.062,08	<u>8.644,18</u>
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>0,00</u>	38.842,10	<u>0,00</u>				3.470.798,71
			97.349,86	F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		1.723.922,82	1.290.697,59
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		0,00	0,00				
		<u>102.839.305,32</u>	<u>98.784.375,48</u>			<u>102.839.305,32</u>	<u>98.784.375,48</u>

Sonstiges Sondervermögen Immobilien und Technik des Landes Bremen, Bremen

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023**

	Berichtsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse (Mieten und Pachten sowie Nutzungsentgelte)	26.213.984,10		27.490.989,93
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	-2.798,33		8.739,82
3. Sonstige betriebliche Erträge	<u>4.108.601,44</u>		<u>4.007.812,31</u>
	30.319.787,21		31.507.542,06
4. Materialaufwand			
a) Mietaufwendungen	-17.395.936,56		-16.482.730,99
b) Aufwendungen für Bauunterhaltung	-2.441.089,25		-1.922.351,07
c) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.338.761,63		-4.680.504,65
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-4.260.182,03		-4.008.157,50
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-209.367,10</u>		<u>-398.600,68</u>
	-26.645.336,57		-27.492.344,89
Betriebsergebnis	3.674.450,64		4.015.197,17
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			
davon aus verbundenen Unternehmen EUR 0,00 (Vj.: TEUR 0)		0,00	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
davon an verbundene Unternehmen EUR 0,00 (Vj.: TEUR 1)		-0,90	-288,83
9. Ergebnis nach Steuern	3.674.449,74		4.014.908,34
10. Sonstige Steuern	<u>0,00</u>		<u>0,00</u>
11. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	3.674.449,74		4.014.908,34
12. Minderung des Dotationskapitals durch Abschreibungen auf die eingebrachten Sachanlagen (darunter Altbestand)	298.169,14		298.169,26
13. Minderung des Dotationskapitals durch Buchwertabgänge	0,00		0,00
14. Erhöhung/Minderung des Sonderpostens für Bauunterhaltung	59.056,79		138.692,99
15. Gewinnabführung Eigenkapitalverzinsung	<u>-4.586.477,60</u>		<u>-4.604.773,52</u>
16. Gewinn/Verlust (-)	<u>-554.801,93</u>		<u>-153.002,93</u>

Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen des Landes Bremen (SV Gewerbe), Bremen

Bilanz zum 31. Dezember 2024

AKTIVA

	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. Anlagevermögen		
Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	25.240.231,33	26.317.760,33
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	28.961,00	34.616,00
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>67.874,72</u>	<u>44.316,84</u>
	<u>25.337.067,05</u>	<u>26.396.693,17</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	29.800,00	36.700,00
2. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	<u>2.415.257,67</u>	<u>2.415.257,67</u>
	<u>2.445.057,67</u>	<u>2.451.957,67</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	56.135,64	26.398,47
2. Forderungen gegen andere SV der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)	366.669,31	303.138,41
3. Forderungen gegen die Freie Hansestadt Bremen	14.404.248,86	14.640.999,54
4. sonstige Vermögensgegenstände	<u>99.538,62</u>	<u>107.428,98</u>
	<u>14.926.592,43</u>	<u>15.077.965,40</u>
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	<u>1.089.753,94</u>	<u>619.830,99</u>
	<u>18.461.404,04</u>	<u>18.149.754,06</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>43.798.471,09</u>	<u>44.546.447,23</u>

PASSIVA

	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. Eigenkapital		
I. Dotationskapital	<u>37.702.262,15</u>	<u>36.416.554,18</u>
II. Verlustvortrag	<u>-23.052.620,01</u>	<u>-21.929.541,32</u>
III. Jahresfehlbetrag	<u>-1.510.100,81</u>	<u>-1.123.078,69</u>
	<u>13.139.541,33</u>	<u>13.363.934,17</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	<u>5.691.827,00</u>	<u>5.829.255,00</u>
C. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	1.521.954,68	1.543.239,17
2. sonstige Rückstellungen	<u>9.409,55</u>	<u>11.160,96</u>
	<u>1.531.364,23</u>	<u>1.554.400,13</u>
D. Verbindlichkeiten		
1. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	27.806,97	26.677,99
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	131.690,77	145.133,16
3. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)	0,00	0,00
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Freien Hansestadt Bremen	23.150.224,63	23.485.932,60
5. sonstige Verbindlichkeiten	<u>115.826,13</u>	<u>128.981,57</u>
	<u>23.425.548,50</u>	<u>23.786.725,32</u>
E. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>10.190,03</u>	<u>12.132,61</u>
	<u>43.798.471,09</u>	<u>44.546.447,23</u>

**Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen des Landes Bremen (SV Gewerbe),
Bremen**

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2024

	01.01. - 31.12.2024 EUR	01.01. - 31.12.2023 EUR
1. Umsatzerlöse	1.845.506,71	1.861.241,12
2. Minderung/Erhöhung an zum Verkauf bestimmten Grundstücken sowie des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-6.900,00	10.400,00
3. sonstige betriebliche Erträge	<u>289.766,76</u>	<u>218.941,43</u>
	2.128.373,47	2.090.582,55
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-323.883,64	-274.397,76
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-1.012.581,73</u>	<u>-1.027.971,08</u>
	-1.336.465,37	-1.302.368,84
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	-990.194,72	-984.648,43
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-1.281.996,21</u>	<u>-873.878,94</u>
	-1.480.282,83	-1.070.313,66
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,04
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-38,97</u>	-3.969,07
9. Ergebnis nach Steuern	-1.480.321,80	<u>-1.074.282,69</u>
10. sonstige Steuern	<u>-29.779,01</u>	<u>-48.796,00</u>
11. Jahresfehlbetrag	<u><u>-1.510.100,81</u></u>	<u><u>-1.123.078,69</u></u>

Sonstiges Sondervermögen Fischereihafen des Landes Bremen, Bremen

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktiva			Passiva		
	31.12.2023	31.12.2022		31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR		EUR	EUR
A. Anlagevermögen			A. Dotationskapital	39.797.611,03	40.553.823,28
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			B. Rückstellungen		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.162.444,55	2.250.469,34	Sonstige Rückstellungen	106.155,00	264.278,60
II. Sachanlagen			C. Verbindlichkeiten		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	93.632.522,53	96.416.066,79	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (davon gegen verbundene Unternehmen)	378.138,08 (0,00)	662.758,35 (0,00)
2. Technische Anlagen und Maschinen	30.300.199,72	34.994.429,67	2. Verbindlichkeiten gegenüber der Freien Hansestadt Bremen	104.878.384,06	108.001.202,93
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.171.267,40	1.169.128,54	3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	13.260.553,50	11.964.354,90
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	25.855.697,59	22.021.327,22	4. Sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuern)	0,00 (0,00)	522,50 (552,50)
	150.959.687,24	154.600.952,22		118.517.075,64	120.628.838,68
III. Finanzanlagen			D. Rechnungsabgrenzungsposten	1.602,45	352,56
1. Beteiligungen	256.000,00	256.000,00			
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	86.870,54	86.870,54			
	342.870,54	342.870,54			
	153.465.002,33	157.194.292,10			
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	45.116,33	42.599,14			
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.909.326,04	4.205.347,89			
3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.458,32	5.053,99			
	4.955.900,69	4.253.001,02			
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	0,00	0,00			
	4.955.900,69	4.253.001,02			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.541,10	0,00			
	158.422.444,12	161.447.293,12		158.422.444,12	161.447.293,12

Sonstiges Sondervermögen Fischereihafen des Landes Bremen, Bremen

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	2023	2022
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	1.120.670,78	963.859,84
2. Sonstige betriebliche Erträge	6.297.100,84	1.752.359,04
	7.417.771,62	2.716.218,88
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.822.429,42	635.957,75
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	10.494.156,50	10.103.655,21
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.452.900,63	4.288.324,78
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.477.650,15	2.163.236,73
7. Ergebnis nach Steuern	-16.829.365,08	-14.474.955,59
8. Sonstige Steuern	475.995,93	450.067,07
9. Jahresfehlbetrag (-)	-17.305.361,01	-14.925.022,66

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktivseite

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

EUR	Vorjahr EUR
570.317,83	529.201,42
570.317,83	529.201,42

II. Sachanlagen

- Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
- Technische Anlagen und Maschinen
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

218.917.221,19	187.063.340,43
18.398.232,58	15.358.279,40
23.892.280,55	25.446.474,12
49.267.187,29	74.415.992,26
310.474.901,61	302.284.086,21

III. Finanzanlagen

- Anteile an verbundenen Unternehmen
- Beteiligungen
- Sonstige Ausleihungen (Genossenschaftsanteile)

160.000,00	160.000,00
74.088,94	74.088,94
11.000,00	11.000,00
245.088,94	245.088,94
311.290.308,38	303.058.376,57

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

329.551,52	313.933,51
------------	------------

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen
- Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
- Sonstige Vermögensgegenstände

4.368.660,50	2.547.070,98
0,00	87.119,92
344,30	4.661,52
194.270.088,41	165.653.311,16
198.639.093,21	168.292.163,58
19.655,52	31.661,55

III. Kassenbestand

198.988.300,25	168.637.758,64
----------------	----------------

C. Rechnungsabgrenzungsposten

1.333.166,18	1.460.184,43
511.611.774,81	473.156.319,64

Passivseite

A. Eigenkapital

I. Dotationskapital

249.078.118,89	242.049.501,24
----------------	----------------

II. Bilanzgewinn

33.729.341,85	14.561.794,62
282.807.460,75	256.611.295,86

B. Sonderposten für Investitionszuschüsse

54.185.950,33	52.982.636,17
---------------	---------------

C. Rückstellungen

- Steuerrückstellungen
- Sonstige Rückstellungen

30.000,00	30.000,00
17.049.574,00	17.870.668,42
17.079.574,00	17.900.668,42

D. Verbindlichkeiten

- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
 - Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
 - Sonstige Verbindlichkeiten
- davon aus Steuern 607.907,81 EUR (Vorjahr 195.528,69 EUR)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 0,00 EUR (Vorjahr 0,00 EUR)

14.497.489,30	12.404.887,30
35.533,40	9.877,00
140.456.616,61	128.860.382,00

154.989.639,31	141.275.146,30
----------------	----------------

E. Rechnungsabgrenzungsposten

2.549.150,42	4.386.572,89
--------------	--------------

511.611.774,81	473.156.319,64
----------------	----------------

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	26.744.671,96	23.816.830,67
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	326.501,75	40.436,37
3. Sonstige betriebliche Erträge	425.829.350,53	410.614.889,87
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-37.881.772,42	-16.794.471,90
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-30.898.491,34	-24.612.502,85
	-68.780.263,76	-41.406.974,75
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-204.993.611,56	-195.544.402,89
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
davon für Altersversorgung 39.674.596,71 EUR (Vorjahr 40.003.682,35 EUR)	-74.042.983,98	-72.344.407,07
	-279.036.595,54	-267.888.809,96
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-30.881.766,85	-30.781.517,76
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-51.194.631,01	-52.355.358,23
8. Erträge aus Beteiligungen	15.206,03	11.086,40
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.200.168,48	15,67
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-9.168,16	-6.908,94
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-900,85	2.202,18
12. Ergebnis nach Steuern	26.212.572,58	42.045.891,52
13. Sonstige Steuern	-16.407,69	-15.854,36
14. Jahresüberschuss	26.196.164,89	42.030.037,16
15. Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	14.561.794,62	-18.029.441,91
16. Einstellungen in das Dotationskapital	-21.868.003,20	-25.232.980,19
17. Entnahmen aus dem Dotationskapital	14.839.385,55	15.794.179,56
18. Bilanzgewinn	33.729.341,86	14.561.794,62

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktivseite	Vorjahr		Passivseite	Vorjahr	
	EUR	EUR		EUR	EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Dotationskapital	96.132.704,94	98.256.814,63
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	173.389,32	253.045,83	II. Bilanzverlust	-5.311.984,56	-4.392.247,37
				90.820.720,38	93.864.567,26
II. Sachanlagen			B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	7.862.080,87	7.356.698,76
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	97.641.713,47	100.490.122,11	C. Rückstellungen		
2. Technische Anlagen und Maschinen	606.445,78	696.680,63	Sonstige Rückstellungen	4.856.620,00	4.730.990,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.770.766,13	5.353.427,60	D. Verbindlichkeiten		
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.783.026,72	5.800.792,83	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.639.246,83	2.560.942,01
	110.801.952,10	112.341.023,17	2. Sonstige Verbindlichkeiten	27.048.588,73	24.767.830,42
III. Finanzanlagen			davon aus Steuern 19.637,95 EUR (Vorjahr 0,00 EUR)	29.687.835,56	27.328.772,43
1. Beteiligungen	52.700,00	52.700,00	E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.374.887,92	715.814,24
2. Sonstige Ausleihungen (Genossenschaftsanteile)	5.000,00	5.000,00			
	57.700,00	57.700,00			
	111.033.041,42	112.651.769,00			
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte					
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	86.218,94	102.273,39			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.162.181,43	1.293.985,61			
2. Sonstige Vermögensgegenstände	17.554.939,49	15.022.485,92			
	18.717.120,92	16.316.471,53			
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	151.330,37	176.962,70			
	18.954.670,23	16.595.707,62			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.614.433,08	4.749.366,07			
	134.602.144,73	133.996.842,69		134.602.144,73	133.996.842,69

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	7.141.290,30	6.496.566,16
2. Sonstige betriebliche Erträge	82.761.236,63	76.283.909,02
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-5.152.725,73	-2.396.655,32
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-11.170.503,73	-9.192.439,18
	-16.323.229,46	-11.589.094,50
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-42.845.352,59	-40.483.127,32
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
davon für Altersversorgung 11.660.943,92 EUR (Vorjahr 11.656.827,01 EUR)	-18.302.666,08	-17.657.788,26
	-61.148.018,67	-58.140.915,58
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-5.131.319,04	-4.781.518,33
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.755.212,61	-10.682.349,95
7. Erträge aus Beteiligungen	5.595,44	20.118,27
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	407.839,93	303,12
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-299,18	-3.602,06
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.490,69	-5.306,64
11. Ergebnis nach Steuern	-3.043.607,35	-2.401.890,49
12. Sonstige Steuern	-239,53	-239,53
13. Jahresfehlbetrag	-3.043.846,88	-2.402.130,02
14. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-4.392.247,37	-3.242.054,48
15. Einstellungen in das Dotationskapital	-731.289,61	-1.300.340,46
16. Entnahmen aus dem Dotationskapital	2.855.399,30	2.552.277,59
17. Bilanzverlust	-5.311.984,56	-4.392.247,37

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktivseite	Vorjahr		Passivseite	Vorjahr	
	EUR	EUR		EUR	EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Dotationskapital	27.779.609,35	27.984.878,10
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	185.432,72	213.166,35	II. Bilanzgewinn	2.372.689,83	2.376.349,68
II. Sachanlagen				30.152.299,18	30.361.227,78
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	25.923.548,68	26.128.817,43	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	3.467.112,91	3.324.177,95
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.070.947,65	1.105.400,83	C. Rückstellungen		
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.192.888,25	1.991.728,43	Sonstige Rückstellungen	503.269,12	458.488,07
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	17.844,29	13.882,34	D. Verbindlichkeiten		
	29.205.228,87	29.239.829,03	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	602.496,02	684.052,40
III. Finanzanlagen			2. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.666,00	0,00
Beteiligungen	4.828,76	4.828,76	3. Sonstige Verbindlichkeiten	3.209.857,03	3.092.070,00
	29.395.490,35	29.457.824,14	davon aus Steuern 3.861,79 EUR (Vorjahr 3.797,64 EUR)		
B. Umlaufvermögen				3.814.019,05	3.776.122,40
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			E. Rechnungsabgrenzungsposten	24.195,00	24.525,00
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	312.858,82	214.915,37			
2. Sonstige Vermögensgegenstände	8.176.848,79	8.210.761,20			
	8.489.707,61	8.425.676,57			
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	20.866,64	17.467,97			
	8.510.574,25	8.443.144,54			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	54.830,66	43.572,52			
	37.960.895,26	37.944.541,20		37.960.895,26	37.944.541,20

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	410.330,07	344.990,29
2. Sonstige betriebliche Erträge	24.664.414,51	22.852.364,03
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-959.788,15	-675.921,50
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-3.502.306,28	-2.750.181,56
	-4.462.094,43	-3.426.103,06
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-11.106.969,15	-10.629.761,70
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
davon für Altersversorgung 2.387.744,28 EUR (Vorjahr 2.284.179,69 EUR)	-4.120.428,18	-3.804.892,06
	-15.227.397,33	-14.434.653,76
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.656.783,45	-1.547.840,29
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.099.800,44	-3.596.608,64
7. Erträge aus Beteiligungen	20.653,36	20.118,27
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	142.464,61	0,03
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	-3.183,72
10. Ergebnis nach Steuern	-208.213,10	209.083,15
11. Sonstige Steuern	-715,50	-641,50
12. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-208.928,60	208.441,65
13. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	2.376.349,68	1.970.129,51
14. Einstellungen in das Dotationskapital	-478.097,93	-472.776,79
15. Entnahmen aus dem Dotationskapital	683.366,68	670.555,31
16. Bilanzgewinn	2.372.689,83	2.376.349,68

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktivseite	Vorjahr		Passivseite	Vorjahr	
	EUR	EUR		EUR	EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Dotationskapital	38.720.121,87	39.338.954,67
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	76.615,00	104.754,00	II. Bilanzgewinn	160.114,59	3.380.111,47
II. Sachanlagen				38.880.236,46	42.719.066,14
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	39.004.270,46	39.623.103,26	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	5.927.672,62	5.807.280,95
2. Technische Anlagen und Maschinen	334.317,00	375.088,00	C. Rückstellungen		
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.310.859,68	4.949.555,78	1. Steuerrückstellungen	8.850,36	19.119,99
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	205.880,94	377.883,17	2. Sonstige Rückstellungen	1.857.207,82	1.687.137,86
	44.855.328,08	45.325.630,21		1.866.058,18	1.706.257,85
III. Finanzanlagen			D. Verbindlichkeiten		
1. Beteiligungen	4.500,00	4.500,00	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	729.347,42	824.522,63
2. Sonstige Ausleihungen (Genossenschaftsanteile)	5.000,00	5.000,00	2. Sonstige Verbindlichkeiten	6.569.678,80	6.775.132,91
	9.500,00	9.500,00		7.299.026,22	7.599.655,54
	44.941.443,08	45.439.884,21	E. Rechnungsabgrenzungsposten	118.746,92	125.758,51
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	651.352,54	462.068,26			
2. Sonstige Vermögensgegenstände	8.456.448,25	11.950.514,05			
	9.107.800,79	12.412.582,31			
II. Kassenbestand	1.429,24	951,85			
	9.109.230,03	12.413.534,16			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	41.067,29	104.600,62			
	54.091.740,40	57.958.018,99		54.091.740,40	57.958.018,99

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	1.011.246,99	921.611,48
2. Sonstige betriebliche Erträge	34.286.146,04	30.081.482,77
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-2.194.394,97	-1.369.500,78
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-5.622.508,83</u>	<u>-3.820.557,19</u>
	-7.816.903,80	-5.190.057,97
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-17.090.251,10	-15.604.988,19
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
davon für Altersversorgung 3.446.335,02 EUR (Vorjahr 3.245.748,06 EUR)	<u>-5.762.064,02</u>	<u>-5.297.799,42</u>
	-22.852.315,12	-20.902.787,61
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-3.382.029,97	-3.030.482,64
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.273.416,00	-5.195.272,57
7. Erträge aus Beteiligungen	20.653,36	20.118,27
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	169.425,41	4.226,37
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	-1.044,47
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>-242,42</u>	<u>-19.022,92</u>
11. Ergebnis nach Steuern	<u>-3.837.435,51</u>	<u>-3.311.229,29</u>
12. Sonstige Steuern	-1.394,17	-1.412,27
13. Jahresfehlbetrag	<u>-3.838.829,68</u>	<u>-3.312.641,56</u>
14. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	3.380.111,47	5.570.189,67
15. Einstellungen in das Dotationskapital	-889.386,71	-333.059,57
16. Entnahmen aus dem Dotationskapital	<u>1.508.219,51</u>	<u>1.455.622,93</u>
17. Bilanzgewinn	<u>160.114,59</u>	<u>3.380.111,47</u>

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktivseite

	EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.979.181,92	3.645.236,88
2. Geleistete Anzahlungen	183.744,36	21.157,34
	<u>4.162.926,28</u>	<u>3.666.394,22</u>
II. Sachanlagen		
1. Technische Anlagen und Maschinen	172.195,07	226.484,61
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	58.887.792,82	60.272.932,62
	<u>59.059.987,89</u>	<u>60.499.417,23</u>
	63.222.914,17	64.165.811,45
B. Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	24.364,31	27.571,41
2. Sonstige Vermögensgegenstände	5.351.982,91	4.146.341,80
	<u>5.376.347,22</u>	<u>4.173.913,21</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.909.715,63	3.538.334,66
	<u>71.508.977,02</u>	<u>71.878.059,32</u>

Passivseite

	EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital		
I. Dotationskapital	395.344,72	395.344,72
II. Bilanzgewinn	5.849.932,84	5.410.057,21
	<u>6.245.277,56</u>	<u>5.805.401,93</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	63.222.914,17	64.165.811,45
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	591.966,85	649.524,33
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	296.269,14	399.956,20
2. Sonstige Verbindlichkeiten	1.152.549,30	857.365,41
	<u>1.448.818,44</u>	<u>1.257.321,61</u>
	<u>71.508.977,02</u>	<u>71.878.059,32</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	Vorjahr	
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	253.017,43	203.774,51
2. Sonstige betriebliche Erträge	22.569.262,21	20.925.432,58
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-4.132.203,49	-3.363.450,77
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-627.162,92	-730.488,09
	-4.759.366,41	-4.093.938,86
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-6.988.323,66	-6.752.064,47
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
davon für Altersversorgung 1.507.708,30 EUR (Vorjahr 1.560.997,02 EUR)	-2.964.422,96	-3.043.048,41
	-9.952.746,62	-9.795.112,88
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-3.957.600,40	-4.299.257,78
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.870.298,43	-4.385.247,96
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	157.607,85	0,00
8. Ergebnis nach Steuern	439.875,63	-1.444.350,39
9. Sonstige Steuern	0,00	0,00
10. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	439.875,63	-1.444.350,39
11. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	5.410.057,21	6.854.407,60
12. Bilanzgewinn	5.849.932,84	5.410.057,21

Anstalt für Versorgungsvorsorge

Bilanz 2024

A K T I V A	
= = = = =	
A. Anlagevermögen	
=====	
15800000 Wertpapiere Land	21.985.478,79 €
15800000 Wertpapiere Stadt	81.642.822,37 €
Summe Anlagevermögen	103.628.301,16 €
=====	
B. Umlaufvermögen	
=====	
22530000 Bank LHK Land	58.955.164,40 €
22530000 Bank LHK Stadt	167.125.363,06 €
28750500 Business Girokonto Nord/LB Land	2.011.805,08 €
28750500 Business Girokonto Nord/LB Stadt	9.070.246,78 €
25600000 Forderungen gegenüber LHK und Banken Land	328.688,02 €
25600000 Forderungen gegenüber LHK und Banken Stadt	1.167.593,86 €
Summe Umlaufvermögen	238.658.861,20 €
=====	
Summe A K T I V A	342.287.162,36 €
= = = = =	

P A S S I V A	
= = = = =	
C. Eigenkapital	
=====	
Summe Eigenkapital	0,00 €
=====	
D. Verbindlichkeiten	
=====	
48100000 Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Bremen	51.799.640,63 €
48300000 Verbindl. gegenüber Stadtgemeinde Bremen	214.320.142,12 €
48005000 Verbindl. Versorgungslasten Staatsvertrag (Land)	6.219.772,78 €
48005010 Verbindl. Versorgungslasten Staatsvertrag (Stadt)	8.100.437,75 €
48005200 Verbindl. aus vermind. Versorgungsbezügen (Land)	11.521.922,23 €
48005210 Verbindl. aus vermind. Versorgungsbezügen (Stadt)	7.468.191,91 €
43180000 Verbindl. aus Altersteilzeit (Land)	13.481.637,07 €
43220000 Verbindl. aus Altersteilzeit (Stadt)	26.585.903,43 €
48105000 Verbindl. aus Sabbatical (Land)	153.441,58 €
48315000 Verbindl. aus Sabbatical (Stadt)	24.710,86 €
48005100 Verbindlichkeiten aus VBL (Land)	104.722,00 €
48005110 Verbindlichkeiten aus VBL (Stadt)	2.506.640,00 €
Summe Verbindlichkeiten	342.287.162,36 €
=====	
Summe P A S S I V A	342.287.162,36 €
= = = = =	

GuV 2024

AUFWENDUNGEN

=====

69200000 Sonstige betriebliche Aufwendungen (gegenüber SF)	244.604,36 €
69110000 Gebühren	191,46 €
71050000 Aufwand aus Kapitalüberlassung	13.113.671,58 €
71400010 Zinsen Versorgungslasten Staatsvertrag	488.534,79 €

Summe AUFWENDUNGEN

13.847.002,19 €

=====

ERTRÄGE

=====

55000000 Zinsen und ähnliche Erträge	13.847.002,19 €
--------------------------------------	-----------------

Summe ERTRÄGE

13.847.002,19 €

=====

Gewinn aus GuV

0,00 €

=====

Zusammenfassung der Vermögensnachweise von Land und Stadtgemeinde Bremen

Übersichten über die Entwicklung der fundierten Schulden der bremischen Körperschaften und die Schulden der Gesellschaften mit mehrheitlicher Beteiligung der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen)

Überleitungstabelle Kreditschulden kameral und doppisch

Aufgliederung der unterschiedlichen Werte für Zinsausgaben nach kameraler und doppischer Buchführung

Die Schulden der Gesellschaften mit mehrheitlicher Beteiligung der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde)

Summenzusammenfassung der Vermögensnachweise von Land und Stadtgemeinde Bremen zum 31.12.2024

Vorbemerkung: Die ausgewiesenen Vermögenswerte enthalten inzwischen teilweise die Werte von Grundstücken und des sonstigen Sachvermögens der bremischen Körperschaften. Diese Werte werden weiterhin sukzessive ermittelt und in die Vermögensnachweise aufgenommen. Bürgschaften und Eventualverpflichtungen sind in den unten aufgeführten Werten nicht enthalten.

Körperschaft : **Land Bremen**

Art	Bestand 01.01.2024 EUR	Zugang / Abgang EUR	Bestand 31.12.2024 EUR
Forderungen (Pos. 1 - 5)	3.762.054.891,66	694.740.433,23	4.456.795.324,89
Verbindlichkeiten (Pos. 6)	-22.686.143.567,03	2.253.819,14	-22.683.889.747,89

Nettovermögen : -18.924.088.675,37 -18.227.094.423,00

Körperschaft : **Stadtgemeinde Bremen**

Art	Bestand 01.01.2024 EUR	Zugang / Abgang EUR	Bestand 31.12.2024 EUR
Forderungen (Pos. 1 - 5)	4.332.073.203,65	256.410.405,43	4.588.483.609,08
Verbindlichkeiten (Pos. 6)	-695.546.947,35	-397.044.704,68	-1.092.591.652,03

Nettovermögen : 3.636.526.256,30 3.495.891.957,05

Nettovermögen gesamt: -15.287.562.419,07 -14.731.202.465,95

Die Entwicklung der fundierten Schulden der bremischen Kernhaushalte und Sondervermögen in 2024

	Stand am 31.12.2023 EUR	Veränderung 2024 EUR	Stand am 31.12.2024 EUR
I. Kernhaushalte			
Land Bremen	21.991.532.854,09	247.609.085,56	22.239.141.939,65
Stadtgemeinde Bremen	693.117.075,54	397.571.013,16	1.090.688.088,70
I. Summe	22.684.649.929,63	645.180.098,72	23.329.830.028,35
Innerbremische Verschuldung (hierbei handelt es sich um die gemeinsame Kreditaufnahme gemäß § 2 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes des Landes) der Stadtgemeinde Bremen beim Land Bremen	-693.117.075,54	-397.571.013,16	-1.090.688.088,70
<i>nachrichtlich:</i>			
II. Sondervermögen			
SV Hafen	0,00	0,00	0,00
SVIT Land	0,00	0,00	0,00
SVIT Stadt	0,00	0,00	0,00
SV Gewerbeflächen Land	0,00	0,00	0,00
SV Gewerbeflächen Stadt	0,00	0,00	0,00
SV Fischereihafen	0,00	0,00	0,00
SV Überseestadt	0,00	0,00	0,00
SV Infrastruktur	0,00	0,00	0,00
II. Summe	0,00	0,00	0,00

Hinweis: Die innere Verschuldung wurde zwischen der Stadtgemeinde Bremen und dem Land Bremen nicht berücksichtigt. Die Schulden aus gemeinsamer Kreditaufnahme wurden dementsprechend auch nur beim Enddarlehensnehmer ausgewiesen. Die Schulden der Eigenbetriebe werden in deren Bilanzen separat ausgewiesen. Die Verschuldung der Stadt Bremerhaven einschließlich BEAN, Entsorgungsbetriebe Bremerhaven und Seestadt Immobilien (Höhe: 139.637.666,66 EUR) wurde in dieser Übersicht nicht berücksichtigt.

Überleitungstabelle Kreditschulden kameral und Kreditschulden doppisch

		Doppischer Jahresabschluss	Kamerale Haushaltsrechnung
		Verbindlichkeiten	fundierte Schulden
I	Anleihen und Obligationen	18.201.500.000,00 €	18.201.500.000,00 €
II	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten insgesamt	2.151.335.956,92 €	2.151.335.956,92 €
	- davon kurzfristige Kredite (Laufzeit bis 1 Jahr)	0,00 €	
	- davon mittelfristige Kredite (Laufzeit 1 - 5 Jahre)	0,00 €	
	- davon langfristige Kredite (Laufzeit über 5 Jahre)	2.151.335.956,92 €	2.151.335.956,92 €
VI	Verbindlichkeiten Lieferungen und Leistungen	692.993,05 €	
VII	Verbindlichkeiten verbundener Unternehmen und Einrichtungen	590.290.939,93 €	
IX	Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	859.215.734,49 €	
X	Verbindlichkeiten Steuerverteilung und Finanzausgleich	26.732.304,03 €	
XI	sonstige Verbindlichkeiten insgesamt	3.369.161.724,57 €	
	1. Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden	558.544,98 €	
	2. Verbindlichkeiten aus Krediten insgesamt	3.018.508.546,62 €	
	- davon kurzfristige Kredite (Laufzeit bis 1 Jahr) Bund	37.058.939,79 €	
	- davon langfristige Kredite (Laufzeit über 5 Jahre) Bund	64.694.070,58 €	64.694.070,58 €
	- davon kurzfristige Kredite (Laufzeit bis 1 Jahr) inländischer Bereich	4.455.535,40 €	
	- davon langfristige Kredite (Laufzeit über 5 Jahre) inländischer Bereich	2.907.300.000,85 €	2.907.300.000,85 €
	- davon mittelfristige Kredite (Laufzeit 1 - 5 Jahre) ausländischer Bereich	0,00 €	
	- davon langfristige Kredite (Laufzeit über 5 Jahre) ausländischer Bereich	5.000.000,00 €	5.000.000,00 €
	3. übrige Verbindlichkeiten	350.094.632,97 €	
Summe		25.198.929.652,99 €	23.329.830.028,35 €

nachrichtlich:

Innerbremische Verschuldung (hierbei handelt es sich um die gemeinsame Kreditaufnahme gemäß § 2 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes des Landes)	0,00 €	1.090.688.088,70 €
--	--------	--------------------

Aufgliederung der unterschiedlichen Werte für Zinsausgaben nach kameraler und doppischer Buchführung - Stand zum 31.12.2024

Aufgrund der im Haushaltsplan angebrachten Haushaltsvermerke erfolgt kameral eine Saldierung von Einnahmen und Ausgaben. Im doppischen Rechnungswesen erfolgt eine Trennung von Einnahmen und Ausgaben auf unterschiedlichen Sachkonten.

In der nachfolgenden Übersicht ist dargestellt, wie sich die kameralen Summen zum 31.12.2024 auf die doppischen Sachkonten aufteilen.

	Doppischer Jahresabschluss	Kameraler Haushaltsrechnung
Haushaltsstelle 0980.57503-9 (Derivatzahlungen)	Einzelausweis	Saldierung
Einnahmen (Konto: 57100000)	148.452.085,05 €	--
Ausgaben (Konto: 77400000)	-255.172.555,78 €	-106.720.470,73 €
Zwischensumme	-106.720.470,73 €	-106.720.470,73 €
Haushaltsstelle 0980.57504-7 (Prämien aus Derivatverträgen)		
Einnahmen (Konto: 57100000)	--	--
Ausgaben (Konto: 77400000)	-19.270.000,00 €	-19.270.000,00 €
Summe	-125.990.470,73 €	-125.990.470,73 €

	Doppischer Jahresabschluss	Kameraler Haushaltsrechnung
Haushaltsstelle 0980.57502-0 (Disagio)	Einzelausweis	Saldierung
Einnahmen (Konto: 49000000)	1.687.500,00 €	--
Ausgaben (Konto: 29000000)	-123.560.500,00 €	-121.873.000,00 €
Summe	-121.873.000,00 €	-121.873.000,00 €

	Doppischer Jahresabschluss	Kameraler Haushaltsrechnung
Haushaltsstelle 0980.57501-2 (Zinsen an sonstigen Kreditmarkt)	Einzelausweis	Saldierung
Einnahmen (Konten: 58002060; 58005000)	8.534.457,63 €	--
Ausgaben (Konten: 77426000)	-344.499.131,49 €	-335.964.673,86 €
Summe	-335.964.673,86 €	-335.964.673,86 €

	Doppischer Jahresabschluss	Kameraler Haushaltsrechnung
Haushaltsstelle 0980.57508-0 (Zinsen auf Besicherung von Derivaten)	Einzelausweis	Saldierung
Einnahmen (Konten: 57100000)	27.383.517,11 €	14.900.120,05 €
Ausgaben (Konten: 77426000)	-12.483.397,06 €	--
Summe	14.900.120,05 €	14.900.120,05 €

	Doppischer Jahresabschluss	Kameraler Haushaltsrechnung
Haushaltsstelle 0980.57110-6 bzw. 0980.57111-4 (Zinsen für Kassenkredite)	Einzelausweis	Saldierung
Einnahmen (Konten: 55900000)	106.130.030,42 €	73.474.985,52 €
Ausgaben (Konten: 71500000)	-32.526.115,40 €	--
Summe	73.603.915,02 €	73.474.985,52 €
Doppischer Ertrag 2023, Zahlung in 2024	7.838,89 €	--
Doppischer Ertrag 2024, Zahlung in 2025	-136.768,39 €	--
Vergleichswert	73.474.985,52 €	73.474.985,52 €

Die Schulden der Gesellschaften mit mehrheitlicher Beteiligung der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde)

Bei den hier aufgeführten Schulden der Gesellschaften handelt es sich um keine direkten Schulden Bremens. Bremen haftet lediglich mit dem durch Bürgschaft abgesicherten Betrag. Um eine einheitliche Datenmenge zu gewährleisten, wurden **nur Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr** in die Erhebung aufgenommen. Nicht enthalten ist die Bremer Aufbau Bank GmbH, für die es als Bank Geschäftsinhalt ist, Kredite zu refinanzieren.

			Stand 31.12.2024 in T €			
Beteiligungsgesellschaften (Mehrheitsges.)	FR	Anteil Bremens an der Gesellschaft in % ⁽¹⁾	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber der FHB	sonstige Verbindlichkeiten	davon verbürgt
Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH	SASJI	100,00	0	2.806	0	0
BLG Logistics Group AG & Co. KG ^{(2) (3)}	SWHT	100,00	137.582	268.056	272.666	0
Bremer Bäder GmbH ⁽⁵⁾	SIS	100,00	2.059	0	0	2.059
Bremer Toto und Lotto GmbH	SF	66,66	5.603	0	0	0
Bremer Verkehrs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	SF	100,00	36.000	0	0	28.800
BREBAU GmbH	SBMS	100,00	132.370	0	0	0
BREPARK GmbH	SBMS	100,00	6.637	0	2	0
BSAG	SBMS	100,00	303.391	255	0	303.391
Consult Team Bremen - Gesellschaft für Verkehrsplanung u. Bau mbH, Bremen	SBMS	99,00	1	0	17	0
Fähren Bremen-Stedingen GmbH	SWHT	55,00	4.252	0	0	1.591
Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH (FBG)	SWHT	100,00	6.163	0	0	1.221
Flughafen Bremen GmbH ⁽³⁾	SWHT	100,00	2.701	0	392	0
Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen	SGFV	100,00	59.105	10.000	54.000	108.572
Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co KG	SBMS	100,00	4.000	0	528	0
Hanseatische Naturentwicklung GmbH	SUKW	100,00	0	0	4.730	0
Hanseatische Wohnungs-Beteiligungs- Gesellschaft mbH (HAWOBEG)	SF	80,00	131.813	0	0	115.313
GEWOBA AG Wohnen und Bauen, Bremen ⁽⁴⁾	SBMS	75,10	948.955	0	186	0
GEWOBA Energie GmbH	SBMS	75,10	14.944	0		0
GEWOBA Wohnen GmbH	SBMS	74,95	14.455	0	0	0
Projektbüro Innenstadt Bremen GmbH	SK	100,00	0	450	49	0
M3B GmbH	SWHT	100,00	1.000	0	0	0
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (ohne Treuhandbeteiligungen ohne gegenseitige gruppeninterne Kreditverbindlichkeiten)	SWHT	99,22	65.963	56.001	0	22.000
H.A.G.E. Grundstücksverwaltungs- gesellschaft mbH	SWHT	99,22	40.232	0	0	32.186
Verbindlichkeiten Gesamt			1.917.226	337.568	332.570	615.133

⁽¹⁾ unmittelbare und mittelbare Anteile Bremens an der Gesellschaft sind summiert

⁽²⁾ Die Freie Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) ist alleinige, 100%ige Kommanditistin der BLG LOGISTICS GROUP AG & CO. KG. Für die hier ausgewiesenen Finanzverbindlichkeiten per 31.12.2024 der BLG LOGISTICS GROUP AG & CO. KG ist die Haftung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) beschränkt auf ihre Rolle als Kommanditistin. Das Risiko der Inanspruchnahme aus dieser Haftung droht jetzt als auch in absehbare Zukunft nicht.

⁽³⁾ Konzern

⁽⁴⁾ Die GEWOBA gehört nicht in den abgefragten Kreis der Gesellschaften mit bremischer Beteiligung bei denen „Bremen lediglich mit dem durch Bürgschaft abgesicherten Betrag haftet“. Die Verbindlichkeiten der GEWOBA werden aus der Gesellschaft selbst besichert, so dass deren Aufnahme in die vorliegende Tabelle das Ergebnis zu Lasten Bremens verfälscht.

⁽⁵⁾ Jahresabschluss 2024 lag bei Erstellung nicht vor, es werden die Vorjahreswerte aus dem Jahresabschluss 2023 ausgewiesen

Einnahmen und Ausgaben
der Sonderhaushalte der Freien Hansestadt Bremen
- Einzelplan 25 -

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen

- Kapitel- und Einzelplansummen in EURO -

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Ggü. Spalte 9 beträgt Spalte 6 mehr/weniger
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
25			Sonderhaushalte der Freien Hansestadt Bremen						
	2525		Landesuntersuchungsamt für Chemie, Hygiene und Veterinärmedizin**)	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
	2526		Versorgungsrücklage des Landes Bremen	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
	2528		Bremer Kapitaldienstfonds (Zwischenfinanzierungen)	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
	2529		Bremer Kapitaldienstfonds (Kapitaldienstfinanzierungen)	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
	2530		Bremer Kapitaldienstfonds (Sondervermögen-Fremdverwaltung)	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
			Summe der Einnahmen	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00

*) X=Haushaltsvermerk, A=Außerplanmäßige Finanzposition, B=Änderung im Dispositiv

**) Der Sonderhaushalt Landesuntersuchungsamt für Chemie, Hygiene und Veterinärmedizin wurde zum 31.12.2023 in den Kernhaushalt überführt, so dass die Gesamtrechnungsnachweisung der Sonderhaushalte der Freien Hansestadt Bremen ab dem Folgejahr entfällt.

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2024

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen

- Kapitel- und Einzelplansummen in EURO -

EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST	Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag	Nachbewilligungen	Gesamtsoll (Spalten 7 u. 8)	Ggü. Spalte 9 beträgt Spalte 6 mehr/weniger
				verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
25			Sonderhaushalte der Freien Hansestadt Bremen						
	2525		Landesuntersuchungsamt für Chemie, Hygiene und Veterinärmedizin	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
	2526		Versorgungsrücklage des Landes Bremen	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
	2528		Bremer Kapitaldienstfonds (Zwischenfinanzierungen)	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
	2529		Bremer Kapitaldienstfonds (Kapitaldienstfinanzierungen)	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
	2530		Bremer Kapitaldienstfonds (Sondervermögen-Fremdverwaltung)	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
			Summe der Ausgaben	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00 0,00	0,00

*) X=Haushaltsvermerk, A=Außerplanmäßige Finanzposition, B=Änderung im Dispositiv

**) Der Sonderhaushalt Landesuntersuchungsamt für Chemie, Hygiene und Veterinärmedizin wurde zum 31.12.2023 in den Kernhaushalt überführt, so dass die Gesamtrechnungsnachweisung der Sonderhaushalte der Freien Hansestadt Bremen ab dem Folgejahr entfällt.

Tilgungsplan nach Anlage 2 zum Haushaltsgesetz 2024 der Freien Hansestadt Bremen Land

Das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen Land sah für das Haushaltsjahr 2024 eine krisenbedingte Kreditaufnahme unter Geltendmachung des Ausnahmetatbestandes von der Schuldenbremse gemäß Art. 131a Abs. 3 Satz 1 Bremische Landesverfassung in Höhe von 716.341.720,00 Euro vor.

Diese veranschlagte krisenbedingte Kreditaufnahme wurde im Haushaltsvollzug 2024 im Haushalt des Landes nicht vollständig ausgeschöpft.

Der Senator für Finanzen ist nach § 15 Absatz 3 Haushaltsgesetz zur Anpassung des Tilgungsplans gemäß § 18c LHO sowie zur Verkürzung der Laufzeit und vorzeitigen Tilgungsleistungen ermächtigt. Die erfolgten Anpassungen sind dem Haushalts- und Finanzausschuss mit der jeweiligen Abrechnung der Produktplanhaushalte zur Kenntnis zu geben.

Der Senator für Finanzen hat dem Haushalts- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 27.02.2025 im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2024 die erforderliche Anpassung des Tilgungsplans für den Haushalt des Landes zur Kenntnisnahme vorgelegt. Es wurde eine Anpassung der Tilgungssumme von 716.341.720,00 Euro um minus 81.210.025,23 Euro auf 635.131.694,77 Euro vorgenommen.

Die krisenbedingte Kreditaufnahme in 2024 ist beginnend im Jahr 2028 über den Zeitraum von 29 Jahren mit einer Rate in Höhe von 21.170.000,00 p.a. sowie einer Schlussrate in Höhe von 21.201.694,77 Euro im letzten Jahr zu tilgen. Der jeweilige Betrag der Jahrestanchen im Tilgungsplan wurde entsprechend reduziert.

Die gesamte krisenbedingte Kreditaufnahme nach Art. 131a Abs. 3 Satz 1 BremLV für die Haushaltsjahre 2021 bis 2024 beläuft sich im Land Bremen unter Berücksichtigung der bis inklusive zum Haushaltsjahr 2024 erfolgten Sondertilgungen auf 1.853.500.980,68 Euro. Die krisenbedingte Kreditaufnahme der Haushaltsjahre 2021 bis 2024 ist beginnend im Jahr 2028 über den Zeitraum von 29 Jahren mit einer Rate in Höhe von 61.780.000,00 Euro p.a. sowie einer Schlussrate in Höhe von 61.880.980,68 Euro im Jahr 2057 zu tilgen.



Freie
Hansestadt
Bremen

TEIL C

ABSCHLUSSBERICHT PRODUKTGRUPPENHAUSHALT DES LANDES BREMEN 2024



Der Senator für Finanzen

Inhaltsverzeichnis

01 Bürgerschaft	1
02 Rechnungshof	5
03 Senat, Senatskanzlei	9
04 Europa, Entwicklungszusammenarbeit	13
05 Bundesangelegenheiten	18
06 Datenschutz und Informationsfreiheit	23
07 Inneres	28
08 Gleichberechtigung der Frau	35
09 Staatsgerichtshof	40
11 Justiz	44
12 Sport	61
21 Kinder und Bildung	65
22 Kultur	70
24 Hochschulen und Forschung	74
31 Arbeit	81
41 Jugend und Soziales	89
51 Gesundheit und Verbraucherschutz	95
61 Umwelt, Klima und Landwirtschaft.	101
68 Klima, Umw., Mobil, Stadtentw. u. Whgbau	108
71 Wirtschaft	114
81 Häfen	120
91 Finanzen / Personal	124
92 Allgemeine Finanzen	129
93 Zentrale Finanzen	133
95 Bremen-Fonds	137
96 IT-Budget der FHB	143
97 Immobilienwirtschaft und -management	148
99 Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise	156
Rücklagen und Verlustvorträge	164

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung

Das Jahresergebnis 2024 des staatlichen Haushaltes weist im Saldo aus Mindereinnahmen und Minderausgaben eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe von 3,518 Mio. € aus. Die Haushaltsverbesserung resultiert aus Mehreinnahmen (0,163 Mio. €), Personalminderausgaben (1,126 Mio. €) sowie konsumtiven und investiven Minderausgaben (2,229 Mio. €).

Im Rahmen des Jahresabschlusses hat das Ressort eine Resteübertragung bei den konsumtiven Ausgaben in Höhe von 0,769 Mio. € sowie eine investive Rücklagenzuführung in Höhe von 0,872 Mio. € beantragt. Nicht verausgabte Personalausgaben in Höhe von 1,125 Mio. € wurden im Rahmen des Abschlusses zugunsten des Produktplan 92 "Allgemeine Finanzen" gestrichen.

Finanzierungssaldo

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen unterschritten.

PERSONALDATEN

Es werden Personalminderausgaben in Höhe von rund 1,1 Mio. € ausgewiesen. Diese resultieren überwiegend aus einer Zielzahlunterschreitung in Höhe von jahresdurchschnittlich 11,5 VZE im Kernbereich im Wert von rund 0,7 Mio. € sowie aus nicht ausgeschöpften Mittel für Abgeordnete und Deputierte in Höhe von rund 0,4 Mio. €. Ferner sind Sollminderungen zur Auflösung der ressortbezogenen globalen Minderausgaben in Höhe von rund 0,3 Mio. € im Jahresergebnis enthalten.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	356	20	336	1.680,22 %	20	20	356	336	20
Investive Einnahmen			0					0	
Entnahme Rücklage	1.037	500	537	107,40 %	1.210	1.210	1.037	-173	500
budgetierte Einnahmen	12.233	11.360	873	7,69 %	12.070	12.070	12.233	163	11.360
Personalausgaben	17.803	19.092	-1.289	-6,75 %	18.928	18.928	17.802	-1.126	19.092
Sonst. konsumtive Ausgaben	12.455	13.420	-965	-7,19 %	14.478	14.478	12.455	-2.023	13.420
Zinsausgaben	0	0	0		0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	3.939	3.807	132	3,47 %	5.017	4.145	3.939	-206	3.807
Zuführung Rücklage	872	0	872	∞ %	872	872	872	0	0
budgetierte Ausgaben	35.069	36.047	-978	-2,71 %	39.295	38.423	35.068	-3.355	36.047
Saldo	-22.836	-24.687	1.851	7,50 %	-27.225	-26.353	-22.835	3.518	-24.687

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	0	650	650	650
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	1.089
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	765
Allgemeine Budgetrücklage	449
Investive Budgetrücklage	872

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich				6.159	6.883	-724	6.159	6.883	-724
Temporäre Personalmittel				0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				6.159	6.883	-724	6.159	6.883	-724
Refinanzierte				0	0	0	0	0	0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				11.644	12.045	-401	11.644	12.045	-401
Insgesamt				17.803	18.928	-1.125	17.803	18.928	-1.125
dar.: Beihilfe / Nachvers.				82	82	0	82	82	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich				75,1	86,6	-11,5	75,1	86,6	-11,5
Temporäre Personalmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				75,1	86,6	-11,5	75,1	86,6	-11,5
Refinanzierte				0,0		0,0	0,0		0,0
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				75,1		75,1	75,1		75,1
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				75,1		75,1	75,1		75,1
nachr.: Abwesende				2,2		2,2	2,2		2,2

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	16,9	22,5	10,6
Beschäftigte über 55 Jahre	31,5	17,5	34,1
Frauenquote	69,7	50,0	70,6
Teilzeitquote	32,6	35,0	30,6
Schwerbehindertenquote	4,5	6,0	5,8

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Diese weisen sowohl zum Anschlag als auch zum Haushaltssoll eine Mehreinnahme i.H.v. rd. TEUR 336 aus. Diese resultiert i. W. aus Rückzahlungen von Betriebskostenabrechnungen aus dem Haushaltsjahr 2023 (rd. TEUR 65), Erstattung von verauslagten Stromkosten für die Senatskanzlei (rd. TEUR 62), Rückzahlungen von Fraktionsmitteln (rd. TEUR 130) sowie aus Rückzahlungen von Zuschüssen zur Finanzierung nach dem Parteiengesetz (rd. TEUR 10).

Entnahme Rücklage

Diese weisen zum Anschlag eine Mehreinnahme i. H. v. rd. TEUR 537 sowie zum Haushaltssoll eine Mindereinnahme i. H. v. rd. TEUR 173 aus. Diese resultieren aus einer Nachbewilligung i. H. v. TEUR 500 sowie einer Rücklagenentnahme i. H. v. TEUR 710 (vgl. Beschluss des HaFA vom 06.12.2024 i. V. m. der Verfügung des Senators für Finanzen vom 10.12.2024). Die Mittel wurden zur Finanzierung des Notstromaggregats (Senat und Bürgerschaft) benötigt.

Personalausgaben

Diese weisen zum Anschlag eine Minderausgabe i. H. v. rd. TEUR 1.289 sowie zum Haushaltssoll i. H. v. rd. TEUR 1.126 aus. Diese resultiert aus laufenden Stellenbesetzungsverfahren und den daraus entstehenden Vakanzen.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Diese weisen zum Anschlag eine Minderausgabe i. H. v. rd. TEUR 965 sowie zum Haushaltssoll i. H. v. rd. TEUR 2.023 aus. Diese resultiert im Wesentlichen aus Haushaltsresten aus dem Vorjahr und Minderausgaben im Bereich Geschäftsbedarf, Mieten für den BhC (verzögerte Übernahme).

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2024 wurde eine Resteübertragung i. H. v. rd. TEUR 769 beantragt, insbesondere wegen Verzögerungen im Zahlungsverlauf aufgrund Verzuges bei der Fertigstellung des Börsenhof C, Umstrukturierungen in der Organisation des Hauses, Mehrbedarfen aufgrund der Neuwahl des Bundestages (Berichterstattung) und Inanspruchnahme neuer Dienstleistungen aufgrund der neuen Parlamentsdokumentationen.

Investive Ausgaben

Diese weisen zum Anschlag eine Mehrausgabe i. H. v. rd. TEUR 132 sowie zum Haushaltssoll eine Minderausgabe i. H. v. rd. TEUR 206 aus. Die Mehrausgabe resultiert aus der Zahlung von rd. TEUR 1.210 zur Herstellung des Notstromaggregats unter Nachbewilligung von TEUR 500 aus dem PPL93 sowie einer Rücklagenentnahme i. H. v. TEUR 710. Die Minderausgabe resultiert aus Bauverzögerungen im Börsenhof C sowie Projektverzögerungen. Aufgrund der Bauverzögerungen im Börsenhof C sowie Umstrukturierungen der IT-Landschaft werden TEUR 872 der investiven Budgetrücklage zugeführt.

Zuführung Rücklage

Der investiven Budgetrücklage werden insgesamt TEUR 872 zugeführt. Diese sind notwendig aufgrund der Bauverzögerungen im Börsenhof C sowie Umstrukturierungen der IT-Landschaft.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo Land (Höhe, der mit Liquidität hinterlegten Haushaltsmittel) wird zum Jahresende unterschritten.

Einhaltung Budget

Die Gesamtbudgetunterschreitung zum Jahresende beträgt rd. TEUR 3.517. Diese resultiert aus nicht abgeflossenen Personalmitteln (rd. TEUR 1.126), konsumtiven Minderausgaben (rd. TEUR 2.023), investiven Minderausgaben (rd. TEUR 206) und konsumtiven Mehreinnahmen (rd. TEUR 336), sowie Mindereinnahmen aus der investiven Budgetrücklage (rd. TEUR 173).

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung

Das Jahresergebnis 2024 des staatlichen Haushaltes weist im Saldo aus Mindereinnahmen und Minderausgaben eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe von 0,337 Mio. € aus. Die Haushaltsverbesserung resultiert aus Personalminderausgaben (0,275 Mio. €) sowie konsumtiven und investiven Minderausgaben (0,062 Mio. €).

Im Rahmen des Jahresabschlusses wurden keine Reste zur Übertragung beantragt. Nicht verausgabte Personalausgaben in Höhe von 0,275 Mio. € wurden im Rahmen des Abschlusses zugunsten des Produktplan 92 "Allgemeine Finanzen" gestrichen.

Finanzierungssaldo

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wurde unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen unterschritten.

PERSONALDATEN

Es werden Personalminderausgaben in Höhe von rund 0,3 Mio. € ausgewiesen. Diese resultieren überwiegend aus einer Zielzahlunterschreitung in Höhe von jahresdurchschnittlich 3,8 VZE im Kernbereich.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	0	0	0		0			0	0
Investive Einnahmen			0					0	
Entnahme Rücklage	439	439	0	0,00 %	439	439	439	0	439
budgetierte Einnahmen	3.001	3.001	0	0,00 %	3.001	3.001	3.001	0	3.001
Personalausgaben	3.401	3.458	-57	-1,65 %	3.675	3.676	3.401	-275	3.458
Sonst. konsumtive Ausgaben	249	301	-53	-17,45 %	301	301	249	-52	301
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	0	10	-10	-100,00 %	10	10	0	-10	10
Zuführung Rücklage	0	0	0		0			0	0
budgetierte Ausgaben	3.649	3.757	-108	-2,87 %	3.987	3.987	3.650	-337	3.757
Saldo	-648	-756	108	14,29 %	-985	-986	-649	337	-756

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	0
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	0
Allgemeine Budgetrücklage	314
Investive Budgetrücklage	0

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				3.304	3.578	-274	3.304	3.578	-274
Temporäre Personalmittel				0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				3.304	3.578	-274	3.304	3.578	-274
Refinanzierte				0	0	0	0	0	0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				96	97	-1	96	97	-1
Insgesamt				3.401	3.675	-275	3.401	3.675	-275
dar.: Beihilfe / Nachvers.				95	95	0	95	95	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				38,6	42,4	-3,8	38,6	42,4	-3,8
Temporäre Personalmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				38,6	42,4	-3,8	38,6	42,4	-3,8
Refinanzierte				0,0		0,0	0,0		0,0
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				38,6		38,6	38,6		38,6
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				38,6		38,6	38,6		38,6
nachr.: Abwesende				1,1		1,1	1,1		1,1

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	4,7	22,5	7,0
Beschäftigte über 55 Jahre	37,2	17,5	32,6
Frauenquote	60,5	50,0	58,1
Teilzeitquote	32,6	35,0	32,6
Schwerbehindertenquote	9,3	6,0	9,3

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Personalausgaben

Im Berichtszeitraum sind wegen unbesetzter Stellen geringere Personalausgaben angefallen als geplant. Im voraussichtlichen HH-Soll sind Nachbewilligungen für Tarif-/Besoldungserhöhungen (+231 T€), Minderausgaben für Beihilfen und Nachversicherungen (-1 T€) sowie die Realisierung der globalen Minderausgabe (-12 T€) berücksichtigt.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Im Berichtszeitraum vor allem für Bewirtschaftungskosten, Fortbildung und Geschäftsbedarf geringere Ausgaben notwendig gewesen.

Investive Ausgaben

Im Berichtszeitraum sind keine investiven Ausgaben angefallen.

Finanzierungssaldo

Der zulässige Finanzierungssaldo ist eingehalten.

Einhaltung Budget

Es wird eine Budgetunterschreitung zum Jahresende in Höhe von 337 T€ ausgewiesen.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budget:

Der PPL 03 - Senatskanzlei - hat sein Budget entgegen der Ausweisung der Senatskanzlei im Jahresergebnis **um rd. 0,438 Mio. € überschritten**. Fälschlicherweise wurde vergessen die Rücklagenzuführung als Minderung bei den konsumtiven Ausgaben i.H.v. 2,358 Mio. € im vors. Haushaltssoll zu verbuchen.

Im Rahmen des Jahresabschlusses hat die Senatskanzlei eine Resteübertragung bei den konsumtiven Ausgaben in Höhe von 1,106 Mio. € sowie eine Rücklagenzuführung bei den investiven Ausgaben in Höhe von 0,025 Mio. € beantragt. Zudem wurde eine neue Sonderrücklage zur Finanzierung von zentralen Sonderbedarfen in Höhe von 3,8 Mio. € eingerichtet. Die Zuführung erfolgt anteilig aus nicht verausgabten Mitteln des Produktplans 03 Senat/Senatskanzlei selbst (2,358 Mio. €) und anteilig aus zentralen Mitteln.

Finanzierungssaldo:

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wurde am Jahresende unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen (- 0,378 Mio. €) **um rd. 6 Tsd. € überschritten**.

PERSONALDATEN

Es werden Personalminderausgaben in Höhe von rund 0,6 Mio. € ausgewiesen. Diese resultieren überwiegend aus einer Zielzahlunterschreitung in Höhe von jahresdurchschnittlich 7,8 VZE im Kernbereich sowie bei den Temporären Personalmitteln.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	319	73	246	337,01 %	156	156	319	163	73
Investive Einnahmen			0					0	
Entnahme Rücklage	10	0	10	∞ %	10	10	10	0	0
budgetierte Einnahmen	4.865	4.533	332	7,32 %	4.626	4.626	4.864	238	4.533
Personalausgaben	8.144	8.462	-319	-3,77 %	8.833	8.756	8.143	-613	8.462
Sonst. konsumtive Ausgaben	7.986	11.842	-3.856	-32,56 %	8.978	8.977	7.986	-991	11.842
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	523	285	238	83,36 %	548	523	523	0	285
Zuführung Rücklage	3.825	0	3.825	∞ %	3.825	3.825	3.825	0	0
budgetierte Ausgaben	21.251	21.292	-41	-0,19 %	22.957	22.855	21.251	-1.604	21.292
Saldo	-16.386	-16.759	372	2,22 %	-18.331	-18.229	-16.387	1.842	-16.759

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	55	7.063	226	337
investiv	0	0	374	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	482
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	1.106
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	83
Sonderrücklage	3.800

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich				6.044	6.279	-235	6.044	6.279	-235
Temporäre Personalmittel				247	557	-310	247	557	-310
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				6.292	6.836	-545	6.292	6.836	-545
Refinanzierte				67	89	-21	67	89	-21
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				1.785	1.908	-123	1.785	1.908	-123
Insgesamt				8.144	8.833	-689	8.144	8.833	-689
dar.: Beihilfe / Nachvers.				204	204	0	204	204	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich				73,5	77,7	-4,2	73,5	77,7	-4,2
Temporäre Personalmittel				2,4	6,0	-3,6	2,4	6,0	-3,6
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				1,9	0,0	1,9	1,9	0,0	1,9
Zwischensumme				77,8	83,7	-5,9	77,8	83,7	-5,9
Refinanzierte				0,9		0,9	0,9		0,9
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				78,7		78,7	78,7		78,7
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				78,7		78,7	78,7		78,7
nachr.: Abwesende				2,0		2,0	2,0		2,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	14,1	22,5	12,5
Beschäftigte über 55 Jahre	29,6	17,5	30,6
Frauenquote	69,0	50,0	70,8
Teilzeitquote	32,4	35,0	34,7
Schwerbehindertenquote	7,1	6,0	8,1

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Der Planwert bei den konsumtiven Einnahmen wurde um 246 TEUR überschritten.
Hier fallen Einnahmen aus Veröffentlichungen und von Dritten für Veranstaltungskosten an.
Es wurden insgesamt Mehreinnahmen von 163 TEUR erzielt. Diese wurden bei der Abrechnung des Produktplanhaushaltes der allgemeinen Budgetrücklage zugeführt.

Entnahme Rücklage

Hier wurden 10 TEUR für den jüdischen Friedhof und für Inventar aus der Rücklage entnommen.

Personalausgaben

Das voraussichtliche HH-Soll bei den Personalausgaben wurde gegenüber dem voraussichtlichen IST um 613 TEUR unterschritten.
Nach Abrechnung des Produktplanhaushaltes wurden 557 TEUR zu Gunsten des PPL 92 und der Rest als übertragbare Reste gestrichen.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Der Planwert bei den konsumtiven Ausgaben wurde um 3.856 TEUR unterschritten.
Das voraussichtliche HH-SOLL wurde nach Zuführung an die neue Sonderrücklage (2.358 TEUR aus Mitteln Freikarte) gegenüber dem voraussichtlichen IST um 991 TEUR unterschritten.
Sie wurden nach Abrechnung des Produktplanhaushaltes als zu übertragende Reste angemeldet. 18 TEUR wurden gestrichen.

Investive Ausgaben

Der Planwert bei den investiven Ausgaben wurde um 238 TEUR überschritten.
Das voraussichtliche HH-SOLL ist nach Zuführung an die Rücklage von 25 TEUR investiver Rücklagen gegenüber dem voraussichtlichen IST ausgeglichen.

Zuführung Rücklage

Hier wurden 3.800 TEUR (davon 2.358 TEUR aus Mitteln Freikarte, Rest SF-intern) und 25 TEUR aus der investiven Rücklage zugeführt.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo wurde um 6 TEUR überschritten.

Einhaltung Budget

Das Budget wurde um 1.842 TEUR unterschritten.
Nach Abrechnung des Produktplanhaushaltes wurden 558 TEUR an den PPL 92 abgeführt, 132 TEUR übertragbare Personalausgaben gestrichen, 973 Reste angemeldet, 25 TEUR investive Rücklagen und 18 TEUR konsumtive Reste wurden gestrichen.
238 TEUR Mehreinnahmen wurden der allgemeinen Budgetrücklage zugeführt.
Die veranschlagten Einnahmen wurden erreicht.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Zum Jahresende wird das Budget um 0,432 Mio. € und der Finanzierungssaldo um 0,412 Mio. € unterschritten.
in Mio.€

0,30 Personalminderausgaben

0,13 Konsumtive Minderausgaben (enthalten sind 0,05 Mio. € an Resten)

Der Finanzierungssaldo und das Budget werden eingehalten.

Einnahmen

Es fallen Einnahmen aus Erstattungen und Zuwendungen sowie aus Mittelanforderungen für Projektmittel im Bereich Entwicklungsarbeit an.

Die Einnahmenvorgabe wird eingehalten. Zum Jahresende sind konsumtive Ist-Einnahmen von rd. 633 Tsd. € erzielt worden, welche den Anschlag um 594 Tsd. € übertreffen. Zum Haushaltssoll liegt eine Mindereinnahme in Höhe von 1 Tsd. € vor.

Ausgaben (ohne Personal)

Das Haushaltssoll wurde nicht vollständig ausgeschöpft; es liegt eine Unterschreitung zum IST in Höhe von 135 Tsd. € vor. Nach Abrechnung des Produktplanhaushaltes wurden als zu übertragende Reste (134 TEUR) zur Streichung angemeldet.

Zum Jahresende wurden Globale Minderausgaben in Höhe von 17 TEUR berücksichtigt.

Investive Ausgaben

Das Haushaltssoll wurde um 2 Tsd. € unterschritten, nach Abrechnung des Produktplanhaushaltes wurden diese als Rücklage angemeldet.

PERSONALDATEN

Es werden Personalminderausgaben in Höhe von rund 0,3 Mio. € ausgewiesen. Diese resultieren überwiegend aus einer Zielzahlunterschreitung in Höhe von jahresdurchschnittlich 2,6 VZE im Kernbereich.

LEISTUNGSDATEN

Seit der Festlegung der Leistungskennzahlen und der entsprechenden Zielzahlen vor ca. 5 Jahren hat sich lt. Europaressort das Aufgabenprofil und die Arbeitsweise verändert. Die Europaabteilung gab zuletzt an, dass vor diesem Hintergrund eine Überarbeitung aller Leistungskennzahlen sowie eine Anpassung der Zielzahlen diskutiert wird. Ggf. hat das Ressort daher in diesem Controllingbericht keine Daten zur Verfügung gestellt (-100% Abweichung bei jedem Ziel).

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	633	39	594	1.522,23 %	634	633	632	-1	39
Investive Einnahmen			0					0	
Entnahme Rücklage	0	0	0		0			0	0
budgetierte Einnahmen	633	39	594	1.522,23 %	634	633	632	-1	39
Personalausgaben	2.012	2.101	-89	-4,22 %	2.338	2.311	2.012	-299	2.101
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.522	1.162	360	31,01 %	1.657	1.656	1.522	-134	1.162
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	7	21	-14	-67,95 %	9	7	7	0	21
Zuführung Rücklage	2	0	2	∞ %	2	2	2	0	0
budgetierte Ausgaben	3.543	3.267	276	8,46 %	4.006	3.976	3.543	-433	3.267
Saldo	-2.910	-3.228	317	9,84 %	-3.372	-3.343	-2.911	432	-3.228

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	0
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	0
Allgemeine Budgetrücklage	7
Investive Budgetrücklage	18

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				1.801	2.063	-262	1.801	2.063	-262
Temporäre Personalmittel				0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				1.801	2.063	-262	1.801	2.063	-262
Refinanzierte				125	127	-2	125	127	-2
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				86	148	-62	86	148	-62
Insgesamt				2.012	2.338	-326	2.012	2.338	-326
dar.: Beihilfe / Nachvers.				9	9	0	9	9	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				18,1	20,7	-2,6	18,1	20,7	-2,6
Temporäre Personalmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				18,1	20,7	-2,6	18,1	20,7	-2,6
Refinanzierte				1,6		1,6	1,6		1,6
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				19,7		19,7	19,7		19,7
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				19,7		19,7	19,7		19,7
nachr.: Abwesende				1,7		1,7	1,7		1,7

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	20,0	22,5	38,1
Beschäftigte über 55 Jahre	28,0	17,5	19,1
Frauenquote	84,0	50,0	90,5
Teilzeitquote	52,0	35,0	28,6
Schwerbehindertenquote	7,7	6,0	14,3

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: ● nicht gefährdet ▲ im Toleranzbereich ■ gefährdet

Europapolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit u. Präsentation Bremens als europäischer Akteur

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301608(L) Vorlagen für Gremien [Anz.]		250	-250	-100 %	250		
301609(L) Europapol. Stellungnahmen im Bundesrat [Anz.]		60	-60	-100 %	60		

Mitwirkung an der Verbesserung der Europafähigkeit der Verwaltung der Freien Hansestadt Bremen

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301610(L) Veranstaltungen in Brüssel [Anz.]		93	-93	-100 %	93		
301611(L) BesucherInnen Brüssel [Anz.]		1.200	-1.200	-100 %	1.200		
301612(L) Sitzungen in Gremien [Anz.]		1.034	-1.034	-100 %	1.034		

Nutzung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Freien Hansestadt Bremen nach Art. 23 GG

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301613(L) Veranstaltungen in Bremen [Anz.]		87	-87	-100 %	87		
301614(L) Veröffentlichungen in Bremen (inkl. Soci [Anz.]		162	-162	-100 %	162		
301615(L) BesucherInnen (HB / EuropaPunktBremen) [Anz.]		3.000	-3.000	-100 %	3.000		

Wahrnehmung bremischer Interessen und Präsentation Bremens bei den europäischen Institutionen

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301616(L) Veranstaltete/unterstützte Fortbildungen [Anz.]		5	-5	-100 %	5		
301617(L) Hospitationen [Anz.]		15	-15	-100 %	15		

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Hier fallen Einnahmen aus Erstattungen und Zuwendungen sowie aus Mittelanforderungen für Projektmittel im Bereich Entwicklungszusammenarbeit an.

Der Planwert bei den konsumtiven Einnahmen wurde zum Jahresende um 594 TEUR überschritten.

Das voraussichtliche HH-Soll wurde gegenüber dem voraussichtlichen IST um 1 TEUR unterschritten.

Nach Abrechnung des Produktplanhaushaltes wurde eine Mindereinnahme von 1 TEUR Produktgruppenintern ausgeglichen.

Personalausgaben

Der Planwert bei den Personalausgaben wurde zum Jahresende um 89 TEUR unterschritten.

Das voraussichtliche HH-Soll wurde gegenüber dem voraussichtlichen IST um 299 TEUR unterschritten.

Nach Abrechnung des Produktplanhaushaltes wurden ca. 325 TEUR zu Gunsten in den PPL 92 übertragen

und ca. 1,6 TEUR als übertragbare Reste angemeldet.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Im Berichtszeitraum wurde der Planwert um TEUR 360 TEUR überschritten.

Das voraussichtliche HH-Soll wurde gegenüber dem voraussichtlichen IST um 117 unterschritten.

Nach Abrechnung des Produktplanhaushaltes wurden als zu übertragende Reste (134 TEUR) zur Streichung angemeldet.

Zum Jahresende wurden Globale Minderausgaben in Höhe von 17 TEUR berücksichtigt.

Investive Ausgaben

Im Berichtszeitraum wurde der Planwert um TEUR 14 TEUR unterschritten.

Das voraussichtliche HH-Soll wurde gegenüber dem voraussichtlichen IST um 2 TEUR unterschritten.

Nach Abrechnung des Produktplanhaushaltes wurden als Rücklage (2 TEUR) angemeldet.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo wurde zum Jahresende um 413 TEUR unterschritten.

Die Globalen Minderausgaben i.H. von 17 TEUR wurden in der PGr. 04.01.01 erbracht.

Einhaltung Budget

Zum Jahresende errechnet sich eine Unterschreitung in Höhe von 432 TEUR.

Die veranschlagten Einnahmen wurden erreicht.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung:
Das Jahresergebnis 2024 des Produktplans 05 weist im Saldo eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe von 0,502 Mio. € aus. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

Konsumtive Mehreinnahmen	+0,007 Mio. €
Personalminderausgaben	+0,285 Mio. €
Konsumtive Minderausgaben	+0,206 Mio. €
Investive Minderausgaben	+0,004 Mio. €
Gesamt	+0,502 Mio. €

Positives mit +
Negatives mit -

Konsumtive Minderausgaben:
Die Minderausgaben entstehen insbesondere aufgrund von Instandsetzungsbedarfen, die wegen mangelnder Verfügbarkeit von Fachfirmen nicht ausgeführt werden konnten.

Im Rahmen des Jahresabschlusses hat das Ressort eine Resteübertragung bei den konsumtiven Ausgaben in Höhe von 0,080 Mio. € sowie eine investive Rücklagenzuführung in Höhe von 0,028 Mio. € beantragt.

Finanzierungssaldo:
Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen (0,064 Mio. €) um 0,423 Mio. € unterschritten.

Einhaltung Budget:
Das Budget wird um rd. 0,502 Mio. € unterschritten. Darin sind Reste aus 2023 (0,080 Mio. €) enthalten.

PERSONALDATEN

Es werden Personalminderausgaben in Höhe von rund 0,3 Mio. € ausgewiesen. Diese resultieren überwiegend aus einer Zielzahlunterschreitung in Höhe von jahresdurchschnittlich 3,8 VZE im Kernbereich sowie bei den Temporären Personalmitteln.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	342	232	110	47,47 %	335	335	342	7	232
Investive Einnahmen			0					0	
Entnahme Rücklage	0	0	0		0			0	0
budgetierte Einnahmen	342	232	110	47,47 %	335	335	342	7	232
Personalausgaben	1.914	2.134	-220	-10,30 %	2.199	2.199	1.914	-285	2.134
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.748	1.834	-85	-4,64 %	1.954	1.954	1.748	-206	1.834
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	24	60	-37	-60,72 %	56	28	24	-4	60
Zuführung Rücklage	28	0	28	∞ %	28	28	28	0	0
budgetierte Ausgaben	3.714	3.963	-248	-6,27 %	4.237	4.209	3.714	-495	3.963
Saldo	-3.372	-3.730	359	9,61 %	-3.902	-3.874	-3.372	502	-3.730

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	80
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	80
Allgemeine Budgetrücklage	386
Investive Budgetrücklage	59

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich				1.827	2.047	-220	1.827	2.047	-220
Temporäre Personalmittel				29	84	-55	29	84	-55
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				1.856	2.131	-275	1.856	2.131	-275
Refinanzierte				0	0	0	0	0	0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				58	68	-10	58	68	-10
Insgesamt				1.914	2.199	-284	1.914	2.199	-284
dar.: Beihilfe / Nachvers.				27	27	0	27	27	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich				22,9	26,4	-3,5	22,9	26,4	-3,5
Temporäre Personalmittel				0,8	1,0	-0,3	0,8	1,0	-0,3
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				23,7	27,4	-3,8	23,7	27,4	-3,8
Refinanzierte				0,0		0,0	0,0		0,0
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				23,7		23,7	23,7		23,7
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				23,7		23,7	23,7		23,7
nachr.: Abwesende				0,0		0,0	0,0		0,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	7,7	22,5	0,0
Beschäftigte über 55 Jahre	23,1	17,5	20,8
Frauenquote	50,0	50,0	50,0
Teilzeitquote	26,9	35,0	20,8
Schwerbehindertenquote	0,0	6,0	0,0

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Die konsumtiven Einnahmen lagen im Berichtszeitraum über dem Planwert.

Im Zuge der Haushaltsaufstellung 2024/25 wurde der Planwert mit Blick auf die voraussichtliche haushaltslose Zeit sehr vorsichtig geschätzt. Das Geschäft in den BgA Gästehaus und Veranstaltungsservice entwickelte sich aber besser als prognostiziert.

Personalausgaben

Die Personalausgaben lagen im Berichtszeitraum unter dem Planwert.

Diese Unterschreitung resultierte aus den unbesetzten vakanten Stellen (eine Stelle aus der Produktgruppe 05.01.01 und zwei Stellen aus der Produktgruppe 05.90.01).

Eine Nachbesetzung in der Produktgruppe 05.90.01 wurde zum 01.10.2024 realisiert.

Die weiteren Nachbesetzungsmaßnahmen sind mit Blick auf die Integration der Landesvertretung in die Senatskanzlei in Prüfung.

Die zentral verfügte Mittelzuweisung zum Inflationsausgleich sowie der Tarif- und Besoldungsanpassung 2024 wurde in Höhe von rund 131 Tsd. Euro berücksichtigt.

Die zu erbringende globale Minderausgabe in Höhe von 65 Tsd. Euro wurde im Personalhaushalt geleistet.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben lagen im Berichtszeitraum unter dem Planwert.

Grund hierfür sind offene Maßnahmen aus 2023 und die im Jahr festgestellten Instandsetzungsbedarfe, die wegen mangelnder Verfügbarkeit von Fachfirmen nicht ausgeführt werden konnten.

Konsumtive Mittel aus dem PPL 05 in Höhe von 25 Tsd. Euro wurden außerplanmäßig zur Deckung von IKT-Mehrkosten im PPL 96 durch Mittelverlagerung eingesetzt.

Zur Auflösung unabweisbarer dezentraler Budget- und Liquiditätsrisiken 2024 wurde ein Kürzungsbetrag aus dem konsumtiven Haushalt des PPL 05 in Höhe von 37 Tsd. Euro geleistet.

Investive Ausgaben

Die investiven Ausgaben lagen im Berichtszeitraum unter dem Planwert.

Grund hierfür sind die Beschränkungen in der haushaltslosen Zeit, die nach Beendigung der Phase nicht bis zum Jahresende aufgeholt werden konnten, u. a. angesichts der fehlenden Angebote von Fachfirmen.

Nach einer Videoüberprüfung der Rohrleitungen im Sanitärbereich der gesamten Liegenschaft (Gästehaus und Hauptgebäude) ist voraussichtlich mittelfristig ein umfangreicher Sanierungsbedarf festgestellt worden. Sanierungsplanungen für die kommenden Haushaltsperioden sind zu erstellen. Auf dieser Grundlage sind Finanzmittel einzuwerben, da die verfügbaren Haushaltsmittel voraussichtlich nicht ausreichen werden. Die damit verbundenen Umsetzungsmaßnahmen sollen erst nach der Bundesratspräsidentschaft erfolgen.

Zur Auflösung unabweisbarer dezentraler Budget- und Liquiditätsrisiken 2024 ist ein Kürzungsbetrag aus dem investiven Haushalt des PPL 05 in Höhe von 4 Tsd. Euro erbracht worden.

Um die bei den konsumtiven Ausgaben dargestellten voraussichtlichen Risiken im kommenden Haushaltsjahr finanziell zu minimieren, ist die Bildung investiver Rücklagen aus den vorhandenen Restmitteln notwendig.

Zuführung Rücklage

Die Bildung investiver Rücklagen aus den vorhandenen Restmitteln in Höhe von 28 Tsd. Euro ist berücksichtigt.

PPL: 05 Bundesangelegenheiten
Version: 01-14/24 21.08.25
Verantw.: Dr. Joachim

Einhaltung Finanzdaten: Land ●
Einhaltung Personaldaten: Land ●
Einhaltung strategische Ziele: Land ●

Finanzierungssaldo

Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wurde unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen um ca. 423 Tsd. Euro unterschritten (insbesondere 125 Tsd. Euro Inflationsausgleich und Tarif-/Besoldungsanpassung 2024 aus PPL 92, 5 Tsd. Euro temporäre Personalmittel, 41 Tsd. Deckung dezentraler Budget- und Liquiditätsrisiken, 25 Tsd. Deckung der IKT-Mehrkosten im PPL 96).

Einhaltung Budget

Das geplante Budget des PPL 05 hat sich zum Jahresende um rund 502 Tsd. Euro unterschritten. Darin sind noch Reste aus 2023 enthalten (80 Tsd. Euro).

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung:

Der PPL 06 prognostiziert zum Jahresende eine Budgetunterschreitung i. H. v. 1,103 Mio. €.

Diese Unterschreitung resultiert zu einem Großteil aus:

- konsumtiven Minderausgaben (0,565 Mio. €), die mit der noch nicht begonnenen Umstrukturierung der Dienststelle verbunden sind.
- Personalminderausgaben (0,463 Mio. €), die durch das Nichtwiederbesetzen freier Stellen entstanden sind. Die nicht verausgabten Personalausgaben wurden im Rahmen des Abschlusses vollständig zugunsten des Produktplan 92 "Allgemeine Finanzen" gestrichen.
- konsumtiven Mehreinnahmen (0,75 Mio. €), die durch die Verhängung von Bußgeldern erzielt wurden.

Finanzierungssaldo:

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen (0,217 Mio. €) um rd. 0,820 Mio. € unterschritten.

PERSONALDATEN

Es werden Personalminderausgaben in Höhe von fast 0,5 Mio. € ausgewiesen. Diese resultieren überwiegend aus einer Zielzahlunterschreitung in Höhe von jahresdurchschnittlich 5,6 VZE im Kernbereich.

LEISTUNGSDATEN

Die Kennzahlen zeigen nur geringfügige Abweichungen vom Planwert.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	95	0	95	∞ %	20	20	95	75	0
Investive Einnahmen			0					0	
Entnahme Rücklage	0	0	0		0			0	0
budgetierte Einnahmen	95	0	95	∞ %	20	20	95	75	0
Personalausgaben	1.785	2.030	-245	-12,07 %	2.248	2.248	1.785	-463	2.030
Sonst. konsumtive Ausgaben	221	504	-283	-56,12 %	785	786	221	-565	504
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	2	10	-8	-81,61 %	10	2	2	0	10
Zuführung Rücklage	8	0	8	∞ %	8	8	8	0	0
budgetierte Ausgaben	2.016	2.524	-508	-20,14 %	3.051	3.044	2.016	-1.028	2.524
Saldo	-1.921	-2.524	603	23,91 %	-3.031	-3.024	-1.921	1.103	-2.524

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	0	66	66	66
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	282
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	564
Allgemeine Budgetrücklage	3
Investive Budgetrücklage	77

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich				1.650	2.113	-463	1.650	2.113	-463
Temporäre Personalmittel				0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				1.650	2.113	-463	1.650	2.113	-463
Refinanzierte				0	0	0	0	0	0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				134	134	0	134	134	0
Insgesamt				1.785	2.248	-463	1.785	2.248	-463
dar.: Beihilfe / Nachvers.				134	134	0	134	134	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich				22,5	28,1	-5,6	22,5	28,1	-5,6
Temporäre Personalmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				22,5	28,1	-5,6	22,5	28,1	-5,6
Refinanzierte				0,0		0,0	0,0		0,0
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				22,5		22,5	22,5		22,5
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				22,5		22,5	22,5		22,5
nachr.: Abwesende				0,4		0,4	0,4		0,4

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	25,0	22,5	19,2
Beschäftigte über 55 Jahre	16,7	17,5	23,1
Frauenquote	58,3	50,0	61,5
Teilzeitquote	37,5	35,0	38,5
Schwerbehindertenquote	8,0	6,0	7,7

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: ● nicht gefährdet ▲ im Toleranzbereich ■ gefährdet

Sicherstellung der Ausstattung der LfDI "mit den personellen, technischen und finanziellen Ressourcen, Räumlichkeiten und Infrastrukturen, die sie benötigt, um ihre Aufgaben und Befugnisse effektiv wahrnehmen zu können" gemäß Art. 52 DSGVO und BremIFG

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301510(L) Anlassunabhängige Aufsichtstätigkeit [%]	10,66	5,00	5,66		5,00		
301511(L) Beschwerdebearbeitung [%]	63,74	70,00	-6,26		70,00		
301512(L) Erfüllung sonst. anlassbez. Aufgaben [%]	25,60	25,00	0,60		25,00		

301510(L):

Bei den anlassunabhängigen Aufsichtstätigkeiten handelt es sich um Tätigkeiten, die ohne eine konkrete vorherige Veranlassung, zum Beispiel durch eine Beschwerde, durchgeführt werden. Insbesondere der Zuwachs an Mitarbeitenden beim LfDI in den vergangenen Jahren nach dem Inkrafttreten der Datenschutzgrundverordnung hat mittlerweile dazu geführt, dass der Planwert eingehalten und sogar überschritten worden ist.

301511(L):

Der LfDI überwacht als Aufsichtsbehörde die Anwendung der Datenschutzgrundverordnung bei den öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen im Land Bremen. Zu den vordringlichen Aufgaben gehört die Bearbeitung von Beschwerden, die bei ihr eingereicht werden. Die Datenschutzgrundverordnung verpflichtet die Datenschutzaufsichtsbehörden, bei jedem festgestellten Verstoß über die Einleitung eines Verfahrens zur Festsetzung einer Geldbuße zu entscheiden. Die umfangreiche und fristgerechte Bearbeitung von Beschwerden hat daher ein herausragendes Gewicht bei der Aufgabenwahrnehmung des LfDI. Wie der Anteil der anlassunabhängigen Aufsichtstätigkeit ist auch der Anteil der anlassbezogenen Beschwerdebearbeitung an der Gesamttätigkeit angestiegen, was sehr erfreulich ist. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Anteil dem Planwert angenähert.

301512(L):

Bei der Erfüllung sonstiger anlassbezogener Aufgaben ist der Planwert fast erreicht worden, was im Vergleich zu den Vorjahren eine deutliche Verbesserung darstellt.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Bei den konsumtiven Einnahmen konnten im Haushaltsjahr 2024 insbesondere durch die Verhängung von Geldbußen ca. 95 Tsd. Euro vereinnahmt werden. Einnahmen waren für 2024 nicht veranschlagt worden. Die erzielten Einnahmen sind beim Vollzug des Haushalts 2024 teilweise zum Ausgleich der aus dem Produktplan 06 (Datenschutz und Informationsfreiheit) zu erbringenden Minderausgabe in Höhe von ca. 20 Tsd. Euro genutzt worden.

Personalausgaben

Im Jahr 2024 wurden für Personalausgaben ca. 1.785 Tsd. Euro und somit ca. 463 Tsd. Euro weniger als das abschließende HH-Soll, das 2.248 Tsd. Euro beträgt, verausgabt. Die Unterschreitung des HH-Solls ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass bisherige Bedienstete des LfDI die Behörde im abgelaufenen Jahr verließen und die freigewordenen Stellen noch nicht wiederbesetzt werden konnten. Die nicht verausgabten Mittel in Höhe von ca. 463 Tsd. Euro sind zugunsten des Produktplans 92 gestrichen worden.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben stieg der Mittelbedarf im Jahr 2024 im Vergleich zu den vorherigen Jahren an. Es wurden ca. 221 Tsd. Euro verausgabt. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass der LfDI im Frühjahr des Jahres Ausrichter der Sitzung der Konferenz der unabhängigen Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder war und die Zahl der notwendigen Dienstreisen der Mitarbeitenden des LfDI erheblich anstieg. Die dennoch entstandene Minderausgabe in Höhe von ca. 565 Tsd. Euro entstand insbesondere dadurch, dass größere Vorhaben, die mit der Umstrukturierung und Neuorganisation der Behörde verbunden sind, im abgelaufenen Jahr aufgrund unverschuldeter Umstände wie der späten Berufung des neuen Behördenleiters noch nicht begonnen werden konnten, wie der vorgesehenen Anmietung neuer Räumlichkeiten für die Dienststelle. Die verbliebenen Mittel sind in das Jahr 2025 übertragen worden.

Investive Ausgaben

Bei den investiven Ausgaben wurden 2024 ca. 2 Tsd. Euro verausgabt. Der hiermit verbundene Ausgabereist von ca. 8 Tsd. Euro ist auch bei diesen Ausgaben insbesondere dadurch entstanden, dass Vorhaben, die mit einem erheblichen Mittelbedarf verbunden sind und eine Investition darstellen, wie bauliche Maßnahmen oder die Beschaffung zusätzlich benötigter Geräte und Ausstattungen, im abgelaufenen Jahr nicht begonnen werden konnten. Der nicht verausgabte Betrag ist der investiven Budgetrücklage zugeführt worden.

Zuführung Rücklage

Die bei den investiven Ausgaben entstandene Minderausgabe in Höhe von ca. 8 Tsd. Euro ist der investiven Rücklage zugeführt worden, um Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Dienststelle stehen und im Jahr 2024 nicht durchgeführt werden konnten, hier bauliche Vorhaben sowie die Beschaffung zusätzlich benötigter Geräte und Ausstattungen, 2025 durchführen zu können.

Finanzierungssaldo

Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird um ca. 820 Tsd. Euro unterschritten.

Einhaltung Budget

Das Budget wird um ca. 1.103 Tsd. Euro unterschritten.

3.2 PERSONALDATEN

Personalvolumina

Die abschließende Beschäftigtenzahl im Dezember 2024 betrug 21,0 und im Durchschnitt der Monate Januar bis Dezember 2024 lag sie bei 22,5, während im Haushalt 2024 eine Beschäftigtenzielzahl von 28,1 mit einer entsprechenden Mittelausstattung vorgesehen war. Da im Laufe des Jahres freigewordene Stellen noch nicht wiederbesetzt werden konnten, wurde die Zielzahl erheblich unterschritten.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung Land:

Das Jahresergebnis 2024 des staatlichen Haushaltes weist im Saldo aus Haushaltsverbesserungen und –verschlechterungen eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe von 1,730 Mio. € aus. Diese resultiert wie folgt:

Konsumtive Mehreinnahmen	+0,253 Mio. €
Mehreinnahmen Verrechnungen	+0,017 Mio. €
Personalminderausgaben	+0,732 Mio. €
Konsumtive Minderausgaben	+0,396 Mio. €
Investive Minderausgaben	+0,317 Mio. €
Minderausgaben Verrechnungen	+0,015 Mio. €
Gesamt	+1,730 Mio. €

Positives mit +
Negatives mit –
Im Rahmen des Jahresabschlusses hat das Ressort eine Resteübertragung bei den konsumtiven Ausgaben in Höhe von 0,294 Mio. € sowie eine investive Rücklagenzuführung in Höhe von 0,311 Mio. € beantragt.

Finanzierungssaldo Land:

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen (20,860 Mio. €) um rd. 0,447 Mio. € unterschritten.

Die Differenz i. H. v. 1,233 Mio. € zwischen der Budgetunterschreitung und der Unterschreitung des Finanzierungssaldos wird laut Ressort mit übertragenen Haushaltsresten aus 2023 erläutert. Diese betragen rd. 0,971 Mio. €. Ergänzend ist die Entsperrung von 0,050 Mio.€ und die Rücklagenzuführung in Höhe von 0,311 Mio. € zu benennen.

PERSONALDATEN

Es werden Personalminderausgaben in Höhe von rund 0,7 Mio. € ausgewiesen. Der Produktplan 07 hat jedoch nach entsprechenden HaFA-Beschlüssen fast 2,7 Mio. € aus Globalmitteln des Produktplans 92 bzw. aus Mehreinnahmen des Produktplans 11 zur Finanzierung der Personalkosten aus der Intensivierung der Gewinnabschöpfung und der so genannten Encrochat-Verfahren bekommen. Ferner ist 1,0 Mio. € aus städtischen Personalminderausgaben per Ringtausch mit dem Produktplan 92 zur Deckung von Personalmehrausgaben im Land verwendet worden.

LEISTUNGSDATEN

Leistungsdaten Land:

Anzahl der Verkehrsunfälle gesamt: Nach Anpassung des fehlerhaften Planwertes auf korrekterweise 22.250 ergibt sich eine Plan-Ist-Abweichung von nur 4%.

Anzahl strafrechtlicher Ermittlungsverfahren: Auch nach Anpassung des fehlerhaften Planwertes auf korrekterweise 88.000 liegt die Anzahl der straf. Ermittlungsverfahren rd. 20 % über dem Planwert, was laut Ressort auf eine vermehrte Abarbeitung von Rückständen in der Kriminalitätssachbearbeitung und auf einen starken Zuwachs an Fällen der Massenkriminalität in den Jahren 2023 und 2024 zurückzuführen ist.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	17.106	13.328	3.778	28,35 %	16.853	16.853	17.106	253	13.328
Investive Einnahmen	307	0	307	∞ %	307	307	307	0	0
Entnahme Rücklage	1.445	0	1.445	∞ %	1.445	1.445	1.445	0	0
budgetierte Einnahmen	23.891	17.907	5.984	33,42 %	23.622	23.622	23.892	270	17.907
Personalausgaben	204.764	184.414	20.350	11,03 %	205.496	205.496	204.764	-732	184.414
Sonst. konsumtive Ausgaben	37.441	33.929	3.512	10,35 %	37.838	37.838	37.442	-396	33.929
Zinsausgaben	0	0	0		0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	5.484	5.807	-323	-5,56 %	5.801	5.801	5.484	-317	5.807
Zuführung Rücklage	311	0	311	∞ %	311	311	311	0	0
budgetierte Ausgaben	305.683	279.287	26.397	9,45 %	307.145	307.145	305.685	-1.460	279.287
Saldo	-281.792	-261.379	-20.413	-7,81 %	-283.523	-283.523	-281.793	1.730	-261.379

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	1.030	174	5.050	5.050	5.050
investiv	0	4.115	1.000	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	971
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	294
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	488
Verlustvortrag	1.189


PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich				179.873	180.193	-320	179.873	180.193	-320
Temporäre Personalmittel				1.561	1.672	-111	1.561	1.672	-111
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				2.832	2.832	0	2.832	2.832	0
Zwischensumme				184.266	184.697	-431	184.266	184.697	-431
Refinanzierte				2.325	2.494	-168	2.325	2.494	-168
Ausbildung				10.267	10.267	0	10.267	10.267	0
Nebentitel				8.032	8.038	-6	8.032	8.038	-6
Insgesamt				204.891	205.496	-605	204.891	205.496	-605
dar.: Beihilfe / Nachvers.				7.997	7.998	-0	7.997	7.998	-0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich				2.909,4	2.978,6	-69,2	2.909,4	2.978,6	-69,2
Temporäre Personalmittel				23,9	21,7	2,2	23,9	21,7	2,2
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				40,8	38,0	2,8	40,8	38,0	2,8
Zwischensumme				2.974,0	3.038,2	-64,2	2.974,0	3.038,2	-64,2
Refinanzierte				35,2		35,2	35,2		35,2
Ausbildung				504,6	501,8	2,8	504,6	501,8	2,8
Insgesamt				3.513,9		3.513,9	3.513,9		3.513,9
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,1		0,1	0,1		0,1
Summe eingesetztes Personal				3.513,9		3.513,9	3.513,9		3.513,9
nachr.: Abwesende				101,8		101,8	101,8		101,8

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	25,4	22,5	26,1
Beschäftigte über 55 Jahre	19,0	17,5	18,1
Frauenquote	34,0	50,0	34,4
Teilzeitquote	17,2	35,0	19,0
Schwerbehindertenquote	3,6	6,0	2,2

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung:  nicht gefährdet  im Toleranzbereich  gefährdet

Kriminalitätsbekämpfung



	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300596(L) Anzahl straf. Ermittlungsverf. -gesamt- [Anz.]	105.384	80.000	25.384	32 %	80.000		

300596(L):

Anmerkung: Es ist zu beachten, dass der Planwert aufgrund eines technischen Problems fehlerhaft angegeben wurde und der korrekte Planwert 88.000 beträgt, wodurch sich eine Abweichung von 20% ergibt.

Der Anstieg resultiert aus dem intensivierten Abbau von Bearbeitungsrückständen und einem starken Zuwachs an Fällen der Massenkriminalität in den Jahren 2023 und 2024, die der Bearbeitung im Rahmen von konzertierten Aktionen zugeführt wurden.

Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung



	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
VUGES(L) Anz. der Verkehrsunfälle gesamt [Anz.]	21.271	24.000	-2.729	-11 %	24.000		
300078(L) Erreichen des 8-Minuten-Standards [%]	85,57	80,00	5,57		80,00		

VUGES(L) :

Anmerkung: Es ist zu beachten, dass der Planwert aufgrund eines technischen Problems fehlerhaft angegeben wurde und der korrekte Planwert 22.250 beträgt, wodurch sich eine Abweichung von nur 4% ergibt.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Personalausgaben

Der PPL 07 LAND schließt die Periode 14/2024 mit Personalminderausgaben in Höhe von insgesamt -732 T€ ab. Die in 2024 unterjährigen Überschreitungen einzelner Personalausgabehaushaltsstellen konnten im Rahmen des produktplaninternen Lösungskonzeptes ausgeglichen werden.

Die Minderausgaben teilen sich auf die verschiedenen Produktbereiche wie folgt auf:

Produktbereich	Ergebnis (in T€)
07.01 (Polizei)	-666
07.04 (Statisches Landesamt)	-9
07.90 (Sonstiges Inneres)	-57
Ergebnis LAND	-732

Der Bereich 07.01 (Polizei) konnte im Rahmen des produktplaninternen Lösungskonzeptes innerhalb des Produktbereichs sowie durch zentrale Mittel aus dem PPL92 im Ringtausch gegen Personalminderausgaben des PPL07 Inneres Stadt ausgeglichen werden. Die unterjährig prognostizierte Budgetüberschreitung im Produktbereich 07.01 trotz Zielzahleinhaltung auf Bereichsebene ist zum einen dadurch begründet, dass im kostenintensiveren Nichtvollzug (Tarifangestellte) ein deutlicher Zuwachs in der Prognose eine starke Budgetüberschreitung in der Produktgruppe 07.01.04 bedingt hat, die durch die Unterschreitung im Vollzug nicht kompensiert werden konnte.

Zum anderen wurden im Bereich der neuen luK-Tarifmerkmale durch die Polizei Bremen rund 60 Anträge auf Neubewertung vorgelegt. In 46 Fällen wurde eine höhere Wertigkeit festgestellt. Die Ansprüche bestehen seit In-Kraft-Setzung 01/2021, so dass teilweise für 3 Jahre rückwirkend die höhere Eingruppierung zu zahlen war. In diesem Zusammenhang sind Mehrkosten in Höhe von insgesamt 462 T€ entstanden.

Finanzierungssaldo

In die Berechnung des Finanzierungssaldos fließen folgende produktplanübergreifende Nachbewilligungen / Einsparungen ein:

Von PPL 92 für Heilfürsorge und Beihilfe	573 T€
Von PPL 11 und 92 für Gewinnabschöpfung Personal	1.197 T€
Von PPL 92 für Gewinnabschöpfung Konsumtiv	194 T€
Von PPL 92 für Encrochat Personal	1.450 T€
Von PPL 92 für Encrochat Konsumtiv	253 T€
An PPL 92 für Ausgleich Azubis	-212 T€
Von PPL 92 für Ausgleich Dienstleistungen Performa	331 T€
Von PPL 92 für Temp. Personalmittel Europawahl	650 T€
Von PPL 92 für Whistleblower	83 T€
An PPL 96 für IT-Mehrausgaben	-180 T€
Von PPL 92 für Anwärterbezüge Beamte	588 T€
Von PPL 92 für Kostenerstattung Personalausgaben Polizei	115 T€
Von PPL 92 für Tarif- und Besoldungserhöhung 2024	14.985 T€
Von PPL 92 für Zuschuss Bremerhaven	914 T€
Von PPL 92 für Verstärkungsmittel Bürgerservice	16 T€
An PPL 96 für Lösungskonzept IT-Mehrbedarfe	-980 T€
An PPL 92 für Verbeamtungseffekte 2024	-129 T€
An PPL 92 für Unabweisbare Risiken	-311 T€
Von PPL 92 für Personal Brhv.	322 T€
Von PPL 92 für Personal Nichtvollzug	1.000 T€
Summe	20.860 T€

Unter Berücksichtigung dieser produktplanübergreifenden Verlagerungen wird der Finanzierungssaldo auf Basis der vorliegenden Zahlen um 757 T€ unterschritten.

Die Abweichung zwischen dem Finanzierungssaldo und der Einhaltung des Budgets resultiert aus Resten, die im Rahmen des vorherigen Jahresabschlusses von 2023 nach 2024 übertragen wurden sowie der Rücklagenzuführung im Rahmen des kameraleen Jahresabschlusses 2024.

PPL: 07 Inneres
Version: 01-14/24 21.08.25
Verantw.: Bull

Einhaltung Finanzdaten: Land ●
Einhaltung Personaldaten: Land ●
Einhaltung strategische Ziele: Land ●

Einhaltung Budget

Mit Abschluss des 14. Monats wird das Budget um 1.730 T€ unterschritten. Die Unterschreitung ergibt sich vorwiegend aus geringfügigen konsumtiven Mehreinnahmen von 250 T€, Personalminderausgaben von 730 T€ sowie konsumtiven und investiven Resten und Minderausgaben u.a. aus der EU- und Bundestagswahl sowie dem Zensus von insgesamt rund 660 T€.

Im Rahmen des kameralen Jahresabschlusses 2024 (Senatsbeschluss vom 25.02.2025) werden 294 T€ konsumtive Reste nach 2025 übertragen sowie 311 T€ der investiven Rücklage zugeführt.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Das Ressort weist zum Jahresende 2024 eine Budgetunterschreitung i.H.v. rd. 34 Tsd. € aus. Dies setzt sich u.a. zusammen aus:

- Minderausgaben bei den Personalausgaben i. H. v. 85 Tsd. €
- Konsumtive Mehrausgaben i. H. v. 65 Tsd. €

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen (rd. 59 Tsd. €) um rd. 34 Tsd. € überschritten. Unter Berücksichtigung der im Zuge der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2024 vorgenommenen Rücklagenzuführung beträgt die Überschreitung rd. 78 Tsd. €.

PERSONALDATEN

Das Ressort weist einen nahezu ausgeglichenen Personalhaushalt mit geringen Personalminderausgaben aus.

LEISTUNGSDATEN

Insgesamt wurden die strategischen Ziele und Kennzahlen des Produktplans laut Ressorteinschätzung eingehalten und z.T. auch positiv überschritten.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	280	9	271	2.961,08 %	318	382	280	-102	9
Investive Einnahmen			0					0	
Entnahme Rücklage	0	0	0		0			0	0
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	452	452	0	0,00 %	517	452	452	0	452
-Land, Stadtgem. u. intern	392	392	0	0,00 %	457	392	392	0	392
- von Bremerhaven	60	60	0	0,00 %	60	60	60	0	60
Globale Mehr-/Mindereinnahmen			0					0	
budgetierte Einnahmen	733	462	271	58,69 %	835	834	732	-102	462
Personalausgaben	1.416	1.338	78	5,79 %	1.501	1.501	1.416	-85	1.338
Sonst. konsumtive Ausgaben	716	445	271	60,75 %	651	651	716	65	445
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	4	4	-0	-4,36 %	48	4	0	-4	4
Zuführung Rücklage	44	0	44	∞ %	44			0	0
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	0	0	0		0			0	0
- Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0		0			0	0
- an Bremerhaven			0					0	
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	-19	19	100,00 %	0	0	0	0	-19
budgetierte Ausgaben	2.180	1.769	412	23,28 %	2.245	2.156	2.132	-24	1.769
Saldo	-1.448	-1.307	-141	-10,77 %	-1.411	-1.322	-1.400	-78	-1.307

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	6	12	169	169	169
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	0
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	0
Allgemeine Budgetrücklage	153
Investive Budgetrücklage	46

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				1.358	1.380	-22	1.358	1.380	-22
Temporäre Personalmittel				0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				1.358	1.380	-22	1.358	1.380	-22
Refinanzierte				42	102	-60	42	102	-60
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				16	19	-3	16	19	-3
Insgesamt				1.416	1.501	-85	1.416	1.501	-85
dar.: Beihilfe / Nachvers.				16	16	0	16	16	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				17,0	16,7	0,2	17,0	16,7	0,2
Temporäre Personalmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				17,0	16,7	0,2	17,0	16,7	0,2
Refinanzierte				0,5		0,5	0,5		0,5
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				17,5		17,5	17,5		17,5
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				17,5		17,5	17,5		17,5
nachr.: Abwesende				0,0		0,0	0,0		0,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	4,8	22,5	5,3
Beschäftigte über 55 Jahre	19,1	17,5	21,1
Frauenquote	95,2	50,0	94,7
Teilzeitquote	66,7	35,0	68,4
Schwerbehindertenquote	4,8	6,0	5,0

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung:  nicht gefährdet  im Toleranzbereich  gefährdet

Die ZGF arbeitet im Schwerpunkt zu den Themen Gewalt (Umsetzung der Istanbul-Konvention), Arbeitsmarkt u. Wirtschaft, Wissenschaft, Gesundheit, Berufsorientierung u. Mädchenarbeit und Digitalisierung. 


	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301559(L) Leitung von Arbeitskreisen [Anz.]	34	13	21	165 %	13		
301560(L) Vorträge und Fortbildungen [Anz.]	30	30	0	0 %	30		

Die ZGF nimmt Stellung zu Senatsvorhaben, prüft die Umsetzung von Beschlüssen und Empfehlungen. 

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301557(L) Anfragen von Behörden und Institutionen [Anz.]	121	28	93	332 %	28		

Die ZGF schärft die Wahrnehmung für Geschlechtergerechtigkeit und schafft Raum für neue Denkansätze. Sie setzt zentrale Impulse und informiert über gleichstellungsrelevante Themen. 

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
VERAN3(L) Veranstaltungen [Anz.]	59	2	57	2.850 %	2		
VERÖF1(L) Veröffentlichungen [Anz.]	39	24	15	63 %	24		

Die ZGF steht anderen Behörden und Organisationen beratend und unterstützend mit ihrer Expertise zur Seite. 

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301556(L) Allgemeine Anfragen [Anz.]	110	210	-100	-48 %	210		

Die ZGF unterstützt die Frauenbeauftragten und die Dienststellen der Freien Hansestadt Bremen (FHB) sowie die Frauenbeauftragten in den Mehrheitsgesellschaften bei der Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG). 

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301709(L) Veranstaltungen/Fortbildungen [Anz.]	12	5	7	140 %	5		
301710(L) Anfragen [Anz.]	106	120	-14	-12 %	120		
301711(L) Veröffentlichungen (LGG) [Anz.]	1	1	0	0 %	1		

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Das HH-Soll bei den konsumtiven Einnahmen beträgt 382 Tsd. EUR. Im IST stehen 280 Tsd. EUR. Erwartete Einnahmen aus Zuwendungsbescheiden des ESF sind nicht im HH-Jahr 2024 nicht eingegangen. Daher sind die konsumtiven Einnahmen deutlich geringer ausgefallen als erwartet.

Verrechnungen / Erstattungen (Einn.)

Die veranschlagten Einnahmen aus Verrechnungen für die Wahrnehmung von Aufgaben für die Stadtgemeinde Bremen sowie für die Wahrnehmung von Aufgaben für Bremerhaven sind in voller Höhe eingegangen.

Personalausgaben

Zum Jahresabschluss steht bei den Personalausgaben ein HH-Soll i.H.v. 1501 Tsd. Euro einem HH-IST von 1416 Euro gegenüber. Darin enthalten sind eine Nachbewilligung i.H.v. 68.600 Euro von SF für den Ausgleich der Tarifsteigerungen sowie ein Umbuchung von Personalmitteln für eine Refi-Stelle.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Bei den konsumtiven Ausgaben schlagen sich die ausgebliebenen Einnahmen aus den ESF-Förderungen nieder. Während im HH-Soll mit 651 Tsd. Euro abgeschlossen wird, liegt das HH-IST mit 716 Tsd. Euro deutlich darüber.

Finanzierungssaldo

Die saldierten Ausgaben im IST belaufen sich auf rd. 2.132 Tsd.. Im HH-Soll stehen 2.200 Euro. Die überschüssigen investiven Mittel i.H.v. rund 48 Tsd. Euro wurden in die Budgetrücklage für 2025 gegeben.

Einhaltung Budget

Das Budget wird im Landeshaushalt überschritten. Das HH-Soll beläuft sich im Saldo auf rd. 1.366 Tsd. €. Diesem steht ein IST von rd. 1.400 Tsd. € gegenüber. Die Budgetüberschreitung ist auf nicht erzielte erwartete Einnahmen zurückzuführen. Der Ausgleich erfolgte über den PPL 51.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung Land

Das Gesamtbudget wurde unterschritten. Dies resultiert aus Personalminderausgaben sowie konsumtiven Minderausgaben. Zum Jahresende wird das Budget eingehalten und der Finanzierungssaldo um 0,002 Mio. € unterschritten.

Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben liegen zum Jahresende ca. 1.000 € unter dem Haushaltssoll. Die Minderausgabe resultiert aus Haushaltsresten des Vorjahres.

Die Personalausgaben weisen zum Haushaltssoll eine Minderausgabe i.H.v. rd. 2 Tsd. Euro aus. Aufgrund von Rundungsdifferenzen wird die tatsächliche Differenz in Höhe von 2.782,19 Euro von SAP mit lediglich 2 Tsd. Euro ausgewiesen.

PERSONALDATEN

Das Ressort weist einen nahezu ausgeglichenen Personalhaushalt mit geringen Personalminderausgaben aus.

LEISTUNGSDATEN

Anzahl Verfahren:

Es sind 3 Verfahren eingegangen. Der Planwert (6 Verfahren) wurde nicht erreicht. Die Anzahl der Verfahren sowie der Zeitpunkt des Eingangs der Verfahren sind nicht steuerbar.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	0	0	0		0	0	0	0	0
Investive Einnahmen			0					0	
Entnahme Rücklage	0	0	0		0	0	0	0	0
budgetierte Einnahmen	0	0	0		0	0	0	0	0
Personalausgaben	40	43	-3	-7,15 %	42	42	40	-2	43
Sonst. konsumtive Ausgaben	11	10	1	8,88 %	12	12	11	-1	10
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben			0					0	
Zuführung Rücklage	0	0	0		0	0	0	0	0
budgetierte Ausgaben	51	53	-2	-3,51 %	55	54	51	-3	53
Saldo	-51	-53	2	3,51 %	-55	-54	-51	3	-53

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	2
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	1
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	0

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich				0	0	0	0	0	0
Temporäre Personalmittel				0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				0	0	0	0	0	0
Refinanzierte				0	0	0	0	0	0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				40	42	-3	40	42	-3
Insgesamt				40	42	-3	40	42	-3
dar.: Beihilfe / Nachvers.				0	0	0	0	0	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Temporäre Personalmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Refinanzierte				0,0		0,0	0,0		0,0
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Abwesende				0,0		0,0	0,0		0,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten		%	
Beschäftigte bis 35 Jahre			
Beschäftigte über 55 Jahre			
Frauenquote			
Teilzeitquote			
Schwerbehindertenquote			

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: ● nicht gefährdet ▲ im Toleranzbereich ■ gefährdet

Wahrnehmung der unter Kurzbeschreibung beschriebenen Aufgabe

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
VERFAH(L) Anzahl Verfahren [Anz.]	3	6	-3	-50 %	6		

VERFAH(L):

Es sind 3 Verfahren anhängig geworden.

Der Planwert (6 Verfahren) wurde nicht eingehalten.

Die Anzahl der Verfahren sowie der Zeitpunkt des Eingangs der Verfahren sind nicht steuerbar.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Personalausgaben

Die Personalausgaben weisen zum Haushaltssoll eine Minderausgabe i. H. v. rd. 3 Tsd. Euro (bzw. 2.782, 19 Euro) sowie zum Anschlag eine Minderausgabe i. H. v. rd. 3 Tsd. Euro (bzw. 3.052,19 Euro) aus.

Dies resultiert aus der nur teilweise erforderlichen Heranziehung von Ersatzmitgliedern des Staatsgerichtshofs. (Bei anhängigen Verfahren müssen gelegentlich auch Ersatzmitglieder tätig werden, die dann eine Aufwandsentschädigung erhalten.)

Des Weiteren wurde eine produktplaninterne Verlagerung in Höhe von 270 Euro vorgenommen, um die Globalen Minderausgaben aufzulösen.

Die Minderausgaben i. H. v. 2.782,19 Euro wurden in den Produktplan 92 „Allgemeine Finanzen“ verlagert.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben weisen zum Haushaltssoll eine Minderausgabe i. H. v. rd. 1 Tsd. Euro (bzw. 772,15 Euro) und zum Anschlag eine Mehrausgabe i. H. v. rd. 1 Tsd. Euro (bzw. 926,71 Euro) aus.

Die Minderausgabe resultiert aus Haushaltsresten des Vorjahres. Die Mehrausgabe ist vor allem auf die Reisekosten der Mitglieder des Staatsgerichtshofs zurückzuführen.

Im Rahmen der Abrechnung des Produktplanhaushaltes 2024 wurde eine Übertragung der Ausgabenreste i. H. v. rd. 1 Tsd. Euro (bzw. 772,15 Euro) beantragt.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo wurde eingehalten.

Einhaltung Budget

Das Gesamtbudget wurde unterschritten. Dies resultiert aus Personalminderausgaben sowie konsumtiven Minderausgaben. Darin sind Ausgabenreste (aus dem Jahr 2023) i. H. v. 772,15 Euro enthalten.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Zum Jahresende wird das Budget um 3,17 Mio. € unterschritten.

Diese Unterschreitung ergibt sich wie folgt:

in Mio. € Budgeteinhaltung Land

-0,91 Konsumtive Mindereinnahmen

0,05 Rücklagenentnahme

1,08 Personalminderausgaben (enthalten sind 0,24 Mio. € an Resten)

2,95 Konsumtive Minderausgaben (enthalten sind 1,9 Mio. € an Resten)

3,17 Gesamt

Die Budgetunterschreitung resultiert aus Personalminderausgaben sowie konsumtiven Minderausgaben. Gegenüberstehen die konsumtiven Mindereinnahmen.

Im Haushalt des Landes ergibt sich zum Jahresende unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen i.H.v. knapp 14 Mio. € eine Unterschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos in Höhe von 1,035 Mio. €. Dies entspricht etwa den Angaben des Ressorts mit 1,038 Mio. €. Somit ergibt sich im Vergleich zur Vorjahresberichterstattung 1-14/2023 eine Verschlechterung in Höhe von 1.779 Mio. €, da hier die Budgetunterschreitung noch 4,952 Mio. € betrug.

Konsumtive Einnahmen/Mehreinnahmen:

Einnahmeprognosen sind schwer zu erstellen, da die Einnahmen durch die Geschäftsentwicklung bestimmt werden und somit nicht steuerbar sind.

Im Jahresergebnis sind konsumtive Ist-Einnahmen von rd. 48,7 Mio. € erzielt worden, welche den Planwert um rd. 1,4 Mio. € übertreffen.

Die Einnahmen ohne Vermögensabschöpfung liegen bei rund 47,5 Mio. €. Im Jahresergebnis konnten Einnahmen aus der Vermögensabschöpfung in Höhe von rund 1,207 Mio. € generiert werden. Diese Einnahmen stehen lt. Controllingbereich nach den geltenden Beschlussfassungen für einen Ausgleich des Ressortbudgets nur hinsichtlich bestimmter Mehrausgaben zur Verfügung und sind mit dem Innenressort zu teilen. Eine Budgetverlagerung hinsichtlich des anteiligen Betrages in Höhe von 0,841 Mio. € wurde entsprechend berücksichtigt.

Investive Einnahmen

Dargestellt sind die investiven Mehreinnahmen (rd. 3 Mio. €) aus Erlösen aus dem Verkauf beweglicher Gegenstände in der Justizvollzugsanstalt.

Sonst. Konsumtive Ausgaben:

Im Jahresergebnis sind konsumtive Ausgaben in Höhe von insgesamt 65,874 Mio. € festzustellen. Im Vorjahresvergleich (ISTWert: 62,778 Mio. €) entspricht dieses einer Kostensteigerung von rund 4,7 Mio. €. Das Ergebnis ist letztlich doch geringer ausgefallen, als im Rahmen der unterjährigen Controllingberichte prognostiziert.

Insgesamt werden rund 2,946 Mio. € als Minderausgaben ausgewiesen, hierbei handelt es sich jedoch in Höhe von 1,898 Mio. € um nicht liquide Haushaltsreste. Von den Ist-Ausgaben entfällt ein Großteil auf die Auslagen in Rechtssachen.

Das Jahresergebnis liegt mit 65,874 Mio. € deutlich über den Vorjahresergebnissen 2023. Auf weitere zu erwartende Kostensteigerungen - insbesondere im Bereich der Auslagen in Rechtssachen - hat das Ressort im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2026/27 bereits hingewiesen

Investive Ausgaben:

Im Berichtszeitraum werden investive Ausgaben in Höhe von 1,116 Mio. € ausgewiesen, es ergibt sich mithin eine Ist-Planwert Abweichung von 0,423 Mio. €.

Ein vollständiger Mittelabfluss konnte u.a. aufgrund von Bewirtschaftungsmaßnahmen nicht erreicht werden. Ein Betrag in Höhe von 0,418 Mio. EUR soll der investiven Budgetrücklage zugeführt werden.

Entnahme Rücklage

Die Rücklagenentnahmen des Ressorts werden zentral in der PGR 11.90.01 (Zentrale Dienste) dargestellt. Der Planwert in Höhe von 1,814 Mio. € wurde um rd. 85,14 % überstritten und beträgt im Ist 3,359 Mio. €. Die Entnahme diente der Deckung von konsumtiven Mehrbedarfen, insbesondere im Bereich der Auslagen in Rechtssachen. Weitere Beträge fielen an für investive Mehrausgaben der Generalstaatsanwaltschaft und Personalmehrausgaben.

PERSONALDATEN

Es werden Personalminderausgaben in Höhe von rund 1,1 Mio. € ausgewiesen. Der Produktplan 11 hat jedoch nach entsprechenden HaFA-Beschlüssen fast 3,6 Mio. € aus Globalmitteln des Produktplans 92 bzw. aus Mehreinnahmen des Produktplans 11 zur Finanzierung der Personalkosten aus der Intensivierung der Gewinnabschöpfung, der so genannten Encrochat-Verfahren sowie der so genannten Greensill- und Convivo-Verfahren bekommen. Ferner wurden Personalmehrausgaben aufgrund der Auswirkungen der BAG-Rechtsprechung in Höhe von 2,2 Mio. € aus zentralen Mitteln des Produktplans 92 ausgeglichen. Des Weiteren hat das Justizressort 0,8 Mio. € aus der ressorteigenen Budgetrücklage zur Finanzierung von Personalmehrbedarfen entnommen.

LEISTUNGSDATEN

Amtsgerichte Strafsachen (Erledigungen):

Die Zielerreichung der Ahndung von Straftaten und die Durchsetzung des Strafanspruches des Staates zum Schutz der Allgemeinheit durch Rechtsprechung in Strafsachen der Amtsgerichte ist nach den Berichten der Amtsgerichte nicht gefährdet. Die Erledigungen liegen mit +5% über den Planwerten. Ein Bestandsabbau war somit nicht möglich.

Landgericht Strafsachen (Erledigungen):

Die Anzahl der Erledigungen liegt deutlich über dem Planwert (25 %). Gemäß Mitteilung des Landgerichts konnten die weit über den Erledigungen liegenden gestiegenen Eingangszahlen durch eine ebenfalls deutlich über den Erwartungen liegenden Erledigungszahl kompensiert werden. Auf die hohe Anzahl an Eingängen wurde durch die Steigerung der Produktivität durch das aktuelle Personal kompensiert werden.

Amtsgerichte Richter in Strafsachen (VZÄ):

Der Einsatz an Richter:innen wurde in den Amtsgerichten erhöht, es ergibt sich eine Ist-Planwert Abweichung von 2,67 VZÄ, bzw. 12 %.

Landgericht Richter in Strafsachen (VZÄ):

Im Berichtszeitraum erfolgte eine geringfügige Reduzierung des Personaleinsatzes in Höhe von -1,0 VZÄ, bzw. rund 3 %.

Landgericht Zivilsachen (Erledigungen):

Bei den Ist-Werten ergibt sich eine Ist-Planwert Abweichung in Höhe von +145 Verfahren, bzw. +6 %. Dies ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass die Zivilkammern im vergangenen Jahr sukzessive auf die Arbeit mit der eAkte umgestellt wurden, welches gerade in der Einführungsphase zu Effizienzverlusten geführt hat.

Amtsgerichte Zivil- und Familiensachen (Erledigungen):

Die Ist-Planwert-Abweichung des Berichtszeitraums mit +1% ist marginal.

Landgericht: Richter in Zivilsachen (VZÄ):

Die Ist-Planwert-Abweichung beträgt im Berichtszeitraum mit -5 % (0,82 VZÄ). Bestände wurden abgebaut.

Amtsgerichte Zivil- und Familiensachen (VZÄ):

Der Personaleinsatz wurde im Mittel um -4 % (1,12 VZÄ) gesenkt, dies entspricht der Verfahrensbelastung.

E-Justice:

Modernisierung und Digitalisierung/E-Akte

Das bremische Projekt leidet weiterhin unter verzögerten und fehlerbehafteten Produktzulieferungen. Das Ressort ist dennoch zuversichtlich, bei steigender Produktqualität das Ziel der flächendeckenden Einführung der e-Akte bis zum 01.01.2026 noch zu erreichen. Im Jahresergebnis konnten lediglich 113 Arbeitsplätze umgestellt werden, was eine Abweichung zum Planwert (239) in Höhe von -53% entspricht.

Verbesserung des Personalmarketings durch Steigerung des Bekanntheitsgrades der Justiz:

Die Aktivitäten im Personalmarketing wurden extrem ausgeweitet; die tatsächliche Anzahl an Veranstaltungen mit 12 übertrifft den Planwert von 5 damit um +140%.

Strafverfolgung

Staatsanwaltschaft (Erledigungen)

Die Ist-Planwert-Abweichung beträgt im Berichtszeitraum +2%. Diese Entwicklung korrespondiert mit den Eingängen, welche ebenfalls deutlich über den Planungen liegen. Von einer Zielerreichung ist auszugehen.

Staatsanwaltschaft: Staats- und Amtsanwält/innen (VZÄ)

In dem Berichtszeitraum liegt der Personaleinsatz um 5,39 VZÄ bzw. 7% über den Planungen. Zur Bewältigung der Greensill und EncroChat-Verfahren ist eine Personalaufstockung durch den Senat bewilligt worden. Die Sicherstellung einer angemessenen, an der Verfahrensbelastung ausgerichteten Personalausstattung ist nach dem Bericht der Staatsanwaltschaft gegeben. Die Zielerreichung ist im Jahresergebnis erfolgt.

Gewährleistung Strafvollzug

Belegung JVA (Auslastungsgrad)

Der Belegungsgrad der JVA beläuft sich im Jahresergebnis auf 95,45 % und übersteigt mit 4,66 % die Planung. Die Vollstreckung von Straf- und Untersuchungshaft konnte gewährleistet werden. Die Zielvorgabe ist laut JVA erreicht worden.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	48.680	47.341	1.339	2,83 %	49.590	49.588	48.678	-910	47.341
Investive Einnahmen	3	0	3	∞ %	0		3	3	0
Entnahme Rücklage	3.359	1.814	1.545	85,14 %	3.308	3.308	3.359	51	1.814
budgetierte Einnahmen	52.271	49.156	3.115	6,34 %	53.126	53.125	52.269	-856	49.156
Personalausgaben	109.288	92.971	16.317	17,55 %	110.369	110.369	109.290	-1.079	92.971
Sonst. konsumtive Ausgaben	65.875	66.186	-312	-0,47 %	68.823	68.820	65.874	-2.946	66.186
Zinsausgaben	0	0	0		0			0	0
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	1.117	1.539	-422	-27,43 %	1.540	1.120	1.116	-4	1.539
Zuführung Rücklage	418	0	418	∞ %	418	418	418	0	0
budgetierte Ausgaben	179.267	163.208	16.060	9,84 %	183.719	183.297	179.268	-4.029	163.208
Saldo	-126.996	-114.052	-12.944	-11,35 %	-130.592	-130.172	-126.999	3.173	-114.052

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	238	94	2.035	1.808	1.451
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	2.140
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	1.066
Allgemeine Budgetrücklage	2.798
Investive Budgetrücklage	424

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				93.277	93.280	-4	93.277	93.280	-4
Temporäre Personalmittel				0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				3.501	3.591	-91	3.501	3.591	-91
Zwischensumme				96.778	96.872	-94	96.778	96.872	-94
Refinanzierte				1.016	1.132	-115	1.016	1.132	-115
Ausbildung				4.177	4.177	0	4.177	4.177	0
Nebentitel				7.318	8.189	-871	7.318	8.189	-871
Insgesamt				109.288	110.369	-1.080	109.288	110.369	-1.080
dar.: Beihilfe / Nachvers.				4.368	4.368	0	4.368	4.368	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				1.421,1	1.421,7	-0,6	1.421,1	1.421,7	-0,6
Temporäre Personalmittel				0,4	0,0	0,4	0,4	0,0	0,4
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				52,6	55,5	-2,9	52,6	55,5	-2,9
Zwischensumme				1.474,2	1.477,2	-3,0	1.474,2	1.477,2	-3,0
Refinanzierte				13,4		13,4	13,4		13,4
Ausbildung				173,2	236,8	-63,6	173,2	236,8	-63,6
Insgesamt				1.660,8		1.660,8	1.660,8		1.660,8
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				1.660,8		1.660,8	1.660,8		1.660,8
nachr.: Abwesende				81,6		81,6	81,6		81,6

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	27,7	22,5	27,8
Beschäftigte über 55 Jahre	20,3	17,5	18,8
Frauenquote	63,5	50,0	63,6
Teilzeitquote	27,1	35,0	26,6
Schwerbehindertenquote	3,9	6,0	3,8

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung:  nicht gefährdet  im Toleranzbereich  gefährdet

Ahndung von Straftaten und Durchsetzung des Strafanspruchs des Staates zum Schutz der Allgemeinheit durch Rechtsprechung in Strafsachen; Sicherstellung einer angemessenen, an der Verfahrensbelastung ausgerichteten Personalausstattung

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300550(L) AGe: Strafsachen - Erledigungen [Anz.]	7.043	6.700	343	5 %	6.700		
ERLD22(L) Landgericht: Strafsachen (Erledigungen) [Anz.]	629	505	124	25 %	505		
300551(L) AGe: Richter in Strafsachen [VZÄ]	24,07	21,40	2,67	12 %	21,40		
P11024(L) Landgericht: Richter in Strafsachen [VZÄ]	31,50	32,50	-1,00	-3 %	32,50		

Zielbezug:

Amtsgerichte: Strafsachen (Erledigungen):

Die Ist-Planwert-Abweichungen bewegen sich im Jahresergebnis deutlich über den Planwerten. Im Bereich der Erledigungen ergibt sich eine absolute Abweichung von 343 Verfahren, dieses entspricht rund 5 %. Die Abweichungen beim AG Bremen betragen 7 %, beim AG Bremerhaven -2 %, sowie beim AG Blumenthal 7 %.

Gemäß den Berichten der Amtsgerichte ist das Ziel der Ahndung von Straftaten und die Durchsetzung des Strafanspruches des Staates zum Schutz der Allgemeinheit durch Rechtsprechung in Strafsachen der Amtsgerichte nicht gefährdet gewesen.

Landgericht Strafsachen (Erledigungen):

Die Erledigungen liegen im Jahresergebnis mit einer Ist-Planwert-Abweichung von 124 Verfahren, bzw. rund 25 % deutlich über den Erwartungen. Gemäß Mitteilung des Gerichts konnten die weit über den Erledigungen liegenden gestiegenen Eingangszahlen durch eine ebenfalls deutlich über den Erwartungen liegenden Erledigungszahl kompensiert werden.

Laut Berichterstattung konnte das eingesetzte Personal die Produktivität im Berichtszeitraum weiter steigern und zu der erfreulichen Entwicklung beitragen. Aus dortiger Sicht ist eine Verstetigung des Personaleinsatzes erforderlich, um den weiteren Abbau vom Beständen gewährleisten zu können.

Der Vorjahresentwicklung folgend fiel im Berichtszeitraum besonders erheblich eine deutliche Erhöhung der Umfangshaftsachen aus dem Bereich der organisierten Kriminalität ins Gewicht. In die sogenannten „EncroChat“ Verfahren wurden fast alle Strafkammern mit erheblichen Anteilen mit eingebunden. Die Verfahren, die bislang allesamt als Haftsachen geführt wurden, zeichnen sich durch äußerst aufwändige Verhandlungen aus, die besonders ressourcenintensiv geführt werden müssen. Das Landgericht geht davon aus, dass dieses Kriminalitätsphänomen die Strafkammern die nächsten Jahre begleiten wird.

Das Ziel der Ahndung von Straftaten und die Durchsetzung des Strafanspruches des Staates zum Schutz der Allgemeinheit durch Rechtsprechung in Strafsachen ist nach dem Bericht des Gerichts nicht gefährdet gewesen.

Amtsgerichte Richter in Strafsachen (VZÄ)

Der Einsatz an Richter:innen wurde in den Amtsgerichten erhöht, im Mittel ergibt sich eine Ist-Planwert Abweichung von 2,67 VZÄ, bzw. rund 12 %.

Die Sicherstellung einer angemessenen, an der Verfahrensbelastung ausgerichteten Personalausstattung ist in allen Amtsgerichten während des Berichtszeitraumes gewährleistet gewesen.

Landgericht Richter in Strafsachen (VZÄ)

Im Berichtszeitraum erfolgte eine geringfügige Reduzierung des Personaleinsatzes in Höhe von -1,0 VZÄ, bzw. rund 3 %.

Die Sicherstellung einer angemessenen, an der Verfahrensbelastung ausgerichteten Personalausstattung ist im Landgericht während

des Berichtszeitraumes gewährleistet gewesen.

Gewährleistung des Strafvollzugs und der Untersuchungshaft im Land Bremen entsprechend den gesetzlichen Vorgaben



	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300514(L) JVA: Belegungs-/Auslastungsgrad [%]	95,45	90,79	4,66		90,79		

Zielbezug:

Der Belegungsgrad der JVA beläuft sich im Jahresergebnis auf 95,45 % und übersteigt mit rund 5 % die Planung. Die Anzahl der Hafttage wird um 12.928 Hafttage überschritten. Die JVA verfügt über 717 Haftplätze. Geplant war mit einer Belegung von durchschnittlich 651 Insassen. Im Berichtszeitraum waren durchschnittlich 686 Insassen inhaftiert.

Die Vollstreckung von Straf- und Untersuchungshaft konnte gewährleistet werden. Die Zielvorgabe ist laut JVA erreicht worden.

Gewährung v. Rechtsschutz u. Herstellung v. Rechtssicherheit f. d. Allgemeinheit d. Rechtsprechung in Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten; Sicherstellung einer angemessenen, an der Verfahrensbelastung ausgerichteten Personalausstattung



	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300512(L) Landgericht: Zivilsachen (Erledigungen) [Anz.]	2.530	2.385	145	6 %	2.385		
ERLD19(L) AG: Zivil- und Familiensachen (Erledig.) [Anz.]	13.888	13.800	88	1 %	13.800		
300513(L) Landgericht: Richter in Zivilsachen [VZÄ]	17,38	18,20	-0,82	-5 %	18,20		
P11025(L) AG: Richter in Zivil- u. Familiensachen [VZÄ]	29,18	30,30	-1,12	-4 %	30,30		

Zielbezug:

Landgericht: Zivilsachen (Erledigungen):

Bei den Erledigungen ergibt sich eine Ist-Planwert-Abweichung von 145 Verfahren, welches einer Abweichung von rund 6 % entspricht. Insgesamt liegen die Erledigungen deutlich oberhalb der Neuzugänge.

Soweit sich der über den Prognosen liegende Personaleinsatz nicht proportional auf die Erledigungen ausgewirkt hat, ist dieses maßgeblich darauf zurückzuführen, dass die Zivilkammern im vergangenen Jahr sukzessive auf die Arbeit mit der elektronischen Akte umgestellt wurden, welches gerade in der Einführungsphase zu Effizienzverlusten geführt hat.

Gemäß Bericht des Gerichts ist das Ziel der Gewährung von Rechtsschutz und Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung in Zivilrechtsstreitigkeiten vor dem Landgericht im Jahresergebnis nicht gefährdet gewesen.

Amtsgerichte Zivil- und Familiensachen (Erledigungen):

Die Erledigungszahlen entsprechen in Zivil- und Familiensachen insgesamt im Mittel den Planungen. Die Abweichung ist mit 88 Verfahren bzw. 1 % marginal.

In Familiensachen ergeben sich bei allen Amtsgerichten Planwertabweichungen. Diese liegen beim AG Bremen bei -14 %, beim AG Bremerhaven bei + 5 % und beim AG Blumenthal bei -7 %.

In Zivilsachen liegen die Abweichungen beim AG Bremen bei +20 %, dem AG Bremerhaven bei -12 % und beim AG Blumenthal bei -16 %.

Gemäß den Berichten der Amtsgerichte ist das Ziel der Gewährung von Rechtsschutz und Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung in Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten im Jahresergebnis nicht gefährdet gewesen.

Landgericht: Richter in Zivilsachen (VZÄ):

Im Berichtszeitraum ist es dem Landgericht gelungen, Bestände abzubauen bei leicht gesenktem Personaleinsatz von -0,82 VZÄ,

bzw. rund -5 %.

Die Sicherstellung einer angemessenen, an der Verfahrensbelastung ausgerichteten Personalausstattung ist im Jahresergebnis im Landgericht gewährleistet gewesen.

Amtsgerichte: Richter in Zivil- und Familiensachen (VZÄ):

Der Personaleinsatz wurde insgesamt im Mittel um -1,12 VZÄ, bzw. rund 4 % gesenkt und entspricht der Verfahrensbelastung.

In Familiensachen wurde der richterliche Personaleinsatz am AG Bremen um -2 %, am AG Bremerhaven um -7 % und am AG Blumenthal um -5 % gesenkt.

In Zivilsachen wurde der richterliche Personaleinsatz am AG Bremen um -4%, am AG Bremerhaven um -2 % und am AG Blumenthal um -5 % gesenkt.

Die Sicherstellung einer angemessenen, an der Verfahrensbelastung ausgerichteten Personalausstattung ist in allen Amtsgerichten im Jahresergebnis gewährleistet gewesen.

Modernisierung und Digitalisierung der Justiz; Einführung der elektronischen Akte (e-justice); Verbesserung des Personalmarketings durch Steigerung des Bekanntheitsgrades der Justiz



	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301554(L) umgestellte Arbeitsplätze (e-justice) [Anz.]	113	239	-126	-53 %	239		
301555(L) Veranstaltungen Personalmarketing [Anz.]	12	5	7	140 %	5		

Zielbezug:

Modernisierung und Digitalisierung der Justiz / Einführung der elektronischen Akte (e-justice):

Das bremische Projekt leidet – wie die übrigen e2-Verbundländer auch – nach wie vor unter verzögerten, fehlerbehafteten sowie zum Teil inkompatiblen Softwarezulieferungen sowie ihrer Komponenten. Zentrale Hürde für eine flächendeckende Einführung der elektronischen Akte bleibt die Texterstellungskomponente e2T, die insbesondere für neu einzuführende Sachgebiete in einem unfertigen und fehlerhaften Zustand ausgeliefert wird. Vor diesem Hintergrund bedarf es eines großen Betreuungsaufwandes in Vorbereitung sowie nach Einführung der elektronischen Akte in einer Gerichtsabteilung.

Über den e2-Lenkungskreis und in den einzelnen Arbeitsgruppen wirkt die IT-Stelle Justiz auf eine Verbesserung der Qualität der Softwarezulieferungen hin. Das Ziel der flächendeckenden Einführung der e-Akte bis zum 01.01.2026 ist weiterhin realistisch, zumal die IT-Stelle Justiz erfolgreich darauf hingewirkt hat, dass nunmehr in einer Vielzahl von Produkten für die jeweiligen Gerichtsabteilungen die bereits in Einsatz befindliche und bewährte Eureka-Textkomponente zum Einsatz kommt. Lediglich im Straf-Bereich besteht eine große Herausforderung zumal eine Migration des Fachverfahrens Web.StA zu Dataport wegen einer mangelhaften Dokumentationslage des Schreibwerkes durch den Lieferanten zu ungeplanten zeitlichen Verzögerungen führt.

Verbesserung des Personalmarketings durch Steigerung des Bekanntheitsgrades der Justiz:

Die Aktivitäten im Personalmarketing wurden im Berichtszeitraum erheblich ausgeweitet. Mit insgesamt 12 durchgeführten Veranstaltungen konnte die ursprüngliche Planung von 5 Veranstaltungen mehr als verdoppelt werden. Insbesondere die verstärkte Präsenz auf Schul- und Messeveranstaltungen hat dazu beigetragen, die Bremer Justiz als potentielle Arbeitgeberin weiter bekannt zu machen.

Neben Bremen wurden gezielt auch Standorte in Bremerhaven, Achim und Osterholz-Scharmbeck in die Maßnahmen einbezogen, um die Reichweite zu vergrößern und weitere Schülerinnen und Schüler über die Berufsbilder der Justiz zu informieren. Die bisherige Resonanz bei aktuellen Stellenausschreibungen bestätigt diese Strategie.

**Strafverfolgung zur Durchsetzung des Strafanspruchs des Staates und zum Schutz der Allgemeinheit;
Sicherstellung einer angemessenen, an der Verfahrensbelastung ausgerichteten Personalausstattung**



	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
ERLD34(L) StA:Ermittlungsverf. -Js- (Erledigungen) [Anz.]	76.790	75.100	1.690	2 %	75.100		
P11029(L) StA: Staats-Anwalt/innen [VZÄ]	84,39	79,00	5,39	7 %	79,00		

Zielbezug:

Staatsanwaltschaft: Ermittlungsverfahren (Erledigungen):

Die Erledigungszahlen liegen im Jahresergebnis mit 1.690 Vorgängen, bzw. rund 2 % deutlich oberhalb der Planungen. Im Bereich der Staatsanwälte beträgt die Abweichung rund 7 %, bei den Staatsanwälten rund -2 %.

Diese Entwicklung korrespondiert mit den Eingängen, welche ebenfalls deutlich über den Planungen liegen. Im Bereich der Js-Verfahren der Staatsanwälte beträgt die Abweichung rund 16 %, bei den Js-Verfahren der Staatsanwälte rund 3 %.

Ein umfassender Bestandsabbau konnte infolge der weiterhin hohen Eingänge bislang nicht realisiert werden.

Von einer Zielerreichung ist im Jahresergebnis insgesamt auszugehen, wenngleich eine personelle Nachsteuerung aufgrund der fortwährenden Dauerbelastung und Bearbeitungsspitzen erforderlich ist. Die weitere künftige Entwicklung bleibt abzuwarten.

Staatsanwaltschaft: Staats- und Anwalt/innen (VZÄ):

In dem Berichtszeitraum liegt der Personaleinsatz um 5,39 VZÄ bzw. rund 7 % über den Planungen. Zur Bewältigung der Greensill-, Convivo- und EncroChat-Verfahren ist eine Personalaufstockung durch den Senat bewilligt worden, welche im Haushaltsvollzug umgesetzt wurde.

Die Sicherstellung einer angemessenen, an der Verfahrensbelastung ausgerichteten Personalausstattung ist nach dem Bericht der Staatsanwaltschaft gegeben. Die Zielerreichung ist erfolgt.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Die Einnahmen im Produktplan Justiz resultieren in der Hauptsache aus den Einnahmen der Gerichte und Staatsanwaltschaften aus Gerichtsgebühren und Geldstrafen. Sie werden durch die Geschäftsentwicklung bestimmt und sind insoweit nicht steuerbar. Für den Bereich des Justizvollzugs sind die von den Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalt erwirtschafteten Einnahmen prägend.

Im Jahresergebnis sind konsumtive Ist-Einnahmen von rd. 48.680 Tsd. EUR erzielt worden, welche den Planwert um rd. 1.340 Tsd. EUR, bzw. 2,83 % übertreffen. Die Einnahmen ohne Vermögensabschöpfung werden mit rund 47.473 Tsd. EUR ausgewiesen und liegen daher deutlich unter dem Niveau des vergangenen Jahres (49.290 Tsd. EUR).

Mehreinnahmen aus der Vermögensabschöpfung schlagen sich grundsätzlich in den Ist-Planwert-Abweichungen nieder, da hier keine Anschlagsbildung erfolgen kann. Zur Vermögensabschöpfung wurden im Jahresverlauf weiterhin viele Verfahren - auch Haftsachen - verhandelt. Eine Aussage über die der Staatskasse zufließenden Beträge kann unterjährig grundsätzlich erst getätigt werden, wenn eine rechtskräftige Entscheidung getroffen ist. Bis dahin erfolgt eine Sicherung der Gelder und Vermögenswerte auf eigens eingerichteten Verwahrgeldkonten. Im Jahresergebnis konnten Einnahmen in Höhe von rund 1.207 Tsd. EUR festgestellt werden.

Im Hinblick auf eine Budgetverlagerung zugunsten des PPL07 Inneres und Sport wurde ein abgestimmter Anteil an den Ist-Einnahmen in Höhe von 840,706 Tsd. EUR im HH-Soll berücksichtigt. Das Jahresergebnis berücksichtigt ferner die eingetretenen Sollerhöhungen im Zusammenhang mit Einnahmeverfügungs-/ Drittmitteln in Höhe von insgesamt 1.610,84 Tsd. EUR.

Aus den Ist-Planwert-Abweichungen des Berichtsjahres lassen sich grundsätzlich nur bedingt Rückschlüsse auf das voraussichtliche Jahresergebnis ziehen. Die Planwertabweichungen können jedoch Anhaltspunkte bieten, aber insbesondere im Hinblick auf Saisonfiguren und außerplanmäßige Einnahmezuwächse nicht als verbindliche Erwartung angenommen werden. Im Berichtszeitraum ergaben sich Planwertunterschreitungen im Wesentlichen im Bereich der Gerichtsgebühren und Geldstrafen, hier allein in Höhe von 1.871 Tsd. EUR. Planwertüberschreitungen in Höhe von rund 384 Tsd. EUR ergaben sich hingegeben bei den Gebühren und Auslagen der Vollziehungs- und Vollstreckungsbeamten.

Bezogen auf die einzelnen Bereiche sind hinsichtlich der Gesamteinnahmen bei der Fachgerichtsbarkeit Überschreitungen in Höhe von 187,211 Tsd. EUR, den Staatsanwaltschaften in Höhe von 1.168 Tsd. EUR (Vermögensabschöpfung), bei der Justizvollzugsanstalt in Höhe von 420,958 Tsd. EUR, sowie bei den Sonstigen in Höhe von 644,437 Tsd. EUR (Drittmittel) zu verzeichnen. Bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit ergibt sich hingegen eine Unterschreitung in Höhe von 1.082,67 Tsd. EUR.

Schwerpunkt der Generierung von Einnahmen bilden nach wie vor die ordentlichen Gerichte, hier im Wesentlichen das Amtsgericht Bremen. Die Einnahmeentwicklung stellt sich in den einzelnen Dienststellen des Produktbereichs jedoch sehr unterschiedlich dar. Während das Amtsgericht Bremen Mehreinnahmen in Höhe von 150 Tsd. EUR generieren konnte, sind am Amtsgericht Bremerhaven Mindereinnahmen in Höhe von -445 Tsd. EUR, am Amtsgericht Blumenthal Mindereinnahmen in Höhe von -376 Tsd. EUR, am Oberlandesgericht Mindereinnahmen in Höhe von -232 Tsd. EUR, sowie am Ladgericht Mindereinnahmen in Höhe von -856 Tsd. EUR festzustellen.

In den Amtsgerichten sind massive Einnahmerückgänge insbesondere in den Bereichen der Grundbuch- und Nachlassabteilungen feststellbar. Die Einnahmerückgänge im Grundbuchamt korrespondieren mit einem Rückgang an Anträgen. Dieses dürfte mit der wirtschaftlichen Lage und den sinkenden - für die Kostenberechnung maßgeblichen - Verkehrswerten zusammenhängen. Die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung zeigte im vergangenen Jahr bereits eine Verlangsamung des stetigen Gebührenanstieges. Der Trend setzte sich auch im Berichtsjahr 2024 fort.

Weitere Planwertüberschreitungen entfallen auf die Drittmittel aus EU-geförderten Projekten und Zuschüssen Dritter im Zshg. mit Personalabordnungen an Bundesgerichte etc., die Planwertüberschreitungen resultieren aus zeitlichen Verschiebungen bzw. neuen Projekten oder überplanmäßigen Abordnungen. Für die Erreichung der Einnahmeanschläge sind diese Überschreitungen nicht relevant. Bloße zeitliche Verschiebungen führen zu keinen Verbesserungen. Einnahmen aus neuen Projekten und überplanmäßigen Abordnungen verstärken die Ausgaben als Einnahmeverfüugungsmittel und gehen mit entsprechenden Sollerhöhungen einher.

Seitens des Ressorts erfolgte eine geplante Auflösung der globalen Minderausgaben durch Anhebung der zu erwirtschaftenden Einnahmeanschläge, vornehmlich im Bereich der besonders einnahmerelevanten Amtsgerichte. Das Ziel konnte aufgrund der schlechten Einnahmesituation nicht erreicht werden. Zur Kompensation des justizseitig zu erbringenden Anteils in Höhe von 866,540 Tsd. EUR wurden im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2024 Reste in vorgenannter Höhe gestrichen, bzw. nicht gebildet.

Investive Einnahmen

Dargestellt sind die investiven Mehreinnahmen aus Erlösen aus dem Verkauf beweglicher Gegenstände in der Justizvollzugsanstalt.

Entnahme Rücklage

Die Rücklagenentnahmen des Ressorts werden zentral in der PGR 11.90.01 (Zentrale Dienste) dargestellt. Im HH-Soll, sowie im Ist abgebildet, ist die im Haushaltsplan veranschlagte Entnahme aus der allgemeinen Budgetrücklage in Höhe von 1.814,37 Tsd. EUR. Diese Entnahme diente zur Deckung von konsumtiven Mehrbedarfen insbesondere im Bereich der Auslagen in Rechtssachen. Ebenfalls enthalten ist eine Entnahme aus der investiven Budgetrücklage in Höhe von 0,68 Tsd. EUR, die zur Deckung von investiven Mehrausgaben der Generalstaatsanwaltschaft herangezogen wurde.

Zur Deckung von Mehrausgaben im Personalbereich war eine weitere Entnahme aus der allgemeinen Budgetrücklage in Höhe von 800 Tsd. EUR erforderlich und zur Darstellung des justizseitigen Anteils an der Inanspruchnahme der Planungsreserve waren schließlich eine Entnahme von 621,82 Tsd. EUR aus der allgemeinen Budgetrücklage sowie eine Entnahme von etwa 71 Tsd. EUR aus der investiven Budgetrücklage erforderlich.

Eine Rücklagenbewegung, die nur das vorHH-Ist betrifft, stellt die Nachbewilligung von rd. 51,27 Tsd. EUR aus der investiven Rücklage im 14. Monat dar. Hierbei handelt es sich um zu streichende Reste, die zum Zwecke der Streichung aus der Rücklage in den PPL11 verlagert wurden und so zum Jahreswechsel wie geplant durch Nichtübertragung verfallen. Obwohl sich eine Mehreinnahme und damit Verbesserung durch die Nachbewilligung ergibt, muss diese für die Bewertung des Jahresergebnisses des PPL11 außer Betracht bleiben, da es sich lediglich um einen haushaltstechnischen Vorgang handelt.

Die Ist-Planwert-Abweichung in Höhe von etwa 1.545 Tsd. EUR, bzw. rd. 85,14 %, ist durch die vorgenannten Problemlagen entstanden, für die eine anderweitige Deckung im Ressorthaushalt nicht darstellbar war. Im Jahresergebnis werden Entnahmen in Höhe von 3.358 Tsd. EUR ausgewiesen.

Personalausgaben

Für den Berichtszeitraum werden Ist-Planwert-Abweichungen von 16.317 Tsd. EUR, bzw. 17,55 % ausgewiesen. Diese sind für das Jahresergebnis nicht repräsentativ, denn sie können nicht die Nachbewilligungsbedarfe im Bereich der Besoldungs- und Entgelterhöhungen, die Nachzahlungsverpflichtungen infolge der BAG-Rechtsprechung, sowie die Mehrbedarfe im Bereich der temporären und Fleximittel berücksichtigen. Sie korrespondieren im Wesentlichen mit den in der Jahresplanung ausgewiesenen Mehrausgaben der unter dem Punkt Budgeteinhaltung zu a. bis d. gelisteten Mehrbedarfen. Im Jahresergebnis sind Personalausgaben in Höhe von insgesamt 109.290 Tsd. EUR festzustellen.

Die Mehrausgaben stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit den im Bereich Budgeteinhaltung genannten Höhergruppierungsverpflichtungen aufgrund höchstrichterlicher Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts.

In das HH-Soll sind die Nachbewilligungen für die Besoldungs- und Entgelterhöhung 2024 einschließlich Sockelbetragserhöhung und Inflationsausgleichszahlung in Höhe von insgesamt 6.989,10 Tsd. EUR eingerechnet. Weiterhin erfolgte eine Nachbewilligung für Nachzahlungsverpflichtungen des Ressorts infolge der o.a. BAG-Rechtsprechung in Höhe von 2.196,04 Tsd. EUR zulasten des PPL92 (Globale Vorsorge). Einnahmeverfügungs- und Drittmittel sind im HH-Soll in Höhe von insgesamt 1.610,84 Tsd. EUR berücksichtigt worden. Enthalten sind im ferner Reste aus Drittmittelfinanzierungen in Höhe von 241,47 Tsd. EUR. Für Mehrausgaben im Bereich der Beihilfen und Nachversicherungen erfolgten Nachbewilligungen seitens des Finanzressorts in Höhe von insgesamt 1.525,98 Tsd. EUR.

Im HH-Soll und Ist wurden die Mehrbedarfe bei den temporären Mitteln / Flexibilisierungsmitteln ebenfalls eingerechnet. Das HH-Soll hat sich nach durchgeführter Gremienbefassung im Personalkostenbudget um folgende Beträge erhöht:

- a. Umfangsverfahren: 755,10 Tsd. EUR,
- b. Ermittlungskomplex: 977,34 Tsd. EUR,
- c. Vermögensabschöpfung: 1.839,00 Tsd. EUR,
- d. Ausgleich Kernbudget: 800,00 Tsd. EUR.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Für den Berichtszeitraum werden Ist-Planwert-Abweichungen von -312 Tsd. EUR, bzw. -0,47 % ausgewiesen. Im Jahresergebnis sind konsumtive Ausgaben in Höhe von insgesamt 65.874 Tsd. EUR festzustellen, im Verhältnis zum HH-Soll ergeben sich Minderausgaben in Höhe von 2.946 Tsd. EUR.

Die Ausgabeentwicklung hat sich zum Jahresende noch positiver entwickelt, als unterjährig im Rahmen des Produktgruppencontrollings prognostiziert. Insbesondere im Bereich der Auslagen in Rechtssachen waren deutlichere Ausgabesteigerungen angenommen worden. Die Auswirkungen der Kostenrechtsänderungsgesetze haben sich im Kalenderjahr 2024 noch nicht in vollem Ausmaße gezeigt, hier ist allerdings mit einer deutlichen Steigerung in 2025 ff zu rechnen.

Ein wesentlicher Teil der Ausgaben muss weiterhin für die Auslagen in Rechtssachen aufgewendet werden. Hierbei handelt es sich um gesetzlich verpflichtete Ausgaben, die weder in der Höhe, noch der Sache beeinflussbar sind. Von den Gesamtausgaben des Ressorts entfallen auf die Auslagen in Rechtssachen -einschließlich Portokosten- insgesamt 43.491,54 Tsd. EUR, dieses entspricht einem Anteil in Höhe von rund 66 % der konsumtiven Barmittelsanschläge. Veranschlagt waren insgesamt Ausgaben in Höhe von 42.539,14 Tsd. EUR, es ergibt sich in diesem Bereich eine Unterdeckung in Höhe von 952,4 Tsd. EUR, welche durch eine Resteinanspruchnahme von nicht liquiden Resten in Höhe von 789,23 Tsd. EUR und weitere konsumtive Mittelumschichtungen kompensiert werden musste. Die Resteinanspruchnahme wurde durch Restestreichungen im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte rechnerisch ausgeglichen.

Bei den Auslagen in Rechtssachen stellen sich die Ist-Planwert-Abweichungen im Jahresergebnis wie folgt dar:

- Sachverständige: Überschreitung um 229,46 Tsd. EUR,
- Zeugen: Unterschreitung um 93,64 Tsd. EUR,
- Entschädigungen bei PKH: Unterschreitung um 466,49 Tsd. EUR,
- Pflichtverteidigergebühren: Überschreitung um 902,25 Tsd. EUR,
- Entschädigungen Wahlverteidiger: Überschreitung um 115,97 Tsd. EUR,
- Sonstige Auslagen in Rechtssachen: Überschreitung um 190 Tsd. EUR.

Eine realistische Prognose zur Ausgabeentwicklung bei den Auslagen in Rechtssachen gestaltet sich im Jahresverlauf äußerst schwierig. Eventuell erforderliche Nachbewilligungsbedarfe sind zunächst im Deckungsfähigkeitsverfahren im produktgruppenübergreifenden Deckungskreis der Auslagen in Rechtssachen zu prüfen. Der Produktbereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit partizipierte an Deckungskreisverfügungen in Höhe von insgesamt 1.265,49 Tsd. EUR. Diese wurden zulasten der Fachgerichtsbarkeit in Höhe von 225,84 Tsd. EUR, sowie der Staatsanwaltschaften in Höhe von 1.039,65 Tsd. EUR ausgeglichen.

Der letztjährige Trend der kontinuierlich steigenden Ausgaben hat sich auch im laufenden Haushaltsjahr fortgesetzt. Diese Entwicklung war aufgrund der zu erwartenden Auswirkungen der Kostenrechtsänderungen des KostRÄG 2021, sowie im Hinblick auf ein erwartetes Wiederansteigen der pandemiebedingt zwischenzeitlich abgesunkenen Ausgaben auf ein Vor-Corona-Niveau von vornherein einberechnet. Die zeitliche Umsetzung von konkreten Rechtsänderungen lässt sich jedoch nicht sicher prognostizieren, so dass ressortseitig von einer Verschiebung von Ausgabespitzen ausgegangen wird.

Gemäß den Berichterstattungen der Dienststellen ist bei den Amtsgerichten insbesondere im Bereich der sonstigen Auslagen ein Ausgabeanstieg erkennbar. Das Amtsgericht Bremen prognostizierte im Controlling im Wesentlichen Mehrausgaben in den Bereichen Sachverständigenentschädigung und auch bei den Kosten für Unterbringungen. Betroffene Abteilungen waren insbesondere das Familiengericht und die Betreuungsabteilung. Das Amtsgericht Bremerhaven wies Mehrausgaben im Bereich der Betreuervergütung aus, das Amtsgericht Blumenthal schwerpunktmäßig bei den Sachverständigenentschädigungen. Im Bereich des Landgerichts waren hingegen die Gebühren- und Auslagenerstattungen der Rechtsanwälte bei Pflichtverteidigung, sowie die Sachverständigenentschädigungen deutlich gestiegen.

Im Vorjahresvergleich 01-14/2023 der Kostenentwicklung bei den Auslagen in Rechtssachen (Ist: 41.029 Tsd. EUR) ergibt sich bereits eine Ausgabesteigerung von rund 2.462,143 Tsd. EUR.

Im Bereich der sonstigen konsumtiven Ausgaben waren Planwertabweichungen zu verzeichnen. Im Bereich der Bewirtschaftungskosten (Gr. 517) in Höhe von -43,3 Tsd. EUR und im Bereich der Geschäftsbedarfe (Gr. 511) in Höhe von -4 Tsd. EUR. Im Bereich der Mieten und Pachten (Gr. 518) ergeben sich deutliche Planwertüberschreitungen in Höhe von 200 Tsd. EUR. In diesem Bereich wurden produktplaninterne Nachbewilligungen umgesetzt.

Der Produktplan Justiz partizipiert an dem durch den Senat am 20.08.2024 beschlossenen Energiemehrkostenausgleich im Bereich der Kernverwaltung. Eine Darstellung erfolgt über im PPL99 eingerichtete Finanzpositionen, welche über die senatorische Behörde fremdbewirtschaftet werden. Für den Produktplan stehen insgesamt Zuschüsse in Höhe von 145,9 Tsd. EUR zur Verfügung, welche nach festgestellten Bedarfen auf einzelnen Produktgruppen verteilt worden sind. Die Beträge sind bereits verausgabt.

Im HH-Soll und Ist wurden die Mehrbedarfe bei den temporären Mitteln / Flexibilisierungsmitteln für notwendige

Arbeitsplatzpauschalen ebenfalls eingerechnet. Das HH-Soll hat sich nach durchgeführter Gremienbefassung um folgende Beträge erhöht:

- a. Umfangsverfahren: 106,70 Tsd. EUR,
- b. Ermittlungskomplex: 48,50 Tsd. EUR,
- c. Vermögensabschöpfung: 270,00 Tsd. EUR.

Investive Ausgaben

Im Jahresergebnis sind die für den Produktplan veranschlagten investiven Mittel in Höhe von 1.539 Tsd. EUR nicht in voller Höhe abgeflossen. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die ressortseitig angeordneten Bewirtschaftungsmaßnahmen im laufenden Haushaltsjahr. Infolgedessen wurde auf eine restriktive Mittelbewirtschaftung, sowie prioritäre investive Verausgabung umgestellt. Die übertragbaren Reste in Höhe von 418 Tsd. EUR wurden im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2024 zur Rücklagenbildung angemeldet. Diese ist zwischenzeitlich durch Senatsbefassung genehmigt und bereits verbucht worden. Die Abbildung der Rücklagenzuführung erfolgt in der Produktgruppe 11.90.01.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat mit Beschluss vom 24. April 2009 darum gebeten, im Rahmen des Controllings zum Produktgruppenhaushalt regelmäßig über den Liquiditätsabfluss im Zusammenhang mit der Sanierung der Justizvollzugsanstalt zu berichten: Von den im Produktplan 97 veranschlagten Sanierungsmittel in Höhe von 4.640 Tsd. EUR sind gem. Senatsbeschluss vom 19.11.2024 Mittel in Höhe von 180 Tsd. EUR abgeflossen. Hierüber wird im Abschlusscontrolling des PPL97 zu berichten sein.

Die im Produktplan 99 veranschlagten Mittel für die Elektrifizierung von Fahrzeugen der JVA von 1.600 Tsd. EUR an das Sondervermögen Immobilien und Technik sind in Höhe von 1.587 Tsd. EUR abgeflossen.

Hinsichtlich der Inanspruchnahme von Mitteln des PPL99 ist allerdings zu bemerken, dass diese aufgrund des Vorranges der Nutzung von Barmitteln vor kreditfinanzierten Mitteln im Rahmen der finanzseitigen Vorgaben zur Abrechnung der Produktplanhaushalte rechnerisch ausgeglichen werden mussten. Dieses erfolgte durch Restestreichungen.

Zuführung Rücklage

Abgebildet ist die geplante Zuführung zur investiven Budgetrücklage in Höhe von 418,380 Tsd. EUR. Stellvertretend für den PPL11 erfolgt die Zuführung zur Budgetrücklage in der Produktgruppe 11.90.01. Die entsprechenden Sollminderungen beim vorHH-Soll der investiven Ausgaben sind in den jeweiligen Produktgruppen dargestellt.

Finanzierungssaldo

Die Einhaltung des eckwertrelevanten Finanzierungssaldos ist **erfolgt**. Im Jahresergebnis lässt sich eine **Unterschreitung in Höhe von 1.038 Tsd. EUR** feststellen.

Für die Mehrausgaben aus dem Kontrakt zur Vermögensabschöpfung - vgl. Ausführungen zur Budgeteinhaltung, dort Mehrausgaben zu c. - gilt in diesem Fall gemäß Kontrakt, dass die nicht innerhalb des Ressortbudgets oder aus Einnahmen der Vermögensabschöpfung/ Unternehmensgeldbußen finanzierbaren Mehrausgaben im Rahmen eines durch den Senator für Finanzen zu erstellenden Lösungskonzeptes - nach Befassung durch den Haushalts- und Finanzausschuss - gesichert werden. Auch nach den Senatsbeschlüssen zu den aufgeführten Mehrbedarfen a. und b. (strafrechtliche Ermittlungskomplexe) sind Finanzierungsvorschläge durch den Senator für Finanzen zu entwickeln, soweit Finanzierungen nicht im Produktplan Justiz dargestellt werden können. Ein Konzept wurde erstellt und mit dem Finanzressort abgestimmt. Ausgleiche wurden bereits nach Gremienbefassung und anschließender Verfügung vorgenommen.

Folgende PPL-übergreifende Verlagerungen und Erwartungsfälle sind bei der Berechnung des Finanzierungssaldos (-114.052 Tsd. EUR) zu Gunsten des PPL Justiz berücksichtigt worden:

- Eine Nachbewilligung für die Besoldungs- und Entgelterhöhungen 2024 (einschließlich Sockelbetragserhöhung und Inflationsausgleichszahlung) in Höhe von insgesamt 6.989,10 Tsd. EUR,
- Eine Nachbewilligung in Höhe von 16,25 Tsd. EUR für das Projekt DMS als Verstärkung der Personalausgaben,
- Eine Sollerhöhung aufgrund von Beihilfemehrausgaben von 1.525,98 Tsd. EUR,
- Eine Nachbewilligung für die Ausbildungsplanung 2024 in Höhe von 741,72 Tsd. EUR,
- Eine Nachbewilligung in Höhe von 2.109 Tsd. EUR für die Intensivierung der Vermögensabschöpfung, davon für Personalausgaben in Höhe von 1.839 Tsd. EUR und für Sachausgaben in Höhe von 270 Tsd. EUR,
- Eine Nachbewilligung in Höhe von 881,8 Tsd. EUR für die Umfangsverfahren Greensill/Convivo, davon für Personalausgaben in Höhe von 775,1 Tsd. EUR und für Sachausgaben in Höhe von 106,7 Tsd. EUR,
- Eine Nachbewilligung in Höhe von 361,86 Tsd. EUR für den Ermittlungskomplex der EncroChat-Verfahren (Differenz zu gedeckten Beträgen aus Mehreinnahmen Vermögensabschöpfung),
- Eine Nachbewilligung in Höhe von 86,83 Tsd. EUR zum Ausgleich der Pflichtausgaben für Entgelte an die Performa Nord,
- Eine Nachbewilligung in Höhe von 2.196,04 Tsd. EUR für den Ausgleich des Personalhaushalts im 13. Monat durch den PPL92.

Folgende PPL-übergreifende Verlagerungen und Erwartungsfälle sind zu Lasten des PPL Justiz berücksichtigt worden:

- 840,70 Tsd. EUR Verlagerungen in den PPL 07 Inneres und Sport aus den aktuell prognostizierten Mehreinnahmen der Vermögensabschöpfung,
- Für Verbeamtungseffekte ein Betrag in Höhe von 56,5 Tsd. EUR,

Nachrichtliche Veränderungen / auch zu Lasten der Budgetrücklage

- Eine Nachbewilligung in Höhe von bis zu 800 Tsd. EUR für Personalmehrausgaben im Kern zu Lasten der Budgetrücklage,
- Eine Nachbewilligung im Bereich des Ermittlungskomplexes der EncroChat-Verfahren in Höhe von 663,98 Tsd. EUR für Personalausgaben durch die Nutzung von Mehreinnahmen aus der Vermögensabschöpfung,
- Nutzung eines Betrages in Höhe von 692,82 Tsd. EUR aus der allgemeinen und investiven Budgetrücklage zur Erbringung des ressortseitigen Anteiles an der Planungsreserve,
- Nutzung eines Betrages in Höhe von 800 Tsd. EUR aus der allgemeinen Budgetrücklage zur Deckung von Personalmehrbedarfen im Kern,
- Eine Ermäßigung von 418,38 Tsd. EUR, die den Anteil des Produktplans an der Rücklagenzuführung aus investiven Ausgaberesten darstellt (die Verbuchung der Zuführung erfolgt bei 11.90.01, dort erfolgt eine Sollerhöhung in ebendieser Höhe),
- Nachbewilligung eines Betrages von 0,68 Tsd. EUR aus der investiven Rücklage (Vereinnahmung bei 11.90.01, Verausgabung bei der Generalstaatsanwaltschaft).

Konsumtive Reste aus dem Vorjahr bestehen in Höhe von 1.898,36 Tsd. EUR, Reste aus Personalausgaben in Höhe von 241,47 Tsd. EUR.

Der bereinigte Finanzierungssaldo beträgt – 128.034 Tsd. EUR. Im Verhältnis zum Saldo der Ist-Werte (-126.996 Tsd. EUR) ergibt sich die ausgewiesene Unterschreitung von 1.038 Tsd. EUR.

Einhaltung Budget

Im Jahresergebnis ist eine Budgeteinhaltung **erfolgt**.

Im Saldo von

- konsumtiven Mindereinnahmen: 910 Tsd. EUR,
- investiven Mehreinnahmen: 3 Tsd. EUR,
- Personalminderausgaben: 1.079 Tsd. EUR,
- konsumtiven Minderausgaben: 2.946 Tsd. EUR,
- investiven Minderausgaben: 4 Tsd. EUR,

errechnet sich eine **Budgetunterschreitung von 3.173 Tsd. EUR**.

Im Budget eingerechnet ist ein Betrag in Höhe von 1.206 Tsd. EUR aus kassenwirksam vereinnahmten Mehreinnahmen der Vermögensabschöpfung/Unternehmensgeldbußen. Letztere stehen nach den geltenden Beschlussfassungen für einen Ausgleich des Ressortbudgets nur hinsichtlich der nachstehend gelisteten Mehrausgaben zu b. und c. zur Verfügung und sind mit dem Innenressort zu teilen. Eine Budgetverlagerung hinsichtlich des anteiligen Betrages in Höhe von 840,70 Tsd. EUR wurde entsprechend berücksichtigt.

Gegenüber der Berichterstattung 01-11/2024 ergeben sich folgende Veränderungen: Reduzierung der Einnahmen von 951 Tsd. EUR Mindereinnahmen auf 910 Tsd. EUR Mindereinnahmen, Reduzierung der Personalausgaben von 1.575 Tsd. EUR Mehrausgaben auf 1.079 Tsd. EUR Minderausgaben, Reduzierung der konsumtiven Ausgaben von 1.950 Tsd. EUR Minderausgaben auf 2.946 Tsd. EUR Minderausgaben.

Im Vergleich zur Vorjahresberichterstattung 01-14/2023, in welcher insgesamt eine Budgetunterschreitung von 4.952 Tsd. EUR prognostiziert wurde, ergäbe sich eine Verschlechterung der Budgetunterschreitung in Höhe von 1.779 Tsd. EUR.

In die Jahresplanungen zum HH-Soll eingerechnet sind die im Jahresverlauf umgesetzten Budgetverlagerungen (siehe Finanzierungssaldo), sowie Sollerhöhungen aus vereinnahmten Einnahmeverfügungs- und Drittmitteln.

In die Planungen sind folgende Mehrausgaben für 2024 eingerechnet:

- Mehrausgaben bei der Staatsanwaltschaft gemäß der am 22.06.2021 beschlossenen Senatsvorlage „Temporärer Personalbedarf zur Durchführung eines besonderen Umfangsverfahrens“ (Vorlage 1413/20) nebst ergänzender Vorlage vom 11.04.2023 von insgesamt 881,8 Tsd. EUR, davon für Personalausgaben 775,1 Tsd. EUR (11,5 VZE) und für Sachausgaben (Arbeitsplatzausstattungen) 106 Tsd. EUR,
- Mehrausgaben bei der Staatsanwaltschaft und dem Landgericht Bremen gemäß der am 02.11.2021 beschlossenen Senatsvorlage „Temporärer Personalbedarf zur Durchführung eines besonderen Ermittlungskomplexes“ (Vorlage 1677/20) nebst Ergänzung vom 08.11.2022 von insgesamt 1.025,84 Tsd. EUR, davon für Personalausgaben 977,34 Tsd. EUR (17 VZE) und für Sachausgaben (Arbeitsplatzausstattungen) 48,5 Tsd. EUR,
- Mehrausgaben aus dem Kontrakt zwischen dem Senator für Finanzen und der Senatorin für Justiz und Verfassung zur Intensivierung der Vermögensabschöpfung von insgesamt 2.109 Tsd. EUR, davon für Personalausgaben 1.839 Tsd. EUR (27 VZE) und für Sachausgaben (Arbeitsplatzausstattungen) 270 Tsd. EUR,
- Mehrausgaben im Personalkostenbudget für erforderliche Zielzahlüberschreitungen von im Mittel durchschnittlich 7,8 VZE in Höhe von bis zu 800 Tsd. EUR.

Für die Mehrausgaben zu a. bis d. ist eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses am 17.12.2024 erfolgt. Zuvor war ein Lösungskonzept zur Auflösung der Mehrbedarfe in der Justiz mit dem Finanzressort abgestimmt worden.

Die Nachbewilligung erfolgte durch Verfügung des Finanzressorts vom 18.12.2024 wie folgt:

Zu a.

- Personalkosten in Höhe von 516,750 Tsd. EUR und in Höhe von 258,350 Tsd. EUR zulasten des PPL92 (Globale Mehrausgaben)
- Sachausgaben in Höhe von 106,700 Tsd. EUR zulasten des PPL92 (Globale Mehrausgaben)

Zu b.

- Personalkosten in Höhe von 238,400 Tsd. EUR und in Höhe von 425,580 Tsd. EUR zulasten der Einnahmen aus der Intensivierung der Gewinnabschöpfung, sowie 313,360 Tsd. EUR zulasten des PPL92 (Globale Mehrausgaben)
- Sachausgaben in Höhe von 48,5 Tsd. EUR zulasten des PPL92 (Globale Mehrausgaben)

Zu c.

- Personalkosten in Höhe von 1.160 Tsd. EUR und in Höhe von 679 Tsd. EUR zulasten des PPL92 (Globale Mehrausgaben)
- Sachausgaben in Höhe von 173 Tsd. EUR und in Höhe von 97 Tsd. EUR zulasten des PPL92 (Globale Mehrausgaben)

Zu d.

- Personalkosten in Höhe von 800 Tsd. EUR zulasten der Budgetrücklage der Justiz (Darstellung in 11.90.01).

Im Bereich der Auslagen in Rechtssachen hatte das Ressort erhebliche Mehrausgaben prognostiziert. Im Vergleich zum Septembercontrolling wurden die Prognosen jedoch nach unten korrigiert. Ungeachtet dessen, sind die Barmittelanschläge in diesem Bereich im Jahresergebnis nicht auskömmlich gewesen. Die im Haushaltssoll enthaltenen Reste in Höhe von 789,23 Tsd. EUR mussten in Anspruch genommen werden. Zur Herstellung einer Liquidität wurden im Jahresabschluss Reste in besagter Höhe gestrichen, siehe Bemerkung zum Jahresabschluss.

Jahresabschluss 2024 – Abrechnung der Produktplanhaushalte

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2024 ist eine Resteübertragung in Höhe von insgesamt 1.484,750 Tsd. EUR beantragt worden. Diese setzt sich zusammen aus Resten bei den übertragbaren Personalausgaben in Höhe von 107,520 Tsd. EUR, bei den konsumtiven Ausgaben in Höhe von 958,850 Tsd. EUR, sowie im investiven Bereich in Höhe von 418,380 Tsd. EUR. Im Bereich der Auslagen in Rechtssachen war eine Resteinanspruchnahme in Höhe von rund 800 Tsd. EUR erforderlich, um die gestiegenen Ausgaben auszugleichen. Hierbei handelt es sich um Einmaleffekte, die für die kommenden Haushaltsjahre nicht angenommen werden können. Im Hinblick auf die gesetzlich verpflichteten Mehrbedarfe infolge der Kostenrechtsänderungsgesetze ist davon auszugehen, dass die Auswirkungen ab 2025 ff deutlich spürbarer werden und die vorgegebenen Barmittelanschläge nicht ausreichen werden. Die beantragte Restebildung resultiert zusammenfassend nicht aus neu entstandenen konsumtiven Minderausgaben, sondern aus der Übertragung von Altresten des Jahres 2023.

Landesaktionsplan Istanbul-Konvention

Das Ressort partizipierte im Berichtszeitraum an den geplanten Maßnahmen des Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul-Konvention. Die Einnahmen in Höhe von rund 80,35 Tsd. EUR verstärkten als Einnahmeverfükungsmittel über Verrechnungshaushaltsstellen die erforderlichen Ausgaben und wurden zweckgebunden verausgabt. Eine Abbildung erfolgt im Haushalt der Sozialen Dienste der Justiz und hinsichtlich entsprechender Fortbildungsausgaben im Haushalt der senatorischen Behörde.

Nachbewilligungsbedarfe infolge der BAG-Rechtsprechung

Das seit dem vorigen Haushaltsjahr bestehende Kostenrisiko im Personalkostenbudget im Hinblick auf mögliche Höhergruppierungsverpflichtungen des Ressorts infolge höchstrichterlicher Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (AZ: 4 AZR 195/20 + 4 AZR 196/20) hat sich auch im aktuellen Haushaltsjahr 2024 fortgesetzt. Das Ressort stand im Jahresverlauf hinsichtlich der Umsetzung der Nachzahlungsberechnungen im engen Austausch mit der Performa Nord. Eine repräsentative Hochrechnung der Auswirkungen war insgesamt nicht möglich. In Abstimmung mit dem Finanzressort waren Mehrausgaben in Höhe von bis zu 3.000 Tsd. EUR zu erwarten. Es wurde vereinbart, dass ein finaler Ausgleich erst im 13. Monat im Rahmen des Ausgleiches der Personalhaushalte erfolgt. Im Jahresergebnis wurden Nachbewilligungen in Höhe von 2.196 Tsd. EUR zulasten des PPL92 (Globale Mehrausgaben) vorgenommen.

Nach aktueller Rückmeldung der Performa Nord vom 05.03.2025 befinden sich noch Restfälle in der Abarbeitung. Man gehe davon aus, dass die monetäre Umsetzung im März/April 2025 zum Abschluss gebracht werden könne.

Maßnahmen des Ressorts:

Das Ressort hat im Nachgang zum Julicontrolling aufgrund der seinerzeit festgestellten Kostenentwicklung insbesondere bei den nichtsteuerbaren gesetzlich verpflichteten Auslagen in Rechtssachen die Anordnung von Bewirtschaftungsmaßnahmen analog § 41 LHO beschlossen. Parallel wurden zur Kompensation der sich im Jahresverlauf nochmals verschlechterten Einnahmeentwicklung nachgeordnete Dienststellen im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit um verstärkten Kostenrückstandsabbau ersucht. Durch die angeordneten Maßnahmen haben sich insbesondere im investiven Ausgabebereich Einsparungen ergeben. Die Maßnahmen waren daher der Situation angemessen.

3.2 PERSONALDATEN

PPL: 11 Justiz
Version: 01-14/24 21.08.25
Verantw.: Dr. Schilling

Einhaltung Finanzdaten: Land ●
Einhaltung Personaldaten: Land ●
Einhaltung strategische Ziele: Land ●

Personalvolumina

Das Justizressort unterschreitet im Jahresergebnis 2024 das Personal-SOLL im Kernbereich um 0,6 VZÄ. Insgesamt (unter Berücksichtigung der Flexi-Mittel) ist es zu einer Unterschreitung des Personal-SOLLs in Höhe von 3,0 VZÄ gekommen.

Die Personalzielzahl wurde somit eingehalten und das Ziel insgesamt erreicht.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Im Landeshaushalt wurde sowohl das Budget als auch der zulässige Finanzierungssaldo (je 883 T €) zum Jahresende um rd. 6 T € aufgrund von konsumtiven Minderausgaben unterschritten.

Die globale Minderausgabe von 21 T € wurden durch Einsparung bei den Verrechnungsausgaben produktplanintern aufgelöst (zulasten der Eckwertaufstockung Klimaschutz). Darüber hinaus wurde der produktplanübergreifende Umlagebeitrag des PPL 12 Land (19 T €) im Rahmen des Konzepts zur Auflösung unabweisbarer Budgetrisiken ebenfalls durch Einsparungen bei den Verrechnungsausgaben aus der Eckwertaufstockung Klimaschutz erbracht.

LEISTUNGSDATEN

Nach Ressort einschätzung wurden die strategischen Ziele des Produktplans zum Jahresende eingehalten.

MASSNAHMEN-/STEUERUNGSVORSCHLAG

Kein Handlungsbedarf.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen			0					0	
Investive Einnahmen			0					0	
Entnahme Rücklage			0					0	
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)			0			0	0	0	
-Land, Stadtgem. u. intern			0			0	0	0	
- von Bremerhaven			0					0	
Globale Mehr-/Mindereinnahmen			0					0	
budgetierte Einnahmen			0			0	0	0	
Personalausgaben	0	0	0		0			0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	417	423	-6	-1,40 %	423	423	417	-6	423
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben			0					0	
Zuführung Rücklage			0					0	
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	460	500	-40	-7,99 %	460	460	460	0	500
- Land, Stadtgem. u. intern	460	500	-40	-7,99 %	460	460	460	0	500
- an Bremerhaven	0	0	0		0			0	0
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	-21	21	100,00 %	0			0	-21
budgetierte Ausgaben	877	902	-24	-2,72 %	883	883	877	-6	902
Saldo	-877	-902	24	2,72 %	-883	-883	-877	6	-902

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	0
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	0
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	0

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich						0			0
Temporäre Personalmittel						0			0
TPM - Flüchtlinge						0			0
Flexibilisierungsmittel						0			0
Zwischensumme						0			0
Refinanzierte						0			0
Ausbildung						0			0
Nebentitel						0			0
Insgesamt						0			0
dar.: Beihilfe / Nachvers.						0			0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich						0,0			0,0
Temporäre Personalmittel						0,0			0,0
TPM - Flüchtlinge						0,0			0,0
Flexibilisierungsmittel						0,0			0,0
Zwischensumme						0,0			0,0
Refinanzierte						0,0			0,0
Ausbildung						0,0			0,0
Insgesamt						0,0			0,0
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool						0,0			0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge						0,0			0,0
Summe eingesetztes Personal						0,0			0,0
nachr.: Abwesende						0,0			0,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten		%	
Beschäftigte bis 35 Jahre			
Beschäftigte über 55 Jahre			
Frauenquote			
Teilzeitquote			
Schwerbehindertenquote			

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung:  nicht gefährdet  im Toleranzbereich  gefährdet

Stärkung des Leistungssports



	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301635(L) Anzahl der National Kader [Anz.]	5	5	0	0 %	5		

301635(L):
Derzeit gibt es 5 National Kader.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Sonst. konsumtive Ausgaben

Die Berichtsperiode 01-14/2024 weist eine Planwertunterschreitung i. H. v. -1,4 % auf.

Der Konsumtive Mittelabfluss im Berichtszeitraum 01-14/2024 setzt sich wie folgt zusammen:

- Auszahlung des Zuschusses an den Landessportbund zur Förderung des Leistungssports 0,264 Mio. Euro.
- Auszahlung des Zuschusses an Landessportbund für Kinderschutz im Sport „Prävention Sexueller Gewalt im Sport“ 0,073 Mio. Euro
- Auszahlung der Raten für die Förderung der Dopingprävention durch die „NADA“.
- Bewirtung der Sportlerehrung sowie die der Jugendsportlerehrung.

Finanzierungssaldo

Es ist ein Finanzierungssaldo i.H.v 0,902 Mio. € veranschlagt. Durch Produktgruppenverlagerung in Höhe 0,019 Mio. € reduziert sich der Finanzierungssaldo auf 0,883 Mio. €. Das voraussichtliche IST beläuft sich auf 0,877 Mio. € und ist somit liquiditätsmäßig abgesichert. Der zulässige Finanzierungssaldo wird mit 0,006 € unterschritten.

Einhaltung Budget

Im Landeshaushalt wird das Budget zum Jahresende analog zum Finanzierungssaldo um 0,006 Mio. € unterschritten.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Im Land wurde das Budget zum Jahresende i.H.v. 1,95 Mio. € unterschritten. Rechnet man die im Zuge der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2024 vorgenommene Rücklagenzuführungen mit ein, wurde das Budget i.H.v. 1,31 Mio. € unterschritten. Die Unterschreitung setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio.€ Budgeteinhaltung Land

- 0,55	Konsumtive Mindereinnahmen
1,10	Personalminderausgaben (enthalten sind 0,01 Mio. € an Resten)
0,64	Konsumtive Minderausgaben (enthalten sind 0,11 Mio. € an Resten)
0,01	Investive Minderausgaben
0,10	Minderausgaben bei Verrechnungen/Erstattungen
1,31	Gesamt

Die konsumtiven Mindereinnahmen sind insbesondere auf verminderte Einnahmen bei der Gastschulgeldpauschale vom Land Niedersachsen zurückzuführen (rd. 0,37 Mio. €).

Bei den konsumtiven Minderausgaben handelt es sich um Minderausgaben im Bereich Startchancen.

Im Zuge der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2024 wurden 0,733 Mio. € an Resten in das Haushaltsjahr 2024 übertragen und 0,644 Mio. € der investiven Budgetrücklage zugeführt.

Unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen (i.H.v. 25,721 Mio. €) ergibt sich im Land eine Unterschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos i.H.v. 1,83 Mio. €. Unter Berücksichtigung der im Zuge der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2024 vorgenommenen Rücklagenzuführungen beträgt die Unterschreitung 1,19 Mio. €

–

PERSONALDATEN

Es werden Personalminderausgaben in Höhe von rund 1,1 Mio. € ausgewiesen. Diese resultieren überwiegend aus einer Zielzahlunterschreitung in Höhe von jahresdurchschnittlich 9,9 VZE im Kernbereich sowie bei den temporären Personalmitteln. Ferner werden die Personalnebenentgelte um rund 0,3 Mio. € unterschritten.

LEISTUNGSDATEN

Die Leistungskennzahlen werden eingehalten.

–

MASSNAHMEN-/STEUERUNGSVORSCHLAG

–

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	14.635	5.402	9.233	170,93 %	15.180	15.180	14.635	-545	5.402
Investive Einnahmen	17.889	11.842	6.047	51,07 %	17.889	17.890	17.890	0	11.842
Entnahme Rücklage	0	0	0		0			0	0
budgetierte Einnahmen	44.327	28.484	15.842	55,62 %	44.871	44.873	44.328	-545	28.484
Personalausgaben	42.220	40.872	1.348	3,30 %	43.324	43.324	42.221	-1.103	40.872
Sonst. konsumtive Ausgaben	48.783	60.119	-11.337	-18,86 %	49.419	49.419	48.784	-635	60.119
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	1.671	1.921	-250	-13,02 %	2.169	2.168	1.671	-497	1.921
Zuführung Rücklage	644	0	644	∞ %	644			0	0
budgetierte Ausgaben	1.050.292	1.009.919	40.373	4,00 %	1.052.794	1.052.151	1.049.652	-2.499	1.009.919
Saldo	-1.005.966	-981.435	-24.531	-2,50 %	-1.007.922	-1.007.278	-1.005.324	1.954	-981.435

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	5.568	5.886	8.832	12.357	777
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	122
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	731
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	644

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				25.952	26.624	-672	25.952	26.624	-672
Temporäre Personalmittel				405	546	-141	405	546	-141
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				26.356	27.170	-813	26.356	27.170	-813
Refinanzierte				19	19	0	19	19	0
Ausbildung				14.121	14.122	-1	14.121	14.122	-1
Nebentitel				1.724	2.013	-289	1.724	2.013	-289
Insgesamt				42.220	43.324	-1.103	42.220	43.324	-1.103
dar.: Beihilfe / Nachvers.				1.543	1.543	0	1.543	1.543	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				339,2	348,8	-9,6	339,2	348,8	-9,6
Temporäre Personalmittel				5,8	6,0	-0,3	5,8	6,0	-0,3
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				344,9	354,8	-9,9	344,9	354,8	-9,9
Refinanzierte				0,0		0,0	0,0		0,0
Ausbildung				627,4	680,0	-52,6	627,4	680,0	-52,6
Insgesamt				972,3		972,3	972,3		972,3
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				972,3		972,3	972,3		972,3
nachr.: Abwesende				33,7		33,7	33,7		33,7

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	20,5	22,5	20,4
Beschäftigte über 55 Jahre	18,9	17,5	18,8
Frauenquote	70,4	50,0	70,1
Teilzeitquote	49,2	35,0	48,3
Schwerbehindertenquote	3,6	6,0	3,8

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung:

nicht gefährdet

im Toleranzbereich

gefährdet

Weiterentwicklung der bereits begonnenen Prozesse zur Qualitätssicherung in der Schulentwicklung und im Unterricht

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300988(L) Schüler-Lehrer-Relation - Gesamt [Anz.]	14	14	0	1 %	14		
301011(L) Schulentlassene m. mind. mittl.Abschluss [%]	78,90	75,40	3,50		75,40		
WH__10(L) Wiederholerquote [%]	1,53	1,60	-0,07		1,60		

Zielbezug:
Bei den Kennzahlen 300988(L) und 301011(L) liegen die aktuellen Werte erst ab März 2025 vor, somit handelt es sich bei den ausgewiesenen Werten um die vorliegenden Werte per 09.2024.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Der Istwert überschreitet den Planwert um € 9,2 Mio. Bei der Überschreitung handelt es sich im Wesentlichen um Erstattungen des Bundes für den beschleunigten Infrastrukturausbau Ganztag (€ 3,4 Mio.), für Corona-gerechte raumluftechnische Anlagen (€ 2,8 Mio.) und für die Vereinbarung „Bildungsketten in der Berufsorientierung“ (€ 1,7 Mio.). Außerdem gab es nicht geplante, zweckgebundene Einnahmen für das Projekt „Digitale Drehtür“ (€ 0,8 Mio.).

Investive Einnahmen

Der Istwert überschreitet den Planwert um € 6,0 Mio., bedingt durch höhere Zahlungseingänge vom Bund, insbesondere für das Projekt „Digitalisierung“.

Personalausgaben

Die Personalausgaben im Land liegen mit rund 672.000 Euro bzw. umgerechnet 9,6 Stellen unter dem Sollwert. Dies entspricht einer Abweichung von unter 3 %, die auf Verzögerungen bei der Stellenbesetzung zurückzuführen ist.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Der Istwert liegt um € 11,3 Mio. unter dem unterjährigen Planwert. Der Grund hierfür liegt in geringeren Zuschüssen zur Umsetzung des Kita-Qualitäts- und Teilhabeverbesserungsgesetz.

Investive Ausgaben

Die investiven Ausgaben liegen im Ist um € 0,3 Mio. unter dem Planwert. Ursächlich hierfür sind geringere Ausgaben für das Projekt „Digitalisierung“.

Zuführung Rücklage

Im Zuge der Abrechnung des Produktplanhaushalts sind T€ 644 der investiven Rücklage zugeführt worden. Im HH-Soll wird die Gegenbuchung im abgebenden Aggregat (AUSG.INVES, AUSG.VERI2) zentral von SF außerhalb des PPL 21 verfügt.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo (Land) weist eine Unterschreitung in Höhe von € 1,832 Mio. auf.

In diesem Wert ist noch nicht die Zuführung in die investive Rücklage i.H.v. € 0,644 Mio. aus der Abrechnung des Produktplanhaushalts berücksichtigt.

Unter Einbeziehung dieser Rücklagenzuführung weist der Finanzierungssaldo (Land) eine Unterschreitung i.H.v. € 1,188 Mio. auf.

Einhaltung Budget

Das Budget (Land) wird um € 1,954 Mio. unterschritten, bedingt durch Mindereinnahmen von € 0,545 Mio. und Minderausgaben von € 2,499 Mio.

In diesem Wert ist noch nicht die Zuführung in die investive Rücklage i.H.v. € 0,644 Mio. aus der Abrechnung des Produktplanhaushalts berücksichtigt.

Unter Einbeziehung dieser Rücklagenzuführung wird das Budget (Land) um € 1,310 Mio. unterschritten.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung

Das Jahresergebnis 2024 des staatlichen Haushaltes weist im Saldo aus Haushaltsverbesserungen und -verschlechterungen eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe von 0,039 Mio. € aus. Die Haushaltsverbesserung resultiert aus Personalminderausgaben (0,014 Mio. €) und konsumtiven Minderausgaben (0,023 Mio. €) sowie Mehreinnahmen (0,002 Mio. €).

Im Rahmen des Jahresabschlusses hat das Ressort eine Resteübertragung bei den konsumtiven Ausgaben in Höhe von 0,023 Mio. € sowie eine Rücklagenzuführung bei den investiven Ausgaben in Höhe von 0,033 Mio. € beantragt.

Nicht verausgabte Personalausgaben in Höhe von 0,014 Mio. € wurden im Rahmen des Abschlusses zugunsten des Produktplan 92 "Allgemeine Finanzen" gestrichen.

Finanzierungssaldo

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen (0,655 Mio. €) zum Jahresende um 0,003 Mio. € unterschritten.

PERSONALDATEN

Der Personalhaushalt ist im Jahresabschluss ausgeglichen. Personalmehrausgaben im Kernbereich in Höhe von rund 0,3 Mio. € konnten nach entsprechenden HaFA-Beschlüssen aus ressorteigenen Mitteln gedeckt werden. Um städtische Mittel in Höhe von 0,1 Mio. € nutzen zu können, war ein Ringtausch mit dem Produktplan 92 erforderlich.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	970	240	731	304,60 %	969	969	971	2	240
Investive Einnahmen	0	0	0		0			0	0
Entnahme Rücklage	45	0	45	∞ %	45	45	45	0	0
budgetierte Einnahmen	4.980	4.204	775	18,44 %	4.978	4.978	4.980	2	4.204
Personalausgaben	7.172	6.264	908	14,50 %	7.186	7.186	7.172	-14	6.264
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.440	2.631	-191	-7,25 %	2.464	2.463	2.440	-23	2.631
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	713	120	593	495,21 %	746	712	712	0	120
Zuführung Rücklage	33	0	33	∞ %	33	33	33	0	0
budgetierte Ausgaben	10.611	9.182	1.429	15,56 %	10.681	10.646	10.609	-37	9.182
Saldo	-5.631	-4.977	-653	-13,13 %	-5.703	-5.668	-5.629	39	-4.977

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	0	73	73	73
investiv	260	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	37
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	23
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	34

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich				6.902	6.908	-6	6.902	6.908	-6
Temporäre Personalmittel				84	91	-8	84	91	-8
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				6.986	7.000	-14	6.986	7.000	-14
Refinanzierte				0	0	0	0	0	0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				186	186	0	186	186	0
Insgesamt				7.172	7.186	-14	7.172	7.186	-14
dar.: Beihilfe / Nachvers.				54	54	0	54	54	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich				87,9	90,6	-2,7	87,9	90,6	-2,7
Temporäre Personalmittel				1,0	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				88,9	91,6	-2,7	88,9	91,6	-2,7
Refinanzierte				0,0		0,0	0,0		0,0
Ausbildung				0,7	0,0	0,7	0,7	0,0	0,7
Insgesamt				89,6		89,6	89,6		89,6
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				89,6		89,6	89,6		89,6
nachr.: Abwesende				1,6		1,6	1,6		1,6

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	8,8	22,5	8,1
Beschäftigte über 55 Jahre	37,3	17,5	40,4
Frauenquote	52,9	50,0	53,5
Teilzeitquote	89,2	35,0	92,9
Schwerbehindertenquote	4,8	6,0	4,6

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Es konnten zusätzliche zweckgebundene Einnahmen für die Präsentation der Denkmallandschaft, Projekte der Wiedergutmachung eingeworben werden. In den konsumtiven Einnahmen enthalten sind außerdem Kostenerstattungen Dritter zur Finanzierung der Grabungen an der Reitbrake, sowie Personalgestellungen an juristische Personen des öffentlichen Rechts.

Entnahme Rücklage

Die Entnahme aus der allgemeinen und investiven Budgetrücklage diene der Auflösung der Globalen Minderausgabe.

Personalausgaben

Unterjährige Personalmehrausgaben resultieren aus Personalübergängen, deren Finanzierung innerhalb des PPL 22 und des PPL 92 sichergestellt wurde.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Es konnten unterjährig konsumtive Einsparungen realisiert werden, die der Finanzierung der Umlage und der Globalen Minderausgabe dienten.

Investive Ausgaben

Unterjährige Mehrausgaben im investiven Bereich resultieren aus zusätzlichen Ausgaben zur Finanzierung der Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 4.

Zuführung Rücklage

Investive Minderausgaben wurden der investiven Budgetrücklage zugeführt.

Finanzierungssaldo

Der geplante Finanzierungssaldo iHv. 4.977 TEUR verändert sich um 655 TEUR auf 5.632 TEUR und wurde eingehalten.

Bei den produktplanübergreifende Verlagerungen handelt es sich insbesondere zum Ausgleich von Tarif- und Besoldungsanpassungen, Ausgleichs für Personalübergänge, Bereitstellung von Mitteln für den Erweiterungsbau des Staatsarchives, sowie die notwendige Finanzierung von IT-Kosten zu Gunsten des PPL 96.

Außerdem ist die vollständige Auflösung der globalen Minderausgabe iHv. 85 TEUR berücksichtigt.

Zur Finanzierung wurde die Entnahme der allgemeinen und investiven Budgetrücklage (45 TEUR), konsumtive Reste (35 TEUR), konsumtive Anschläge (3 TEUR) und Mehreinnahmen (2 TEUR) herangezogen.

Zusätzlich berücksichtigt ist die Umlage zur Auflösung unabweisbarer dezentraler Budget- und Liquiditätsrisiken iHv. rd. 61 TEUR, deren Finanzierung aus konsumtiven Minderausgaben (52 TEUR) und konsumtiven Mehreinnahmen (9 TEUR) erfolgte.

Einhaltung Budget

Das Budget wurde unterschritten. Reste im Personalbereich werden im Rahmen des Jahresabschlusses dem PPL 92 zurückgeführt.

Konsumtive Reste wurden zum Übertrag beantragt.

Nicht verausgabte investive Reste wurden im Rahmen des Jahresabschlusses der investiven Budgetrücklage zugeführt.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Das Ressort hat sein Budget am Jahresende um rd. 3,590 Mio. € rechnerisch unterschritten und begründet die Unterschreitung durch: 2,772 Mio. € sonstige konsumtive Minderausgaben wurden als Ausgabereste für zukünftige Bund-Länder-Maßnahmen (u. a. Exzellenzstrategie der Universität Bremen) sowie für Verpflichtungen aus Zuwendungsbescheiden ins Folgejahr übertragen. Ausgabereste aus Vorjahren wurden i. H. v. 0,640 Mio. € gestrichen.

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wurde am Jahresende unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen von rd. 7,877 Mio. € um rd. 0,351 Mio. € unterschritten.

PERSONALDATEN

Der Personalhaushalt ist im Jahresabschluss ausgeglichen. Personalmehrausgaben im Kernbereich in Höhe von rund 0,35 Mio. € konnten nach entsprechenden HaFA-Beschlüssen aus ressorteigenen Mehreinnahmen gedeckt werden. Weitere Personalbudgetüberschreitungen im refinanzierten Bereich in Höhe von rund 0,1 Mio. € sind im Jahresabschlussverfahren ressortintern gelöst worden.

LEISTUNGSDATEN

Zu den Leistungszielen siehe Bericht des Produktplans.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	76.156	80.463	-4.307	-5,35 %	76.056	76.055	76.154	99	80.463
Investive Einnahmen	23.730	27.782	-4.052	-14,58 %	23.723	23.723	23.723	0	27.782
Entnahme Rücklage	2.238	0	2.238	∞ %	2.238	2.238	2.238	0	0
budgetierte Einnahmen	102.168	108.288	-6.121	-5,65 %	102.060	102.059	102.158	99	108.288
Personalausgaben	5.054	4.317	737	17,08 %	5.135	5.135	5.054	-81	4.317
Sonst. konsumtive Ausgaben	497.153	492.452	4.701	0,95 %	500.509	500.508	497.153	-3.355	492.452
Zinsausgaben	22	22	0	0,00 %	22	22	22	0	22
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	63.336	69.736	-6.400	-9,18 %	65.749	63.392	63.337	-55	69.736
Zuführung Rücklage	2.357	0	2.357	∞ %	2.357	2.357	2.357	0	0
budgetierte Ausgaben	567.922	566.527	1.395	0,25 %	573.773	571.414	567.923	-3.491	566.527
Saldo	-465.755	-458.239	-7.516	-1,64 %	-471.713	-469.355	-465.765	3.590	-458.239

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	906	160	3.497	3.491	3.241
investiv	1.500	7.910	50.086	33.498	6.477
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	3.240
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	2.772
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	3.885
Verlustvortrag	3.803

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				4.671	4.752	-81	4.671	4.752	-81
Temporäre Personalmittel				142	142	-0	142	142	-0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				33	33	0	33	33	0
Zwischensumme				4.846	4.927	-81	4.846	4.927	-81
Refinanzierte				103	103	-0	103	103	-0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				106	106	0	106	106	0
Insgesamt				5.054	5.135	-81	5.054	5.135	-81
dar.: Beihilfe / Nachvers.				106	106	0	106	106	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				54,3	58,1	-3,8	54,3	58,1	-3,8
Temporäre Personalmittel				2,2	1,8	0,5	2,2	1,8	0,5
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,5	0,0	0,5	0,5	0,0	0,5
Zwischensumme				57,0	59,9	-2,9	57,0	59,9	-2,9
Refinanzierte				1,0		1,0	1,0		1,0
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				58,0		58,0	58,0		58,0
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				58,0		58,0	58,0		58,0
nachr.: Abwesende				2,0		2,0	2,0		2,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	2,9	22,5	2,9
Beschäftigte über 55 Jahre	23,5	17,5	26,5
Frauenquote	67,7	50,0	69,1
Teilzeitquote	42,6	35,0	48,5
Schwerbehindertenquote	4,0	6,0	4,1

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung:  nicht gefährdet  im Toleranzbereich  gefährdet

Ausbildung hoch qualifizierter Nachwuchskräfte

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
ABSV01(L) Absolvent/-innen [Anz.]	5.008	5.230	-222	-4 %	5.230		
PROM01(L) Promotionen einschließlich Konzertexamen [Anz.]	338	301	37	12 %	301		

Zielbezug:

PROM01 Promotionen

Bei der Leistungskennzahl wurde mit einer positiven Abweichung von 12% die Erwartung übererfüllt, es liegt ebenfalls eine Verbesserung im Vergleich zum Vorjahr vor. Erstmals werden auch Absolvierende im 3. Zyklus einschließlich Meisterschüler und Konzertexamen der HfK erfasst. Details entnehmen sich den hochschulspezifischen Begründungen.

Eine den Bedarfen der Lehre und Forschung entsprechende Bausubstanz

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300904(L) Geschaffene Hauptnutzfläche in qm [m2]			0,00				
301221(L) Sanierte Hauptnutzfläche in qm [m2]	4.533,00	2.362,00	2.171,00	92 %	2.362,00		

301221(L):

Die Sanierung im Gebäude GW 2, Ebene 0 an der Universität Bremen ist zu 85 % abgeschlossen. Es wurde eine größere Fläche realisiert als ursprünglich geplant.

Sicherung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen und der Forschungsinstitute

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300909(L) Anzahl überreg. finanzierte Institute [Anz.]	13	13	0	0 %	13		
301467(L) Wissenschaftl. und künstl. Personal in VZÄ [Anz.]	1.168	1.205	-37	-3 %	1.205		
DRTM01(L) Drittmittelausgaben zu Gesamtausgaben [%]	22,88	24,33	-1,45		24,33		

Zielbezug:

300909

Die Anzahl der überregional finanzierten Forschungseinrichtungen liegt konstant bei 13. Durch die konsequente Umsetzung der langjährigen wissenschaftspolitischen Qualitätsstrategie konnte die Zahl der Bund-Länder finanzierten wissenschaftlichen Einrichtungen stetig erhöht werden. Dieser Erfolg wirkt sich auch 2024 weiterhin positiv aus. Bremen ist bundesweit Spitzenreiter in den Einnahmen pro Einwohner aus der überregionalen Finanzierung.

Umsetzung der Bund-Länder-Vereinbarungen zur Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
200248(L) Studienanfänger/-innen 1. HS [Anz.]	5.474	5.571	-97	-2 %	5.571		
301474(L) Abgeschl. Bu-Lä-Vereinb. Art. 91b GG [Anz.]	16	15	1	7 %	15		
301960(L) Studierende in der RSZ plus 2 Semester [Anz.]	25.122	27.910	-2.788	-10 %	27.910		

Zielbezug:

301474

Aktuell ist Bremen an 16 Bund-Länder-Vereinbarungen gemäß Art. 91b GG zur Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre beteiligt und die Planzahl von 15 Bund-Länder-Vereinbarungen wird um eine übertroffen. Anfang 2024 ist die BLV „Förderung der angewandten Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen (FuE-HAW)“ in Kraft getreten. Aufgrund von unterschiedlichen Auffassungen von Bund und Ländern zu den Finanzierungsanteilen war die finale Einigung über diese BLV bei der Kennzahlenplanung noch nicht absehbar. Die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes Bremen wird durch die Beteiligung an den Bund-Länder-Vereinbarungen erhalten und ausgebaut.

301960 Studierende in der RSZ plus 2 Semester

Die Leistungskennzahl „Studierende in der RSZ plus 2 Semester“ bleibt hinter den Erwartungen zurück. Ein Vorjahresvergleich ist aufgrund des geänderten Erhebungsverfahrens (einschließlich plus 2 Semester) nicht möglich. An der Universität Bremen wurden ambitionierte Planwerte getroffen, deren Umsetzung nicht zu realisieren ist. Das Ressort steht im regelmäßigen Austausch mit den Hochschulen zum bedarfsgerechten Erhalt. Beginnen weniger Studienanfänger/-innen ein Studium, sinken zwangsläufig die Studierendenzahlen. Es werden mit den Hochschulen strategische Ziele verabredet und Handlungsfelder identifiziert, die ein attraktives, innovatives und zeitgemäßes Studienangebot sicherstellen.

Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems gemäß den Zielen des Wissenschaftsplans 2025

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301468(L) Studierende [Anz.]	30.904	32.145	-1.241	-4 %	32.145		
DRTM01(L) Drittmittelausgaben zu Gesamtausgaben [%]	22,88	24,33	-1,45		24,33		

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Mindereinnahmen sind durch verringerte Zuschüsse des Bundes zu den Betriebsausgaben für die WGL-Institute (PB 24.03) in Höhe von 2.352 TEUR sowie zur Erstattung der BAföG-Ausgaben (PB 24.04) in Höhe von 2.733 TEUR zu verzeichnen. Den Mindereinnahmen stehen Minderausgaben in gleicher Höhe gegenüber. Die Ist-Planwert-Abweichung vermindert sich um nicht planbare Mehreinnahmen durch Rückzahlungen von Zuwendungen und Zuweisungen (534 TEUR).

Investive Einnahmen

Wie bei den konsumtiven Einnahmen resultieren auch hier die Abweichungen aus geringeren Zuschüssen des Bundes zu den Investitionen der WGL Institute (aufgrund von Selbstbewirtschaftungsmitteln, die nicht über den Landeshaushalt gebucht werden) und BAföG.

Entnahme Rücklage

Die Rücklagenentnahme erfolgte in Höhe von 2.110 TEUR zur Ausfinanzierung von EFRE-Projekten (EFRE Programm 2014-2020) sowie in Höhe von 128 TEUR zur Erbringung der Umlage für die Globale Minderausgabe.

Personalausgaben

Gegenüber den Planwerten sind im Berichtsjahr folgende Mehrausgaben angefallen: Nachbewilligungen für Tarifierpassungen i.H.v. 227 TEUR sowie Beihilfemehrausgaben i.H.v. 35 TEUR, 33 TEUR nicht veranschlagte Personalausgaben für die Personalüberlassung vom Deutschen Schifffahrtsmuseum sowie Refinanzierte i.H.v. 103 TEUR. Des Weiteren sind Personalmehrausgaben i.H.v. 339 TEUR im Kernbereich entstanden.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Die Planwert-Ist-Abweichung mit einer Überschreitung von 4.701 TEUR ist auf folgende wesentliche Veränderungen zurückzuführen:

- Nachbewilligungen für Tarifierpassungen und Spitzabrechnung der Hochschulen in Höhe von 13.015 TEUR (PB 24.01)
- gegenüber den Planwerten verringerte BAföG-Ausgaben in Höhe von 2.733 TEUR, die vom Bund erstattet werden (PB 24.04)
- Einsparungen für die Erbringung der Umlage für die Globale Minderausgabe in Höhe von 3.903 TEUR bei den konsumtiven Ausgaben
- Bei den Betriebsmittel der WGL-Institute werden die Bundesmittel nicht über den Landeshaushalt gebucht, wenn Selbstbewirtschaftungsmittel gebildet werden. Dies führte zu Minderausgaben im PB 24.03. in Höhe von 2.352 TEUR.

Investive Ausgaben

Im Bereich der investiven Ausgaben wurden insgesamt 6.400 TEUR weniger verausgabt als geplant. Die Abweichungen setzen sich zusammen aus Mindereinnahmen durch Einsparungen für die Globale Minderausgabe in Höhe von 1.903 TEUR, verringerte Ausgaben bei den BAföG Darlehen in Höhe von 3.690 TEUR (PB 24.04) sowie verringerte Ausgaben bei Investitionen der WGL-Institute (durchgeleitete Bundeszuschüsse aufgrund der Bildung von Selbstbewirtschaftungsmittel) in Höhe von 878 TEUR.

Zuführung Rücklage

Die Zuführungen zur investiven Rücklage sind vollständig auf bewilligte, aber noch nicht abgerufene Mittel für EFRE-Maßnahmen zurückzuführen. Die Mittel werden in den Folgejahren benötigt.

Finanzierungssaldo

Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo beträgt im Anschlag -458.239 TEUR. Unter Berücksichtigung der im Haushaltsvollzug erfolgten Nachbewilligungen, Einsparungen und Verlagerungen in Höhe von saldiert 7.877 TEUR beträgt der bereinigte, zulässige Finanzierungssaldo -466.116 TEUR. Bei einem endgültigen Ist in Höhe von -465.765 TEUR wird damit der Finanzierungssaldo um 351 TEUR unterschritten. Bei den Minderausgaben handelt es sich um in diesem Jahr nicht benötigte Projektmittel.

PPL: 24 Hochschulen und Forschung
Version: 01-14/24 21.08.25
Verantw.: Senatorin Moosdorf

Einhaltung Finanzdaten: Land ●
Einhaltung Personaldaten: Land ▲
Einhaltung strategische Ziele: Land ●

Einhaltung Budget

Das Budget wurde um insgesamt 3.491 TEUR unterschritten. Von den konsumtiven Ausgaberesten wurden Mittel in Höhe von 2.772 TEUR ins Folgejahr übertragen. Hierbei handelt es sich um verpflichtete Mittel für Bund-Länder-Maßnahmen (z. B. Exzellenzstrategie) sowie Verpflichtungen aus Zuwendungsbescheiden. Ausgabereste aus Vorjahren in Höhe von 640 TEUR wurden gemäß 45 (2) LHO gestrichen.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Zum Jahresende wird das Budget im Landeshaushalt um rd. 0,4 Mio. € unterschritten.

Diese Unterschreitung ergibt sich wie folgt:

in Mio.€

-4,44 Konsumtive Mindereinnahmen

0,05 Personalminderausgaben

4,83 Konsumtive Minderausgaben (enthalten sind 4,72 Mio. € an Resten)

0,44 Gesamt

Die Unterschreitung des Budgets von rd. 0,4 Mio. € ergibt sich hauptsächlich durch 4,4 Mio. € Mindereinnahmen, welchen 4,8 Mio. € Minderausgaben entgegenstehen.

Finanzierungssaldo:

Im Haushalt des Landes ergibt sich unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen i. H. v. 0,7 Mio. € zum Jahresende eine Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos in Höhe von -4,3 Mio. €.

Begründet ist diese Überschreitung mit Mindereinnahmen im Bereich der Abwicklung der ESF-Förderprogramme (s. Einhaltung Einnahmen).

Konsumtive Ausgaben (ohne Personal):

Zum Jahresende sind Minderausgaben von rd. 4,8 Mio. € festzustellen, die sich hauptsächlich aus nicht liquiden Ausgaberesten des Vorjahres ergeben.

Einhaltung Einnahmen:

Zum Jahresende sind Mindereinnahmen von rd. 4,4 Mio. € entstanden.

Eigentlich wurden Mehreinnahmen in Höhe von 14,4 Mio. € erwartet. Entsprechend des HaFA-Beschlusses vom 16.08.2024 führte dies im Haushalt zu einem erhöhten Einnahme- sowie Ausgabesoll.

Im ESF (2014-2020) wurden durch eine Einnahme in Höhe von 14,9 Mio. € im Vergleich zum Anschlag in Höhe von 3,7 Mio. € tatsächliche Mehreinnahmen in Höhe von 11,2 Mio. € generiert.

Im ESFplus (2021-2027) wurde ebenfalls mit einer Mehreinnahme (3,2 Mio. €) gerechnet, jedoch wurde festgestellt, dass rd. 4,4 Mio. € frühestens im Jahr 2025 von der EU gezahlt werden, so dass zum Jahresabschluss eine entsprechende Mindereinnahme entstanden ist.

Rücklagen:

Die allgemeine Budgetrücklage (rd. 0,06 Mio. €) sowie die investive Budgetrücklage (rd. 0,01 Mio. €) bleiben zum Jahresende unverändert.

Verlustvorträge:

Der Verlustvortrag für die ESF-Förderphase 2014-2020 in Höhe von rd. 11,8 Mio. € reduziert sich aufgrund der Mehreinnahme in Höhe von 11,2 Mio. € auf rd. 0,6 Mio. €.

Der bestehende Verlustvortrag für die ESFplus-Förderphase 2021-2027 in Höhe von rd. 5,3 Mio. € erhöht sich um die Mindereinnahme von rd. 15,5 Mio. € auf rd. 20,8 Mio. €.

PERSONALDATEN

Der Personalhaushalt ist im Jahresabschluss ausgeglichen. Hierin sind Sollminderungen zur Auflösung der ressortbezogenen globalen Minderausgaben in Höhe von 0,5 Mio. € enthalten.

LEISTUNGSDATEN

301482 – Geförderte Menschen

Die Anzahl für geförderte Menschen liegt mit 244% deutlich über dem Planwert. Das Arbeitsressort gibt an, aufgrund eines Fokus auf die Kofinanzierung von Drittmitteln (Jobcenter, BA; BAMF oder andere Ressorts) konnten mehr Menschen gefördert werden als geplant

301484 -Anteil gef. Menschen mit Migrationshintergrund

Der Anteil geförderter Menschen mit Migrationshintergrund liegt mit 60 % deutlich über dem Planwert. Lt. Arbeitsressort hat die o.g. Kofinanzierung durch Drittmittel (s. 301482) insbesondere hier gefruchtet.

301485 – Beratene Menschen

Die Anzahl für beratene Menschen liegt mit 11% über dem Planwert. Das Arbeitsressort führt dazu aus, dass aufgrund einer effektiven Umsteuerung der Beratungsförderung mehr Menschen beraten werden konnten als geplant.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	40.739	28.990	11.749	40,53 %	45.180	45.181	40.739	-4.442	28.990
Investive Einnahmen	0	0	0		0			0	0
Entnahme Rücklage	0	0	0		0			0	0
budgetierte Einnahmen	43.239	28.990	14.249	49,15 %	47.680	47.681	43.239	-4.442	28.990
Personalausgaben	5.490	4.562	928	20,35 %	5.542	5.542	5.490	-52	4.562
Sonst. konsumtive Ausgaben	64.446	53.114	11.332	21,34 %	69.299	69.279	64.446	-4.833	53.114
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	2.440	0	2.440	∞ %	2.440	2.440	2.440	0	0
Zuführung Rücklage	0	0	0		0	0	0	0	0
budgetierte Ausgaben	74.440	56.594	17.845	31,53 %	79.324	79.324	74.439	-4.885	56.594
Saldo	-31.201	-27.604	-3.597	-13,03 %	-31.644	-31.643	-31.200	443	-27.604

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	355	509	1.155	385	34
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabereste	4.723
Ausgabereste im Übertrag nach 2025	4.712
Allgemeine Budgetrücklage	60
Investive Budgetrücklage	8
Verlustvortrag	21.367


PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich				4.112	4.162	-50	4.112	4.162	-50
Temporäre Personalmittel				162	162	-1	162	162	-1
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				4.274	4.324	-50	4.274	4.324	-50
Refinanzierte				1.172	1.173	-1	1.172	1.173	-1
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				44	45	-1	44	45	-1
Insgesamt				5.490	5.542	-52	5.490	5.542	-52
dar.: Beihilfe / Nachvers.				43	43	0	43	43	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich				49,4	50,4	-1,0	49,4	50,4	-1,0
Temporäre Personalmittel				1,8	2,0	-0,2	1,8	2,0	-0,2
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				51,2	52,4	-1,2	51,2	52,4	-1,2
Refinanzierte				15,2		15,2	15,2		15,2
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				66,4		66,4	66,4		66,4
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				66,4		66,4	66,4		66,4
nachr.: Abwesende				3,8		3,8	3,8		3,8

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	8,0	22,5	14,1
Beschäftigte über 55 Jahre	33,3	17,5	33,3
Frauenquote	74,7	50,0	73,1
Teilzeitquote	33,3	35,0	32,0
Schwerbehindertenquote	7,9	6,0	6,3

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung:  nicht gefährdet  im Toleranzbereich  gefährdet

Menschen arbeitsmarktllich fördern

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301482(L) geförderte Menschen [Anz.]	6.200	1.800	4.400	244 %	1.800		
301483(L) Anteil geförderter Frauen [%]	57,92	45,00	12,92		45,00		
301484(L) Anteil gef. Menschen mit Migrationsh. [%]	75,25	47,00	28,25		47,00		

301482(L):

Aufgrund eines Fokus auf die Kofinanzierung von Drittmitteln, die u.a. direkt vom Jobcenter, der BA, dem BAMF oder anderen Ressorts bereitgestellt wurden, konnten mehr Menschen gefördert werden als geplant.

301484(L):

Aufgrund eines Fokus auf Projekte für Menschen mit Migrationshintergrund hat o.g. Kofinanzierung durch Drittmittel insbesondere hier gefruchtet.

Menschen arbeitsmarktllich beraten

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301485(L) beratene Menschen [Anz.]	8.881	8.000	881	11 %	8.000		
301486(L) Anteil beratener Frauer [%]	58,08	60,00	-1,92		60,00		
301487(L) Anteil ber. Menschen mit Migrationsh. [%]	72,42	65,00	7,42		65,00		

301485(L):

Aufgrund einer effektiven Umsteuerung der Beratungsförderung konnten mehr Menschen beraten werden als geplant.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Personalausgaben

Der Personalhaushalt des Produktplans 31 Arbeit wies zum Ende des Jahres 2024 insgesamt Minderausgaben von rd. 52 Tsd. €. Die Personalminderausgaben sind auf die zusätzliche Mittelbereitstellung (Prio-Mittel) sowie auf die sukzessive Besetzung der vakanten Stellen im Verlauf des aktuellen Haushaltsjahres zurückzuführen.

Finanzierungssaldo

Veranschlagt wurde ein Finanzierungssaldo von rd. 27,6 Mio. €. Durch erfolgte Veränderungen (Einsparungen und Sperren) in Höhe von insgesamt rd. -0,7 Mio. €, beläuft sich der aktuelle Finanzierungssaldo auf rd. 26,9 Mio. €. Dem gegenüber steht ein Ist von rd. 31,2 Mio. €, was einer Überschreitung des Finanzierungssaldos von rd. 4,3 Mio. € entspricht.

Begründet ist diese Überschreitung mit Mindereinnahmen im Bereich der Abwicklung der ESF-Förderprogramme. Im ESF (2014-2020) wird der bestehende Verlustvortrag zum Jahresabschluss um rd. 11,2 Mio. € reduziert, im ESFplus (2021-2027) hingegen erfolgt eine Erhöhung des Verlustvortrags um rd. 15,5 Mio. €.

Die 0,7 Mio. € (Abweichung zwischen aktuell verfügbarem Finanzierungssaldo und Anschlag) sind hauptsächlich begründet durch eine Einsparung zugunsten des PPL 96 (IT-Budget der FHB) für den Ausbildungsunterstützungsfonds in Höhe von rd. 1 Mio. € (HaFA-Beschluss vom 24.05.2024). Darüber hinaus erfolgte eine Nachbewilligung im Personalbereich in Höhe von rd. 0,2 Mio. € sowie kleine Projektbeteiligungen von anderen Ressorts.

Einhaltung Budget

Insgesamt liegt eine Budgetunterschreitung von rd. 0,4 Mio. € vor. Diese unterteilt sich größtenteils in die Aggregate „Einnahmen“ (rd. 4,4 Mio. € Mindereinnahmen) sowie „Konsumtive Ausgaben“ (rd. 4,8 Mio. € Minderausgaben).

Konsumtive Einnahmen

Zum Jahresende sind Mindereinnahmen von rd. 4,4 Mio. € entstanden.

Im ESF (Förderphase 2014-2020) sowie im ESFplus (Förderphase 2021-2027) wurden im Vergleich zum Anschlag Mehreinnahmen erwartet. Insgesamt wurden gem. HaFA-Beschluss vom 16.08.2024 14,4 Mio. € auf der Ausgabenseite zur Verfügung gestellt und erhöhten damit das Einnahme- sowie das Ausgabesoll.

Im ESF lässt sich die Mehreinnahme mit der Endabrechnung der Förderperiode 2014 – 2020 inkl. des Sonderprogramms REACT-EU begründen. Hier wurde am 28.03.2024 der abschließende Zahlungsantrag an die Europäische Kommission gestellt, in dem letztmalig Kosten, die bis zum 31.12.2023 entstanden waren, als Kosten für die alte ESF-Förderperiode abgerechnet werden konnten (n+3-Regelung). Am 26.04.2024 erfolgte die Information, dass die Prüfungen vonseiten der europäischen Kommission abgeschlossen seien und eine Restzahlung in Höhe von 14.850.590,18 € veranlasst werde. Die Mittel wurden am 14.05.2024 vereinnahmt. Abzüglich des Einnahmeanschlags in Höhe von 3,7 Mio. € entspricht dies Mehreinnahmen in Höhe von ca. 11,2 Mio. €. Dies bedeutet, dass sämtliche europäische Mittel der Förderperiode 2014 – 2020 (ca. 128 Mio. €), abzüglich eines Einbehalts der Europäischen Kommission in Höhe von knapp 0,6 Mio. €, der frühestens im Februar 2025 ausgezahlt werden kann, abgefordert wurden. Dies entspricht einem Umsetzungsstand von 99,995 %.

Im ESFplus (Förderperiode 2021 – 2027) wurde mit einer Mehreinnahme in Höhe von 3,2 Mio. € gerechnet. Diese lässt sich dadurch erklären, dass gegenüber der Europäischen Kommission ausschließlich Gesamtausgaben abgerechnet werden, die im Rahmen einer Projektförderung verausgabt und durch die Bewilligungsbehörde bereits geprüft wurden. Von diesen gemeldeten Gesamtausgaben erstattet die Europäische Kommission pauschal 40%, unabhängig von der tatsächlichen Mittelzusammensetzung. Im ersten Halbjahr 2024 wurden in einigen Programmen erheblich mehr nationale Mittel verausgabt als bei der Haushaltsaufstellung vorgesehen (siehe „ESFplus (Mehrausgaben)“, Ausbildungsgarantie (Resteverausgabung)“ und „LAZLO (Resteverausgabung)“). Diese Mehrausgaben können somit auch bereits früher als erwartet gegenüber der Kommission abgerechnet werden. Am 05.08.2024 wurde der zweite Zahlungsantrag der Förderperiode 2021 – 2027 gestellt, der vrs. Einnahmen in Höhe von 10,8 Mio. € generieren wird. Für Anfang November 2024 ist ein weiterer Zahlungsantrag geplant, dessen Einnahmenvolumen ca. 11,9 Mio. € betragen dürfte, wodurch im ESFplus vrs. Einnahmen in Höhe von insgesamt 22,7 Mio. € generiert werden. Nach Abschluss des Prüfverfahrens der EU-Kommission wurde allerdings festgestellt, dass rd. 4,4 Mio. € frühestens im Jahr 2025 gezahlt werden, so dass zum Jahresabschluss entsprechende Mindereinnahmen entstanden.

Konsumtive Ausgaben inkl. Verrechnungen/Erstattungen

Zum Jahresende sind Minderausgaben von rd. 4,8 Mio. € festzustellen. Dies entspricht im Wesentlichen den aus dem Vorjahr übertragenen und damit nicht liquiden Resten.

Am 16.08.2024 hat der Haushalts- und Finanzausschuss entschieden, dass die prognostizierten Mehreinnahmen im EU-Bereich einerseits für Mehrausgaben im Bereich des ESFplus (rd. 9,7 Mio. €) sowie andererseits für die notwendige Resteverausgabung (rd. 4,8 Mio. €) herangezogen werden. Durch die Entscheidung, dass in Höhe der Reste der Verlustvortrag nicht zu reduzieren ist, ergab sich die Notwendigkeit, auch im Jahr 2024 Reste in identischer Höhe ins nächste Jahr zu übertragen. Möglich war dies durch die prognostizierten Mehreinnahmen, die auf der Ausgabenseite zur Verfügung gestellt wurden.

Die in den Vorjahren entstandenen Reste verteilen sich schwerpunktmäßig auf die Programme der Ausbildungsgarantie (rd. 2,4 Mio. €) sowie für Langzeitarbeitslose (LAZLO) (rd. 1,9). Die Notwendigkeit die Haushaltsreste der Ausbildungsgarantie und des Programms LAZLO mit Liquidität zu hinterlegen, ergibt sich aus verschiedenen Gründen.

Die Reste werden unter anderem für die Weiterfinanzierung von Projekten benötigt, für die ab 2024 keine Mittel mehr zur Verfügung stehen (REACT und Bremen Fonds). Beispielsweise wurde der Ausbildungsverbund Bremen bzw. der Seestadtverbund Bremerhaven größtenteils über Mittel des europäischen Sonderprogramms REACT finanziert, das zum 31.12.2023 ausgelaufen ist. Eine Beendigung der beiden Ausbildungsverbünde zu diesem Datum war jedoch nicht möglich, da bis dahin ca. 450 Auszubildende ihre Ausbildung noch nicht beendet hatten. Zwar waren in 2023 erhebliche Anstrengungen unternommen worden, um möglichst viele Auszubildende der Verbünde in eine betriebliche Ausbildung zu vermitteln bzw. deren außerbetriebliche Ausbildung abzuschließen, doch erwiesen sich nicht alle Auszubildenden des Verbundes als unmittelbar vermittlungsg geeignet. Daher werden die Vermittlungsbemühungen in 2024 und ggfs. 2025 fortgesetzt und die Verbünde langsam ausgesteuert bis die Auszubildenden entweder vermittelt wurden oder ihre Ausbildung im Verbund beendet haben. Die Neu- bzw. Nachbesetzung von Ausbildungsplätzen ist nicht vorgesehen, sodass sich die Kosten kontinuierlich reduzieren werden. Zur Finanzierung der Aussteuerungsphase der Verbünde werden Reste der Ausbildungsgarantie genutzt.

Die Verausgabung der LAZLO-Reste ist erforderlich, da die Jobcenterförderung im Laufe der Förderzeit degressiv zurückgeht und der Finanzierungsanteil des Landes entsprechend ansteigt. LAZLO-Projekte werden demnach grundsätzlich während der Projektlaufzeit immer teurer. Gleichzeitig gingen Jobcentermittel für die öffentlich geförderte Beschäftigung in 2024 deutlich zurück, weshalb sich viele Träger für die weitere Finanzierung ihrer Infrastruktur (Personal, Overhead, etc.) an den ESFplus gewandt hatten, der diese Kosten in

der Vergangenheit nur in Ausnahmefällen finanziert hatte. Der ESF kann die weggefallenen Bundesmittel nicht kompensieren, doch hat die Fachabteilung ein Interesse an einem kontrollierten Rückbau der Förderstruktur, um die Trägerlandschaft in Bremen zu erhalten.

Die Mehrausgaben im ESFplus ergeben sich größtenteils durch Mittelbedarfsverschiebungen innerhalb der jeweiligen Einzelprojekte. Zum einen haben zahlreiche Träger Kosten früher als erwartet abgerechnet und bereits in der ersten Jahreshälfte verstärkt Auszahlträge gestellt, zum anderen ist das Auszahlungsverfahren im ESF umgestellt worden. Aus diesem Grund hat der HaFA am 16.08.2024 entschieden, dass die prognostizierten Mehreinnahmen im EU-Bereich für den diesjährigen Mehrbedarf im ESFplus herangezogen werden.

Rücklage gesamt

Die allgemeine (rd. 0,06 Mio. €) sowie die investive Budgetrücklage (rd. 0,01 Mio. €) bleiben zum Jahresende unverändert.

Der Verlustvortrag für die ESF-Förderphase 2014-2020 in Höhe von rd. 11,8 Mio. € reduziert sich aufgrund der Mehreinnahme um rd. 11,2 Mio. € auf rd. 0,6 Mio. €. Der Abschluss der Förderphase steht bevor und es wird mit einer Abschlusszahlung der EU-Kommission von rd. 0,6 Mio. € erwartet, die den Verlustvortrag vollständig auflösen wird.

Für die ESFplus-Förderphase 2021-2027 beträgt der aktuelle Verlustvortrag rd. 5,3 Mio. €. Aufgrund der Mindereinnahmen erhöht sich dieser um rd. 15,5 Mio. € auf rd. 20,8 Mio. €. Bis zum Abschluss der Förderphase wird der Verlustvortrag ausgeglichen.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Zum Jahresende wurde das Budget um rd. 18,2 Mio. € unterschritten. Dies setzt sich wie folgt zusammen:

- Mehreinnahmen von rd. 4,9 Mio. €
- Personalminderausgaben von rd. 2,3 Mio. €
- konsumtive Minderausgaben von rd. 10,8 Mio. € (überwiegend zentral bereitgestellte Mittel im Zuge des Lösungskonzeptes)
- Zuführung zur Rücklage von rd. 0,3 Mio. €

Die im Zuge des Controllings 1-9/24 und 1-11/24 möglichen Mehrbedarfe bei den Sozialleistungen von rd. 165,5 Mio. € wurden aus Mitteln des Nachtragshaushaltes (Ukraine und Energiepreiseffekte) in Höhe von rd. 53,5 Mio. € und aus weiteren zentralen Mitteln von rd. 110,3 Mio. € abgedeckt. Im weiteren Verlauf des Jahres konnten diese Bedarfe jedoch um rd. 12,7 Mio. € nach unten korrigiert werden.

Durch Budgetverlagerungen von rd. 110 Mio. € (inkl. die zentral bereitgestellten Mittel) wurde der Liquiditätssaldo zum Jahresende um rd. 17,2 Mio. € unterschritten.

PERSONALDATEN

Es werden Personalminderausgaben in Höhe von rund 2,3 Mio. € ausgewiesen. Diese resultieren überwiegend aus einer Zielzahlunterschreitung in Höhe von jahresdurchschnittlich 22,8 VZE im Kernbereich sowie bei den temporären Personalmitteln. Hierin sind Sollminderungen zur Auflösung der ressortbezogenen globalen Minderausgaben im Umfang von rund 0,6 Mio. € berücksichtigt.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	420.060	354.888	65.172	18,36 %	415.855	415.855	420.061	4.206	354.888
Investive Einnahmen	0	0	0		0	0	0	0	0
Entnahme Rücklage	900	0	900	∞ %	900	900	900	0	0
budgetierte Einnahmen	432.833	365.742	67.091	18,34 %	427.887	427.887	432.833	4.946	365.742
Personalausgaben	29.673	30.212	-538	-1,78 %	32.012	32.011	29.673	-2.338	30.212
Sonst. konsumtive Ausgaben	88.896	76.183	12.713	16,69 %	99.372	99.373	88.552	-10.821	76.183
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	10.665	5.892	4.773	81,00 %	10.802	10.802	10.665	-137	5.892
Zuführung Rücklage	346	0	346	∞ %	346	346	346	0	0
budgetierte Ausgaben	970.110	809.890	160.220	19,78 %	983.066	983.071	969.771	-13.300	809.890
Saldo	-537.278	-444.148	-93.130	-20,97 %	-555.178	-555.184	-536.938	18.246	-444.148

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	2.688	542	3.932	4.161	4.127
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	1.121
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	813
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	0
Sonderrücklage	9.458

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				25.793	27.708	-1.914	25.793	27.708	-1.914
Temporäre Personalmittel				85	100	-15	85	100	-15
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				25.879	27.808	-1.929	25.879	27.808	-1.929
Refinanzierte				3.332	3.739	-407	3.332	3.739	-407
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				462	465	-3	462	465	-3
Insgesamt				29.673	32.012	-2.339	29.673	32.012	-2.339
dar.: Beihilfe / Nachvers.				411	411	0	411	411	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				346,3	368,6	-22,3	346,3	368,6	-22,3
Temporäre Personalmittel				1,0	1,5	-0,5	1,0	1,5	-0,5
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				347,3	370,1	-22,8	347,3	370,1	-22,8
Refinanzierte				51,7		51,7	51,7		51,7
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				399,0		399,0	399,0		399,0
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				1,0		1,0	1,0		1,0
Summe eingesetztes Personal				400,0		400,0	400,0		400,0
nachr.: Abwesende				18,6		18,6	18,6		18,6

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	26,5	22,5	25,2
Beschäftigte über 55 Jahre	22,9	17,5	22,9
Frauenquote	71,7	50,0	70,8
Teilzeitquote	42,5	35,0	42,4
Schwerbehindertenquote	7,5	6,0	7,5

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Personalausgaben

Der Landespersonalhaushalt des Produktplans 41 Jugend und Soziales wies zum Jahresende 2024 insgesamt Minderausgaben von rd. 2,34 Mio. €, davon:

- rd. 1,93 Mio. € im Kernhaushalt
- rd. 0,41 Mio. € im Bereich des refinanzierten Personals, das aus den zweckgebundenen Mitteln finanziert ist.

Die Personalminderausgaben im Kernhaushalt sind auf die zusätzliche Mittelbereitstellung (Prio-Mittel) sowie auf die sukzessive Besetzung der vakanten Stellen im Verlauf des Haushaltsjahres 2024 zurückzuführen.

Finanzierungssaldo

Einhaltung Budget

Gesamtbetrachtungen / Jahreseinschätzung:

Vorbemerkung Sozialleistungen

Das vorgegangene Haushaltsjahr 2023 war gekennzeichnet durch den in 2022 begonnenen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Nicht nur die Folgen durch den Zugang an Geflüchteten waren abzudecken, sondern auch die Effekte, die durch die gestiegenen Energiepreise ausgelöst wurden: Preissteigerungen auf breiter Linie und höhere Tarifaabschlüsse. Diese wirken sich stark auf die Entgelte aus, die die Sozialleistungen in Teilen ausmachen. Auch die Zugänge anderer Geflüchteter nahmen wieder zu. Hinzu kam, dass die unverändert stark risikobehafteten Sozialleistungen in weiten Teilen schon vorher mit Mehrbedarfen behaftet waren; viele Problemlagen schrieben sich fort, Fallzahlzugänge, Fallzahlbestände, Zunahme von verschiedensten Leistungsbedarfen. Die in nahezu allen Leistungsbereichen der Sozialleistungen 2023 bestehenden Mehrbedarfsentwicklungen setzten sich letztlich auch in 2024 fort. Diese Entwicklungen betrafen den Landeshaushalt und die kommunalen Haushalte gleichermaßen.

Schon in der Haushaltsaufstellung 2024 wurde im Berichterstatteblatt festgestellt, dass es ein erhebliches Haushaltsrisiko in den Sozialleistungen gibt. In der Deputationsvorlage wurde festgehalten, dass eine Mehrbedarfslage wahrscheinlich ist und dass diese wie schon in 2022 und 2023 über zentrale Lösungskonzepte auszugleichen sei. Analog zu 2023 sollte eine erklärte Notlage Entlastungsmittel von rd. 100 Mio. Euro bereitstellen. Letztlich wurden nach Gremienbefassung im Dezember 2024 rd. 91,9 Mio. Euro ausgezahlt (Entlastung im Landeshaushalt: 53,5, in der Stadt Bremen: 30,2 und in der Stadt Bremerhaven: 8,2 Mio. Euro). Die ersten beiden Posten wirkten entlastend in den Haushalten der Sozialleistungen Land und Stadt Bremen hier im PPL 41 und sind in den IST-Werten vorne enthalten. Wie in den Vorjahren flankierte darüber hinaus eine Haushaltssperre i. S. v. internen Bewirtschaftungsmaßnahmen die Abdeckungsbemühungen.

Die bisherige Schätzung der Fachbereiche im September-Controlling zu den Netto-Mehrbedarfen belief sich auf rd. 226,5 Mio. Euro (Land 165,5, Stadt 61,0).

Das nun vorliegende IST-Ergebnis beläuft sich auf rd. 206,1 Mio. Euro (Land 151,0, Stadt 55,1) an Mehrbedarfen im Vergleich zu der o.g. Erwartung. Angesichts der Gesamtvolumina der Sozialleistungen von gut 1,8 Mrd. Euro an Ausgabe-Anschlagsvolumen Land und Stadt kann das Ergebnis trotz der Abweichungen als relativ zutreffend betrachtet werden. Die grundlegenden eingeschätzten Mehrbedarfslagen sind eingetreten.

Der Mehrbedarf Land (im September erwartet rd. 165,5 Mio. Euro) wurde wie folgt abgedeckt:

- a. Entlastung Notlage rd. 53,5 Mio. Euro (im IST umgesetzt)
 - b. Lösungskonzept des Senats rd. 110,3 Mio. Euro (als Nachbewilligung umgesetzt)
 - c. Lösungskonzept des Senats rd. 1,7 Mio. Euro (nicht umgesetzt)
- Zusammen (ohne c.): rd. 163,8 Mio. Euro

Da der Gesamtmehrbedarf sich letztlich auf rd. 151,0 Mio. Euro belief, ergaben sich abschließende Minderausgaben von rd. 12,7 Mio. Euro (Abw. durch Rundungsdifferenzen, im Gesamtsaldo des Berichts noch enthalten). Eine Restebildung fand im Rahmen der Abrechnung des Produktgruppenhaushaltes vollumfänglich nicht statt, da der Ausgleich nur aufgrund zentraler Hilfen gestaltet werden konnte.

Zu den konkreten Bedarfen Land (um Entlastungen bereinigte IST-Werte ggü. der Budget-Schätzung September):

Den allergrößten Anteil hatte der Landesbereich Soziales mit rd. 88,0 Mio. Euro, die Bedarfe bestanden weitgehend in den Bereichen Geflüchtete und des üöSHT SGB IX / XII. Aber auch der Ankauf der Leichtbauhallen belastete das konsumtive Budget. An zweiter Stelle stand der Landesbereich Jugend. Hier entstanden Mehrbedarfe von rd. 50 Mio. Euro. Dazu gehört auch die Aufgabenwahrnehmung umA. Die übrigen Mehrbedarfe inkl. der Forensik fielen etwas geringer aus. Die Zuwachsrate der Ausgaben im PPL 41 hat sich aufgrund der Verlagerung von Notlagen-Belastungen in den PPL 99 ggü. der Schätzung September deutlich reduziert und beträgt nun ggü. 2023 knapp 10,2%.

Weiterführend wird auf den Bericht Sozialleistungen Gesamtjahr 2024 verwiesen, der zur Deputationssitzung erscheinen wird.

Zu den Ist-Planwertabweichungen im Bericht im Betrachtungszeitraum im PPL (diese enthalten die o.g. Notlagen-IST-Entlastungen):

Die konsumtiven Mehreinnahmen entstanden weitgehend durch Bundesbeteiligungen in Folge ausgabeabhängiger Aufgabenbereiche im Bereich Soziales. Die konsumtiven Mehrausgaben entstanden infolge der Mehrbedarfsbereiche, i. W. im Bereich Geflüchtete. Bei den Verrechnungsausgaben entstanden Mehrausgaben i. W. aufgrund der Weiterleitungen an Bundesmitteln und den Landesbeteiligungen. Bei den Investitionen wird der außerplanmäßige Ankauf von Leichtbauhallen als Abweichung sichtbar.

Landeshaushalt außerhalb der Sozialleistungen
inkl. Investitionen und AVIB:

Außerhalb der Sozialleistungen wurde im PPL 41 das Budget eingehalten. Alle Mehrbedarfe sowie die globale Minderausgabe wurden abgedeckt. Letztlich sind aber nicht alle Mittel wie geplant abgeflossen. Reste- und Rücklagenbildung waren nur bei enger Zweckbindung zulässig, da der PPL 41 Mittel aus dem Lösungskonzept erhalten und im Notlagenhaushalt Entlastungen erfahren hat. Somit konnten inkl. des Personalhaushalts außerhalb der Sozialleistungen nur Haushaltsreste i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro gebildet werden, davon rd. 0,4 Mio. Euro an refinanzierten Personalmitteln und rd. 0,4 Mio. Euro im konsumtiven Bereich (i. W. Projektmittel, u.a. vom Bund). Dazu kommt eine Rücklagenbildung bei der Ausgleichsabgabe i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro. Die übrigen Mittel, im Gesamtsaldo des Berichts noch enthalten, entfielen zug. des Gesamthaushalts, eine Heranziehung direkt für die Sozialleistungen war nicht notwendig.

Bei den Investitionen wurde das HH-Soll durch eine Nachbewilligung für den Kauf von Leichtbauhallen am Standort Birkenfelsstraße um 6,98 Mio. Euro zu Lasten der Sozialleistungen erhöht. Darüber hinaus gab es keine Minderausgaben größer als 1 Mio. Euro ggü. dem Anschlag im Einzelfall.

Zusammenfassung Land:

Insgesamt betrachtet, wurde das Anschlagsbudget Land 2024 nicht eingehalten. Grund waren die Bedarfe in den Sozialleistungen; ein Ausgleich erfolgte durch die Inanspruchnahme der erklärten Notlage sowie das Lösungskonzept des Senats. Im Bereich außerhalb der Sozialleistungen inkl. Personal wurde die Budgets eingehalten bzw. etwas unterschritten. Die entstandenen Mehrbedarfe und die Inanspruchnahme von Resten waren auch Liquiditätsmehrbedarf. An Liquidität verblieben nach Abzug der Reste aus Vorjahren inkl. aller Verstärkungen letztlich rd. 17,1 Mio. Euro.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Laut Ausführungen des Ressorts wurde im Land das Budget zum Jahresende von rd. 4,5 Mio. € unterschritten. Dies setzt sich u. a. wie folgt zusammen:

- konsumtive Mindereinnahmen von rd. 0,4 Mio. €
- Personalminderausgaben von rd. 1,7 Mio. €
- konsumtive Minderausgaben von rd. 2,9 Mio. €
- investiven Minderausgaben rd. 0,2 Mio. €

Im Rahmen des Jahreabschlusses werden zudem rd. 1,8 Mio. € an investiven Minderausgaben zweckgebunden der investiven Rücklage zugeführt. Diese sind bereits vom vorHH-Soll und vorIST heruntergerechnet.

Zum Jahresende wird unter Berücksichtigung von PPL-übergreifenden Verlagerungen von rd. -1,7 Mio. € der Finanzierungssaldo um rd. 0,065 Mio. € überschritten. Es handelt sich um Resteinanspruchnahme zum EU-Projekt Brexit. Die Liquidität wurde zentral bereitgestellt.

PERSONALDATEN

Es werden Personalminderausgaben in Höhe von rund 1,7 Mio. € ausgewiesen. Diese resultieren überwiegend aus einer Zielzahlunterschreitung in Höhe von jahresdurchschnittlich 17,4 VZE im Kernbereich sowie bei den temporären Personalmitteln sowie aus Überschüssen im refinanzierten Bereich in Höhe von rund 1,3 Mio. €.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	55.291	9.953	45.339	455,54 %	55.669	55.669	55.291	-378	9.953
Investive Einnahmen	1.146	0	1.146	∞ %	1.146	1.146	1.146	0	0
Entnahme Rücklage	14.527	340	14.187	4.172,79 %	14.527	14.527	14.527	0	340
budgetierte Einnahmen	77.969	14.308	63.661	444,92 %	78.347	78.346	77.968	-378	14.308
Personalausgaben	26.539	26.201	338	1,29 %	28.222	28.221	26.539	-1.682	26.201
Sonst. konsumtive Ausgaben	83.687	25.108	58.580	233,31 %	86.635	86.635	83.687	-2.948	25.108
Zinsausgaben	0	0	0		0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	35.883	38.342	-2.458	-6,41 %	37.858	36.074	35.882	-192	38.342
Zuführung Rücklage	1.783	0	1.783	∞ %	1.783	1.783	1.783	0	0
budgetierte Ausgaben	154.221	92.179	62.042	67,31 %	160.841	159.056	154.219	-4.837	92.179
Saldo	-76.252	-77.871	1.619	2,08 %	-82.494	-80.710	-76.251	4.459	-77.871

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	4.738	40	1.894	1.894	1.391
investiv	0	0	93	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	4.526
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	1.256
Allgemeine Budgetrücklage	4
Investive Budgetrücklage	17.387
Sonderrücklage	8.939


PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich				22.452	22.586	-134	22.452	22.586	-134
Temporäre Personalmittel				576	852	-276	576	852	-276
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				23.028	23.438	-410	23.028	23.438	-410
Refinanzierte				2.434	3.698	-1.264	2.434	3.698	-1.264
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				1.080	1.086	-5	1.080	1.086	-5
Insgesamt				26.543	28.222	-1.679	26.543	28.222	-1.679
dar.: Beihilfe / Nachvers.				204	204	0	204	204	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich				287,0	296,7	-9,6	287,0	296,7	-9,6
Temporäre Personalmittel				6,6	14,3	-7,8	6,6	14,3	-7,8
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				293,6	311,0	-17,4	293,6	311,0	-17,4
Refinanzierte				33,6		33,6	33,6		33,6
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				327,2		327,2	327,2		327,2
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				327,2		327,2	327,2		327,2
nachr.: Abwesende				15,3		15,3	15,3		15,3

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	18,3	22,5	18,2
Beschäftigte über 55 Jahre	27,7	17,5	30,0
Frauenquote	82,6	50,0	80,8
Teilzeitquote	61,7	35,0	58,1
Schwerbehindertenquote	7,5	6,0	7,0

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung:  nicht gefährdet  im Toleranzbereich  gefährdet

Erhalt und Ausbau von Präventionsangeboten und Angeboten der Gesundheitsförderung für einen gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung in den Quartieren.

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301975(L) Beratungen in Hebammenzentren [Anz.]	754	500	254	51 %	500		
301976(L) Beratungen LIGA [Anz.]	740	600	140	23 %	600		

301975(L):

Es kamen mehr Frauen als prognostiziert.

301976(L):

Es kamen mehr Menschen in die Beratung als prognostiziert.

Umsetzung des Landesaktionsplans "Istanbul-Konvention" zum Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt sowie Förderung und Ausbau der Frauenhilfeinfrastruktur insbesondere im Bereich Gewaltschutz.

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301977(L) Maßnahmen in Umsetzung (SGFV) [Anz.]	14	15	-1	-7 %	15		
302002(L) Abgeschlossene Maßnahmen Landesaktionspl [Anz.]	22	14	8	57 %	14		

302002(L):

Zum Ende des 3. Jahres Landesaktionsplan waren 22 von 75 Maßnahmen bereits abgeschlossen.

Gewährleistung einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen, eigenverantwortlich wirtschaftenden Krankenhäusern.

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
302006(L) KHG Förderung pro Planbett [€]	9.473,00	2.344,33	7.128,67	304 %	2.344,33		

302006(L):

Die deutlich positive Abweichung vom Planwert ist -wie im vergangenen Kalenderjahr- mit der zum Doppelhaushalt 2022/2023 erfolgten starken Erhöhung der entsprechenden regulären HH-Mittel im Bereich der Krankenhausinvestitionsförderung sowie einer Einzelförderung zu erklären. Der Planwert beträgt 7.033.

Kontrolle der Einhaltung des Verbraucher:innenschutzes in den Bereichen Arbeitsschutz, Lebensmittel, Hygiene, Tierschutz, Pflanzengesundheit sowie technischer und wirtschaftlicher Verbraucher:innenschutz.

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301983(L) Beratungstage je Standort [Anz.]	48	48	0	0 %	48		
301984(L) Verbraucher:innenkontakte je Standort [Anz.]	272	250	22	9 %	250		

Stärkung der Gesundheitsfachberufe sowie Attraktivierung der Pflegeausbildung und
Weiterqualifizierung von Pflegekräften.

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
302005(L) Neue Auszubildende Pflegefachkraftausb. [Anz.]	621	600	21	4 %	600		
302004(L) Anerkennung ausl. Fachberufe [%]	80,00	28,33	51,67		28,33		

302004(L):
Der Planwert beträgt 85. Die Abweichung ist daher deutlich geringer.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Es ergeben sich hier Mindereinnahmen in Höhe von 378 Tsd. €. Sie sind überwiegend beim LMTVet entstanden und sind hauptsächlich auf den Rückgang der Einfuhren an den Grenzkontrollstellen Bremen und Bremerhaven zurückzuführen. Ein Ausgleich erfolgt innerhalb des PPL 51 unter Heranziehung der konsumtiven Minderausgaben.

Investive Einnahmen

Der Planwert wurde um 1.146 Tsd. € überschritten. Es handelt sich hier um die zweckgebundenen Bundesmittel zur Digitalisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes.

Entnahme Rücklage

Es handelt sich hier überwiegend um eine Rücklagenentnahme aus der Sonderrücklage „Ausgleichsfonds Pflegeberufausbildung“ in Höhe von 12.453 € zum Ausgleich der Mehrausgaben für die Pflegekräfteausbildung. Entsprechender Überschuss aus den Vorjahren wurde bereits bei der Berechnung des Gesamtfinanzierungsbedarfes 2024 für die Pflegekräfteausbildung berücksichtigt. Zusätzlich erfolgte eine Rücklagenentnahme von insgesamt 2.074 Tsd. € in den Bereichen Digitalisierung ÖGD, Krankenhausstrukturfonds sowie für das Lösungskonzept.

Personalausgaben

ALLGEMEINES

Der Produktplan Gesundheit schloss das Jahr 2024 mit Personalminderausgaben von rd. 2,3 Mio. Euro ab. Die Minderausgaben sind im Wesentlichen auf Personalminderausgaben im Bereich der refinanzierten Personalausgaben in Höhe von 1,5 Mio. Euro sowie auch auf Personalminderausgaben im Bereich der temporären Personalmittel in Höhe von 614 Tsd. Euro zurückzuführen.

LAND

Der Produktplan 51 des Landes Bremen wurde mit Personalminderausgaben von rd. 1,7 Mio. Euro abgeschlossen. Die Minderausgaben resultieren größtenteils aus Personalminderausgaben im Bereich der refinanzierten Beschäftigten von rd. 1,3 Mio. Euro. Im Kernbereich wurden die Personalausgaben um rd. 100 Tsd. Euro unterschritten und im Bereich der temporären Personalmittel um rd. 300 Tsd. Euro. Darin enthalten sind Haushaltsreste im Zusammenhang mit der Brexit Adjustment Reserve.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Das Budget wird um 2.948 Tsd. € unterschritten. Es handelt sich hier überwiegend um Haushaltsreste aus dem Vorjahr. Entsprechend dem Senatsbeschluss vom 25.02.2025 zur Abrechnung der Produktplanhaushalte 2024 erfolgt hier eine Resteübertragung in Höhe von 1.256 Tsd. €.

Investive Ausgaben

Das voraussichtliche HH-Soll wird hier entgegen des HH-Solls im System darstellungsmäßig um 1.783 Tsd. € abgesenkt, um zu signalisieren, dass die Minderausgabe der Rücklagenbildung dient, obwohl die tatsächliche Deckung systemseitig über die Technische Ausgleichsposition bereitgestellt wird.

Zuführung Rücklage

Die Zuführung in die investive Rücklage beläuft sich auf 1.783 Tsd. €. Es handelt sich hier überwiegend um die zweckgebundenen Mittel für die Digitalisierung im Rahmen von ÖGD (1.261 Tsd. €) sowie um die gebundenen Mittel für die Maßnahmen IGV-Häfen (388 Tsd. €) wie auch für die Maßnahmen beim LMTVet (Grenzkontrollstelle) und LUA (LIMS-Verpflichtung).

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo beläuft sich voraussichtlich auf -76.251 Tsd. €. Der bereinigte Finanzierungssaldo in Höhe von -76.185 Tsd. € wird somit geringfügig um 66 Tsd. € überschritten.

Die Überschreitung resultiert aus der Inanspruchnahme der Reste für das EU-Projekt Brexit beim LMTVet. Lt. Zusage SF wird die Liquidität für die Abwicklung dieses Projektes bereitgestellt.

Einhaltung Budget

Im Land schließt der PPL 51 mit einem Überschuss in Höhe von 4.459 Tsd. € ab. Dieser ergibt sich überwiegend aus den Minderausgaben bei den Personalausgaben und den konsumtiven Ausgaben. Es handelt sich hier überwiegend um die Haushaltsreste.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Das Ressort weist zum Jahresende 2024 eine Budgetunterschreitung i. H. v. rd. 2,54 Mio. € aus. Dies setzt sich u.a. zusammen aus:

- Konsumtive Minderausgaben i. H. v. 2.367 Tsd. €
- Konsumtive Mehreinnahmen i. H. v. 433 Tsd. €

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen (rd. 4,211 Mio. €) mit rd. 468 Tsd. € eingehalten.

PERSONALDATEN

Es werden Personalminderausgaben in Höhe von rund 0,1 Mio. € ausgewiesen. Der Produktplan 61 hat jedoch nach entsprechenden HaFA-Beschlüssen rund 0,45 Mio. € aus zentralen Mitteln des Produktplans 92 für die Leitstelle Klimaschutz erhalten sowie rund 0,6 Mio. € sollerrhöhend aus ressorteigenen konsumtiven Minderausgaben in das Personalbudget verlagert. Dadurch konnte die Zielzahlüberschreitung in Höhe von jahresdurchschnittlich rund 8,3 VZE im Kernbereich und bei den temporären Personalmitteln gegenfinanziert werden.

LEISTUNGSDATEN

Insgesamt wurden die strategischen Ziele und Kennzahlen des Produktplans laut Ressorteinschätzung eingehalten und z.T. auch positiv überschritten.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	11.011	12.133	-1.122	-9,25 %	10.578	10.578	11.011	433	12.288
Investive Einnahmen	9.647	10.650	-1.003	-9,42 %	10.033	10.033	9.647	-386	10.650
Entnahme Rücklage	5.647	154	5.493	3.569,43 %	5.647	5.647	5.647	0	154
budgetierte Einnahmen	30.662	28.727	1.935	6,74 %	30.898	30.962	30.725	-237	28.882
Personalausgaben	17.871	11.292	6.579	58,26 %	18.389	18.007	17.872	-135	16.009
Sonst. konsumtive Ausgaben	22.323	27.702	-5.378	-19,41 %	24.690	24.690	22.323	-2.367	27.705
Zinsausgaben			0			0	0	0	
Tilgungsausgaben			0			0	0	0	
Investive Ausgaben	21.445	26.103	-4.658	-17,84 %	26.046	21.456	21.444	-12	26.103
Zuführung Rücklage	13.755	112	13.643	12.180,94 %	13.372	13.755	13.755	0	112
budgetierte Ausgaben	82.713	72.406	10.307	14,24 %	90.088	85.492	82.712	-2.780	77.126
Saldo	-52.051	-43.679	-8.372	-19,17 %	-59.190	-54.530	-51.987	2.543	-48.245

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	192	5.379	9.878	6.425	3.319
investiv	0	5.469	25.756	20.546	16.730
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	2.528
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	2.221
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	9.197
Sonderrücklage	10.610
Verlustvortrag	1.655

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				12.414	12.414	0	12.414	12.414	0
Temporäre Personalmittel				1.613	1.738	-125	1.613	1.738	-125
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				14.027	14.152	-125	14.027	14.152	-125
Refinanzierte				3.696	4.088	-392	3.696	4.088	-392
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				148	149	-1	148	149	-1
Insgesamt				17.871	18.389	-518	17.871	18.389	-518
dar.: Beihilfe / Nachvers.				138	138	0	138	138	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				155,4	149,6	5,8	155,4	149,6	5,8
Temporäre Personalmittel				21,8	19,4	2,4	21,8	19,4	2,4
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				177,2	168,9	8,3	177,2	168,9	8,3
Refinanzierte				42,8		42,8	42,8		42,8
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				220,0		220,0	220,0		220,0
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				220,0		220,0	220,0		220,0
nachr.: Abwesende				7,7		7,7	7,7		7,7

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten		%	
Beschäftigte bis 35 Jahre			
Beschäftigte über 55 Jahre			
Frauenquote			
Teilzeitquote			
Schwerbehindertenquote			

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: ● nicht gefährdet ▲ im Toleranzbereich ■ gefährdet

Klimaanpassung und -schutz

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
BÄUM01(L) Straßenbäume [Anz.]	74.974	73.000	1.974	3 %	73.000		
ENER_1(L) CO2-Redukt. energiepol.Breitenförderpro. [t]	73.625,65	80.000,00	-6.374,35	-8 %	80.000,00		

BÄUM01(L):

Die Straßenbäume aus Bremerhaven sind in dieser Auswertung enthalten.

ENER_1(L):

Unter anderem auf Grund des weiterhin bestehenden Handwerker:innenmangels können die beantragten Maßnahmen regelmäßig nicht zeitnah umgesetzt werden, so dass sich der Mittelabfluss verzögert. Allgemein haben Antragsteller:innen nach Erhalt der Förderzusage bis zu 13 Monate Zeit, die beantragten Maßnahmen umzusetzen. Nach weiteren 6 Monaten muss dann der Verwendungsnachweis vorliegen; hierzu kann in Einzelfällen auch eine Verlängerung der Vorlagefrist um weitere 6 Monate beantragt werden. Erst nach einer positiven Prüfung der Verwendungsnachweise erfolgt eine Auszahlung der Förderung und damit dann auch ein Mittelabfluss.

Küsten- und Hochwasserschutz

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300254(L) Hochwasserschutz [%]	76,00	74,00	2,00		74,00		

Ressourceneffizienz im Umgang mit Flächenverbrauch, Naturschutz und Abfallvermeidung

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300593(L) Ökologisch bewirtschaftete Flächen [%]	28,00	25,00	3,00		25,00		

Servicequalität für öffentliche Dienstleistungen

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301968(L) eRechnungen Land [%] [%]	96,00	75,00	21,00		75,00		

301968(L):

Aufgrund des Jahresabschlusses wurden im Dezember weniger Papierrechnungen bearbeitet.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Die konsumtiven Einnahmen unterschreiten den Planwert um rd. 1,1 Mio. EUR.

Im Wesentlichen setzen sich die Mindereinnahmen aus rd. 2,8 Mio. EUR (PGR 61.02.31) zusammen. Dies ist aufgrund von deutlichen Mindereinnahmen im Bereich Wasserentnahmegebühren zurückzuführen aufgrund der Abschaltung der Kraftwerke Farge und Hastedt. Demgegenüber stehen Mehreinnahmen von rd. 900 TEUR aus den Erstattungen von Personalausgaben; rd. 250 TEUR, Mehreinnahmen von Niedersachsen für außergewöhnliche Unterhaltungsarbeiten am Geestesperwerk rd. 160 TEUR, Verwaltungsgebühren (PGR 61.02.30) und rd. 270 TEUR und weiteren Mindereinnahmen über alle Produktgruppen.

Zum Jahresende liegt die Abweichung vom HH-Soll zum IST bei rd. 433 TEUR. Diese setzten sich hauptsächlich aus Mehreinnahmen von rd. 270 TEUR von Dritten aus Erstattung von Sachkosten (PGR 61.90.10) und rd. 160 TEUR Verwaltungsgebühren zusammen (PGR 61.02.30).

Investive Einnahmen

Die investiven Einnahmen unterschreiten den Planwert um rd. 1 Mio. EUR. Aufgrund von Mindereinnahmen vom Bund für den Generalplan Küstenschutz von rd. 520 TEUR, rd. 100 TEUR vom Bund für wasserwirtschaftliche Maßnahmen (GAK) und rd. 380 TEUR vom Bund für Entwicklung ländlichen Raumes (PGR 61.02.30).

Zum Jahresende liegt die Abweichung vom HH-Soll zum IST bei rd. -386 TEUR. Aufgrund von Mindereinnahmen vom Bund für Entwicklung ländlichen Raumes (GAK) (PGR 61.02.30).

Entnahme Rücklage

Die Rücklagenentnahme überschreitet den Planwert um 5,5 Mio. EUR. Im Wesentlichen setzt sich diese mit rd. 1,9 Mio. EUR aus der Entnahme der Wasserentnahmegebühr und aus den Beitrag der Globalen Minderausgaben von rd. 3,8 Mio. EUR aus investiven Rücklagen zusammen. Die Deputation wurde zu diesen Einsparungen befasst.

Zum Jahresende ist das HH-Soll und das HH-IST ausgeglichen.

Personalausgaben

Die Personalausgaben überschreiten den Planwert um rd. 6,5 Mio. EUR, hauptsächlich bedingt durch die technisch nicht berücksichtigte Refinanzierungen und temporäre Personalmittel im Rahmen der Ressorttrennung/Haushaltsaufstellung. Die Personalausgaben liegen zum Ende des Jahres bei rd. 17,9 Mio. EUR.

Zum Jahresende liegt das HH-IST rd. 140 TEUR unter dem HH-Soll.

Die Beschäftigungszielzahl wird im PGC zum Ende des Jahres 2024 mit 168,9 VZÄ (inkl. TPM) ausgewiesen. Aufgrund noch ausstehender Zielzahlkorrekturen (5,5 VZÄ Klimaschutz-Leitstelle, rd. 26 VZÄ im Zentralbereich durch Umwidmung von Prio-Mitteln sowie rd. 11 VZÄ aufgrund technischer Korrekturen in der Fachabteilung 2) liegt das tatsächliche Soll ohne refinanziertes Personal bei rd. 200 VZÄ (inkl. TPM). Durch den Senator für Finanzen ist eine Senatsvorlage zur Umsetzung der Korrekturen bereits angekündigt worden.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben unterschreiten den Planwert um rd. 5,4 Mio. EUR. Dies liegt im Wesentlich an technischen Minderausgaben in den Bereichen der Verwaltungsausgaben von rd. 1,7 Mio. EUR sowie Planungskosten für Einzelaufgaben von rd. 1,6 Mio. EUR. (PGR 61.90.10.) rd. 920 TEUR Zuschüsse für Schutz und Sicherung von Umweltressourcen bei den Sondermitteln (PGR 61.02.31) sind wieder der Rücklage zugeführt worden, da die Projekte sind verzögert haben. Weitere Planabweichungen von rd. 570 TEUR sind im Bereich Erschwerisenausgleich Landwirtschaft (rd. 160 TEUR), Geringere Abrechnungen gegenüber NDS (rd. 195 TEUR), Weideprämie (rd. 107 TEUR) und Abrechnung von Kostenerstattungen für die Abwicklung von Förderprogrammen (rd. 104 TEUR) eingetreten (PGR 61.02.30).

Zum Jahresende beträgt die Abweichung vom Ist zum HH-Soll rd. 2,4 Mio. EUR. Im Wesentlichen aufgrund von Haushaltsresten aus VJ in allen Produktgruppen.

Investive Ausgaben

Die investiven Ausgaben unterschreiten den Planwert um rd. 4,7 Mio. EUR. Hauptsächlich aufgrund von Verzögerungen diverser Investitionsmaßnahmen in den Bereichen Altlastensanierungsprogramm von rd. 650 TEUR (PGR 61.01.20); Zuweisungen an Niedersachsen, Entwicklung ländlicher Raum (GAK) rd. 290 TEUR (PGR 61.02.30); Klimaschutz und Klimaanpassungsaktivitäten rd. 445 TEUR. Aufgrund der verspäteten Start des EFRE-Programmen (2021/2027) wegen sind Planwertunterschreitungen bei der Durchführung des Programms AUF rd. 820 TEUR, der Durchführung des Programms PFAU rd. 845 TEUR und der Durchführung des Programms ZUP rd. 600 TEUR eingetreten. Weitere Unterschreitungen sind bei den Zuschüssen für Maßnahmen zur Energieeinsparung rd. 900 TEUR (davon rd. 300 TEUR Globale Minderausgabe) (PGR 61.02.40) und rd. 300 TEUR Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen (PGR 61.90.10) eingetreten. Zum Jahresende liegt der IST-Wert nahezu am HH-Soll.

Zuführung Rücklage

Der Planwert für die Rücklagenzuführung wurde mit 9,4 Mio. EUR aus technischen Gründen überschritten: Die einmalige Übertragung der alten Rücklagen aus dem Ressort SKUMS von rd. 8,8 Mio. EUR sowie der Rücklagenzuführung aus der Abwasserabgabe von rd. 0,5 Mio. EUR.

Zum Ende des Jahres wird eine technische Rücklagenzuführung von 13,75 Mio. EUR ausgewiesen. Real sind es zum Ende des Jahres 9,2 Mio. EUR Rücklagen, davon 4,2 Mio. EUR neue Rücklagen aus 2024 und rd. 5,0 Mio. EUR alte Rücklagen aus den VJ, die zweckgebunden in 2025 prioritär eingeplant sind.

Produktgruppe	Zweckbestimmung	Zuführung Rücklagen 2024
61.01.20	Erwerb von Einrichtungen für den Betrieb der Luftmesseinrichtung	102.118,34 €
61.01.20	Altlastensanierungsprogramm inklusive ökologischer Spätfolgen	6.522,91 €
61.02.30	Maßnahmen der Wasserrahmenrichtlinie	339.548,32 €
61.02.30	Erwerb von ADV-Geräten für die Hochwasservorhersage einschl. Anschlusskosten	10.000,00 €
61.02.30	Maritime Notfallversorgung Bund-Länder Vereinbarung	218.480,40 €
61.02.30	Zuweisungen für Investitionen an Sondervermögen Infrastruktur für den Generalplan Küstenschutz	100.000,00 €
61.02.40	Zuschüsse für Maßnahmen zur Energieeinsparung	503.075,00 €
61.02.40	Solar Cities	644.302,28 €
61.02.40	Ko-Finanzierung für Klimaschutzmaßnahmen im Land Bremen	164.677,97 €
61.02.40	Klimaschutz und Klimaanpassungsaktivitäten	446.365,56 €
61.02.40	Klimaschutzes (Eckwertaufstockung Klimaschutz) investiv	6.000,00 €
61.02.40	Durchführung des Programms AUF	213.373,55 €
61.02.40	Durchführung des Programms ZUP	86.044,13 €
61.90.10	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	636.450,07 €
61.90.10	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	729.635,40 €

Finanzierungssaldo

Zum Jahresende schließt das Land mit einem positiven Finanzierungssaldo von rd. 15 TEUR ab.

Einhaltung Budget

Der Budgetsaldo liegt zum Ende des Jahres bei rd. 2,5 Mio. EUR. Dies sind i.W. Haushaltsreste aus den VJ über alle Produktgruppen.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Das Ressort weist zum Jahresende 2024 eine Budgetunterschreitung i.H.v. rd. 7,7 Mio. € aus. Dies setzt sich u.a. zusammen aus:

- Konsumtive Minderausgaben i. H. v. 7.038 Tsd. €
- Minderausgaben bei den Personalausgaben i. H. v. 564 Tsd. €

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird nach spiegelseitigen Berechnungen unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen (rd. -10 Mio. €) um rd. 1,2 Mio. € überschritten.

Laut dem Ressort ist der Finanzierungssaldo zum Jahresende mit der investiven Rücklagenbildung von rd. 1,4 Mio. € nahezu ausgeglichen.

PERSONALDATEN

Es werden Personalminderausgaben in Höhe von rund 0,6 Mio. € ausgewiesen. Diese resultieren überwiegend aus einer Zielzahlunterschreitung in Höhe von jahresdurchschnittlich 16,2 VZE im Kernbereich und bei den temporären Personalmitteln. Zu berücksichtigen ist, dass im Rahmen des Jahresabschlusses noch rund 0,3 Mio. € budgetmindernd an andere Aggregate abgeflossen sind.

LEISTUNGSDATEN

Insgesamt wurden die strategischen Ziele und Kennzahlen des Produktplans laut Ressorteinschätzung nicht gänzlich eingehalten. Allerdings wurden auch einige Kennzahlen positiv überschritten, z.B. die Anzahl der beförderten Personen im VBN oder die gemessenen Personenkilometer der BSAG.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	87.629	80.651	6.978	8,65 %	87.554	87.549	87.617	68	80.651
Investive Einnahmen	23.358	27.105	-3.747	-13,83 %	23.358	23.358	23.358	0	27.105
Entnahme Rücklage	21.418	3.000	18.418	613,93 %	21.418	21.418	21.418	0	3.000
budgetierte Einnahmen	149.553	125.259	24.293	19,39 %	149.501	149.496	149.541	45	125.259
Personalausgaben	32.404	28.500	3.904	13,70 %	33.070	32.970	32.406	-564	28.500
Sonst. konsumtive Ausgaben	87.478	93.091	-5.613	-6,03 %	94.241	94.514	87.476	-7.038	93.091
Zinsausgaben	86	90	-4	-4,52 %	90	90	86	-4	90
Tilgungsausgaben	2.254	2.254	-0	-0,01 %	2.254	2.254	2.254	0	2.254
Investive Ausgaben	33.912	36.648	-2.736	-7,47 %	34.146	33.912	33.911	-1	36.648
Zuführung Rücklage	19.638	0	19.638	∞ %	19.638	19.638	19.638	0	0
budgetierte Ausgaben	201.409	185.940	15.470	8,32 %	210.327	209.071	201.409	-7.662	185.940
Saldo	-51.857	-60.680	8.824	14,54 %	-60.826	-59.575	-51.868	7.707	-60.680

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	42.887	400	4.438	1.503	6.313
investiv	5.482	579	9.260	6.720	6.700
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	7.649
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	4.439
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	10.903
Sonderrücklage	29.510
Verlustvortrag	6.487

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				29.052	29.246	-193	29.052	29.246	-193
Temporäre Personalmittel				302	304	-3	302	304	-3
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				29.354	29.550	-196	29.354	29.550	-196
Refinanzierte				2.604	3.053	-450	2.604	3.053	-450
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				446	466	-20	446	466	-20
Insgesamt				32.404	33.070	-665	32.404	33.070	-665
dar.: Beihilfe / Nachvers.				348	348	0	348	348	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				392,5	412,2	-19,7	392,5	412,2	-19,7
Temporäre Personalmittel				7,2	3,6	3,5	7,2	3,6	3,5
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				399,6	415,8	-16,2	399,6	415,8	-16,2
Refinanzierte				31,0		31,0	31,0		31,0
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				430,7		430,7	430,7		430,7
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				430,7		430,7	430,7		430,7
nachr.: Abwesende				21,1		21,1	21,1		21,1

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	14,9	22,5	14,5
Beschäftigte über 55 Jahre	39,7	17,5	37,5
Frauenquote	43,6	50,0	41,3
Teilzeitquote	26,9	35,0	25,2
Schwerbehindertenquote	7,4	6,0	7,5

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: nicht gefährdet im Toleranzbereich gefährdet

Nachhaltige Mobilität für Menschen und Güter

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
VBNP_1(L) Anz. beförderte Pers. im VBN [Anz.]	186.379.616	165.229.594	21.150.022	13 %	165.229.594		
301589(L) Radverkehr an Dauerzählstellen [Anz.]	8.360.666	12.500.000	-4.139.334	-33 %	12.500.000		
300887(L) Personenkilometer BSAG [km]	540.863.240,00	470.500.000,00	70.363.240,00	15 %	470.500.000,00		

Servicequalität für öffentliche Dienstleistungen

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301591(L) Anteil Online-Abrufe Liegenschaftskatastr [Anz.]	794	1.500	-706	-47 %	1.500		
WOHN_1(L) Antragseingänge für Wohngeld in Bremen [Anz.]	13.070	10.200	2.870	28 %	10.200		
WOHN_2(L) Bescheide für Wohngeld in Bremen [Anz.]	16.374	18.000	-1.626	-9 %	18.000		

Infrastruktur erhalten und den Entwicklungserfordernissen anpassen

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
ZUSC04(L) Empfänger Wohngeldzahlungen [Anz.]	15.589	17.000	-1.411	-8 %	17.000		
300586(L) Genehmigte Wohneinheiten (WE) [Anz.]	1.608	2.250	-642	-29 %	2.250		

Zielbezug:

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Die konsumtiven Einnahmen überschreiten den Planwert um rd. 7,0 Mio. EUR; im Wesentlichen aufgrund von nicht eingeplanten Mittel von 5,6 Mio. EUR des Bundes zum DeutschlandTicket (PB 68.01) sowie nicht veranschlagte Erstattungen und Zahlungen vom Bund für Wohngeldleistungen von rd. 1,1 Mio. EUR (PB 68.02.).

Zum Jahresende ist das HH-IST zum HH-SOLL nahezu ausgeglichen

Investive Einnahmen

Die investiven Einnahmen unterschreiten den Planwert um rd. -3,7 Mio. EUR; begründet i.W.durch geringere Mittel des Bundes aus dem BremÖPNVG (PB 68.01).

Zum Jahresende ist das HH-IST zum HH-SOLL ausgeglichen.

Entnahme Rücklage

Für die Rücklagenentnahme wurde der Planwert um rd. 18,4 Mio. EUR überschritten; im Wesentlichen investive Budgetrücklagen von rd. 16,6 Mio. EUR (PB 68.90) aufgrund der technischen Umsetzung der Trennung der investiven Budgetrücklage des PPL 61 „Umwelt, Klima und Landwirtschaft“ und PPL 68 „Mobilität, Bau und Stadtentwicklung“ und die Entnahme aus der Sonderrücklage Deutschlandticket von rd. 4,8 Mio. EUR (PB 68.01).

Zum Jahresende ist das HH-IST zum HH-SOLL ausgeglichen.

Personalausgaben

Die Personalausgaben überschreiten den ursprünglichen Planwert um rd. 3,9 Mio. EUR im Wesentlichen, im Wesentlichen im Kontext der separat zu finanzierenden Wohngeld Plus Beschäftigten im Fachbereich Bau sowie höhere Entgelte für Arbeitnehmer:innen und Arbeiter:innen

Zum Jahresende unterschreitet das HH-IST das HH-SOLL um rd. -560 TEUR.

Die Stellenzahl wird zum 31.12. um 12,7 Stellen unterschritten; im Wesentlichen im Fachbereich Bau. Laufende Einstellungsverfahren sind dabei nicht berücksichtigt.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben unterschreiten den Planwert um rd. -5,6 Mio. EUR; im Wesentlichen ist dies auf das DeutschlandTicket zurückzuführen (PB 68.01).

Zum Jahresende unterschreitet das HH-IST das HH-SOLL um rd. -7,0 Mio. EUR, im Wesentlichen vorjährige, nicht mit Liquidität unterlegte konsumtive Ausgabenreste, davon im Wohngeld rd. 3,3 Mio. EUR.

Im Wohngeld standen Einnahmen des Bundes in Höhe von rd. 25,5 Mio. EUR Ausgaben für Bremen und Bremerhaven von rd. 33,2 Mio. EUR im Kernhaushalt gegenüber; hinzu kommen Einnahmen aus Ergänzungsmitteln.

Zinsausgaben

Die Zinsausgaben entsprechen nahezu dem Planwert.

Zum Jahresende ist das HH-IST zum HH-SOLL nahezu ausgeglichen.

Tilgungsausgaben

Die Tilgungsausgaben entsprechen mit rd. 2,3 Mio. EUR dem Plan.

Zum Jahresende ist das HH-IST zum HH-SOLL ausgeglichen.

Investive Ausgaben

Die investiven Ausgaben unterschreiten den Planwert um rd. -2,7 Mio. EUR; rd. 2 Mio. EUR geringere Finanzhilfen an öffentliche Unternehmen die (PB 68.01) und nicht veranschlagte Ausgaben im Kontext mit EFRE-REACT (rd. 700 TEUR).

Zum Jahresende ist das HH-IST zum HH-SOLL nahezu ausgeglichen.

Zuführung Rücklage

Die Rücklagenzuführung beträgt insgesamt rd. 19,6 Mio. EUR; davon rd. 18,2 Mio. EUR DeutschlandTicket eine investive Budgetrücklage von rd. 1,4 Mio. EUR.

Finanzierungssaldo

Mit der investiven Rücklagenbildung von rd. 1,4 Mio. EUR ist der Finanzierungssaldo zum Jahresende nahezu ausgeglichen.

Einhaltung Budget

Zum Ende des 14. Monats weicht das Saldo-IST-Wert von rd. -51,9 Mio. EUR gegenüber dem negativen Saldoplanwert von rd. -60,7 Mio. EUR um rd. 8,8 Mio. EUR ab. Dies ist auf rd. 24,2 Mio. EUR höheren Einnahmen (inklusive Rücklagen) und gegenläufig auf rd. 15,5 Mio. EUR höheren Ausgaben zurückzuführen.

Zum Jahresende weichen die Salden zwischen HH-IST von 59,6 Mio. EUR zum HH-SOLL um rd. 7,7 Mio. EUR ab; im Wesentlichen handelt es sich um nicht mit Liquidität unterlegte konsumtive Haushaltsreste (s.o.).

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

PERSONALDATEN

Der Personalhaushalt ist im Jahresabschluss ausgeglichen. Im Rahmen des Jahresabschlusses sind jedoch rund 0,5 Mio. € budgetmindernd ressortintern in andere Aggregate verlagert worden. Die eigentlich anfallenden Personalminderausgaben würden mit einer jahresdurchschnittlichen Zielzahlunterschreitung in Höhe von rund 4,3 VZE im Kernbereich, bei den temporären Personalmitteln sowie bei den Flexibilisierungsmitteln korrespondieren.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	15.178	14.598	579	3,97 %	16.701	16.701	15.178	-1.523	14.598
Investive Einnahmen	24.238	32.594	-8.356	-25,64 %	35.789	35.789	24.238	-11.551	32.594
Entnahme Rücklage	8.089	0	8.089	∞ %	8.089	8.089	8.089	0	0
budgetierte Einnahmen	68.291	67.809	482	0,71 %	81.365	81.365	68.291	-13.074	67.809
Personalausgaben	13.896	12.197	1.700	13,94 %	13.896	13.896	13.896	0	12.197
Sonst. konsumtive Ausgaben	41.240	45.842	-4.603	-10,04 %	41.812	41.812	41.240	-572	45.842
Zinsausgaben			0			0	0	0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	31.173	41.277	-10.104	-24,48 %	36.098	36.098	31.173	-4.925	41.277
Zuführung Rücklage	6.832	0	6.832	∞ %	6.832	6.832	6.832	0	0
budgetierte Ausgaben	97.395	101.288	-3.893	-3,84 %	105.992	105.992	97.395	-8.597	101.288
Saldo	-29.104	-33.479	4.375	13,07 %	-24.627	-24.627	-29.104	-4.477	-33.479

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	28.278	28.266	11.897	1.897	1.668
investiv	4.774	87.089	163.271	127.542	51.910
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	0
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	0
Allgemeine Budgetrücklage	625
Investive Budgetrücklage	2.530
Sonderrücklage	30.843
Verlustvortrag	18.076

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				11.675	11.675	0	11.675	11.675	0
Temporäre Personalmittel				383	383	0	383	383	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				62	62	0	62	62	0
Zwischensumme				12.120	12.120	0	12.120	12.120	0
Refinanzierte				1.560	1.562	-2	1.560	1.562	-2
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				214	214	0	214	214	0
Insgesamt				13.895	13.896	-2	13.895	13.896	-2
dar.: Beihilfe / Nachvers.				198	198	0	198	198	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				144,0	144,2	-0,3	144,0	144,2	-0,3
Temporäre Personalmittel				4,4	8,0	-3,6	4,4	8,0	-3,6
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,8	1,3	-0,5	0,8	1,3	-0,5
Zwischensumme				149,2	153,5	-4,3	149,2	153,5	-4,3
Refinanzierte				16,7		16,7	16,7		16,7
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				166,0		166,0	166,0		166,0
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				166,0		166,0	166,0		166,0
nachr.: Abwesende				8,2		8,2	8,2		8,2

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	36,1	22,5	34,2
Beschäftigte über 55 Jahre	25,0	17,5	28,9
Frauenquote	52,8	50,0	55,3
Teilzeitquote	19,4	35,0	21,1
Schwerbehindertenquote	6,1	6,0	6,8

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: nicht gefährdet im Toleranzbereich gefährdet

Übergeordnetes Ziel ist die nachhaltige Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, um bestehende oder neue, zukunftsfähige und existenzsichernde Arbeitsplätze in allen Bereichen der Wirtschaft zu sichern bzw. zu schaffen.

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300869(L) Gesicherte Arbeitsplätze [Anz.]	2.742	888	1.854	209 %	888		
300964(L) Neu geschaffene Arbeitsplätze Zusagen [Anz.]			0				

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Finanzierungssaldo

Konsumtive Einnahmen

Gegenüber dem konsumtiven Einnahmeanschlag i.H.v. rd. 14,6 Mio. Euro sind Mehreinnahmen i.H.v. rd. 0,6 Mio. Euro erzielt worden, die aus diversen Mehr- und Mindereinnahmen in den Produktgruppen resultieren.

Investive Einnahmen

Die Abweichung in Höhe von rd. 8,4 Mio. Euro ergibt sich durch diverse Mehr- und Mindereinnahmen im EU- sowie im GRW-Bereich. Einnahmeverrechnungen

Gegenüber dem Anschlag ist bei den Einnahmeverrechnungen das Ist um rd. 0,1 Mio. Euro höher.

Rücklagenentnahme

Im Haushaltsvollzug ist eine Rücklagenentnahme i.H.v. rd. 8,1 Mio. Euro umgesetzt worden:

EFRE React: rd. 0,3 Mio. Euro

EFRE 2014-2020: rd. 7,8 Mio. Euro

(Senatsvorlage „EFRE-Programm 2014-2020: Aktueller Umsetzungsstand [...] vom 12.09.2022).

EFRE-Mindereinnahmen für andere Ressorts

Die Mindereinnahmen (EFRE 2021-2027) für die anderen Ressorts führen dort zu einem entsprechenden Verlustvortrag.

EFRE-Mehreinnahmen für andere Ressorts

Die Mehreinnahmen für das Programm EFRE 2014-2020 sind in voller Höhe zum Ausgleich der im PPL 71 gebildeten Verlustvorträge verwendet worden.

EFRE-Verlustvorträge im PPL 71

Die Verlustvorträge (EFRE 2014-2020) und REACT wurden im Rahmen des Jahresabschlusses reduziert.

Personalausgaben

Der Personalhaushalt des Produktplanes 71 Wirtschaft wies zum Jahresende 2024 insgesamt Minderausgaben in Höhe von rd. 2 Tsd. Euro (Land) aus:

- Keine Mehr- oder Minderausgaben im Bereich Temporäre Personalmittel
- Minderausgaben im Bereich Refinanzierte in Höhe von rd. 2 Tsd. Euro (Land)
- Keine Mehr- oder Minderausgaben im Bereich Flexibilisierungsmittel
- Keine Mehr- oder Minderausgaben im Bereich Nebentitel

Konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben wurden im Ist zum Jahresende um insgesamt rd. 4,6 Mio. Euro im Vergleich zum Anschlag gesenkt. Dies erklärt sich u.a. durch Mindereinnahmen im EFRE 2021-2027, die Auflösung der GloMa sowie erfolgte Rücklagenzuführung.

Investive Ausgaben

Das vor. Ist wurde um die nicht erzielten EU-Mittel (EFRE 2021-2027), Mindereinnahmen GRW, GloMa I und II (insgesamt rd. 10,1 Mio. Euro) abgesenkt.

Rücklagenzuführung

Im Haushaltsvollzug 2024 ist die Zuführung diverser Sonderrücklagen i.H.v. rd. 6,6 Mio. Euro sowie der investiven Rücklage i.H.v. rd. 0,3 Mio. Euro umgesetzt worden.

Ausgabeverrechnungen

Die relevanten Verrechnungen fallen zum Jahresabschluss gegenüber dem Anschlag geringfügig höher aus

Globale Minderausgaben

Die GloMa i.H.v. 2,1 Mio. Euro wurde vollständig aufgelöst.

Einhaltung Budget

Konsumtive Einnahmen

Die Abweichung in Höhe von rd. 1,5 Mio. Euro ergibt sich hauptsächlich durch Mindereinnahmen im EU-Programm EFRE 2021-2027 (1,5 Mio. Euro). Das voraussichtliche Ist bei den konsumtiven Ausgaben wurde um die Mindereinnahme gesenkt.

Investive Einnahmen

Die Abweichung in Höhe von rd. 11,6 Mio. Euro ergibt sich durch Mindereinnahmen im EU-Programm EFRE 2021-2027 und im GRW-Bereich.

Einnahmeverrechnungen

Die Einnahmeverrechnungen wurden wie geplant vollständig umgesetzt.

Rücklagenentnahme

Im Haushaltsvollzug ist eine Rücklagenentnahme i.H.v. rd. 8,1 Mio. Euro umgesetzt worden:

EFRE React: rd. 0,3 Mio. Euro

EFRE 2014-2020: rd. 7,8 Mio. Euro

(Senatsvorlage „EFRE-Programm 2014-2020: Aktueller Umsetzungsstand [...] vom 12.09.2022).

Personalausgaben

(siehe Text der Personalverwaltung bei „Finanzierungssaldo“)

Konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben wurden im vor. Ist gegenüber dem vor. Soll um rd. 0,6 Mio. Euro abgesenkt.

Investive Ausgaben

Die investiven Ausgaben wurden im voraussichtlichen Ist um die investiven Mindereinnahmen im EFRE 2021-2027 abgesenkt.

Rücklagenzuführung

Im Haushaltsvollzug 2024 ist die Zuführung diverser Sonderrücklagen i.H.v. rd. 6,6 Mio. Euro sowie der investiven Rücklage i.H.v. rd. 0,3 Mio. Euro umgesetzt worden.

Ausgabeverrechnungen

Gegenüber dem Anschlag wurden die Ausgabeverrechnungen um 3,1 Mio. Euro reduziert. Dieser Betrag wurde SBMS im Jahresabschluss zur Reduzierung des Verlustvortrages EFRE 2014-2020 zur Verfügung gestellt.

Globale Minderausgaben

Die GloMa i.H.v. rd. 2,1 Mio. Euro wurde vollständig aufgelöst. Die GloMa II ist im voraussichtlichen Soll und Ist einberechnet.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

PERSONALDATEN

Es werden Personalminderausgaben in Höhe von rund 0,2 Mio. € ausgewiesen. Diese resultieren überwiegend aus einer Zielzahlunterschreitung in Höhe von jahresdurchschnittlich 1,9 VZE im Kernbereich und bei den temporären Personalmitteln. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass der Produktplan 81 nach entsprechenden HaFA-Beschlüssen rund 0,16 Mio. € aus den Zuführungen an das Sondervermögen Fischereihafen (konsumtiv) in das Personalbudget verlagert hat.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	1.562	606	956	157,76 %	1.574	1.574	1.562	-12	606
Investive Einnahmen	11.612	12.387	-775	-6,26 %	12.237	12.237	11.603	-634	12.387
Entnahme Rücklage	3.669	0	3.669	∞ %	3.669	3.669	3.669	0	0
budgetierte Einnahmen	21.350	14.270	7.080	49,61 %	21.988	21.988	21.342	-646	14.270
Personalausgaben	5.178	3.674	1.504	40,94 %	5.359	5.358	5.179	-179	3.674
Sonst. konsumtive Ausgaben	11.178	11.074	104	0,94 %	11.065	11.065	11.178	113	11.074
Zinsausgaben			0			0	0	0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	31.084	29.388	1.696	5,77 %	32.106	31.150	31.085	-65	29.388
Zuführung Rücklage	1.245	0	1.245	∞ %	1.245	1.244	1.244	0	0
budgetierte Ausgaben	89.451	83.395	6.056	7,26 %	90.541	89.583	89.452	-131	83.395
Saldo	-68.101	-69.125	1.024	1,48 %	-68.553	-67.595	-68.110	-515	-69.125

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	0	360	356	8.728
investiv	022.374	2.740	6.211	7.135	3.610
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	125
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	0
Allgemeine Budgetrücklage	76
Investive Budgetrücklage	1.039
Sonderrücklage	7.274

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich				3.250	3.322	-72	3.250	3.322	-72
Temporäre Personalmittel				305	310	-6	305	310	-6
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				3.554	3.632	-78	3.554	3.632	-78
Refinanzierte				1.403	1.509	-106	1.403	1.509	-106
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				221	218	3	221	218	3
Insgesamt				5.178	5.359	-180	5.178	5.359	-180
dar.: Beihilfe / Nachvers.				212	212	0	212	212	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich				38,3	39,7	-1,5	38,3	39,7	-1,5
Temporäre Personalmittel				3,6	4,0	-0,4	3,6	4,0	-0,4
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				41,8	43,7	-1,9	41,8	43,7	-1,9
Refinanzierte				16,6		16,6	16,6		16,6
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				58,5		58,5	58,5		58,5
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				58,5		58,5	58,5		58,5
nachr.: Abwesende				2,6		2,6	2,6		2,6

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	7,3	22,5	7,8
Beschäftigte über 55 Jahre	34,1	17,5	33,8
Frauenquote	13,4	50,0	13,0
Teilzeitquote	6,1	35,0	7,8
Schwerbehindertenquote	6,2	6,0	3,5

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: ● nicht gefährdet ▲ im Toleranzbereich ■ gefährdet

Erfüllung des staatlichen Auftrags, einen reibungslosen Hafenbetrieb zu gewährleisten.

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300901(L) Einnahmen aus Raumgebühren [Tsd. €]	72.747	35.150	37.597	107 %	35.150		

Der Strukturwandel so effektiv zu gestalten, dass sich das Land als zentraler Standort einer grenzüberschreitenden international nachgefragten Seehafen- und Logistikregion behauptet und entwickelt.

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300907(L) Containerumschlag in Brhv in 1000 T.E.U [Anz.]	7.716	4.000	3.716	93 %	4.000		
300900(L) Hafenumschlag in Bremen in 1.000 [t]	18.900,00	11.000,00	7.900,00	72 %	11.000,00		
300903(L) Hafenumschlag in Bremerhaven in 1.000 [t]	89.300,00	45.000,00	44.300,00	98 %	45.000,00		

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budget:

Der PPL 91 - Finanzen / Personal - hat sein Budget zum Jahresende **um rd. 9,149 Mio. € unterschritten**. Die Unterschreitung resultiert aus konsumtiver Minderausgaben (4,255 Mio. €) sowie Personalminderausgaben (4,453 Mio. €).

Im Rahmen des Jahresabschlusses wurden im PPL 91 eine Restübertragung der konsumtiven Ausgaben in Höhe von 5,030 Mio. € sowie eine Rücklagenzuführung der investiven Ausgaben in Höhe von 0,187 Mio. € beantragt. Zudem wurden im Produktplan 91 Finanzen/Personal Mittel in Höhe von 0,763 Mio. € der Sonderrücklage „Bundesbau“ und 6,986 Mio. € der Sonderrücklage „HKR 4.0 HANA“ zugeführt.

Finanzierungssaldo:

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wurde zum Jahresende unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen (2,630 Mio. €) **um rd. 4,069 Mio. € unterschritten**.

PERSONALDATEN

Es werden Personalminderausgaben in Höhe von rund 4,4 Mio. € ausgewiesen. Hiervon fallen – vor Abrechnung der Produktgruppenhaushalte im 14. Monat – rund 3,0 Mio. € im Kernbereich und bei den temporären Personalmitteln an, wobei zu berücksichtigen ist, dass aus diesen Bereichen auch rund 0,7 Mio. € zur Auflösung der ressortbezogenen globalen Minderausgaben erbracht worden sind. Die Zielzahlen werden in diesen Bereichen – vornehmlich in der Steuerabteilung – jahresdurchschnittlich um 43,2 VZE unterschritten. Die restlichen Personalminderausgaben entfallen fast ausschließlich auf den Bereich der refinanzierten Beschäftigung. Insgesamt sind hierin rund 1,7 Mio. € Vorjahresreste enthalten.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	38.921	18.550	20.372	109,82 %	38.881	38.880	38.923	43	18.550
Investive Einnahmen	4	0	4	∞ %	1	1	4	3	0
Entnahme Rücklage	1.646	0	1.646	∞ %	1.646	1.646	1.646	0	0
budgetierte Einnahmen	78.575	55.923	22.652	40,51 %	78.137	78.136	78.577	441	55.923
Personalausgaben	106.550	101.681	4.869	4,79 %	111.002	111.003	106.550	-4.453	101.681
Sonst. konsumtive Ausgaben	41.992	36.000	5.992	16,64 %	46.248	46.248	41.993	-4.255	36.000
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	1.974	603	1.371	227,25 %	2.161	1.974	1.974	0	603
Zuführung Rücklage	7.935	0	7.935	∞ %	7.935	7.936	7.936	0	0
budgetierte Ausgaben	161.567	140.354	21.214	15,11 %	170.462	170.277	161.569	-8.708	140.354
Saldo	-82.992	-84.431	1.438	1,70 %	-92.325	-92.141	-82.992	9.149	-84.431

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	10.153	19.570	10.322	3.162
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	5.060
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	5.030
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	1.067
Sonderrücklage	9.908


PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				73.444	75.802	-2.359	73.444	75.802	-2.359
Temporäre Personalmittel				481	1.094	-613	481	1.094	-613
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				41	41	0	41	41	0
Zwischensumme				73.965	76.937	-2.972	73.965	76.937	-2.972
Refinanzierte				8.348	10.301	-1.953	8.348	10.301	-1.953
Ausbildung				19.389	19.389	0	19.389	19.389	0
Nebentitel				4.718	4.748	-30	4.718	4.748	-30
Insgesamt				106.420	111.375	-4.955	106.420	111.375	-4.955
dar.: Beihilfe / Nachvers.				3.513	3.513	0	3.513	3.513	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				1.166,5	1.203,5	-37,0	1.166,5	1.203,5	-37,0
Temporäre Personalmittel				6,9	13,4	-6,6	6,9	13,4	-6,6
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				1,0	0,6	0,4	1,0	0,6	0,4
Zwischensumme				1.174,4	1.217,6	-43,2	1.174,4	1.217,6	-43,2
Refinanzierte				110,9		110,9	110,9		110,9
Ausbildung				899,3	1.108,2	-208,9	899,3	1.108,2	-208,9
Insgesamt				2.184,6		2.184,6	2.184,6		2.184,6
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				2.184,6		2.184,6	2.184,6		2.184,6
nachr.: Abwesende				72,0		72,0	72,0		72,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	9,1	22,5	16,7
Beschäftigte über 55 Jahre	9,1	17,5	8,3
Frauenquote	45,5	50,0	50,0
Teilzeitquote	36,4	35,0	33,3
Schwerbehindertenquote	10,6	6,0	11,3

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung:  nicht gefährdet  im Toleranzbereich  gefährdet

Sicherstellung und Verbesserung der Einnahmesituation Bremens durch vollständige und zeitnahe Erhebung der Steuern



	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
STEU32(L) Steuererklärungs-Eingang ESt Vorjahr [%]	66,60	65,00	1,60		65,00		
STEU33(L) Veranlagungsstand ESt Vorjahr [%]	54,70	55,00	-0,30		55,00		

STEU32(L):

Trotz schrittweiser Rückführung der Abgabefristen und grds. zurückhaltendem Abgabeverhalten der Steuerpflichtigen konnte der Steuererklärungseingang, sogar über den Planwert hinaus, erhöht werden.

STEU33(L):

Das Ziel wurde trotz erschwerter Umstände, nämlich dem Erklärungseingang und dem Erledigungsdruck älterer Jahre, fast erreicht und konnte auch im Vergleich zu den Vorjahren wieder gesteigert werden.

Soweit es unter den nach wie vor stark veränderten Rahmenbedingungen (u.a. schrittweise Rückführung der Abgabefristen und der geringen Personalausstattung) möglich war, erfolgte die Festsetzung und Erhebung der Steuern im Wesentlichen zeitnah.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Die konsumtiven Einnahmen liegen aufgrund von refinanzierten Sach- und Personalkosten über dem Anschlag.

Entnahme Rücklage

Die Rücklagenentnahmen setzen sich wie folgt zusammen:

1,7 Mio. € investive Budgetrücklage für die Umsetzung geplanter Investitionen in Bezug auf die beschlossenen Umzugskosten Tabakquartier und der daraus resultierenden Nachzüge sowie weitere geplante Investitionen.

Personalausgaben

PPL91	Soll	Ist
Personalausgaben	111,0 Mio. €	106,6 Mio. €
minus Reste	1,7 Mio. €	
	109,7 Mio. €	106,6 Mio. €

Somit verbleibt eine Minderausgabe von 2,6 Mio. €. Dies liegt u.a. an noch vakanten Stellen im PPL91, insbesondere im Bereich der Steuerverwaltung. In den folgenden zwei Haushaltsjahren ist voraussichtlich von einer vollen Inanspruchnahme auszugehen.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben liegen über dem Anschlag aufgrund von refinanzierten Sachkosten. Im HH-Soll sind Reste in Höhe von 3,4 Mio. € enthalten.

Die Minderausgaben in Höhe von 4,3 Mio. € enthalten insbesondere gebundene Drittmittel in Höhe von 1,5 Mio. € sowie Projektmittel in Höhe von 1,7 Mio. €. Hinsichtlich der Projektmittel, insbesondere für die Übersetzungsdienstleitungen/ Dolmetscherdienste in Höhe von 1 Mio. €, gab es Verzögerung im Umsetzungsprozess.

Mehrausgaben betreffen aufgrund der Energiekrise und den allgemeinen Preiserhöhungen insbesondere die Bewirtschaftungskosten für die Liegenschaften und andere laufende Verwaltungsaufgaben.

Investive Ausgaben

Die investiven Ausgaben liegen weit über dem Anschlag aufgrund der Umzugskosten ins Tabakquartier, siehe HaFA-Beschluss vom 17.03.2023 und der daraus resultierenden Nachzüge.

Zuführung Rücklage

Die Zuführungen setzen sich wie folgt zusammen:

0,76 Mio. € Sonderrücklage „Bundesbau“

0,19 Mio. € investive Rücklage

6,99 Mio. € Sonderrücklage „S/4 HANA HKR 4.0“

7,94 Mio. € Rücklagenzuführungen insgesamt

Finanzierungssaldo

Unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen i. H. v. 2,630 Mio. € wird der Finanzierungssaldo um 4,069 Mio. € unterschritten.

Einhaltung Budget

Das Budget wird voraussichtlich mit 9,149 Mio. € unterschritten. In dieser Unterschreitung sind 5,060 Mio. € Reste enthalten.

Begründet ist die Budgetunterschreitung insbesondere durch nicht ausgeschöpftes Personalbudget in Höhe von 4,453 Mio. € sowie u.a. durch gebundene Drittmittel in Höhe von 1,538 Mio. € und 1,987 Mio. € Projektmittel.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Der PPL 92 (L) hat sein Budget rechnerisch zum Jahresende um rd. 11,400 Mio. € unterschritten. Dieses liegt hauptsächlich an den:
0,533 Mio. € konsumtiven Mehreinnahmen,
2,190 Mio. € sonstigen konsumtiven Minderausgaben,
15,706 Mio. € Personalminderausgaben,
7,029 Mio. € Mindereinnahmen der Rücklagenentnahme.

Für den PPL 92 (L) ist ein Finanzierungssaldo i. H. v. 366,085 Mio. € veranschlagt. Gemäß dem "Ist" i. H. v. 269,723 Mio. € wurde der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo am Jahresende unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen von rd. -85,151 Mio. € um rd. 11,211 Mio. € unterschritten.

PERSONALDATEN

Es werden Personalminderausgaben in Höhe von rund 15,7 Mio. € ausgewiesen. Diese beinhalten in den Produktplan 92 zurückverlagerte Ausbildungsmittel in Höhe von rund 5,0 Mio. € sowie Personalminderausgaben beim Nachwuchskräftepool in Höhe von rund 1,65 Mio. €. Die festgestellten Personalminderausgaben sollten größtenteils in die Personalrücklage überführt werden. Aufgrund der prekären Situation im Haushalt der Stadtgemeinde Bremerhaven wurde auf eine Rücklagenzuführung verzichtet und die Mittel zum Ausgleich des Defizites verwendet. Außerdem sind die nahezu ausgeglichenen Ausgaben in der Versorgung hervorzuheben.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	43.082	36.641	6.440	17,58 %	42.549	42.549	43.082	533	36.641
Investive Einnahmen			0					0	
Entnahme Rücklage	12	7.029	-7.017	-99,83 %	7.041	7.041	12	-7.029	7.029
budgetierte Einnahmen	43.774	43.670	104	0,24 %	50.271	50.271	43.775	-6.496	43.670
Personalausgaben	286.706	375.843	-89.136	-23,72 %	302.413	302.413	286.707	-15.706	375.843
Sonst. konsumtive Ausgaben	21.659	33.431	-11.772	-35,21 %	23.850	23.849	21.659	-2.190	33.431
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	152	346	-194	-56,00 %	323	152	152	0	346
Zuführung Rücklage	706	460	246	53,56 %	706	706	706	0	460
budgetierte Ausgaben	313.498	409.755	-96.256	-23,49 %	292.607	331.394	313.498	-17.896	409.755
Saldo	-269.724	-366.084	96.360	26,32 %	-242.336	-281.123	-269.723	11.400	-366.084

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	182
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	2.457
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	354
Sonderrücklage	22.750

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				6.904	9.685	-2.781	6.904	9.685	-2.781
Temporäre Personalmittel				444	444	0	444	444	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				7.349	10.130	-2.781	7.349	10.130	-2.781
Refinanzierte				838	1.244	-406	838	1.244	-406
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				278.519	291.040	-12.521	278.519	291.040	-12.521
Insgesamt				286.705	302.413	-15.708	286.705	302.413	-15.708
dar.: Beihilfe / Nachvers.				136	136	0	136	136	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				130,1	200,9	-70,8	130,1	200,9	-70,8
Temporäre Personalmittel				5,4	6,0	-0,6	5,4	6,0	-0,6
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				135,5	206,9	-71,4	135,5	206,9	-71,4
Refinanzierte				17,6		17,6	17,6		17,6
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				153,1		153,1	153,1		153,1
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				153,1		153,1	153,1		153,1
nachr.: Abwesende				14,7		14,7	14,7		14,7

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	0,0	22,5	0,0
Beschäftigte über 55 Jahre	29,4	17,5	36,8
Frauenquote	41,2	50,0	42,1
Teilzeitquote	23,5	35,0	21,1
Schwerbehindertenquote	40,3	6,0	33,3

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Gegenüber dem Anschlag wurden rund 0,5 Mio. € höhere konsumtive Einnahmen generiert. Dies liegt überwiegend an nicht veranschlagten Einnahmen aus dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag.

92.01 (L)

Bei den "Gewinnen aus Beteiligungen an sonstigen wirtschaftlichen Unternehmen" wurden Mehreinnahmen i. H. v. rd. 1,173 Mio. € gegenüber dem Anschlag erzielt.

Entnahme Rücklage

92.01 (L)

Bei der Entnahme aus der Budgetrücklage fielen gegenüber dem Anschlag Mindereinnahmen i. H. v. rd. 0,517 Mio. € an.

Personalausgaben

Da bei den Globalen Mehrausgaben keine Ist-Ausgaben anfallen, sondern lediglich das benötigte Budget (Haushaltssoll) dezentralisiert wird, wurden die Personalausgaben gegenüber dem Anschlag um rund 89,1 Mio. € unterschritten.

Als erwähnenswerter weiterer Effekt sind die die Minderausgaben im Nachwuchs- und Beschäftigungspool in Höhe von 2,7 Mio. € zu nennen.

Die festgestellten Personalminderausgaben gegenüber dem Haushaltssoll in Höhe von 15,7 Mio. € sollten größtenteils in die Personalminderausgaben überführt werden. Aufgrund der prekären Situation im Haushalt der Stadtgemeinde Bremerhaven wurde auf eine Rücklagenzuführung verzichtet und die Mittel zum Ausgleich des Defizites verwendet.

Außerdem sind die nahezu ausgeglichenen Ausgaben in der Versorgung hervorzuheben.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben wurden gegenüber dem Anschlag um rund 11,8 Mio. € unterschritten. Von den festgestellten Minderausgaben gegenüber dem Haushaltssoll in Höhe von 2,2 Mio. € sollen rund 2,1 Mio. € als Reste übertragen werden.

92.01 (L)

Bei den Steuernachzahlungen für den "BgA Beteiligung der Stadtgemeinde Bremen an der Governikus GmbH & Co. KG" mussten Mehrausgaben i. H. v. rd. 1,026 Mio. € gegenüber dem Anschlag geleistet werden.

Zuführung Rücklage

Aufgrund veranschlagter, jedoch nicht mehr benötigter, Budgetrücklagenentnahme werden im 14. Monat 6,5 Mio. € seitens des PPL 93 eingesparrt.

Der zweckgebundenen Rücklage „Arbeitnehmerbeiträge nach dem Bremischen Ruhelohngesetz“ werden im 14. Monat nach HaFA-Beschuss rund 0,5 Mio. € zugeführt.

Finanzierungssaldo

Für den PPL 92 (L) ist ein Finanzierungssaldo i. H. v. 366,085 Mio. € veranschlagt. Gemäß dem "Ist" i. H. v. 269,723 Mio. € wurde der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo am Jahresende unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen von rd. -8,151 Mio. € um rd. 11,211 Mio. € unterschritten.

Einhaltung Budget

Der PPL 92 (L) hat sein Budget rechnerisch zum Jahresende um rd. 11,400 Mio. € unterschritten. Dieses liegt hauptsächlich an den:

- 0,533 Mio. € konsumtiven Mehreinnahmen,
- 2,190 Mio. € sonstigen konsumtiven Minderausgaben,
- 15,706 Mio. € Personalminderausgaben,
- 7,029 Mio. € Mindereinnahmen der Rücklagenentnahme.

Abweichungen in den einzelnen Aggregaten unterhalb von 0,5 Mio. € werden nicht kommentiert.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Konsumtive, investive Einnahmen, Verrechnungen/Erstattungen:

Das Einnahmenvolumen wird maßgebend geprägt durch

- a) Zuweisungen vom Bund zum Ausgleich der weggefallenen Kfz-Steuer (Land)
- b) Säumnis- und Verspätungszuschläge und Verwaltungskosten Kirchensteuer (Land)
- c) Abführung von Stammkapitalzinsen sowie Zins- bzw. Tilgungsleistungen öffentlicher Unternehmen

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	477.485	469.807	7.678	1,63 %	474.507	474.507	477.485	2.978	469.807
Investive Einnahmen	1.734	0	1.734	∞ %	1.734	1.734	1.734	0	0
Entnahme Rücklage	85.352	80.483	4.869	6,05 %	148.246	148.246	85.352	-62.894	80.483
budgetierte Einnahmen	564.571	550.291	14.281	2,60 %	624.487	624.487	564.571	-59.916	550.291
Personalausgaben			0					0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.327	5.079	-3.753	-73,88 %	2.708	2.708	1.326	-1.382	5.079
Zinsausgaben	495.498	509.728	-14.230	-2,79 %	504.428	504.428	495.498	-8.930	509.728
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	0	0	0		0	0	0	0	0
Zuführung Rücklage	30.890	308	30.582	9.929,22 %	31.198	31.198	30.890	-308	308
budgetierte Ausgaben	1.451.252	1.410.571	40.681	2,88 %	1.461.952	1.461.952	1.451.251	-10.701	1.410.571
Saldo	-886.681	-860.281	-26.400	-3,07 %	-837.465	-837.465	-886.680	-49.215	-860.281

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	0
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	0
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	0
Sonderrücklage	238.660

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich						0			0
Temporäre Personalmittel						0			0
TPM - Flüchtlinge						0			0
Flexibilisierungsmittel						0			0
Zwischensumme						0			0
Refinanzierte						0			0
Ausbildung						0			0
Nebentitel						0			0
Insgesamt						0			0
dar.: Beihilfe / Nachvers.						0			0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich						0,0			0,0
Temporäre Personalmittel						0,0			0,0
TPM - Flüchtlinge						0,0			0,0
Flexibilisierungsmittel						0,0			0,0
Zwischensumme						0,0			0,0
Refinanzierte						0,0			0,0
Ausbildung						0,0			0,0
Insgesamt						0,0			0,0
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool						0,0			0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge						0,0			0,0
Summe eingesetztes Personal						0,0			0,0
nachr.: Abwesende						0,0			0,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten		%	
Beschäftigte bis 35 Jahre			
Beschäftigte über 55 Jahre			
Frauenquote			
Teilzeitquote			
Schwerbehindertenquote			

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Die konsumtiven Einnahmen überschreiten den vorgegebenen Planwert.

Investive Einnahmen

Bei den investiven Einnahmen handelt es sich um die angeforderten Bundesmittel für die Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes.

Im Berichtszeitraum wurden von den projektbegleitenden Fachressorts 1,7 Mio.€ angemeldet und abgerufen.

Personalausgaben

Fehlanzeige

Sonst. konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben unterschreiten den vorgegebenen Planwert.

Zinsausgaben

Die Zinsausgaben unterschreiten den Planwert. Bei den Zinsausgaben handelt es sich um Zinsausgaben am Kreditmarkt, deren Planwertabweichungen sich aus der Steuerung der Mittel an der aktuellen Zinsentwicklung orientieren.

Investive Ausgaben

Die investiven Ausgaben werden unterschritten.

Die im Berichtszeitraum eingeplanten Zahlungen aus der Digitalen Dividende II wurden nur teilweise abgerufen.

Zuführung Rücklage

Fehlanzeige

Ausgleich im 14. Monat

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung Land:

Im Haushaltsjahr 2024 besteht wegen der Auswirkungen und Nachsorge der Corona-Pandemie, den Auswirkungen des Ukraine-Krieges und der Energie- und Klimakrise gemäß Artikel 131a Absatz 3 Satz 1 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen eine außergewöhnliche Notsituation, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt.

Im Zusammenhang mit der Nachsorge der Folgewirkungen der Corona-Pandemie wurden mit den Ergänzungen zum Haushalt 2024 im Haushalt des Landes letztmalig für das Haushaltsjahr 2024 im Produktplan 95 "Bremen-Fonds" notlagenkreditfinanzierte Mittel in Höhe von insgesamt rd. 55,896 Mio. € haushaltsstellenscharf veranschlagt.

Die pandemiebedingten Nachsorgebedarfe umfassen im Wesentlichen investive Anschlussfinanzierungen zur Stärkung der Pandemieresilienz in den Krankenhäusern in Höhe von insgesamt rd. 39 Mio. € in 2024. Hinzu kommen gesetzlich induzierte pandemiebedingte Finanzierungsbedarfe im Zusammenhang mit den Vorgaben gemäß § 56 des Infektionsschutzgesetzes in Höhe von rd. 2,445 Mio. €. Veranschlagt wurden zudem pandemie-bedingte Mittelbedarfe für die Umsetzung der Abrechnung der Corona-Hilfsprogramme bzw. des Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen bei der BIS und BAB in Höhe von insgesamt 14,450 Mio. €.

Im Landeshaushalt wird das Budget (55,896 Mio. €) zum Jahresende im Saldo um rd. 11,684 Mio. € unterschritten. Die Unterschreitung ist i.W. auf konsumtive Mehreinnahmen (darunter eine konsumtive Verrechnungseinnahme aus Bremerhaven) aufgrund von Rückzahlungen von Projekt- und Fördermitteln i.H.v. 10,358 Mio. € zurückzuführen. Die Mehreinnahmen bestehen zum Großteil (rd. 9 Mio. €) aus Rückzahlungen von kreditfinanzierten Landesmitteln im Kontext der ÖPNV-Hilfen. Darüber hinaus sind Minderausgaben bei der Maßnahme "Entschädigungen nach dem Infektionsschutzgesetz" i.H.v. 1,239 Mio. € entstanden, die vom Fachressort mit der Aussetzung der Antragsbearbeitung aufgrund von BAG-Urteilen (5 AZR 234/23 und 5 AZR 235/23) begründet werden.

Die Unterschreitung ist ferner auch auf eine Minderausgabe bei der Maßnahme "Umsetzungskosten Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen" i.H.v. 0,087 Mio. € zurückzuführen, die vom Fachressort mit geringeren Restkosten nach vollständiger Abrechnung (weniger Widersprüche etc.) begründet werden.

Die Budgetunterschreitung von insgesamt rd. 11,684 Mio. € führt zu einer Reduzierung der erforderlichen Kreditaufnahme im Haushaltsjahr 2024.

Einhaltung Finanzierungssaldo Land:

Siehe Budgeteinhaltung. Der zulässige Finanzierungssaldo im Landeshaushalt wird eingehalten bzw. unterschritten. Es liegt eine Unterschreitung i.H.v. rd. 11,684 Mio. € vor, die sich mit dem Differenzbetrag bei der Budgeteinhaltung deckt und auf die bei der Budgeteinhaltung aufgeführten Effekte bezieht.

PERSONALDATEN

Die unterjährig ausgewiesenen Personalausgaben sind rückwirkend in die dezentralen Ressortbudgets umgebucht worden.

LEISTUNGSDATEN

Im PPL 95 wird jede zu finanzierende Bremen-Fonds-Maßnahme mit Leistungszielen und Kennzahlen versehen, um den Erfolg der einzelnen Maßnahmen messen zu können. Im Rahmen des Produktgruppencontrollings werden die maßnahmenverantwortlichen, fremdbewirtschaftenden Fachressorts aufgefordert die entsprechenden Leistungsziele und Kennzahlen einzeln zu bewerten und einzuschätzen. Zu den Bestandteilen und zu finanzierenden Maßnahmen des Bremen-Fonds in 2024 wird auf die Kommentierung der Finanzdaten verwiesen.

Im Landeshaushalt zeigt sich ein überwiegend positives Bild der Zielerreichung der Kennzahlen. Die meisten Planwerte konnten eingehalten werden. Bei einigen Kennzahlen wurden die Planwerte nach Angaben der Ressorts sogar übertroffen. Allerdings gibt es auch Kennzahlen, bei denen die Planwerte nicht eingehalten wurden.

Zu den Projekten mit positiven Zieleinhaltung zählt z.B. die Maßnahme „Finanzierung von Umsetzungskosten der Bewilligungsstellen BAB und BIS für die Corona-Hilfsprogramme“, bei der die Planwerte der Kennzahl „Schluss- und Endabrechnungen Einzelbewilligungen“ eingehalten bzw. übertroffen wurde. Die Corona-Hilfsprogramme haben v.a. kleine und mittlere Unternehmen während der Corona-Pandemie finanziell unterstützt. Die Corona-Hilfsprogramme wurden durch die BAB und BIS umgesetzt und es werden aktuell Schluss- und Endabrechnungen von Einzelbewilligungen durchgeführt.

Auch bei der Maßnahme „Umsetzungskosten BAB/BIS für den Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen“ konnten die Kennzahlen eingehalten werden. So konnten wie geplant 373 abschließende Abrechnung von Einzelbewilligungen umgesetzt werden. Bei der Maßnahme "Entschädigungen n. Infektionsschutzgesetz - Zahlung von Verdienstausfallentschädigungen an Arbeitgeber / Selbstständige nach § 56 Infektionsschutzgesetz" zeigt sich ein eher negatives Bild der Zielerreichung. Das Maßnahmenbudget sowie die Antragszahlen der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven wurden deutlich unterschritten. Jedoch hat das Fachressort bereits in vergangenen Leistungsdaten-Controllingabfragen darauf hingewiesen, dass wegen der BAG-Urteile (5 AZR 234/23 und 5 AZR 235/23) die Bearbeitung derzeit ausgesetzt ist.

Bei der Maßnahme "Krankenhausinvestitionsprogramme zur Pandemieresilienz" zeigt sich ein gemischtes Bild der Zielerreichung. Beim Maßnahmenziel "Resilienzförderung der Kliniken als Teil der kritischen Infrastruktur durch Schaffung insbesondere räumlicher Strukturen zum Infektionsschutz" konnten die geplanten umzusetzenden Maßnahmen zur Pandemieresilienz sowie die Budgeteinhaltung wie geplant eingehalten werden. Beim Maßnahmenziel "Resilienzförderung der Kliniken als Teil der kritischen Infrastruktur durch Schaffung digitaler Strukturen zur Abwehr von Cyberangriffen und Ausschöpfung von Synergieeffekten" konnten nur 6 der geplanten 40 umzusetzenden Maßnahmen KHZG fertiggestellt werden, da laut Angaben des Ressorts bundesseitig eine Maßnahmenumsetzung noch bis 2026 möglich ist. Die verbleibenden wiederbereitgestellten Bundesmittel i.H.v. 20.277.189,28 € werden auf das AH-Konto 2301.500 00-1 zur Abwicklung des Bundesprogramms überführt.

MASSNAHMEN-/STEUERUNGSVORSCHLAG

Kein Handlungsbedarf. Die bewirtschaftenden Fachressorts werden gebeten, zukünftige Rückzahlungen von Bremen-Fonds-Mittel (z.B. Rückforderungen von Projekt- und Fördermittel) weiterhin im PPL95 "Bremen-Fonds" zu vereinnahmen.

Die betroffenen Fachressorts werden gebeten, technisch zu gewährleisten, dass zukünftig keine weiteren Fehlbuchungen im PPL95 "Bremen-Fonds" verursacht werden.

Maß. Nr.	Ressort PPL	Maßnahme	Maßnahmenziel	Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Januar - P14 2024	IST 1-14	Ist-Planabweichung		Ressort-Kommentierung	Einhaltung Ziel (Drop-Down)
						Planwert 14. Monat	IST-Wert 14. Monat	abs.	%		
1.2.5	51	Krankenhausinvestition sprogramme zur Pandemieresilienz	Resilienzförderung der Kliniken als Teil der kritischen Infrastruktur durch Schaffung insbesondere räumlicher Strukturen zum	Einhaltung Budget Pandemieresilienz	T €	11022	11022	0	0%	Mittel sind planmäßig verausgabt	nicht gefährdet
				Umgesetzte Maßnahmen Pandemieresilienz	Anzahl	17	17	0	0%	Maßnahmen sind abgeschlossen	nicht gefährdet
			Resilienzförderung der Kliniken als Teil der kritischen Infrastruktur durch Schaffung digitaler Strukturen zur Abwehr von Cyberangriffen und Ausschöpfung von Synergieeffekten	Einhaltung Budget KHZG	T €	27978	27978	0	0%	Es handelt sich um Restmittel des Bundes für das Programm KHZG. Der Mittelgeber (Bund) sieht eine Mittelverwendung bis 2026 vor. Die verbleibenden Reste i.H.v. 20.277.189,28 € werden auf das AH-Konto 2301.500 00-1 zur Abwicklung des Bundesprogramms überführt.	nicht gefährdet
				Umgesetzte Maßnahmen KHZG	Anzahl	40	6	-34	-85%	Die Maßnahmen befinden sich in der Umsetzung. Bisher konnten 6 Maßnahmen abgeschlossen werden. Gemäß Bundesvorgaben sollen die Maßnahmen bis 2026 abgeschlossen sein. Dieses Ziel ist nicht gefährdet.	nicht gefährdet
1.2.6	51	Entschädigungen nach § 56 Infektionsschutzgesetz	Sicherstellung der Entschädigungen für Verdienstaufälle nach § 56 Infektionsschutzgesetz	Einhaltung Budget	T €	2445	1206	-1239	-51%	Wegen der BAG-Urteile 5 AZR 234/23 und 5 AZR 235/23 ist die Bearbeitung ausgesetzt worden. Daher wurden in 2024 die prognostizierten Ausgaben nicht erreicht.	nicht gefährdet
				Anträge Stadtgemeinde Bremen	Anzahl	2906	730	-2176	-75%	Wegen der BAG-Urteile 5 AZR 234/23 und 5 AZR 235/23 ist die Bearbeitung ausgesetzt worden. Daher wurden in 2024 die prognostizierten Ausgaben nicht erreicht. Es wurden insgesamt 22 Anträge noch nicht abschließend bearbeitet, da Anträge auf Ruhen des Verfahrens gestellt wurden. Ein weiterer Mittelbedarf ist derzeit unwahrscheinlich.	nicht gefährdet
				Anträge Stadtgemeinde Bremerhaven	Anzahl	1144	194	-950	-83%	Wegen der BAG-Urteile 5 AZR 234/23 und 5 AZR 235/23 ist die Bearbeitung ausgesetzt worden. Daher wurden in 2024 die prognostizierten Ausgaben nicht erreicht. Ein weiterer Mittelbedarf ist derzeit unwahrscheinlich.	nicht gefährdet
1.2.11	71	Finanzierung von Umsetzungskosten der Bewilligungsstellen BAB und BIS für die Corona-Hilfsprogramme	Abschließende Finanzierung der im Land Bremen bei der BAB / BIS angefallenen Umsetzungskosten für die Corona-Hilfsprogramme des Landes und des Bundes	Schluss- und Endabrechnungen Einzelbewilligungen	Anzahl	3000	4962	1962	65%	Neustarthilfen (Endabrechnungen): Von den 4.475 erwarteten Endabrechnungen, sind bereits 2959 beschieden (angegeben zum 31.01.25, der Datenpunkt 31.12.24 kann nicht rekonstruiert werden). Überbrückungshilfen (Schlussabrechnungen): Die Schlussabrechnungen werden in Paketen gebündelt für verschiedene Programmlinien eingereicht. Bei 14.617 Bewilligungen wird mit ca. 6.720 Schlussabrechnungspaketen gerechnet. Die Einreichungsfrist für die Schlussabrechnungen lief am 30.09.2024 aus, Nachreichungen sind nur im Ausnahmefall noch möglich. Von den bisher 5473 eingereichten Paketen waren zum 31.12.24 bereits 2003 Pakete abschließend bearbeitet. Als Ist-Wert wird die Summe der Bearbeiteten Schluss- und Endabrechnungen genannt.	nicht gefährdet
1.2.12	22	Umsetzungskosten BAB/BIS f. den Sonderfonds d. Bundes f. Kulturveranstaltungen	Abschließende Finanzierung der im Land Bremen bei der BAB / BIS angefallenen Umsetzungskosten für das Bundesprogramm Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen.	Abschließende Abrechnung von Einzelbewilligungen	Anzahl	373	373	0	0%	Anträge sind abschließend bearbeitet.	nicht gefährdet
Legende "Einhaltung Ziel"											
nicht gefährdet											nicht gefährdet
im Toleranzbereich											im Toleranzbereich
gefährdet											gefährdet

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	10.156	0	10.156	∞ %	0	0	10.156	10.156	0
Investive Einnahmen	0	0	0		0	0	0	0	0
Entnahme Rücklage	0	0	0		0			0	0
budgetierte Einnahmen	10.358	0	10.358	∞ %	0	0	10.358	10.358	0
Personalausgaben	0	0	0		0	0	0	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	15.368	16.145	-777	-4,82 %	16.145	16.145	15.368	-777	16.145
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	39.001	39.001	0	0,00 %	39.001	39.001	39.001	0	39.001
Zuführung Rücklage	0	0	0		0	0		0	0
budgetierte Ausgaben	54.570	55.896	-1.327	-2,37 %	55.896	55.896	54.570	-1.326	55.896
Saldo	-44.212	-55.896	11.684	20,90 %	-55.896	-55.896	-44.212	11.684	-55.896

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	0
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	0
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	0

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich				0	0	0	0	0	0
Temporäre Personalmittel				0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				0	0	0	0	0	0
Refinanzierte				0	0	0	0	0	0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				0	0	0	0	0	0
Insgesamt				0	0	0	0	0	0
dar.: Beihilfe / Nachvers.				0	0	0	0	0	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Temporäre Personalmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Refinanzierte				0,0		0,0	0,0		0,0
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Abwesende				0,0		0,0	0,0		0,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten		%	
Beschäftigte bis 35 Jahre			
Beschäftigte über 55 Jahre			
Frauenquote			
Teilzeitquote			
Schwerbehindertenquote			

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Im Landeshaushalt wurden zum Jahresende konsumtive Mehreinnahmen aufgrund von Rückzahlungen von Projekt- und Fördermitteln i.H.v. 10,156 Mio. € erzielt, darunter rd. 9 Mio. € im Kontext von ÖPNV-Hilfen des Landes. Das Soll liegt im Landeshaushalt zum Jahresende bei 0 €, da die Rückzahlungen nicht als Einnahmeverfügungsmittel für Ausgaben verwendet werden können.

Personalausgaben

Personalausgaben sind zum Jahresende nicht zu verzeichnen/zu erwarten.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Im Landeshaushalt wurden konsumtive Ausgaben von insgesamt 16,145 Mio. € veranschlagt. Bei diesen konsumtiven Ausgaben handelt es sich um Mittel der Maßnahmen "Finanzierung von Umsetzungskosten der Bewilligungsstellen BAB und BIS für die Corona-Hilfsprogramme" und „Umsetzungskosten BAB/BIS für den Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen“ (14,450 Mio. €) sowie anteilig der Maßnahme „Entschädigungen nach IfSG“ (1,695 Mio. €).

Bei den konsumtiven Ausgaben sind zum Jahresende konsumtive Minderausgaben i.H.v. 0,777 Mio. € zu verzeichnen. Die Unterschreitung ist u.a. auf eine Minderausgabe bei der Maßnahme "Entschädigungen nach dem Infektionsschutzgesetz" i.H.v. rd. 0,690 Mio. € zurückzuführen, die vom Fachressort mit der Aussetzung der Antragsbearbeitung wegen BAG-Urteile (5 AZR 234/23 und 5 AZR 235/23) begründet werden.

Die Unterschreitung ist auch auf eine Minderausgabe bei der Maßnahme "Umsetzungskosten Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen" i.H.v. 0,087 Mio. € zurückzuführen, die vom Fachressort mit geringeren Restkosten nach vollständiger Abrechnung (weniger Widersprüche etc.) begründet werden.

Investive Ausgaben

Im Landeshaushalt wurden investive Ausgaben von 39,001 Mio. € veranschlagt. Bei diesen investiven Ausgaben handelt es sich um Mittel der Maßnahme "Krankenhausinvestitionsprogramme zur Pandemieresilienz". Hierunter werden die Teilmaßnahmen "Krankenhauszukunftsfonds zur Digitalisierung in den Krankenhäusern" sowie das "Sonderinvestitionsprogramm zur Stärkung der Pandemieresilienz der Krankenhäuser" umgesetzt.

Bei den investiven Ausgaben ist zum Jahresende ein vollständiger Mittelabfluss zu verzeichnen.

Die Teilmaßnahme "Krankenhauszukunftsfonds" befindet sich in der Umsetzung. Gemäß Bundesvorgaben sollen die Maßnahmen bis 2026 abgeschlossen sein. Daher sollen Mittel i.H.v. 20.277.189,28 € im 14. Monat auf das AH-Konto 2301.500 00-1 zur Abwicklung des Bundesprogramms überführt werden.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budget:

Der PPL 96 - IT-Budget der FHB - hat sein Budget zum Jahresende **um rd. 3,756 Mio. € unterschritten**. Im Wesentlichen ist die Unterschreitung aufgrund konsumtiver Minderausgaben (2,183 Mio. €) begründet.

Im Rahmen des Jahresabschlusses ist im PPL 96 eine Resteübertragung bei den konsumtiven Ausgaben in Höhe von 2,182 Mio. € sowie eine Rücklagenzuführung bei den investiven Ausgaben in Höhe von 5,588 Mio. € beantragt. Zudem wurde im Produktplan 96 IT-Management der FHB zur Deckung zentraler Bedarfe im Zusammenhang mit der "Digitalen Offensive" eine neue Sonderrücklage eingerichtet, der insgesamt 14,4 Mio. € zugeführt wurden.

Finanzierungssaldo:

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wurde zum Jahresende unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen (1,899 Mio. €) **um rd. 5,645 Mio. € überschritten**.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	11.282	254	11.028	4.345,63 %	11.358	11.358	11.282	-76	254
Investive Einnahmen			0					0	
Entnahme Rücklage	6.134	0	6.134	∞ %	4.561	4.561	6.134	1.573	0
budgetierte Einnahmen	17.415	254	17.161	6.762,36 %	15.919	15.918	17.415	1.497	254
Personalausgaben			0					0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	75.456	71.563	3.894	5,44 %	83.146	77.639	75.456	-2.183	71.563
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	15.538	16.165	-627	-3,88 %	24.834	15.614	15.538	-76	16.165
Zuführung Rücklage	20.000	0	20.000	∞ %	20.000	20.000	20.000	0	0
budgetierte Ausgaben	111.460	86.755	24.705	28,48 %	128.445	113.719	111.460	-2.259	86.755
Saldo	-94.046	-86.501	-7.545	-8,72 %	-112.526	-97.801	-94.045	3.756	-86.501

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	889	4.616	4.885	4.147
investiv	0	4.910	851	767	815
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	4.126
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	2.182
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	10.548
Sonderrücklage	14.412


PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich						0			0
Temporäre Personalmittel						0			0
TPM - Flüchtlinge						0			0
Flexibilisierungsmittel						0			0
Zwischensumme						0			0
Refinanzierte						0			0
Ausbildung						0			0
Nebentitel						0			0
Insgesamt						0			0
dar.: Beihilfe / Nachvers.						0			0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich						0,0			0,0
Temporäre Personalmittel						0,0			0,0
TPM - Flüchtlinge						0,0			0,0
Flexibilisierungsmittel						0,0			0,0
Zwischensumme						0,0			0,0
Refinanzierte						0,0			0,0
Ausbildung						0,0			0,0
Insgesamt						0,0			0,0
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool						0,0			0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge						0,0			0,0
Summe eingesetztes Personal						0,0			0,0
nachr.: Abwesende						0,0			0,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten		%	
Beschäftigte bis 35 Jahre			
Beschäftigte über 55 Jahre			
Frauenquote			
Teilzeitquote			
Schwerbehindertenquote			

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung:  nicht gefährdet  im Toleranzbereich  gefährdet

Kostengünstiger IT-Arbeitsplatz

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300787(L) IT-Kosten pro Arbeitsplatz BASIS.bremen [€]	1.862,00	1.862,00	0,00	0 %	1.862,00		
300787(L) IT-Kosten pro Arbeitsplatz BASIS.bremen (KLR) [€]			0,00				

300787(L):

Die IT-Kosten pro Arbeitsplatz („IT-Querschnittspauschale“) sind plangemäß ausgefallen und setzen sich wie folgt zusammen:

- | | | |
|----|----------------------|----------|
| 1) | Client-Betrieb | 960 Euro |
| 2) | Managed Port | 390 Euro |
| 3) | VPN und Video Client | 120 Euro |
| 4) | TK-Port und Endgerät | 320 Euro |
| 5) | Netzbetrieb | 72 Euro |

1.862 Euro

Sicherheit, Verlässlichkeit, Leistungsfähigkeit und Souveränität

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300980(L) Vertragserfüllung [%]	100,00	100,00	0,00		100,00		

300980(L):

Die Verträge der IT Dienstleister wurden erfüllt.

Zufriedenheit der Beschäftigten mit IT

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300783(L) Gesamtzufriedenheit der Mitarb. mit IT [Anz.]	60	38	22	58 %	38		

300783(L):

Das zentrale IT-Management der Freien Hansestadt Bremen und die IT-Verantwortlichen in den Ressorts wollen eine hohe Qualität der vorhandenen Computer, Programme und Dienstleistungen sicherstellen und da, wo es nötig und möglich ist, verbessern. Um dem gerecht zu werden, wird seit Ende 2010 jährlich wiederkehrend eine Umfrage durchgeführt, deren Ergebnisse jährlich ausgewertet und einem Ressort und Vorjahresvergleich unterzogen werden. Die Zielgruppe der Befragung waren alle Endanwender:innen der FHB mit einem IT-Arbeitsplatz.

Aus diesen Ergebnissen resultieren verschiedene Maßnahmen, die in jährlichen Berichten kurz vorgestellt werden. Die Ergebnisse der Umfragen sowie die Maßnahmenberichte können im MIP abgerufen werden.

In 2020 wurde die Umfrage umfangreich überarbeitet und die Auswertungssystematik im Zuge des Relaunches umgestellt. Die neue Bewertungsskala reicht von 2 (vollkommen zufrieden), 1 (eher zufrieden), 0 (unentschieden), -1 (weniger zufrieden) zu -2 (gar nicht zufrieden).

Der 2024er Gesamtindex von 0,6 (Vorjahr 0,56) stellt die Zufriedenheit mit dem Service insgesamt über alle Ressorts dar.

Aufgrund technischer Übertragungsfehler wird die Kennzahl im System eHaushalt nicht korrekt dargestellt.

Das zentrale IT-Management wird die Umfrage Mitte 2026 wiederholen (ab sofort im Zwei-Jahres-Rhythmus) und hofft auf rege

Teilnahme der Mitarbeitenden. Hierbei sollen durch die wiederholte Durchführung aktuelle Werte ermittelt werden.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Die konsumtiven Einnahmen im Landeshaushalt liegen mit einem Ist in Höhe von 11.282 Tsd. Euro mit 11.028 Tsd. Euro über dem Anschlag.

Hintergrund der erhöhten Einnahmen sind die erhöhten Refinanzierungseinnahmen aus IT-Planungsrat-Projekten (im Wesentlichen für das Projekt „Sorgerechtsregister“, „Erw. Gehaltsdatenabruf“ und „ELFE Connect“) sowie Einnahmen der „Einer für Alle Onlinedienste“, welche im Anschlag nicht enthalten sind. Die Mittel sind zweckgebunden für diese Projekte zu verausgaben.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben liegen im Landeshaushalt im Ist 3.894 Tsd. Euro über dem Planwert.

Es sind innerhalb der einzelnen Haushaltsstellen im Wesentlichen folgende Planabweichungen festzustellen:

Die Ausgaben der „Einer für Alle Onlinedienste“ und die Kosten für vom IT-Planungsrat refinanzierten Projekte waren im Anschlag nicht abgebildet. Die Mittel für Projekte des IT-Planungsrates wurden in 2024 nicht vollständig verausgabt und sind zweckgebunden ins Folgejahr zu überführen.

Einen gegenläufigen Effekt bilden die Sachausgaben für IT Zentral, konsumtive Ausgaben im IT-Querschnitt (SJV) und IT-Fachaufgaben (SF); hier wurden in 2024 nicht so hohe Ausgaben getätigt, wie im Anschlag vorgesehen. Grund hierfür sind u.a. Projektverzögerungen, die zu zeitversetzten Folgekosten führten.

Investive Ausgaben

Die investive Planwertunterschreitung in Höhe von 627 Tsd. Euro erklärt sich zum einen daraus, dass Ausgaben für die Plattform Online Service Infrastruktur (OSI) investiv geplant wurden. OSI wurde unterjährig in den Betrieb überführt und nach erfolgter Nachbewilligung werden die Kosten nun konsumtiv abgebildet. Projektverzögerungen führen dazu, dass die Ausgaben für "Neue Medien/e-Government" geringer sind, als geplant.

Einen gegenläufigen Effekt bilden Ausgaben, die im Anschlag nicht abgebildet sind: So werden „Investive Ausgaben für Projekt Netze 2023 FHB“ über Rücklagen finanziert.

Finanzierungssaldo

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird in 2024 um 5,199 Mio. Euro im Landeshaushalt überschritten, was sich aus der Position Zuführung Rücklagen begründet, die in Teilen zentral finanziert wird: Den Rücklagen werden gemäß der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2024 insg. 20,0 Mio. Euro zugefügt, dabei handelt es sich bei 5,588 Mio. Euro um inv. Ausgabereste des PPL 96 und bei 14,412 Mio. Euro um eine Sonderrücklage.

Einhaltung Budget

Der Produktplan 96 hat sein Budget 2024 eingehalten. Das Budget 2024 wird zum Jahresabschluss um 3,755 Mio. Euro im Landeshaushalt unterschritten. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um haushaltsmäßig nicht finanzierte Reste aus dem Vorjahr.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung:

Das Budget wird um 5.765.000 € (investive Ausgaben) unterschritten. Dieser Betrag wird in eine investive Rücklage zugeführt. Darüber hinaus werden Mittel in Höhe von 1.846.880 € in die Sonderrücklage „EU Programm EFRE 2021-2027 (PPL 97)“ zugeführt. Die Deckung erfolgt durch Einsparung bei der Haushaltsstelle 0988.89357-9 „EU-Programm EFRE 2021 - 2027, Durchführung energetischer Gebäudes-anierung“ in Höhe von 1.846.880,00 €.

Finanzierungssaldo:

Der Finanzierungssaldo wird nicht überschritten.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	4.632	4.632	0	0,00 %	4.632	4.632	4.632	0	4.632
Investive Einnahmen			0			0	0	0	
Entnahme Rücklage	577	0	577	∞ %	577	577	577	0	0
budgetierte Einnahmen	5.209	4.632	577	12,46 %	5.209	5.209	5.209	0	4.632
Personalausgaben			0					0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	11.238	8.831	2.407	27,26 %	11.238	11.238	11.238	0	8.831
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	12.114	25.227	-13.113	-51,98 %	17.880	12.114	12.114	0	25.227
Zuführung Rücklage	7.612	0	7.612	∞ %	7.612	7.612	7.612	0	0
budgetierte Ausgaben	30.964	32.880	-1.916	-5,83 %	36.729	30.964	30.964	0	32.880
Saldo	-25.755	-28.248	2.493	8,83 %	-31.520	-25.755	-25.755	0	-28.248

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	1.698	1.698	520	0
investiv	7.441	1.967	14.266	8.103	20.029
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	0
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	0
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	5.774
Sonderrücklage	3.051
Verlustvortrag	3.857

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich						0			0
Temporäre Personalmittel						0			0
TPM - Flüchtlinge						0			0
Flexibilisierungsmittel						0			0
Zwischensumme						0			0
Refinanzierte						0			0
Ausbildung						0			0
Nebentitel						0			0
Insgesamt						0			0
dar.: Beihilfe / Nachvers.						0			0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich						0,0			0,0
Temporäre Personalmittel						0,0			0,0
TPM - Flüchtlinge						0,0			0,0
Flexibilisierungsmittel						0,0			0,0
Zwischensumme						0,0			0,0
Refinanzierte						0,0			0,0
Ausbildung						0,0			0,0
Insgesamt						0,0			0,0
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool						0,0			0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge						0,0			0,0
Summe eingesetztes Personal						0,0			0,0
nachr.: Abwesende						0,0			0,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten		%	
Beschäftigte bis 35 Jahre			
Beschäftigte über 55 Jahre			
Frauenquote			
Teilzeitquote			
Schwerbehindertenquote			

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: ● nicht gefährdet ▲ im Toleranzbereich ■ gefährdet

Absicherung der Zentralfinanzierung für den Dienstleister Immobilien Bremen für die Unterhaltsreinigung in öffentlichen Gebäuden ●

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301149(L) Leistung Unterhaltsreinigung [€]	4.306.500,0 0	4.380.000,0 0	-73.500,00	-2 %	4.380.000,0 0		

301149(L):

Die Verteilung Stadt/Land ist kalkulatorisch nach den Einssatzzeiten vorgenommen worden.

Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und Vermeidung von Personenschäden in den öffentlichen Gebäude des Sondervermögens Immobilien und Technik ●

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301148(L) Leistung Hausmeisterdienste [€]	1.805.000,0 0	1.854.000,0 0	-49.000,00	-3 %	1.854.000,0 0		

301148(L):

Die Schlussrechnung per 18.02. noch nicht erfolgt, daher kann es noch geringfügige Abweichungen geben

Bewirtschaftung, Verwaltung und Weiterentwicklung des Vermögens der SVIT nach kaufmännischen Grundsätzen ●

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301456(L) Leistung Projektsteuerung [€]	720.000,00	1.800.000,0 0	- 1.080.000,0	-60 %	1.800.000,0 0		

301456(L):

Die Betriebsleistung fällt voraussichtlich niedriger als geplant ausfallen. Hintergrund: die Personalisierung wurde nicht in demursprünglich geplanten Umfang vorgenommen. Damit reagierte IB Stadt auf die veränderten Rahmenbedingungen (Wegfall Fastlane). Die hier genannten Zahlen stehen unter dem Vorbehalt der Bestandsbewertungen im Rahmen des Jahresabschlusses 2024.

Finanzielle Absicherung von Sanierungsmaßnahmen der Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) im Rahmen der vom Senat beschlossenen Gebäudesanierungsprogramme sowie von neuen Baumaßnahmen der Ressorts die SVIT des Landes und der Stadtgemeinde Bremen ●

	Januar - P14 2024		Ist-Plan Abweichung		2024 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301144(L) Mittelabfluss Sanierung [€]	5.691.000,0 0	15.294.000,0 00	- 9.603.000,0	-63 %	15.294.000,0 00		
301145(L) Mittelabfluss Neu- und Umbaumaßnahmen [€]	2.948.000,0 0	9.933.132,0 0	- 6.985.132,0	-70 %	9.933.132,0 0		

301144(L):

Die Mittelabflüsse liegen unter den Planwerten aufgrund von zeitlichen Verzögerungen bei den Bau- und Planungsabläufen.

301145(L):

PPL: 97 Immobilienwirtschaft und -management
Version: 01-14/24 21.08.25
Verantw.: Kreitz

Einhaltung Finanzdaten: Land
Einhaltung Personaldaten: Land
Einhaltung strategische Ziele: Land

Die Mittelabflüsse liegen unter den Planwerten aufgrund von zeitlichen Verzögerungen bei den Bau- und Planungsabläufen.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Für die Abführung der Eigenkapitalverzinsung wurde ein monatlicher Wert von 0,382 Mio. Euro festgesetzt. Daraus ergibt sich zum Jahresende ein kumulierter Planwert von 4,63 Mio. Euro, die Einnahme verläuft planmäßig.

Entnahme Rücklage

Entnahme aus der Sonderrücklage Ausbau des Schul- und Kinderbetreuungsbereichs (Land) für die Globale Minderausgabe beim PPL 21

Sonst. konsumtive Ausgaben

Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes und zur Einhaltung vertraglicher Verpflichtungen wurden 8,091 Mio. Euro für Unterhaltsreinigung (6,775 Mio. €), Zentralfinanzierungen Einkauf und Vergabe (0,929 Mio. €) sowie für das juristische Online-Portal (0,127 Mio. €) als Budget im PPL 97 zur Verfügung gestellt. An Immobilien Bremen wurden im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets 7,091 € ausgezahlt 5,775 Mio € Unterhaltsreinigung, Zentralfinanzierungen Einkauf und Vergabe (0,929 Mio. €) sowie für das juristische Online-Portal (0,127 Mio. €). Es haben sich unterjährig Mittelverschiebungen ergeben unter anderem kam es zu eine Nachbewilligung für den Aufbau eines Energiecontrollings beim Dienstleister IB (0,260 €). Die Detaillierten Soll und IST-Veränderungen sind der Tabelle zu entnehmen:

	vor. Soll	vor. Ist	Anmerkungen
Ausgangslage Anschlag	8.009.610,00 €	8.009.610,00 €	
An Immobilien Bremen, Entgelte für Dienstleistungen (Zentrale Beschaffungstelle)	66.330,00 €	66.330,00 €	Nachbewilligung von Reinigung
An Immobilien Bremen, zentrale Finanzierung der Gebäudereinigung	-124.802,00 €	-124.802,00 €	
An IB, Erstattung von Lizenzkosten für ein juristisches Online-Portal	30.000,00 €	30.000,00 €	Nachbewilligung von Reinigung
An IB, Kostenerstattung für Serverdienste am BreKat-Server bei Dataport	28.472,00 €	28.472,00 €	Nachbewilligung von Reinigung
<u>Gesperrt</u> Klimaschutzstrategie 2038 Umsetzung Faslanes(Personal)	<u>561.000,00 €</u>	<u>561.000,00 €</u>	vom Handlungsfeld Klimaschutz
Strategische Steuerung des Handlungsschwerpunktes energetische Gebäudesanierung	260.000,00 €	260.000,00 €	Nachbewilligung von Klimaschutzstrategie

	vor. Soll	vor. Ist	Anmerkungen
rung bei IB -L-GWS-074(Eckwertaufstockung Klimaschutz)			
Verlust des Jahresabschlusses SVIT Land	4.146.112,21 €	4.146.112,21 €	von Sanierungsinvestitionen
Globale Minderausgabe	-1.178160,00 €	-1.178160,00 €	von Reinigung
Summe	11.237.262,21 €	11.237.262,21 €	

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung wurde das Handlungsfeld „Klimaschutz“ mit einem Volumen von 20 Mio. € aufgelöst und auf alle Ressorts Prozentual aufgeteilt. Auf den PPL97 entfallen 0,821 Mio. €, in diesem Zusammenhang wurden 0,260 Mio. € für ein Energiecontrolling beim Dienstleister IB entspert und ausgezahlt. Die Restmittel von 561.000 € bleiben gesperrt und wirken sich nicht Soll und Ist erhöhend aus.

Das Jahresergebnis 2023 des SVIT (Land) wies einen Jahresverlust aus. Mit dem Jahresverlust aus 2023 erhöhte sich der aufgelaufene Bilanzverlust insgesamt auf 4.146 Mio. € per Ende 2023. Entsprechend §14 Abs. 5 des Bremischen Gesetzes für Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen wurde das, dieses Defizit aus Haushaltsmitteln auszugleichen.

Darüber hinaus wurde die Globale Minderausgabe mit Verfügung vom 19.11.2024 umgesetzt.

Investive Ausgaben

Grundlage des investiven Gesamtbudgets von 25,227 Mio. € bilden im Schwerpunkt die Mittel für die Fortsetzung von Sanierungsmaßnahmen und der Modernisierung der Inhouse-Verkabelung im SVIT (16,340 Mio. €), Klimaschutzinvestitionen (2,4 Mio. €), Nutermittel des PPL 11 (4,640 Mio. Euro) sowie Mittel zur Durchführung energetischer Gebäudesanierung im Rahmen des EFFRE-Programms (1,847 Mio. €). Im Rahmen einer Vorfinanzierung wurden dem Kulturhaushalt für das Staatsarchiv aus den Sanierungsinvestitionen für das SVIT Land 0,260 Mio. € zur Verfügung gestellt. Zur Realisierung dezentraler Budgetrisiken im Haushaltsvollzug mussten 1,1 Mio. € bereitgestellt werden. Zudem gab es aufgrund von Planungs-verzögerungen bei der JVA eine Planabweichung i. H. v. 4,460 Mio. €. Die nicht verausgabten Mittel werden der investiven Budgetrücklage zugeführt. Der Ausgleich des Bilanzverlustes aus dem Jahresabschluss 2023 des SVIT (Land) wurde von den Sanierungsinvestitionen bereitgestellt.

Zuführung Rücklage

Im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2022 wurde der investiven Rücklage im Landeshaushalt ein Betrag von 0,008 Mio. € zugeführt und steht dem Haushalt 2024 wieder zur Verfügung. In 2023 wurden keine Landesmittel der Rücklage zugeführt.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo wird eingehalten.

Einhaltung Budget

Das Budget wird nicht überschritten.

valut. Verpflichtungsermächtigungen

Der Stand der Verpflichtungsermächtigung entspricht der mit Übertragung der Werte aus 2023 nach 2024 überarbeiteten Fassung sowie der im Vollzug 2023 neu erteilten Verpflichtungen.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung Land

Im Haushaltsjahr 2024 besteht wegen der Auswirkungen und Nachsorge der Corona-Pandemie, den Auswirkungen des Ukraine-Krieges und der Energie- und Klimakrise gemäß Artikel 131a Absatz 3 Satz 1 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen eine außergewöhnliche Notsituation, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt.

Im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Ukraine-Krieges und der Energie- und Klimakrise wurden mit den Ergänzungen zu den Haushalten 2024 für das Haushaltsjahr 2024 notlagenkreditfinanzierte Mittel im Umfang von rd. 660,446 Mio. € haushaltsstellenscharf im Produktplan 99, Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise veranschlagt.

Die veranschlagten Mittel verteilen sich auf 20 Maßnahmen, deren Ressourceneinsatz, Ziele und inhaltliche Beschreibung sowie Krisenbezug den Ergänzungsmittelungen zu entnehmen sind, wie sie am 17.06.2024 im Haushalts- und Finanzausschuss beraten worden sind. Übergeordnetes Ziel aller Maßnahmen innerhalb dieses Produktplans ist es, die sich aus dem Ukraine-Krieg sowie der Energie- und Klimakrise ergebenden Auswirkungen und Nachwirkungen zu bewältigen. Von dem veranschlagten Gesamtbetrag entfallen 309,930 Mio. € auf die Zuweisung an das Sondervermögen zur Bewältigung der klimaneutralen Transformation der Wirtschaft.

Die für 2024 vorgesehenen Notlagenfinanzierungen im Produktplan 99 werden – wie bereits in 2023 – vollständig vom Landeshaushalt getragen. Etwaige kommunale Mittelbedarfe werden aus dem Haushalt des Landes über Verrechnungen und Erstattungen in den Haushalt der Stadtgemeinden überführt und dort dann letztendlich verausgabt.

Zum Jahresende beläuft sich das Haushaltssoll im Landeshaushalt auf rd. 648,676 Mio. €. Dem Haushaltssoll stehen IST-Ausgaben von rd. 619,420 Mio. € gegenüber. Zu den Unterschreitungen in Höhe von rd. 29,256 Mio. € tragen u.a. auch konsumtive Mehreinnahmen von rd. 0,889 Mio. € bei, die sich aus Rückforderungen der Ressorts SASJI, SUKW, SBMS, SfK und SIS für in 2023 ausgezahlte Mittel ergeben. Für 2025 werden weitere Rückzahlungen erwartet.

Betrachtet man die Maßnahmen, die in 2024 ihr Soll unterschritten haben, sind insbesondere zu nennen:

- 1.2.1 - ÖPNV/BSAG Stabilisierungsprogramm: rd. 20,115 Mio. € aufgrund geringerer Ausgleichsbedarfe beim Deutschlandticket.
- 1.2.17 - Kliniken energet. Sanierung - Energetische Sanierung der Krankenhäuser im Land Bremen: rd. 5,536 Mio. € aufgrund von Planungsverzögerungen ist keine komplette Umsetzung aller Maßnahmen erreicht worden.
- 1.1.1 - 1.1.5 - Finanzierung des Sondervermögens "Klimaneutrale Transformation der Wirtschaft": rd. 1,497 Mio. € aufgrund nicht in 2024 umgesetzter Teilmaßnahmen (Hybit, ECOMAT).
- 1.2.19 - Mehrbedarfe Energiekosten Zuwendungsempfangende und Kernverwaltung: rd. 0,920 Mio. € wurden nach Berechnung der Bedarfe u.a. aufgrund prioritär heranzuziehender Mittel nicht benötigt.
- 1.2.8 - Wohngeld Plus - Anteil Bremen an der Finanzierung Wohngeldleistungen 2024: rd. 0,203 Mio. € wurden nicht an Bremerhaven abgeführt, da die Personalstellen zur Erledigung der Landesaufgaben nicht vollumfänglich besetzt waren.

Neben Abweichungen im Mittelabfluss aufgrund von Projektverzögerungen lassen sich die Unterschreitungen teilweise auch auf eingeschränkte Prognostizierbarkeit zurückführen. So war es beispielsweise beim ÖPNV/BSAG Stabilisierungsprogramm notwendig, einzuschätzen, wie erfolgreich die Attraktivierungsmaßnahmen Jugend- und Deutschlandticket sein würden. Man entschied sich hier für eine Orientierung an den Bundeszuschüssen nach dem Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Einhaltung Finanzierungssaldo Land

Siehe Budgeteinhaltung.

Der zulässige Finanzierungssaldo wird zum Jahresende unterschritten.

Es liegt eine Unterschreitung i.H.v. rd. 41,026 Mio. € vor, die sich zum einen aus den bei der Budgeteinhaltung aufgeführten Effekte ergibt (29,226 Mio. €). Zum anderen kommen bei der Finanzierungssaldobetrachtung weitere Effekte im Umfang von 11,770 Mio. € aus veranschlagten Mitteln hinzu, die mit Sperrvermerken hinterlegt sind und daher nicht im Haushaltssoll berücksichtigt sind. Diese Mittel fließen zum Jahresende ebenfalls nicht ab, da Bedarfe in entsprechender Höhe nicht nachgewiesen wurden. Entsprechend fällt die Finanzierungssaldounterschreitung im vorgenannten Umfang höher aus als die Budgetunterschreitung. Die Sperrungen verblieben bei den folgenden drei Maßnahmen:

- 1.2.7 - Absicherung der in Folge des Ukraine-Krieges sowie der Energiekrise eingetretenen Sozialleistungsmehrbedarfe: rd. 8,089

Mio. €.

- 1.2.19 - Mehrbedarfe Energiekosten Zuwendungsempfängende und Kernverwaltung: rd. 2,948 Mio. €.
- 1.2.15 - Energetische Gebäudesanierung Immobilien Bremen (IB) SVIT: rd. 0,732 Mio. €.

Insgesamt führen die Unterschreitungen des veranschlagten Finanzierungssaldos zu einer reduzierten Notlagen-Kreditaufnahme im Landeshaushalt und reduzieren damit auch die Tilgungslasten für die Folgejahre. Die veranschlagten Kreditermächtigungen mussten somit nicht vollständig in Anspruch genommen werden. Verbleibende Restmittel wurden – nach ppl-internem Ausgleich von Mindereinnahmen-/Mehrausgaben – entsprechend den Vorgaben aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 gestrichen.

LEISTUNGSDATEN

Im Rahmen des Controllings 1-14 wurden durch die maßnahmenverantwortlichen, fremdbewirtschaftenden Fachressorts die Leistungsziele und Kennzahlen des PPL 99 einzeln bewertet und eingeschätzt. Obwohl die Maßnahmen alle dem übergeordneten Ziel dienen, die sich aus der notwendigen Umsetzung der Klimastrategie sowie der Bewältigung der Aus- bzw. Nachwirkungen des Ukrainekrieges und der Energiekrise ergeben, sind die Ansätze zur Zielerreichung im Detail divers. Aufgrund dieser Vielfältigkeit innerhalb der Kennzahlen wird die Übersicht für das Controlling in tabellarischer Form übermittelt und ist als gesondertes Blatt beigelegt.

Insgesamt wurde zu 43 Kennzahlen eine Rückmeldung von den maßnahmenverantwortlichen Ressorts erbeten. Von diesen wurde bei 24 Kennzahlen der Planwert eingehalten bzw. die Kennzahl hat sich positiver entwickelt als erwartet, was einem Anteil von rd. 56% entspricht. Bei den übererfüllten Kennzahlen wären insbesondere zu nennen (vorweggestellt lfd. Maßnahmennummer gem. Ergänzungsmittelungen 2024):

- 1.2.1 - ÖPNV/BSAG Stabilisierungsprogramm
 - "Fahrgastzahlen": Die Fahrgastzahlen liegen um rd. 7 Mio. über dem Planwert und entwickelten sich somit 7 % besser als prognostiziert.
- 1.2.9 - Personalbedarfe im Migrationsamt Bremen zur Sicherstellung des Dienstbetriebs im Zusammenhang mit den Folgen des Ukraine-Kriegs
 - "Erteilung von (neuen) Titeln nach § 24 AufenthG": Mit einem IST-Wert von 2.521 liegt die Anzahl der erteilten Titel um 163 % über dem Prognosewert. Laut Ressort ist dies insbesondere auf die die fortbestehende Kriegssituation der Ukraine und die sich dadurch ergebende Entwicklung der Flüchtlingszahlen zurückzuführen.

Bei drei Kennzahlen wurde der zum Jahresende angestrebte Planwert nicht erreicht. Hierbei handelt es sich um (vorweggestellt lfd. Maßnahmennummer gem. Ergänzungsmittelungen 2024):

- 1.1.2 - IPCEI Projekte Bremen: Woplin
 - "Umsetzung zweier Bausteine des Airbus-Projektes zur Produktion eines CO2-emissionsfreien Flugzeugtypen": Laut Aussage des Ressorts wird sich die Umsetzung voraussichtlich um mehrere Jahre verzögern oder könnte sogar ganz in Frage gestellt werden.
- 1.2.17 - Kliniken energet. Sanierung -Energetische Sanierung der Krankenhäuser im Land Bremen
 - "CO2-Einsparung pro Jahr" / "umgesetzte Maßnahmen": Nur 15 der 25 Maßnahmen wurden in 2024 umgesetzt. Dementsprechend kann auch erst im Laufe des Jahres 2025 das volle CO2-Einsparpotenzial erreicht werden.

Hinsichtlich ihrer der Zieleinhaltung wird der Großteil der abgefragten Werte entweder als "nicht gefährdet" (32 von 43) eingeschätzt oder befinden sich noch "im Toleranzbereich." (8 von 43). Begründet ist die positive Beurteilung der Zieleinhaltung, trotz der nicht immer erreichten Planwerte, u.a. damit, dass sich das Erreichen der Planung lediglich auf das kommende Jahr verzögert, wodurch aber das grundsätzliche Maßnahmenziel nicht gefährdet wird.

MASSNAHMEN-/STEUERUNGSVORSCHLAG

Kein Handlungsbedarf. Die bewirtschaftenden Fachressorts werden gebeten, zukünftige Rückzahlungen weiterhin im Produktplan 99, Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise, zu vereinnahmen.

Die betroffenen Fachressorts werden gebeten, technisch zu gewährleisten, dass zukünftig keine weiteren Fehlbuchungen Produktplan 99, Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise, verursacht werden.

Maß. Nr.	Ressort PPL	Maßnahme	Maßnahmenziel	Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Januar - P14 2024	IST 1-14	Ist-Planabweichung		Kommentierung (bei Bedarf)	Einhaltung Ziel (Drop-down)
						Planwert 14. Monat	IST-Wert 14. Monat	abs.	%		
1.1.1	71	Hybit	Reduktion der Treibhausgasemissionen in der Stahlindustrie und im Verkehrsbereich durch Errichtung einer Elektrolyseanlage	Bau eines Elektrolyseurs (10 MW)	Anzahl	1	1	0	0%	Der Bau des Elektrolyseurs und der techn. Nebenanlagen ist nahezu abgeschlossen. Aufgrund des noch ausstehenden Probebetriebs und der technischen Finalisierung ist das Projekt im Jahr 2024 noch nicht beendet	nicht gefährdet
1.1.2	71	IPCEI Projekte Bremen: DRIBE2	Reduktion der Treibhausgasemissionen durch Umstellung des Stahlwerks von ArcelorMittal Bremen auf den Betrieb mit Wasserstoff	Erhalt Förderbescheid DRIBE2	Anzahl	1	1	0	0%		nicht gefährdet
		IPCEI Projekte Bremen: CHC	Reduktion der Treibhausgasemissionen durch Errichtung einer Elektrolyseanlage und Aufbau einer europäischen Infrastruktur zur Versorgung mit grünem Wasserstoff	Erhalt Förderbescheid CHC	Anzahl	1	1	0	0%		nicht gefährdet
				Beauftragung Bau eines Elektrolyseurs im Rahmen von CHC (50 MW)	Anzahl	1	0	-1	-100%	Die Beauftragung ist noch nicht erfolgt.	im Toleranzbereich
		IPCEI Projekte Bremen: Hyperlink	Reduktion der Treibhausgasemissionen durch Anbindung eines Bremer Industriegebiets an ein Netzwerk zwischen Dänemark, Deutschland und den Niederlanden für den Import, den Export und die Speicherung von grünem Wasserstoff	Erhalt Förderbescheid Hyperlink	Anzahl	1	1	0	0%		nicht gefährdet
		IPCEI Projekte Bremen: Woplin	Umsetzung zweier Bausteine des Airbus-Projektes zur Produktion eines CO2-emissionsfreien Flugzeugtypen	Erhalt Förderbescheid Woplin	Anzahl	1	0	-1	-100%	Das Projekt verschiebt sich voraussichtlich um mehrere Jahre oder wird nicht realisiert.	gefährdet
1.1.3	71	ECOMAT Hydrogen Campus (EHC)	Erweiterung des Technologiezentrums um ein H2-Test-/Forschungszentrum zur Förderung eines marktkonformen Zugangs zu Kompetenzen und Infrastrukturen insbesondere in Bezug auf flüssigen Wasserstoff	Gesellschaft / Organisation für die Umsetzung	Anzahl	1	0	-1	-100%	in Umsetzung, Klärung in Abhängigkeit der Flächen	nicht gefährdet
				Flächen für das EHC	Anzahl	1	0	-1	-100%	in Planung, Vorlage hierzu mit SUKW im 1. QT 2025, Umsetzung bis 2./3. QT 2025	nicht gefährdet
				Machbarkeitsstudie/Projektplan	Anzahl	1	0	-1	-100%	in Umsetzung, Finalisierung erfolgt nach Klärung der Flächenfrage	nicht gefährdet
1.1.4	81	Ertüchtigung Kaiserhafen III zur Ermöglichung des Konverterbaus	Ertüchtigung der Hafeninfrastruktur am Kaiserhafen III für den Umschlag von Konverter-Plattformen, welche für den geplanten Ausbau der Offshore-Windenergie zur klimaschonenden Stromerzeugung unerlässlich sind	Beauftragung der Planung	Anzahl	1	1	0	0%		nicht gefährdet
1.1.5	81	Wasserstoffprojekte: Testzentrum	Aufbau eines Testzentrums für wasserstoffbetriebene Anwendungen, insbesondere von Startups	Beauftragung zur Erstellung einer EW Bau für den Bau eines Testzentrums	Anzahl	1	1	0	0%		nicht gefährdet
		Wasserstoffprojekte: Landstromanlagen	Kofinanzierung Landstromanlagen zur Dekarbonisierung der Hafeninfrastruktur	Inbetriebnahme von Landstromanlagen	Anzahl	1	1	0	0%		nicht gefährdet
		Wasserstoffprojekte: CO2-Export Hub	Aufbau eines CO2-Export Hubs, um das im Land Bremen gesammelte und gespeicherte CO2 einer weiteren Nutzung/Lagerung zuzuführen	Vorliegen einer ES-Bau für ein CO2-Export Hub	Anzahl	1	1	0	0%		nicht gefährdet
		Wasserstoffprojekte: Umspannwerk Fischereihafen	Planung und ggf. Bau eines Umspannwerks zur Entlastung des Stromnetzes im Fischereihafen zur Umstellung auf regenerative Energiequellen	Erstellung ES-Bau für ein Umspannwerk im Fischereihafen	Anzahl	1	0	-1	-100%	Die Planungen im Zusammenhang mit der Optimierung der Stromnetzinfrastruktur im Fischereihafen wurden im Jahr 2024 begonnen. Die Planungen haben jedoch noch nicht den Stand einer ES-Bau. Die Planungen wurden begonnen, daher noch "im Toleranzbereich"	im Toleranzbereich
		Wasserstoffprojekte: Infrastruktur Columbusinsel	Errichtung der notwendigen Infrastruktur zur Anlandung, Erzeugung und Nutzung von regenerativ erzeugtem Wasserstoff bzw. wasserstoffbasierten Derivaten auf der Columbusinsel zur Dekarbonisierung der Häfen.	Beginn der Konkretisierung der Nutzungsplanung der Infrastruktur für Wasserstoff- bzw. Wasserstoffderivate	Anzahl	1	1	0	0%		nicht gefährdet
1.2.1	68	ÖPNV/BSAG Stabilisierungsprogramm	Überwindung, Nachsorge und Vorbeugung vor Effekten der Corona- und Energiepreiskrise durch wirtschaftliche Stabilisierung des ÖPNV, insbesondere der BSAG als Anbieterin eines CO2-armen ÖPNV-Mobilitätsangebots in Bremen	Fahrgastzahlen	Anzahl	101.000.000	108.000.000	7.000.000	7%		nicht gefährdet
1.2.2	11	Dekarbonisierung der Gefangenentransporter der Justizvollzugsanstalt	Reduktion der Treibhausgasemissionen durch Umrüstung der Fahrzeugflotte zum Gefangenentransport der Justizvollzugsanstalt auf alternative Antriebe	Beschaffung Fahrzeuge	Anzahl	2	2	0	0%	Die Fahrzeuge sind ausgeliefert.	nicht gefährdet
				Kofferausbauten	Anzahl	2	0	-2	-100%	Die Kofferausbauten befinden sich in der finalen Fertigung.	im Toleranzbereich
				Installation Ladeinfrastruktur - LKW	Anzahl	3	0	-3	-100%	Die Errichtung der Ladeinfrastruktur ist in laufender Umsetzung.	im Toleranzbereich
				CO2-Einsparung pro Jahr, rechnerisch	t	24	0	-24	-100%	Die prognostizierte CO2-Einsparung ist mit Beginn des II. Quartals zu erwarten.	nicht gefährdet
1.2.3	68	Abdeckung zwingender Verpflichtungen der ehem. Fastlane „Mobilität“ für Bremerhaven	Stromverbrauchsenkung und somit Einsparung von CO2 durch Umstellung von Straßenbeleuchtungen auf LEDs in Bremerhaven.	Anzahl umgerüsteter Straßenleuchten	Anzahl	280	280	0	0%	Projekt und Mittel wurden wie geplant beendet und verwendet.	nicht gefährdet
				Anzahl umgerüsteter LSA	Anzahl	4	4	0	0%	Projekt und Mittel wurden wie geplant beendet und verwendet.	nicht gefährdet
			Vorbereitung der Umstellung auf einen klimaneutralen ÖPNV in Bremerhaven	Gutachten / Konzept Klimaneutraler ÖPNV Bremerhaven	Anzahl	1	1	0	0%	Projekt und Mittel wurden wie geplant beendet und verwendet.	nicht gefährdet
			Dekarbonisierung des kommunalen Fuhrparks Bremerhaven durch Umrüstung auf E-Autos	Anzahl beschaffter E-Fahrzeuge	Anzahl	2	2	0	0%	2 leichte Nutzfahrzeug wurden neu beschafft	im Toleranzbereich

Maß. Nr.	Ressort PPL	Maßnahme	Maßnahmenziel	Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Januar - P14 2024	IST 1-14	Ist-Planabweichung		Kommentierung (bei Bedarf)	Einhaltung Ziel (Drop-down)
						Planwert 14. Monat	IST-Wert 14. Monat	abs.	%		
1.2.4	51	Krisenbedingte Verluste Gesundheit Nord - Absicherung der Liquiditätsbedarfe der Gesundheit Nord (GeNo) für das Jahr 2024	Absicherung der Gesundheitsversorgung im Land Bremen durch kurzfristige Liquiditätsabsicherung der von krisenbedingten Verlusten betroffenen GeNo, welche sich in einem Prozess der baulichen und organisatorischen Restrukturierung befindet.	Endsaldo Betriebsmittelkredit (abzgl. Eigenmittel Investitionen und Fördermittel), größer als	T €	-150000	-163179	-13179	9%	Das Gesamtjahresziel wird unterschritten. Der Hauptgrund für die Abweichung zum Plan liegt in einem höher als angenommenen Aufbau von Ausgleichsforderungen, die erst im 2. Halbjahr 2025 liquiditätswirksam werden. Die Liquiditätslage entspannt sich im Januar wieder aufgrund der Auszahlung eines Betriebskostenzuschusses in Höhe von 17,1 Mio. EUR. Über diese Kennzahl wird regelmäßig im Controllingausschuss berichtet.	nicht gefährdet
				EBITDA-Planerreichung	T €	700	-4.883	-5583	-798%	Die unterplanmäßige EBITDA-Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus einer geringeren Leistung, einer überplanmäßigen Tarifierung bei der Gesundheit Nord Dienstleistungen gGmbH und aus einer überplanmäßigen Energiekostenentwicklung. Die Liquiditätsabsicherung ist durch die Planverfehlung aber nicht gefährdet, da die GeNo diese Abweichung liquiditätsseitig auffangen kann. Über diese Kennzahl wird regelmäßig im Controllingausschuss berichtet.	im Toleranzbereich
1.2.7	41	Absicherung der in Folge des Ukraine-Kriegs sowie der Energiekrise eingetretenen Sozialleistungsmehrbedarfe, hier: Abdeckung fortbestehender krisenbedingter und unvermeidbarer Finanzierungsbedarfe in 2024	Abeckung (Überwindung) der unabwendbaren, zusätzlichen Mehrbedarfe in den Haushalten der Sozialleistungen des Landes Bremen sowie der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven aufgrund der Folgen des Ukraine-Kriegs und der Energiekrise im Haushaltsjahr 2024	Einhaltung Budget	T €	100000	91911	-8089	-8%	Bedarfsgerechte Mittelbereitstellung zur Entlastung des PPL 41 - Sozialleistungen. Verweis auf Senatsvorlage vom 19.11.2024.	nicht gefährdet
1.2.8	68	Wohngeld Plus - Anteil Bremen an der Finanzierung Wohngeldleistung 2024	Erfüllung des aus Bundesrecht erwachsenden Rechtsanspruchs bei Wohngeldleistungen zur Entlastung von Haushalten mit geringem Einkommen von den krisenbedingt gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten	Bewilligtes Volumen Wohngeldleistungen insgesamt (inkl. Bundesanteil und reguläre Landesmittel)	T €	54000	50.293	-3707	-7%	Aufgrund von technischen Problemen weniger Antragsbearbeitung und somit weniger ausgezahltes Wohngeld	im Toleranzbereich
1.2.9	07	Personalbedarfe im Migrationsamt Bremen zur Sicherstellung des Dienstbetriebs im Zusammenhang mit den Folgen des Ukraine-Kriegs	Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs unter den krisenbedingten Anforderungen, insbesondere zur Überwindung eines zusätzlichen Kundenaufkommens von insgesamt ca. 10.000 Personen aus der Ukraine	Erteilung von (neuen) Titeln nach § 24 AufenthG	T €	960	2.521	1.561	163%	Das Migrationsamt meldet für das Jahr 2024 insgesamt 2.521 Ersterteilungen einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG. Hintergrund ist hier in erster Linie der andauernde Angriff und die daraus resultierende Verlängerung der Beschlüsse der Europäischen Union, aufgrund derer - entgegen der Erwartung - weiterhin Personen aus der Ukraine nach Europa, bzw. Deutschland, flüchten können.	nicht gefährdet
1.2.10	21	Beschulung und Betreuung von Kindern u. Jugendlichen aus der Ukraine - Umgang mit den Folgen des Ukraine-Krieges	Sicherstellung der Rechtsansprüche nach SGB VIII und substituierender Maßnahmen sowie Erfüllung der gesetzlichen Schulpflicht für aus der Ukraine geflüchtete Kinder und Jugendliche	Erfüllung des Betreuungsanspruchs für ukrainische Geflüchtete	%	100	100	0	0%		nicht gefährdet
				Erfüllung der Schulpflicht ukrainische Geflüchteter	%	100	100	0	0%		nicht gefährdet
1.2.13	22	Umsetzungskosten BAB/BIS für den Kulturfonds Energie	Abschließende Finanzierung der im Land Bremen bei der BAB / BIS angefallenen Umsetzungskosten für das Bundesprogramm Kulturfonds Energie	Abschließende Abrechnung von Einzelbewilligungen	T €	70	66	-4	-6%	Die Anträge sind abschließend bearbeitet.	nicht gefährdet
1.2.14	24	Hochschulen energ. Sanierung (L) - Klimaschutzprogramm für Hochschulen	Stärkung der Krisenresilienz durch Senkung von Energieverbrauch und CO2-Ausstoß insbes. durch energetische Sanierung der Hochschulgebäude, optimierte Flächenauslastung und Nutzung klimafreundlicher Energiequellen.	Aktualisierung und Fortschreibung der Klimaschutzkonzepte	Anzahl	4	4	0	0%	Alle Hochschulen haben die Aktualisierung der Klimaschutzkonzepte beauftragt.	nicht gefährdet
				CO2-Einsparung	t	124	124	0	0%	IST-Wert basiert auf errechneten Schätzwerten. Eine aussagekräftige Berechnung der CO2-Einsparung kann erst mittelfristig nach Abschluss der Projekte ermittelt werden.	nicht gefährdet
1.2.15	97	Energetische Gebäudesanierung Immobilien Bremen (IB) SVIT	Stärkung der Krisenresilienz durch Senkung von Energieverbrauch und CO2-Ausstoß insbes. durch energetische Sanierung Gebäudebestandes von Immobilien Bremen und Nutzung klimafreundlicher Energiequellen.	CO2-Einsparung pro Jahr zunächst rechnerisch, anschließend Verbrauchsauswertung	t	2997	2867	-130	-4%	Quartalsplanwerte rechnerisch durch gleichmäßige Verteilung des Jahresplanwertes über die Quartale. IST-Werte aus erfolgtem Mittelabruf berechnet. Die tatsächliche CO2-Einsparung wird erst nach Abschluss der Baumaßnahme erreicht werden. Dies kann je nach Bauvorhaben auch erst in den kommenden Jahren sein. Direktes, projektspezifisches Controlling energetisch wirksamer Baumaßnahmen bei SF Q12/13 in Planung.	im Toleranzbereich
1.2.16	97	Energetische Gebäudesanierung Seestadt Immobilien (WSI) (Bremerhaven Stadt)	Stärkung der Krisenresilienz durch Senkung von Energieverbrauch und CO2-Ausstoß insbes. durch energetische Sanierung Gebäudebestandes von Seestadt Immobilien, Nutzung klimafreundlicher Energiequellen sowie vorbereitende Planungen.	CO2-Einsparung pro Jahr zunächst rechnerisch, anschließend Verbrauchsauswertung	t	1943	1943	0	0%	Quartalsplanwerte rechnerisch durch gleichmäßige Verteilung des Jahresplanwertes über die Quartale. IST-Werte aus erfolgtem Mittelabruf berechnet. Die tatsächliche CO2-Einsparung wird erst nach Abschluss der Baumaßnahme erreicht werden. Dies kann je nach Bauvorhaben auch erst in den kommenden Jahren sein. Direktes, projektspezifisches Controlling energetisch wirksamer Baumaßnahmen bei SF Q12/13 in Planung.	nicht gefährdet
1.2.17	51	Kliniken energet. Sanierung -Energetische Sanierung der Krankenhäuser im Land Bremen	Überwindung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, Reduzierung des Energieverbrauchs sowie des CO2-Ausstoßes der Gebäude durch energetische Sanierung als Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise.	Einhaltung Budget	T €	14810	9273,7	-5536,34525	-37%	Aufgrund von Verzögerungen bei Planungen konnten nicht alle Maßnahmen innerhalb der Frist umgesetzt werden.	nicht gefährdet
				CO2-Einsparung pro Jahr	t	2000	1167	-833	-42%	Projektumsetzung teilweise verzögert, CO2-Einsparungen werden größtenteils erst ab dem Jahr 2025 wirksam	gefährdet

Maß. Nr.	Ressort PPL	Maßnahme	Maßnahmenziel	Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Januar - P14 2024	IST 1-14	Ist-Planabweichung		Kommentierung (bei Bedarf)	Einhaltung Ziel (Drop-down)
						Planwert 14. Monat	IST-Wert 14. Monat	abs.	%		
				umgesetzte Maßnahmen	Anzahl	25	15	-10	-40%	Projektumsetzung teilweise leicht verzögert, Projektabschluss der ausstehenden Maßnahmen überwiegend in Q1/2025 erwartet.	gefährdet
1.2.18	41	Eigenbetriebe energet. Sanierung- Energieeinsparung u. Erzeugung in der Werkstatt für Behinderte Bremen	Stärkung der Krisenresilienz durch Senkung von Energieverbrauch und CO2-Ausstoß insbes. durch energetische Sanierung, Umsetzung Energieeinsparmaßnahmen und Nutzung klimafreundlicher Energiequellen in der Werkstatt für Behinderte Bremen.	Einsparung Energieverbrauch Photovoltaik	MWh	54	43,2	-10,8	-20%	Nach erfolgreichem Abschluss der Planung für den Sanierungsfahrplan wurden im Jahr 2024 auch schon erste Umsetzungsschritte eingeleitet. Aufgrund der fortschreitenden Arbeiten/Umsetzung können hier noch keine konkreten Einsparungen angegeben werden. Dennoch ist auf Grundlage des Sanierungsfahrplans davon auszugehen, dass die für diese Kennzahl als Planwert eingetragene Einsparung im Grundsatz (kalkulatorisch min. zu 80) erreicht wird.	nicht gefährdet
				Einsparung Energieverbrauch LED	MWh	56	44,8	-11,2	-20%	Nach erfolgreichem Abschluss der Planung für den Sanierungsfahrplan wurden im Jahr 2024 auch schon erste Umsetzungsschritte eingeleitet. Aufgrund der fortschreitenden Arbeiten/Umsetzung können hier noch keine konkreten Einsparungen angegeben werden. Dennoch ist auf Grundlage des Sanierungsfahrplans davon auszugehen, dass die für diese Kennzahl als Planwert eingetragene Einsparung im Grundsatz (kalkulatorisch min. zu 80) erreicht wird.	nicht gefährdet
				Reduktion Treibhausgase (THG)	t	487	389,6	-97,4	-20%	Die Reduktion der THG steht u. a. in direkter Abhängigkeit zur Einsparung im Energieverbrauch durch Photovoltaik und LED (s. Angaben zu vorherigen Kennzahlen).	nicht gefährdet
1.2.19	99	Mehrbedarfe Energiekosten Zuwendungsempfänger de und Kernverwaltung	Abwenden von Existenzbedrohung und massiven Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit der Zuwendungsempfänger durch krisenbedingt gestiegene Energiekosten sowie Ausgleich von krisenbedingten Energiekostensteigerungen der öffentlichen Haushalte (Kernverwaltung)	Zuwendungsempfänger de, die existenzbedroht sind bzw. ihr Leistungsangebot einschränken müssen	Anzahl	0	0	0	0%	Die Mittel wurden zeckentsprechend verausgabt, Existenzbedrohungen und Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit wurden nicht vermeldet.	nicht gefährdet

Legende "Einhaltung Ziel"	
nicht gefährdet	
im Toleranzbereich	
gefährdet	

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2024					Jahresplanung 2024			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	889	0	889	∞ %	0	0	889	889	0
Investive Einnahmen			0					0	
Entnahme Rücklage	0	0	0		0	0	0	0	0
budgetierte Einnahmen	889	0	889	∞ %	0	0	889	889	0
Personalausgaben	0	0	0	∞ %	0	0	0	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	100.358	183.688	-83.330	-45,36 %	121.363	121.363	100.358	-21.005	183.688
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	336.026	343.222	-7.196	-2,10 %	343.072	343.072	336.026	-7.046	343.222
Zuführung Rücklage	0	0	0		0	0	0	0	0
budgetierte Ausgaben	620.310	660.446	-40.136	-6,08 %	648.676	648.676	620.310	-28.366	660.446
Saldo	-619.420	-660.446	41.026	6,21 %	-648.676	-648.676	-619.421	29.255	-660.446

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2024	2025	2026	2027	2028
	Tsd. EUR				
konsumtiv	750	0	0	0	0
investiv	36.710	45.815	118.371	97.776	36.612
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	0
Ausgabestelle im Übertrag nach 2025	0
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	0

PERSONALDATEN

	P14 2024			kumuliert Januar - P14 2024			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich				0	0	0	0	0	0
Temporäre Personalmittel				0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				0	0	0	0	0	0
Refinanzierte				0	0	0	0	0	0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				0	0	0	0	0	0
Insgesamt				0	0	0	0	0	0
dar.: Beihilfe / Nachvers.				0	0	0	0	0	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Temporäre Personalmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Refinanzierte				0,0		0,0	0,0		0,0
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Abwesende				0,0		0,0	0,0		0,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2024	2024	Dez 2023
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	28,6	22,5	
Beschäftigte über 55 Jahre	14,3	17,5	
Frauenquote	78,6	50,0	
Teilzeitquote	14,3	35,0	
Schwerbehindertenquote	40,0	6,0	

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Im Haushalt des Landes wurden konsumtive Einnahmen i.H.v. 0,889 Mio. € aus Rückzahlungen von Projekt- und Fördermitteln vereinnahmt. Diese stammen aus Maßnahmen des Vorjahres der Ressorts SASJI, SUKW, SBMS, SfK und SIS (Sport).

Investive Einnahmen

Im Haushalt des Landes waren keine investiven Einnahmen zu verzeichnen.

Personalausgaben

Im Haushalt des Landes wurden keine Mittel für Personal verausgabt.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Im Haushalt des Landes betrug das Haushaltssoll der sonstigen konsumtiven Ausgaben rd. 121,363 Mio. €. Dem standen Ausgaben im IST in Höhe von rd. 100,358 Mio. € gegenüber. Die Unterschreitung i.H.v. rd. 21,004 Mio. € lässt sich auf folgende Maßnahmen zurückführen:

- 1.2.1 - ÖPNV/BSAG Stabilisierungsprogramm: rd. 20,115 Mio. € aufgrund geringerer Ausgleichsbedarfe beim Deutschlandticket.
- 1.2.19 - Mehrbedarfe Energiekosten Zuwendungsempfangende und Kernverwaltung: rd. 0,868 Mio. € wurden nach Berechnung der Bedarfe u.a. aufgrund prioritär heranzuziehender Mittel nicht benötigt.
- 1.2.13 - Umsetzungskosten BAB/BIS für den Kulturfonds Energie: rd. 0,022 Mio. € sind aufgrund verringerter Umsetzungskosten nicht benötigt worden.

Investive Ausgaben

Zum Jahresende beträgt das Haushaltssoll bei den investiven Ausgaben rd. 343,072 Mio. €. Der Anschlag von rd. 343,222 Mio. € wird aufgrund gesperrter Mittel in Höhe von 0,150 Mio. € bei der Maßnahme "1.2.15 - Energetische Gebäudesanierung Immobilien Bremen (IB) SVIT" leicht unterschritten. Bedarfe in entsprechender Höhe konnten nicht nachgewiesen werden.

Dem Haushaltssoll standen in 2024 investive Ausgaben im IST von rd. 336,026 Mio. € gegenüber, womit eine Unterschreitung i.H.v. rd. 7,046 Mio. € zu verzeichnen ist. Ursächlich hierfür sind geringere Ausgaben bei den folgenden Maßnahmen:

- 1.2.17 - Kliniken energet. Sanierung - Energetische Sanierung der Krankenhäuser im Land Bremen: rd. 5,536 Mio. € aufgrund von Planungsverzögerungen konnte keine komplette Umsetzung aller Maßnahmen erreicht werden.
- 1.1.1 - 1.1.5 - Finanzierung des Sondervermögens "Klimaneutrale Transformation der Wirtschaft": rd. 1,497 Mio. € aufgrund nicht in 2024 umgesetzter Teilmaßnahmen (Hybit, ECOMAT).
- 1.2.2 - Elektrifizierung Fahrzeuge der Justizvollzugsanstalt: rd. 0,013 Mio. € aufgrund geringer ausgefallener Kosten in der Anschaffung.

PPL-BEZOGENE RÜCKLAGEN - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

	investive Rücklage			allgemeine Budgetrücklage		
	JAB	aktuell	Veränderung	JAB	aktuell	Veränderung
	Tsd. EUR					
01 Bürgerschaft	1.037	872	-165	449	449	0
02 Rechnungshof				753	314	-439
03 Senat, Senatskanzlei	68	83	15			
04 Europa, Entwicklungszusammenarbeit	15	18	2	7	7	0
05 Bundesangelegenheiten	31	59	28	386	386	0
06 Datenschutz und Informationsfreiheit	68	77	8	3	3	0
07 Inneres	1.623	488	-1.134			
08 Gleichberechtigung der Frau	1	46	44	153	153	0
09 Staatsgerichtshof				0	0	0
11 Justiz	129	424	295	6.034	2.798	-3.236
12 Sport						
21 Kinder und Bildung	0	644	644			
22 Kultur	22	34	12	23	0	-23
24 Hochschulen und Forschung	3.766	3.885	119			
31 Arbeit	8	8	0	60	60	0
41 Jugend und Soziales						
51 Gesundheit und Verbraucherschutz	17.038	17.387	348	4	4	0
61 Umwelt, Klima und Landwirtschaft		9.197				
68 Klima, Umw., Mobil, Stadtentw. u. Whgbau	26.046	10.903	-15.142			
71 Wirtschaft	2.255	2.530	275	625	625	0
81 Häfen	642	1.039	397	76	76	0
91 Finanzen / Personal	2.527	1.067	-1.460			
92 Allgemeine Finanzen	183	354	171			
93 Zentrale Finanzen	193	0	-193			
95 Bremen-Fonds						
96 IT-Budget der FHB	10.542	10.548	6	0	0	0
97 Immobilienwirtschaft und -management	9	5.774	5.765			
99 Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise						
Gesamtsumme	66.205	65.437	-768	8.573	4.875	-3.698

PPL-BEZOGENE RÜCKLAGEN - ANTEILE IM HAUSHALT DER STADTGEMEINDE

	investive Rücklage			allgemeine Budgetrücklage		
	JAB	aktuell	Veränderung	JAB	aktuell	Veränderung
	Tsd. EUR					
01 Bürgerschaft						
02 Rechnungshof						
03 Senat, Senatskanzlei	1.129	1.254	125	44	44	0
04 Europa, Entwicklungszusammenarbeit						
05 Bundesangelegenheiten						
06 Datenschutz und Informationsfreiheit						
07 Inneres	544	1.828	1.284			
08 Gleichberechtigung der Frau						
09 Staatsgerichtshof						
11 Justiz						
12 Sport	1.608	1.484	-124			
21 Kinder und Bildung	15.536	6.073	-9.463			
22 Kultur	2.211	2.957	746	3	3	0
24 Hochschulen und Forschung						
31 Arbeit						
41 Jugend und Soziales	634	649	14	108	108	0
51 Gesundheit und Verbraucherschutz	540	546	5	306	306	0
61 Umwelt, Klima und Landwirtschaft		1.653				
68 Klima, Umw., Mobil, Stadtentw. u. Whgbau	17.689	25.086	7.397	21	21	0
71 Wirtschaft	3.665	4.063	398	706	706	0
81 Häfen	8.150	8.180	31	3.492	3.492	0
91 Finanzen / Personal				57	57	0
92 Allgemeine Finanzen	1.579	1.804	225			
93 Zentrale Finanzen						
95 Bremen-Fonds						
96 IT-Budget der FHB	8.689	5.008	-3.681	108	108	0
97 Immobilienwirtschaft und -management	7.164	1.297	-5.866			
99 Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise						
Gesamtsumme	69.138	61.883	-7.255	4.843	4.843	0

SONDERRÜCKLAGEN - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

	JAB	aktuell	Veränderung
	Tsd. EUR		
03 Senat, Senatskanzlei			
Sonderrücklage	0	3.800	3.800
Sonderrücklage für zentrale Sonderbedarfe der Senatskanzlei (L)	0	3.800	3.800
41 Jugend und Soziales			
Sonderrücklage gesamt	10.013	9.458	-554
AUSGLEICHABGABEN-RUECKLAGE NACH DEM SCHWERBEHINDERTENGESETZ (L)	7.673	7.119	-554
Sonderrücklage Kriegsopferfürsorge (L)	2.340	2.340	0
51 Gesundheit und Verbraucherschutz			
Sonderrücklage gesamt	22.031	8.939	-13.093
Sonderrücklage Ausgleichsfonds Pflegeberufausbildung (L)	21.392	8.939	-12.453
Rücklage für den Sonderhaushalt "Landesunter- suchungsamt" (investiv) (L)	639	0	-639
61 Umwelt, Klima und Landwirtschaft			
Sonderrücklage		10.610	
68 Klima, Umw., Mobil, Stadtentw. u. Whgbau			
Sonderrücklage gesamt	16.148	29.510	13.363
AUSGLEICHABGABEN-RUECKLAGE FUER EINGRIFFE IN NATUR UND LANDSCHAFT (L)	1	1	0
Sonderrücklage Deutschlandticket (L)	16.146	29.509	13.363
71 Wirtschaft			
Sonderrücklage gesamt	32.971	30.843	-2.128
Sonderrücklagen EMFF 2014-2020 (L)	2.490	1.894	-596
Sonderrücklage EFRE 2014 - 2020 (Wirtschaft) (L)	13.426	6.734	-6.692
Sonderrücklage EFRE 2021 - 2027 (Wirtschaft) (L)	15.078	15.078	0
Sonderrücklage EFRE-REACT (Wirtschaft) (L)	302	2.167	1.865
Sonderrücklage GRW (Wirtschaft-PPL71) (L)	1.675	3.963	2.288
81 Häfen			
Sonderrücklage gesamt	9.498	7.274	-2.225
ERNEUERUNGSRUECKLAGE FISCHEREIHAFEN- BETRIEBS- UND ENTWICKLUNGSGES. BRHV. (L)	293	293	0
Sonderrücklage "Deichschutz Bremerhaven" (L)	6.582	6.412	-170
Sonderrücklage Projekt "Wetterextreme" (Land) (L)	2.066	0	-2.066
Sonderrücklage Brexit (L)	557	0	-557
91 Finanzen / Personal			
Sonderrücklage gesamt	2.159	9.908	7.749
Sonderrücklage für S/4 HANA/HKR 4.0 (Land) (L)	359	7.345	6.986
Sonderrücklage Bundesbau Bremen (L)	1.800	2.563	763
92 Allgemeine Finanzen			
Sonderrücklage gesamt	22.227	22.750	523
ARBEITNEHMERBEITRAEGE NACH DEM BREMISCHEN RUHELOHNGESETZ (L)	6.053	6.588	535
BUDGETRUECKLAGE ALLGEMEINE FINANZEN (L)	1.584	1.572	-12
BUDGETRUECKLAGE ZENTRAL VERANSCHLAGTE PERSONALAUSGABEN (L)	14.589	14.589	0
93 Zentrale Finanzen			
Sonderrücklage gesamt	292.930	238.660	-54.270
Sonderrücklage Digitale Dividende II (investiv) (L)	209	0	-209
Sonderrücklage für Finanzierungsbedarfe Hochschulen/Forschung (L)	4.110	15.000	10.890
Sonderrücklage zur Finanzierung von umsatzsteuerfinanzierten Maßnahmen (L)	30.000	35.039	5.039
Zentrale Stabilitätsrücklage PPL 93 Zentrale Finanzen (L)	258.611	183.621	-74.990
96 IT-Budget der FHB			
Sonderrücklage gesamt	551	14.412	13.861

Sonderrücklage Mehrausgaben im Projekt RDZ TKÜ (Land) (L)	551	0	-551
Sonderrücklage Digitalisierungsinitiative (L)	0	14.412	14.412
97 Immobilienwirtschaft und -management			
Sonderrücklage gesamt	1.781	3.051	1.270
Sonderrücklage für den Ausbau des Schul- und Kinderbetreuungsbereichs (Land) (L)	577	0	-577
Sonderrücklage EU-Programme EFRE 2021-2027 (SF-PPL97, Land) (L)	1.204	3.051	1.847
Gesamtsumme	410.309	389.215	-21.094

SONDERRÜCKLAGEN - ANTEILE IM HAUSHALT DER STADTGEMEINDE

	JAB	aktuell	Veränderung
	Tsd. EUR		
41 Jugend und Soziales			
Sonderrücklage gesamt	100	90	-10
RUECKLAGE KRIEGSOPFERFUERSORGE (S)	69	69	0
Sonderrücklage für Zuschüsse an die Bürgerstiftung (S)	31	21	-10
68 Klima, Umw., Mobil, Stadtentw. u. Whgbau			
Sonderrücklage gesamt	6.629	5.453	-1.176
Sonderrücklage Stadtteilbudgets (S)	3.028	2.919	-109
RUECKLAGE 'SAUBERE STADT' (S)	20	20	0
Sonderrücklage Wohngeldreform (S)	1.067	0	-1.067
Sonderrücklage "Städtebauliche Entwicklung Woltmershausen" (S)	2.514	2.514	0
81 Häfen			
Sonderrücklage gesamt	3.143	0	-3.143
Sonderrücklage Projekt "Wetterextreme" (Stadt) (S)	3.143	0	-3.143
91 Finanzen / Personal			
Sonderrücklage gesamt	4.323	11.314	6.991
Sonderrücklage für S/4 HANA/HKR 4.0 (Stadt) (S)	4.323	11.314	6.991
92 Allgemeine Finanzen			
Sonderrücklage gesamt	48.668	48.071	-597
Rücklage für die Schadenersatzleistungen bei Haftpflichtschäden (Stadt) (S)	134	0	-134
ARBEITNEHMERBEITRAEGE NACH DEM BREMISCHEN RUHELOHNGESETZ (S)	14.447	14.778	331
BUDGETRUECKLAGE ALLGEMEINE FINANZEN (S)	4.328	4.328	0
BUDGETRUECKLAGE ZENTRAL VERANSCHLAGTE PERSONALAUSGABEN (S)	19.576	19.576	0
KASSENVERSTAERKUNGS- UND ALLGEMEINE AUSGLEICHSRUECKLAGE (S)	313	229	-84
Sonderrücklage für die Projektgesellschaft Innenstadtentwicklung Bremen GmbH (Stadt) (S)	9.871	9.161	-710
93 Zentrale Finanzen			
Sonderrücklage gesamt	347.581	287.496	-60.086
Zentrale Stabilitätsrücklage PPL 93 Zentrale Finanzen (S)	332.581	262.403	-70.178
Sonderrücklage zur Finanzierung von umsatzsteuerfinanzierten Maßnahmen (S)	15.000	6.092	-8.908
Rücklage für zentrale Sonderinfrastrukturmaßnahmen (Deponiestilllegung) (S)	0	19.000	19.000
96 IT-Budget der FHB			
Sonderrücklage gesamt	3.190	685	-2.505
Sonderrücklage Bürgeramt 2023/2024 (Stadt) (S)	3.190	685	-2.505
97 Immobilienwirtschaft und -management			
Sonderrücklage gesamt	9.016	10.759	1.743
Sonderrücklage EU-Programm EFRE 2021-2027 (SF-PPL97) (S)	593	593	0
Sonderrücklage für den Ausbau des Schul- und Kinderbetreuungsbereichs (Stadt) (S)	8.422	10.165	1.743
Gesamtsumme	422.650	363.867	-58.782

VERLUSTVORTRÄGE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

	JAB	aktuell	Veränderung
	Tsd. EUR		
07 Inneres			
Verlustvortrag gesamt	1.189	1.189	0
VERLUSTVORTRAG (INNERES PPL 07) (L)	1.189	1.189	0
24 Hochschulen und Forschung			
Verlustvortrag gesamt	1.766	3.803	2.037
Verlustvortrag im Rahmen des EFRE-Programms 2021-2027, PPL 24 (EU-abrechnungsbedient) (L)	638	3.235	2.597
Verlustvortrag im Rahmen des EFRE-REACT, PPL 24 (EU-abrechnungsbedient) (L)	1.128	568	-560
31 Arbeit			
Verlustvortrag gesamt	17.042	21.367	4.324
Verlustvortrag (EU-Förderphase 2014-2020 ESF) (L)	11.752	11.731	-21
Verlustvortrag im Rahmen des ESF-Programms 2021-2027 PPL 31 (EU-Abrechnungsbedient) (L)	5.290	9.635	4.345
61 Umwelt, Klima und Landwirtschaft			
Verlustvortrag		1.655	
68 Klima, Umw., Mobil, Stadtentw. u. Whgbau			
Verlustvortrag gesamt	12.132	6.487	-5.645
Verlustvortrag (PPL 68 EU-Förderphase 2014 - 2020 EFRE) (L)	7.738	4.638	-3.100
Verlustvortrag (PPL 68 EU-Förderphase 2021 - 2027 EFRE) (L)	2.857	1.801	-1.056
Verlustvortrag (PPL 68 EFRE REACT) (L)	1.537	48	-1.489
71 Wirtschaft			
Verlustvortrag gesamt	13.217	18.076	4.858
Verlustvortrag EMFF-Programm 2014-2020 (L)	620	620	0
Verlustvortrag EFRE 2021 - 2027 (Wirtschaft-PPL71) (L)	7.248	12.106	4.858
Verlustvortrag EFRE REACT (Wirtschaft-PPL71) (L)	5.349	5.349	0
97 Immobilienwirtschaft und -management			
Verlustvortrag gesamt	2.010	3.857	1.847
Verlustvortrag im Rahmen des EFRE-Programms 2021-2027, PPL97(EU-abrechnungsbedient) (L)	2.010	3.857	1.847
Gesamtsumme	47.357	56.434	9.077

VERLUSTVORTRÄGE - ANTEILE IM HAUSHALT DER STADTGEMEINDE

	JAB	aktuell	Veränderung
	Tsd. EUR		
07 Inneres			
Verlustvortrag gesamt	39.363	39.489	127
VERLUSTVORTRAG (INNERES PPL 07) (S)	23.306	23.446	140
Verlustvortrag Rettungsdienst Bremen (S)	16.056	16.044	-13
21 Kinder und Bildung			
Verlustvortrag gesamt		849	
Gesamtsumme	39.363	40.339	976

Der Senator für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Telefon: (0421) 361-4072
Mail: office@finanzen.bremen.de

Hinweise: Diese Veröffentlichung
steht auf der Internetseite des
Senators für Finanzen als PDF-
Dokument zur Verfügung.